



Versammlungsfreiheit
Freiheit Hetze Demokratie
Vielfalt Ausgrenzung
Vorurteile Meinungsfreiheit
Religionsfreiheit Terrorismus
Rassismus Menschenwürde
Toleranz Extremismus
Gleichberechtigung

Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2024



Der 23. August 2024 war ein tief-schwarzer Tag in der Geschichte unseres Landes. Das feige Attentat eines mutmaßlichen Islamisten auf dem Solinger Stadtfest hat uns bis ins Mark getroffen. Drei Menschen mussten Opfer dieses grausamen Terroraktes werden, acht wurden zum Teil schwer verletzt. Ihr Tod und das Leiden, so sinnlos. Diese Tat, so niederträchtig.

Genau das ist das, was Islamisten beabsichtigen: Zeigen, wie verletzlich unsere Art zu leben ist. Ziel ist es, uns die Freiheit zu nehmen und

unsere Demokratie zu verwunden. Für diese Demokratie sind unsere Sicherheitsbehörden jede Minute im Einsatz. Auch im Verborgenen. An vorderster Front der Verfassungsschutz. 2024 war ein weiteres anspruchsvolles Jahr. Der Islamismus hat sein hässlichstes Gesicht offenbart. Die Gefahr islamistisch motivierter Anschläge ist weiter abstrakt hoch. Die Tat von Solingen hat gezeigt, wie schnell daraus konkret werden kann.

Die Gefahr zu bannen, die von allein handelnden Tätern ausgeht, die sich unter anderem über das Netz radikalisieren und dann plötzlich zur Tat schreiten, ist aktuell vor allem im Islamismus und Rechtsextremismus die größte Aufgabe für den Verfassungsschutz.

Die Bedrohung durch Spionage und Cyberangriffe nimmt in dem Maße zu, in dem die Konflikte in der Welt sich verschärfen - im Jahr 2024 massiv. Vor allem Russland hat seine nachrichtendienstliche Methodik verändert und tritt zunehmend robuster auf. Aber auch China, Iran und die Türkei bleiben im Fokus der Spionage- und Cyberabwehr. Die Ziele der Staaten variieren dabei. Neben der schlichten Informationsbeschaffung, dem Ausspähen oder der illegitimen Einflussnahme geht es auch darum, die Bürgerinnen und Bürger zu verunsichern und - wenn möglich - die Demokratien zu

destabilisieren. Selbstverständlich gilt es, diese Ziele abzuwehren. Wir tun alles, was wir können - für die Demokratie.

Mit seiner menschenverachtenden Ideologie bleibt der Rechtsextremismus die größte Bedrohung für unsere Demokratie. Der Verfassungsschutz stellt fest, dass die Szene ihr Erscheinungsbild aufgefrischt hat. Das ist aber nur alte Ideologie in neuem Gewand. Vor allem durch eine Strategie der Entgrenzung sollen rechtsextremistische Inhalte salonfähig gemacht werden. Sie nutzen die gesamtgesellschaftliche Polarisierung in der Migrationsdebatte, um auch für bürgerliche Kreise anschlussfähig zu sein. Das macht Rechtsextremismus so gefährlich.

Extremismus generell ist moderner, jünger und digitaler geworden. In den sozialen Medien werden rund um die Uhr menschenfeindliche Botschaften gesendet. KI-generierte Videos und Fotos landen minütlich in den Timelines von Social Media und erzielen große Reichweiten. Wie Gift sickern extremistische Anschauungen langsam in die Köpfe - vor allem von Kindern und Jugendlichen.

Auch Antisemitismus ist in unserer Gesellschaft weiter präsent. Besonders durch die Eskalation des Nahost-Konflikts hat der Hass auf Jüdinnen und Juden in der Gesellschaft in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. Antisemitische Übergriffe auf jüdische Mitmenschen und Gedenkstätten sind keine Seltenheit mehr. Dass das 80 Jahre nach dem Holocaust geschrieben werden muss, ist so traurig wie bitter. Die Geschichte lehrt uns, jeglicher Form von Antisemitismus entschieden entgegenzutreten.

Den Auslandsbezogenen Extremismus hat der Verfassungsschutz genauso auf dem Schirm. Dass wir weiter konsequent gegen Gruppierungen vorgehen, die Terror und Antisemitismus befürworten, zeigt das Verbot des Vereins „Palästina Solidarität Duisburg“. Wir nutzen alle juristischen Möglichkeiten, um klare Kante gegen Extremismus zu zeigen. Und darum schauen wir auch ganz genau hin, wenn Fußballspieler vermeintlich harmlose Handzeichen machen. Der Wolfsgruß während der Fußball-EM in unserem Land bleibt da nicht verborgen. Die Grauen Wölfe gehören zur rechtsextremistischen Ülkücü-Bewegung. Darum gilt es, jedem Versuch, diese Ideologie zu normalisieren und in der Gesellschaft zu verankern, die rote Karte zu zeigen.

Auch der Linksextremismus hatte 2024 seine Bühne. Linksextremisten führten zum Teil gewaltsame Proteste durch und demonstrierten neben vielen Nicht-Extremisten etwa gegen den Bundesparteitag der AfD in Essen oder harrten vor der Düsseldorfer Rheinmetall-Zentrale für ihren antimilitärischen Protest aus. Linksextremistische Aktivisten mischten sich auch unter Palästina-Demos an deutschen Universitäten. Ziel

dieser Aktivitäten ist, über anschlussfähige politische Brennpunktthemen zivildemokratischen Protest zu radikalisieren und linksextremistische Ideologie in das bürgerliche Spektrum zu tragen.

Der Verfassungsschutz hat als Frühwarnsystem alle Extremismusbereiche im Blick. Darüber hinaus spielt er auch eine wesentliche Rolle bei der Bekämpfung von Terrorismus. Die Herausforderungen werden aber nicht weniger, sondern mehr. Darum braucht es zusätzliche rechtliche Instrumente. Unser Verfassungsschutzgesetz bekommt 2025 ein Update. Bewährtes wird übernommen, aber durch neue Regelungen, die auf der Höhe der Zeit sind, ergänzt.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes für ihren Einsatz. Der beste Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung gelingt aber nur mit verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürgern. Um unsere Demokratie müssen wir uns kümmern, Tag für Tag. Jeder von Ihnen hält diese Demokratie am Laufen. Sorgen Sie dafür, dass sie weiterläuft.



Herbert Reul
Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
----------------	----------

Grundlagen und Ziele des Verfassungsschutzes	11
---	-----------

Kompakt	23
----------------	-----------

Extremismus in Zahlen	31
------------------------------	-----------

Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)	34
PMK- rechts	40
PMK- links	42
PMK- ausländische Ideologie	46
PMK- religiöse Ideologie	50
PMK-sonstige Zuordnung-	52

Sonderthema: Die Gefährdungslage durch den islamistischen Terrorismus	55
--	-----------

Antisemitismus	67
-----------------------	-----------

Rechtsextremismus	81
--------------------------	-----------

Zusammenfassung	82
Im Fokus: Queerfeindlichkeit im Rechtsextremismus	86
Die Heimat	90
Rechtsextremistische Personenzusammenschlüsse in der und für die AfD	98
Der III. Weg	104
Identitäre Bewegung Deutschland e.V. (IBD) und Nachfolgestrukturen	110
Neonazis	114
Subkulturell geprägter Rechtsextremismus	120

Rechtsextremistische Zeitschriften	126
Rechtsterrorismus	130
Rechtsextremismus im Internet	134

Reichsbürger und Selbstverwalter	139
---	------------

Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates	149
---	------------

Linksextremismus	157
-------------------------	------------

Zusammenfassung	158
Im Fokus: Linksextremistische Beteiligung an den Protesten „gegen Rechts“	160
Linksextremismus in Parteien und deren Umfeld	164
Kommunistische Kleingruppen	170
Autonome Linksextremisten	176

Auslandsbezogener Extremismus	185
--------------------------------------	------------

Zusammenfassung	186
Im Fokus: Verbot des Vereins Palästina Solidarität Duisburg	188
Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe)	190
Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi –DHKP-C)	196
Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), Volkskongress Kurdistan (KONGRA-GEL) und unterstützende Organisationen	200
Palästina Solidarität Duisburg (PSDU)	210

Islamismus	215
-------------------	------------

Zusammenfassung	216
Im Fokus: Umra-Reisen als Geschäftsmodell der extremistisch-salafistischen Szene	220
Extremistischer Salafismus	224
HAMAS	232
Hizb Allah (Partei Gottes) und schiitischer Islamismus	238
Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei – HuT)	246

Muslimbruderschaft (unter anderem Deutsche Muslimische Gemeinschaft, DMG)	252
Furkan-Bewegung	258

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz 263

Zusammenfassung	264
Im Fokus: Sabotagegefahr durch russische Stellen	268
Spionage, Proliferation und sicherheitsgefährdende Aktivitäten für fremde Mächte	278
Cyberangriffe durch ausländische Staaten	306
Wirtschaftsschutz und Geheimschutz in der Wirtschaft	322

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme 329

Zusammenfassung	330
Im Fokus: 10 Jahre API und Wegweiser erfolgreiche Islamismus-Prävention in Nordrhein-Westfalen	334
Übergreifende Konzepte und Vernetzung	340
Präventionsprogramm Wegweiser - Stark ohne islamistischen Extremismus	346
Aussteigerprogramme	352
Veranstaltungen, Fortbildungen und Tagungen	354

Index 364

Grundlagen und Ziele des Verfassungsschutzes

Grundlagen und Ziele des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz ist das Frühwarnsystem vor Gefahren für die Demokratie, die von politischem oder religiösem Extremismus, Terrorismus und Spionage ausgehen. Dabei hat er sowohl die reale als auch die digitale Welt im Blick.

Über den Verfassungsschutz

Verfassungsschutz ist nach dem Grundgesetz eine Aufgabe der Länder und des Bundes. Verfassungsschutzbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen ist das Ministerium des Innern. Die für den Verfassungsschutz zuständige Abteilung innerhalb des Ministeriums nimmt ihre Aufgaben gesondert von der Polizeiorganisation wahr. Die Verfassungsschutzbehörden der einzelnen Bundesländer sind gesetzlich dazu verpflichtet, untereinander und mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zu kooperieren, wobei das Bundesamt die Aufgaben einer Zentralstelle auf Bundesebene übernimmt.

Der NRW-Verfassungsschutz verfügte im Jahr 2024 über einen Haushalt von rund 18,8 Millionen Euro, das ist rund eine Millionen Euro weniger als im Vorjahr. Davon waren rund 8,6 Millionen Euro für die Prävention vorgesehen. Zudem waren ihm für das Berichtsjahr 553 Stellen zugewiesen.

Die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sind gesetzlich festgelegt. Ein Ermessensspielraum, welche verfassungsfeindlichen Bestrebungen zu beobachten sind, besteht nicht. Der öffentlichen Berichterstattung des Verfassungsschutzes über von ihm beobachtete Organisationen und Strukturen geht hingegen eine Ermessensentscheidung zur Art und Weise der Information der Öffentlichkeit voraus. Eine Berichterstattung ist zudem erst dann zulässig, wenn hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen oder Tätigkeiten bestehen, ein öffentliches Interesse an der Bekanntgabe besteht und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt ist.

Eine zentrale Veröffentlichung ist der jährlich erscheinende Verfassungsschutzbericht. Der vorliegende Bericht bezieht sich auf Ereignisse und Beobachtungen im Jahr 2024. Hinweise auf Geschehnisse außerhalb Nordrhein-Westfalens sind aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichts erforderlich sind. Ergänzende Informationen gibt es online unter www.im.nrw/verfassungsschutz.

Grundlagen und Zielsetzung des Verfassungsschutzes

Nach Paragraph 3 Absatz 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) hat der Verfassungsschutz die Aufgabe, bereits im Vorfeld von konkreten Gefährdungslagen Informationen zu sammeln und auszuwerten über

- ▶ Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben,
- ▶ sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht,
- ▶ Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden und
- ▶ Bestrebungen und Tätigkeiten, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Kennzeichnung

Strukturen und Organisationen, deren Verfassungsfeindlichkeit bereits erwiesen ist, werden im Folgenden im Fettdruck gekennzeichnet. Soweit die Verfassungsfeindlichkeit zwar noch nicht erwiesen ist, aber hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte einen Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen begründen, werden die betroffenen Organisationen in Kursivdruck gesetzt.

Beispiel: **Partei X**, *Partei Y*

Bei „Bestrebungen“ handelt es sich gemäß Paragraph 3 Absatz 5 VSG NRW um politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der gegen die in Paragraph 3 Absatz 1 VSG NRW genannten Schutzgüter gerichtet ist. Ein „Personenzusammenschluss“ besteht aus mehreren Personen, die gemeinsam handeln. Arbeitsschwerpunkt des Verfassungsschutzes ist die Beobachtung von Personenzusammenschlüssen (Organisationen). Daneben ist aber auch die Beobachtung von Einzelpersonen zulässig. Beides setzt jeweils mindestens einen Extremismusverdacht voraus.

Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Im Zentrum steht der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Diese bildet den Kern des Grundgesetzes (GG), der gemäß Artikel 79 Absatz 3 GG gegen jede Veränderung geschützt ist. Paragraph 3 Absatz 6 VSG NRW zählt hierzu im Einzelnen folgende Grundsätze:

- ▶ das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- ▶ die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- ▶ das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- ▶ die Ablösbarkeit der Regierung und deren Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- ▶ die Unabhängigkeit der Gerichte,
- ▶ den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- ▶ die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Auswärtige Belange der Bundesrepublik und Völkerverständigung

Daneben beobachtet der Verfassungsschutz Bestrebungen, „die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden“. Hier geht es beispielsweise um gewaltbereite extremistische Gruppen mit Auslandsbezug, die vom Gebiet der Bundesrepublik

Deutschland aus Gewaltaktionen vorbereiten, um eine gewaltsame Änderung der politischen Verhältnisse im Ausland, insbesondere in ihren Heimatländern, herbeizuführen und die dadurch die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten beeinträchtigen (Paragraph 3 Absatz 1 Nr. 3 VSG NRW).

Auch Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind, gehören zu den Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes (Paragraph 3 Absatz 1 Nr. 4 VSG NRW). Der Verfassungsschutz beobachtet international operierende Gruppierungen, die beispielsweise darauf abzielen, konfessionelle oder ethnische Gruppen im Ausland zu bekämpfen. In diesem Fall sind die Angriffe nicht auf die staatliche Ordnung oder die Grenzen eines einzelnen anderen Landes gerichtet, sondern gegen bestimmte (Volks-) Gruppen in den betreffenden Staaten. Gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind damit auch Gruppierungen, die die – notfalls gewaltsame – Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete propagieren.

Arbeitsweise des Verfassungsschutzes

Bei seiner Tätigkeit stützt sich der Verfassungsschutz in großem Umfang auf frei verfügbare Informationen wie Veröffentlichungen im Internet und in den sozialen Medien sowie aus Zeitungen, Radio- und Fernsehberichten. Dazu gehören unter anderem wissenschaftliche Beiträge, Interviews und zum Beispiel Parteiprogramme. Die Verfassungsschützer gehen dabei auf gezielte Spurensuche in Print- und Onlinemedien, den sozialen Netzwerken und sonstigen offenen Plattformen.

Typischerweise geben sich extremistische Organisationen in ihren Programmen und öffentlichen Auftritten jedoch gemäßigt, um ihre Akzeptanz und ihre Wahlchancen nicht zu beeinträchtigen. Klartext wird häufig nur in den inneren Zirkeln und unter Ausschluss der Öffentlichkeit gesprochen. Auch darüber benötigt der Verfassungsschutz verlässliche Informationen, damit er sich ein realistisches Bild von den Zielen und den Methoden derartiger Organisationen verschaffen und seinen Auftrag zur Information von Politik und Öffentlichkeit erfüllen kann. Nicht nur Extremistinnen und Extremisten, sondern auch fremde Nachrichtendienste arbeiten konspirativ. Deshalb kann zur Aufklärung der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel notwendig sein. Dabei werden nach Maßgabe konkreter gesetzlicher Vorgaben insbesondere Vertrauenspersonen (V-Personen) eingesetzt und Zielpersonen observiert. In besonders gravierenden Einzelfällen erfolgt eine Überwachung des Post- und Telekommunikationsverkehrs.

Als Frühwarnsystem hat der Verfassungsschutz die Aufgabe, frühzeitig mögliche verfassungsfeindliche Bestrebungen zu identifizieren, deren Ursachen zu analysieren,

Entwicklungen zu prognostizieren und Politik, Verwaltung und Gesellschaft darüber zu informieren. Die Aufgabe des Verfassungsschutzes erschöpft sich insoweit nicht in der Sammlung und Auswertung von Informationen als Selbstzweck, sondern ist erst mit der Weitergabe analytisch aufbereiteter Erkenntnisse erfüllt.

Außerdem übermittelt der Verfassungsschutz, dem selbst keine Zwangsbefugnisse für Durchsuchungen oder Festnahmen zustehen, seine Erkenntnisse im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten an Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften, um diesen die notwendigen exekutiven Maßnahmen zu ermöglichen oder dabei zu unterstützen. Die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes fließen auch in viele andere Verfahren ein, beispielsweise Verbotsverfahren nach dem Vereinsgesetz oder bei Parteiverboten.

Der Verfassungsschutz wirkt außerdem daran mit, drohenden politischen und wirtschaftlichen Schaden durch illegitime oder illegale Aktivitäten fremder Mächte in Deutschland zu verhindern. Dabei setzt der Verfassungsschutz auf eine Dreifachstrategie aus Früherkennung, Frühwarnung und Prävention.

Der Verfassungsschutz unterstützt andere Behörden bei der rechtzeitigen Erkennung von Gefahren, die im Einzelfall aus extremistischen Bestrebungen oder den Aktivitäten fremder Mächte erwachsen.

Durch Präventionsarbeit, konkret durch Aufklärung der Öffentlichkeit, schafft der Verfassungsschutz ein Bewusstsein für die Gefahren des Extremismus und stärkt damit die Demokratie von innen heraus. Hinzu kommen mit Spurwechsel im Rechtsextremismus, API im Islamismus und Left im Links- und auslandsbezogenen Extremismus drei Aussteigerprogramme sowie das Präventionsprogramm „Wegweiser - Stark ohne islamistischen Extremismus“, das ein Abdriften in die islamistische Szene verhindern soll - seit über einem Jahr auch mit einem Chat.

Der Verfassungsschutz sensibilisiert zudem die Wirtschaft vor den Gefahren durch Spionage, Sabotage und Cyberangriffe, um so entsprechende Eigenschutzmechanismen zu aktivieren.

Daneben klärt der Verfassungsschutz online mit Web-Angeboten, in den sozialen Medien sowie mit Veranstaltungen und auf Messen über die einzelnen Extremismusbereiche auf. Denn eine informierte, aufgeklärte Öffentlichkeit trägt wesentlich dazu bei, die Gesellschaft vor extremistischen Bestrebungen zu schützen.

Kontrolle des Verfassungsschutzes

Die Aufgaben und Befugnisse der Verfassungsschutzbehörde sind im VSG NRW definiert. Zugleich ist dort geregelt, durch wen und wie ihr Handeln kontrolliert wird, denn eine rechtliche und politische Kontrolle der Verwaltung ist ein konstitutives Merkmal des Rechtsstaates.

Da die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes aufgrund ihrer besonderen Geheimhaltungsbedürftigkeit in der Regel nicht öffentlich im Parlament oder seinen Ausschüssen beraten werden können, gibt es für die Kontrolle besondere Stellen. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG). Der Landtag Nordrhein-Westfalen wählt zu Beginn jeder Wahlperiode die Mitglieder des PKG aus seiner Mitte. Das PKG überwacht umfassend die Tätigkeit des Verfassungsschutzes. Für die Kontrolle der Telekommunikations- und Postüberwachungs- sowie Finanzermittlungsmaßnahmen des Verfassungsschutzes bestellt das PKG in jeder Legislaturperiode die sogenannte G 10-Kommission. Diese ist für die Genehmigung der genannten Maßnahmen zuständig. Zukünftig wird es - neben der G 10-Kommission - für die Genehmigung weiterer besonders eingriffsintensiver nachrichtendienstlicher Mittel eine externe Vorabkontrolle geben.

Mitwirkung

Als „mitwirkende Behörde“ trägt der Verfassungsschutz zur Verbesserung der inneren Sicherheit bei.

Im Rahmen der Mitwirkungsaufgaben steuert der Verfassungsschutz als Sicherheitsbehörde bei der Sachentscheidung einer anderen Behörde bereits vorhandene oder aus Anlass des Mitwirkungersuchens gewonnene Erkenntnisse in den Entscheidungsprozess dieser Behörde mit ein.

Wesentliche Mitwirkungsaufgaben sind

- ▶ die Beteiligung bei Zuverlässigkeitsüberprüfungen (beispielsweise im Bereich des Waffen-, Jagd-, Sprengstoff- und Luftsicherheitsrechts), aufenthalts- oder staatsbürgerschaftsrechtlichen Verfahren sowie Akkreditierungen,
- ▶ die Beteiligung bei Sicherheitsüberprüfungen auf Grundlage des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes NRW im Interesse des Geheim- oder Sabotageschutzes,

- die Durchführung von Beratungen zu technischen Sicherungsmaßnahmen zum Schutz von Verschlusssachen und zur Verschlusssachenanweisung NRW (VSA NRW).

- Schwerpunkte waren im Jahr 2024 erneut Anfragen im Zusammenhang mit Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren sowie Anfragen im Rahmen der Erlangung einer waffenrechtlichen Erlaubnis.

Der Berichtszeitraum 2024 zeichnet sich dabei, wie schon in den Jahren zuvor, durch eine andauernde Steigerung von Anfragen im Bereich der Zuverlässigkeitsüberprüfungen und Beteiligungsaufgaben aus. Ebenso nahmen die Anträge zu Sicherheitsüberprüfungen zum Zwecke des personellen Geheim- oder Sabotageschutzes zu.

In den letzten Jahren ist es durch konsequente Digitalisierung gelungen, Anfragen zu Zuverlässigkeitsüberprüfungen und Teilnahmeverfahren, bei denen keine Erkenntnisse des Verfassungsschutzverbundes vorliegen, innerhalb weniger Tage beantworten zu können. Dies betraf Anfragen nach dem Luftsicherheitsgesetz oder dem Waffengesetz, bei denen es um die Beurteilung der Zuverlässigkeit von Personen ging.

	2022	2023	2024
Aufenthalt	181.717	225.128	221.258
Jagd- und Waffengesetz	188.571	317.341	199.301
Einbürgerung	74.983	90.569	121.396
Luftsicherheit	35.022	66.358	46.137
Sicherheit im Strafvollzug	17.007	18.646	18.948
Akkreditierung	10.834	21.021	18.098
Bewachungsgewerbe	16.064	15.623	17.978
Bewerbungen Polizeidienst	3.843	37.351	9.762
Sprengstoffgesetz	3.727	4.046	3.594
Atomgesetz	927	1.712	1.929
Hafensicherheit	46	75	61

Anzahl der Anfragen je Verfahren im Jahresvergleich

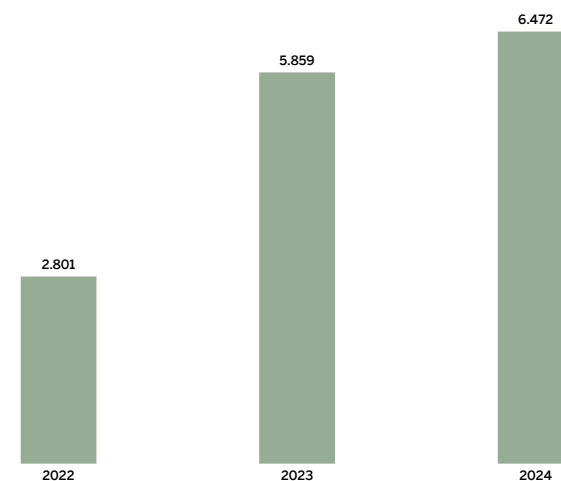
Personeller Geheim- und Sabotageschutz

Personeller Geheim- und Sabotageschutz

Um Sicherheitsrisiken bei Personen auszuschließen, die eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausüben, wird eine Sicherheitsüberprüfung nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Es gibt insgesamt drei Stufen. Die jeweils erforderlichen Maßnahmen richten sich nach der Überprüfungshöhe. Welche Stufe der Sicherheitsüberprüfung erforderlich ist, ergibt sich aus der konkreten sicherheitsempfindlichen Tätigkeit.

Der Verfassungsschutz ist mitwirkende Behörde bei der Sicherheitsüberprüfung. Kommt er bei der Prüfung des Einzelfalls zum Ergebnis, dass ein Sicherheitsrisiko vorliegt, teilt er dies unter Darlegung der Gründe der zuständigen Behörde mit, die eine abschließende Entscheidung trifft.

Die angespannte Sicherheitslage und die hiermit auch verbundenen intensivierten Aktivitäten fremder Nachrichtendienste gegen Personen und Einrichtungen in



Sicherheitsüberprüfungen nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz NRW

Deutschland führen zu entsprechend aktualisierten Bewertungen von Sicherheitsrisiken im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen. Das zum Teil aggressive Vorgehen der russischen Nachrichtendienste bei Spionage und Sabotage sowie die gestiegene Gefahr willkürlicher Inhaftierungen oder anderer freiheitsbeschränkender Maßnahmen bei Reisen nach Russland oder Weißrussland erforderten

verschärfte Reise- und Sicherheitshinweise für sicherheitsempfindlich eingesetztes Personal. Die Zunahme der in den Behörden des Landes und der Kommunen als Verschlussachen einzustufenden Informationen sowie die Ausweitung sicherheitsempfindlicher Tätigkeiten führten zu einer erheblichen Zunahme der Zahl der Sicherheitsüberprüfungen.

Materieller Geheimschutz

Die Handhabung von Verschlussachen wird in der Verschlussachenweisung des Landes geregelt. Der Verfassungsschutz berät als mitwirkende Behörde die nordrhein-westfälischen Behörden zum Umgang mit Verschlussachen, zu technischen Sicherungsmaßnahmen oder zu Fragen im Umgang mit der Verschlussachenanweisung. Besonderer Beratungs- und Informationsbedarf bestand im Berichtszeitraum im kommunalen Bereich.

Materieller Geheimschutz

Unter materiellem Geheimschutz sind alle technischen und organisatorischen Maßnahmen zu verstehen, die zum Schutz von Verschlussachen (im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Informationen) nötig sind. Verschlussachen werden entsprechend ihrer Schutzbedürftigkeit in die Geheimhaltungsgrade VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH, VS-VERTRAULICH, GEHEIM und STRENG GEHEIM eingestuft.

Um den Schutz von Verschlussachen sicherzustellen, müssen die Maßnahmen des personellen Geheimschutzes und des materiellen Geheimschutzes eng aufeinander abgestimmt sein.

Kompakt

Kompakt

Rechtsextremismus

- Die rechtsextremistische Szene gewinnt wieder verstärkt Jugendliche und junge Erwachsene. Das betrifft sowohl die rechtsextremistische Strömung der Neuen Rechten als auch neonazistisch geprägte Gruppen.
- So genannte **Active Clubs** versuchen mit Kampfsport und Outdoor-Aktivitäten Interesse zu wecken, andere im Internet entstandene Gruppierungen mobilisieren ihre Anhängerschaft mit Störaktionen gegen Christopher-Street-Day-Veranstaltungen.
- Der digitalisierte Rechtsextremismus verschafft der Propaganda eine hohe Reichweite und befördert Radikalisierungsprozesse bei jungen Menschen. Dabei setzt die Szene zunehmend auf KI.
- Die Remigrationskampagne, als modernisierte Form der fremdenfeindlichen Forderung „Ausländer raus“, wird von der gesamten rechtsextremistischen Szene getragen.

Ereignisse im Berichtszeitraum

23. Januar

Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass Die Heimat (vormals: NPD) für die Dauer von sechs Jahren von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen ist.



2024 ►►

26. Februar

Die frühere RAF-Terroristin Daniela Klette wird nach 30 Jahren im Untergrund in Berlin festgenommen.

13. Mai

Das OVG Münster entscheidet, dass die Einstufung der AfD als rechtsextremer Verdachtsfall durch das Bundesamt für Verfassungsschutz rechtsens ist.

Reichsbürger und Selbstverwalter / Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates

- Die Szene der **Reichsbürger und Selbstverwalter** gewinnt weiterhin neue Anhänger. Seit der Corona-Pandemie gelingt dies verstärkt auch bei Frauen und jüngeren Erwachsenen.
- Im Phänomenbereich der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates findet in einigen Bereichen eine Rechtsextremisierung statt. Die Szene übernimmt zunehmend rechtsextremistische Positionen und arbeitet mit Rechtsextremisten zusammen.

Linksextremismus

- Proteste gegen die AfD sind für die Linksautonomen ein wesentliches Mobilisierung- und Aktionsthema, insbesondere der „antifaschistische Kampf“, etwa bei Protesten gegen den 15. Bundesparteitag der AfD in Essen im Juni 2024.
- Akteure aus dem eher autonomen Spektrum schließen sich zu **kommunistischen Kleingruppen** zusammen. Sie sind stärker ideologisch geprägt und handeln aktionsorientiert.
- Waldbesetzungen bleiben Teil des extremistischen Aktionsspektrums, wie die Besetzungen im Gremberger Wäldchen und im Manheimer Erbwald „Sündenwäldchen“ im Rheinischen Braunkohlerevier; jedoch ohne eine vergleichbare Dynamik

21. Mai

Gegen die Reichsbürger-Gruppe um Heinrich Prinz Reuß beginnt in Frankfurt/ Main ein zweiter Prozess.

27. Mai

Verurteilung des Bundeswehroffiziers Thomas H. vor dem OLG Düsseldorf wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit.

16. Mai

Verbot und Auflösung des Vereins „Palästina Solidarität Duisburg“



Ende Mai 2024

Ein Video wird öffentlich bekannt, in dem junge Erwachsene zum Lied „L'amour toujours“ den fremdenfeindlichen Slogan „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ skandieren.

wie bei den Besetzungen um den Erhalt des Hambacher Forstes oder des Weilers Lützerath.

Auslandsbezogener Extremismus

- Verbot und Auflösung des Vereins „Palästina Solidarität Duisburg“ im Mai 2024
- Mit dem Anschlag auf das türkische Luft- und Raumfahrtunternehmen TUSAŞ im Oktober 2024 in der Türkei zeigt die **PKK**, dass sie zumindest außerhalb Europas unverändert gewaltsame terroristische Aktivitäten zur Erreichung ihrer Ziele entfaltet.
- Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilt im November 2024 drei hochrangige Funktionäre der **DHKP-C** wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland.

Islamismus

- Die Gefahr islamistisch motivierter Anschläge ist weiterhin abstrakt hoch.
- Dass sich diese abstrakt hohe Gefahr jederzeit konkretisieren kann, zeigt der Anschlag in Solingen mit drei Toten und acht Verletzten. Hier mündet die seit Jahren von den Sicherheitsbehörden als abstrakt hoch beschriebene Gefährdungslage durch den islamistischen Terrorismus in den bisher schwersten islamistischen Terrorakt, den es in Nordrhein-Westfalen gegeben hat.

- Vor allem durch den sogenannten **Islamischen Staat (IS)** selbst und seine regionalen Ableger, insbesondere durch den **Islamischen Staat Provinz Khorasan (ISPK)** ist diese Gefahr virulent.

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

- 2024 erhöhen die internationalen Entwicklungen und damit einhergehenden Konflikte das Risiko für Spionage, Cyberangriffe und Sabotageakte auch in Deutschland und NRW weiter.
- Illegitime Einflussnahmeversuche, manipulierte Informationen und Propaganda nehmen zu - insbesondere im digitalen Raum.
- Die Aufklärungsinteressen und Aktivitäten fremder Mächte gestalten sich vielfältiger und sind tendenziell umfangreicher als in den Vorjahren.
- Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsschutz richtet sich bei seinen Veranstaltungen, Vorträgen und Beratungen thematisch und mit Blick auf die Zielgruppen konsequent an den aktuellen Herausforderungen aus.

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme

- Im Bereich der Primärprävention kann der Verfassungsschutz im Jahr 2024 die Zahl der Veranstaltungen deutlich steigern.

31. Mai
Islamistisch motivierter Messerangriff von Mannheim, bei dem ein Polizist ums Leben kommt.

2024 ►►

12. Juni
Vereinsverbot des salafistischen Vereins „Deutschsprachige Muslimische Gemeinschaft e. V. (DMG) in Braunschweig



28-30. Juni
Massive Proteste unter Teilnahme von links-extremistischen Personen gegen den 15. Bundestag der AfD in Essen



03. Juli
Die Polizei räumt Protestcamp von Waldbesetzern im Gremberger Waldchen in Köln.

24. Juli
Verbot des schiitisch-islamistischen Vereins Islamisches Zentrum Hamburg e. V. (IZH) durch das BMI.

- Phänomenübergreifend werden die Klientinnen und Klienten der Aussteigerprogramme immer jünger. Für alle drei Programme gilt es, den Herausforderungen zunehmender Radikalisierung besonders junger Menschen im Netz zu begegnen.
- Mit Wegweiser und dem API feiern im Jahr 2024 zwei inzwischen fest in NRW etablierte Präventionsprogramme ihr zehnjähriges Bestehen. Durch den Chat können Ratsuchende nun auch online Kontakt zu den Beratungsstellen suchen - anonym, vertraulich und kostenlos.

2024 ►►

23. August
Terroranschlag von Solingen mit drei Toten und acht Verletzten. Der „Islamische Staat“ reklamiert den Anschlag für sich.

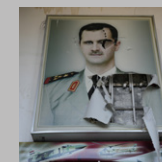


28. September Tötung des
Hizb Allah-Generalsekretärs
Hassan Nasrallah

25. November
Das OLG Düsseldorf verurteilt drei hochrangige
Funktionäre der DHKP-C wegen der Mitgliedschaft
in einer terroristischen Vereinigung im Ausland.

28. Dezember
Türkische Parlamentsabgeordnete be-
suchen nach zehn Jahren den isolier-
ten kurdischen Repräsentanten Abdul-
lah Öcalan zu Friedensgesprächen.

8. Dezember
Nach über 13 Jahren Bürgerkrieg und über 50 Jahren Diktatur
stürzen islamistische Kämpfer das autokratische syrische Re-
gime und übernehmen die Macht in Damaskus.



Extremismus in Zahlen

Personenpotenziale in Nordrhein-Westfalen

Rechtsextremismus	2023	2024
Die Heimat (bis Mai 2023 NPd), inklusive Junge Nationalisten	400	400
Die Rechte	50	50
Der III. Weg	40	40
Sonstiges rechtsextremistisches Personenpotenzial in Parteien (völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss innerhalb der Alternative für Deutschland (AfD), ehemals „Flügel“)	950	1100
<i>Junge Alternative</i>	200	200
In parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen, insbesondere neonazistischen Kameradschaften und Mischszene	1.250	1.150
Unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial, insbesondere die Skinhead-Szene	1.150	1.355
abzüglich Doppelzurechnungen*	-295	-285
Gesamt	3.745	4.010
davon gewaltorientierte Rechtsextremisten	1.800	1.840
Reichsbürger und Selbstverwalter	3.400	3.700
Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates	300	250

* Einzelne Personen können gleichzeitig zwei Organisationen oder Gruppierungen zugerechnet werden.

Linksextremismus	2023	2024
Gewaltorientierte Linksextremisten einschl. Autonome und Anarchisten und Kommunistische Kleingruppen*	1.413	1.465
DKP	800	800
MLPD	750	750
Gesamt	2.963	3.015

*Kommunistische Kleingruppen sind erstmalig ausgewiesen.

Auslandsbezogener Extremismus	2023	2024
ADÜTDF	2.000	2.000
ATIB	600	600
ANF	300	300
Freie Szene der Ülkücü-Bewegung	800	800
DHKP-C	200	200
KONGRA-GEL bzw. PKK	2.200	2.200
PSDU	-	15
Samidoun*	5	-
Gesamt	6.105	6.115

*Samidoun wurde am 2. November 2023 durch das Bundesinnenministerium verboten und aufgelöst. Nach dem Verbot konnten im Berichtszeitraum keine relevanten Aktivitäten der Organisation in NRW festgestellt werden.

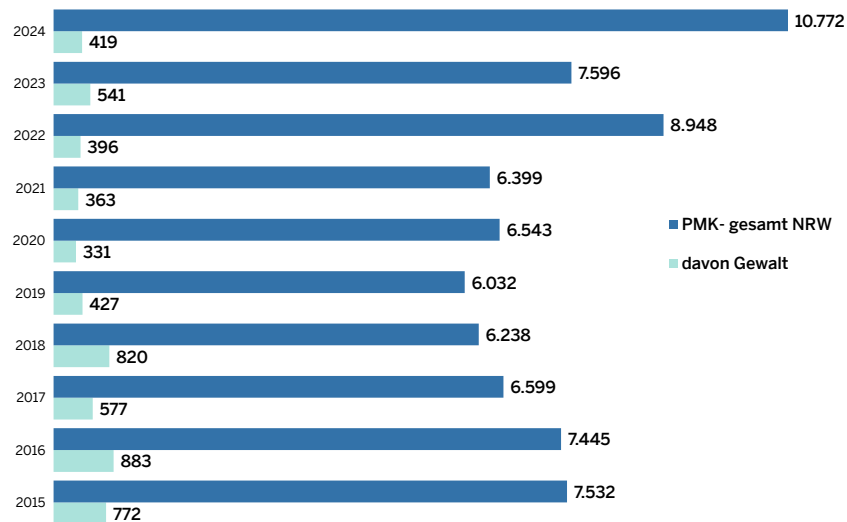
Islamismus	2023	2024
Extremistischer Salafismus	2.700	2.700
davon politisch	2.100	2.100
davon gewaltorientiert	600	600
HAMAS	175	230
Hizb Allah	400	400
Hizb ut-Tahrir	130	150
Muslimbruderschaft (2023 inklusive HAMAS)	320	150
Furkan-Gemeinschaft	70	70
abzüglich Doppelzurechnungen*	-175	-
Sonstige	380	310
Gesamt	4.000	4.010

*Das Personenpotenzial der HAMAS wurde bis zum Jahr 2023 bei dem der Muslimbruderschaft inkludiert. Für das Jahr 2024 erfolgte eine differenzierte Darstellung.

Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)

Betrachtung der Gesamtentwicklung

Die Gesamtzahl stieg im Jahr 2024 in Nordrhein-Westfalen auf 10.772 Straftaten an. 2023 erfasste die Polizei noch 7.596 Taten. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 3.176 Delikte (42 Prozent). Besonders in den Bereichen PMK- rechts, PMK- sonstige Zuordnung und der PMK-ausländische Ideologie gab es starke Zuwächse. In der Gesamtbetrachtung aller Phänomenbereiche dürfte der starke Anstieg aus einer Kombination verschiedener Ursachen resultieren. Die Fallzahlensteigerung in den Phänomenbereichen Links und Rechts zeigen eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung und stärken die These steigender Radikalisierungstendenzen der Bevölkerung in unsicheren Zeiten. Globale Krisen, sowie die Polarisierung im Kontext der Migrationsdebatte wirken sich unmittelbar auf die Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität aus.



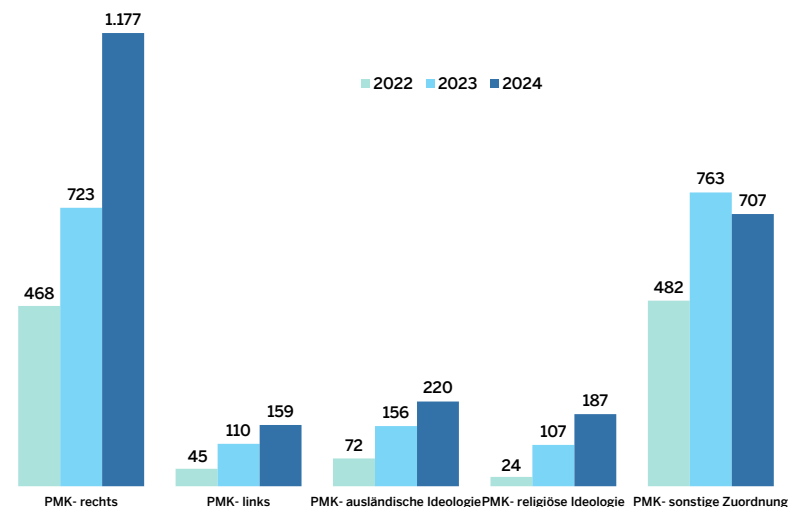
Gesamtentwicklung der politisch motivierten Kriminalität im 10-Jahres-Vergleich

Gewaltdelikte der Politisch motivierten Kriminalität (PMK- Gewalt gesamt)

Die Zahl der in Nordrhein-Westfalen erfassten politisch motivierten Gewaltdelikte sank 2024 um 23 Prozent von 541 auf 419 Delikte. Die Aufklärungsquote lag mit 59 Prozent höher als im Vorjahr, in dem sie 47 Prozent betrug. Insbesondere die Gewaltdelikte durch rechtsmotivierte Tatverdächtige stiegen von 116 auf 154 Straftaten deutlich an, wobei es sich zu 94 Prozent um Körperverletzungen handelte.

Straftaten mit dem Tatmittel „Internet“

Politisch motivierte Kriminalität ist digitaler geworden. Im Onlinebereich gab es eine signifikante Steigerung auf 2450 Straftaten..



Tatmittel Internet im 3-Jahres-Vergleich

Straftaten im Themenfeld „Hasskriminalität“

Im Bereich der Hasskriminalität wurden im Phänomenbereich PMK-rechts 2.049 Straftaten erfasst, was einem Anteil von 19 Prozent an der Gesamtzahl der 10.772 politisch motivierten Straftaten entspricht.

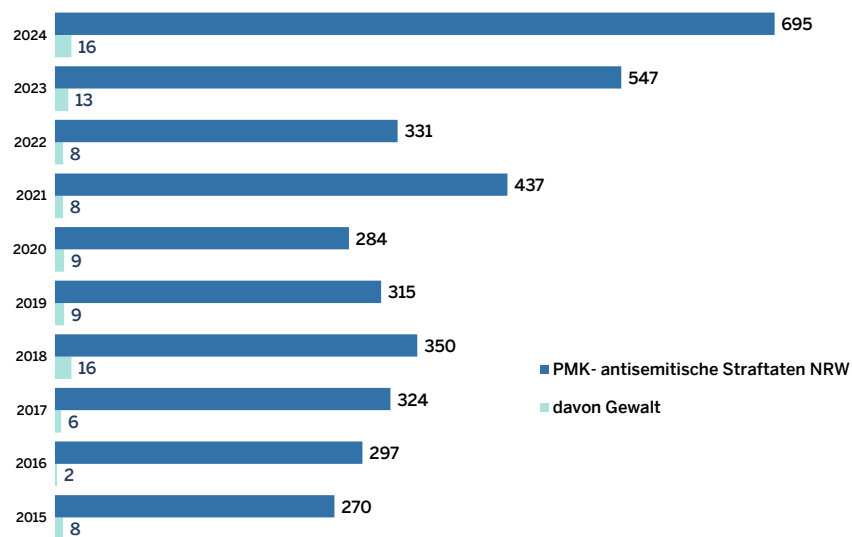
Antisemitische Straftaten

Die Zahl antisemitischer Straftaten stieg im Jahr 2024 deutlich. Erfasst wurden in Nordrhein-Westfalen 695 Delikte, was eine Zunahme von 27 Prozent (148 Delikte) im Vergleich zum Vorjahr bedeutet.

Diese Steigerung lässt sich unter anderem durch das erhöhte Aufkommen antisemitischer Straftaten seit den Terroranschlägen „der **HAMAS**“ gegen den Staat Israel am 7. Oktober 2023 und dem dadurch eskalierten Nahost-Konflikt erklären.

351 und somit 50 Prozent der erfassten antisemitischen Straftaten sind jedoch dem Phänomenbereich Rechts zuzuordnen.

Völkerverhetzungen, Propagandadelikte und Sachbeschädigungen machten 79 Prozent aller antisemitischen Straftaten aus.



Antisemitische Straf- und Gewalttaten im 10-Jahres-Vergleich

Propagandadelikte

Unter dem Begriff Propagandadelikte werden die in den Paragraphen 86, 86a Strafgesetzbuch aufgeführten Straftaten erfasst. Dazu gehören das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen und die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Die Aufklärungsquote bei den Propagandadelikten lag mit 41 Prozent deutlich über dem Niveau des Vorjahres (2023: 37 Prozent). Dies erklärt sich aus der gestiegenen Onlineaufklärung und der Verdopplung dieser Straftaten im Netz.

Propagandadelikte stiegen im letzten Jahr von 2.608 auf 4.326 Straftaten um 60 Prozent an. Bei den meisten Delikten handelte es sich um das Aufbringen von Hakenkreuzen im öffentlichen Raum.

	PMK- rechts		PMK- links	
	2024	2023	2024	2023
Deliktgruppen				
Tötungsdelikte	0	0	0	0
Brand- und Sprengstoffdelikte	1	2	6	19
Landfriedensbruchdelikte	1	0	6	14
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft-, und Straßenverkehr	3	1	2	24
Körperverletzungsdelikte	145	108	43	145
Widerstandshandlungen	2	3	27	72
Raub, Erpressung, Freiheitsberaubung	2	2	2	0
Sexualdelikte	0	0	0	0
Zwischensumme Gewaltdelikte	154	116	86	274
Bedrohungen, Nötigungen	83	77	33	66
Sachbeschädigungen	302	104	488	407
Propagandadelikte	3.511	2.137	24	13
Volksverhetzungen	893	603	14	10
Störungen des öffentlichen Friedens	13	50	5	2
Beleidigungen	584	413	219	135
Verstöße gegen das VereinsG	0	0	1	0
Verstöße gegen das VersG	13	4	201	95
Sonstige Straftaten	88	45	115	95
Gesamt	5.641	3.549	1.187	1.097

Straf- und Gewalttaten der PMK- Phänomenbereiche nach Deliktgruppen

PMK- ausländische Ideologie		PMK- religiöse Ideologie		PMK- sonstige Zuordnung	
2024	2023	2024	2023	2024	2023
0	0	1	2	0	1
1	3	0	0	6	5
0	1	0	0	0	12
1	0	0	0	9	9
73	45	11	8	55	38
10	3	0	1	5	11
4	6	1	4	2	2
0	0	0	0	0	0
89	58	13	15	77	78
51	37	29	12	71	49
303	217	26	61	719	234
102	63	97	11	592	384
209	155	49	95	259	185
11	10	38	41	21	27
127	60	10	12	541	595
39	21	2	2	0	0
31	22	2	2	48	139
131	186	60	54	197	125
1093	829	326	305	2.525	1.816

PMK- rechts

	2024	2023	Prozentuale Entwicklung
PMK- rechts			
Gesamtzahl	5.641	3.549	+58,9
davon Gewalkriminalität	154	116	+32,8
Aufklärungsquote	41,8%	43,7%	-1,9
Schwerpunkte der Delikte			
Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB	3.511	2.137	+64,3
Volksverhetzung	839	603	+39,1
Vorherrschende Themenfelder			
Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus	3.968	2.429	+63,4
Hasskriminalität	2.049	1.432	+43,1
Tatverdächtige			
gesamt	2.240	1.364	+64,2
männlich	1.920	1.125	+70,7
weiblich	320	239	+33,9

Entwicklungen und Erklärungen im Berichtszeitraum

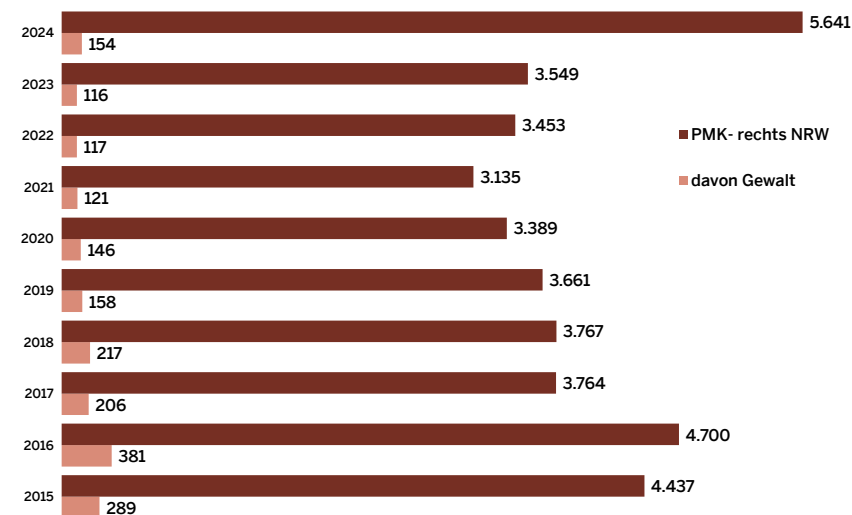
Die in Nordrhein-Westfalen erfassten Straftaten im Phänomenbereich PMK- rechts stiegen mit einem Gesamtaufkommen von 5.641 Straftaten im Vergleich zum Vorjahr stark an. 2023 erfasste die Polizei 3.549 Straftaten in Nordrhein-Westfalen. Propagandadelikte und Volksverhetzungen machen mit 78 Prozent den überwiegenden Anteil der Straftaten im Phänomenbereich PMK- rechts aus. Die Anzahl der rechtsmotivierten Gewaltdelikte stieg mit 154 Straftaten gegenüber dem Vorjahr (2023:116) um 33 Prozent ebenfalls an. In den meisten Fällen (94 Prozent) handelte es sich um Körperverletzungen (145).

Auffällig ist der starke Anstieg der Tatverdächtigen in der Altersgruppe der 14 bis 17-jährigen Tatverdächtigen, der sich um 187 Prozent auf 287 erhöht hat. Im Jahr 2023 wurden aus dieser Altersgruppe nur 100 Jugendliche ermittelt.

Insbesondere im Bereich der digitalen Chatgruppen sind zunehmend hochdynamische und adaptive junge Tätergruppen aktiv, die sich strafrechtlich relevant bis hin zur Planung von schwersten Gewalttaten äußern.

Vorherrschendes Themenfeld der PMK- rechts war 2024 wie in den vergangenen Jahren Nationalsozialismus und Sozialdarwinismus, in dem 3.968 Straftaten erfasst wurden (2023: 2.429 Straftaten).

Zusammenfassend dürfte der starke Anstieg der PMK- rechts aus einer Kombination verschiedener Ursachen resultieren. Die Entwicklung spiegelt die These steigender Radikalisierungstendenzen der Bevölkerung in unsicheren Zeiten wider. Erklärungsansätze sind vor allem die globalen Krisenszenarien sowie die gesellschaftliche Polarisierung im Kontext der Migrationsdebatte.



PMK- rechts und PMK- Gewalt im 10-Jahres-Vergleich

PMK- links

	2024	2023	Prozentuale Entwicklung
PMK- links			
Gesamtzahl	1.187	1.097	+8,2
davon Gewaltkriminalität	86	274	-68,6
Aufklärungsquote	31,0%	28,1%	+2,9
Schwerpunkte der Delikte			
Sachbeschädigung	489	407	+20,1
Beleidigung	219	135	+62,2
Vorherrschende Themenfelder			
Konfrontation/politische Einstellung	983	793	+24,0
Ökologie/Wirtschaft	192	539	-64,4
Tatverdächtige			
gesamt	364	348	+4,6
männlich	231	217	+6,5
weiblich	133	131	+1,5

Entwicklungen und Erklärungen im Berichtszeitraum

Die im Jahr 2024 in Nordrhein-Westfalen erfassten Straftaten im Phänomenbereich PMK- links stiegen von 1.097 um 8 Prozent auf 1.187 Straftaten an.

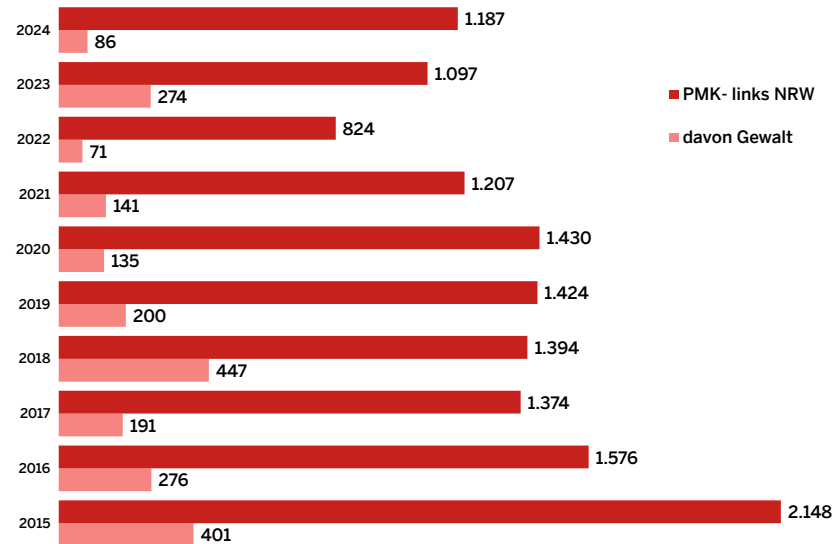
Die Zahl der Gewaltdelikte durch politisch linksmotivierte Tatverdächtige sank erheblich von 274 Straftaten auf 86 (um 69 Prozent).

In den vergangenen beiden Jahren machten Körperverletzungsdelikte den überwiegenden Anteil der Gewaltdelikte im Bereich der PMK- links mit 145 Delikten in 2023 und 43 Delikten in 2024 aus. Weiterhin bilden die Widerstandsdelikte in beiden Jahren einen Schwerpunkt (2023: 72; 2024: 27). Im Bereich der Gefährlichen Eingriffe in den Bahnverkehr/Flugverkehr sanken die Zahlen im Jahr 2024 deutlich um 92 Prozent. Dies ist ein erfreulich hoher Rückgang von 24 auf zwei Delikte.

Die vorherrschenden Themenfelder waren im Berichtszeitraum Konfrontationen und/oder politische Einstellungen (Steigerung von 793 auf 983 Straftaten), Antifaschismus (Steigerung von 137 auf 307 Straftaten), Innen- und Sicherheitspolitik (Rückgang von 373 auf 302 Straftaten) und Ökologie/Industrie/Wirtschaft (Rückgang von 539 auf 192 Straftaten).

Vor allem der starke Anstieg der Fallzahlen im Bereich des Themenfeldes Antifaschismus ist auffällig. Die prozentuale Steigerung in diesem Themenfeld ist mit 124 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erheblich. Gründe dürften hier insbesondere die steigenden Spannungen zwischen den politischen Lagern Links und Rechts sein.

Die Zunahme der Relevanz der Partei Alternative für Deutschland (AfD) sowie der daraus resultierende Widerstand im Bereich politisch linksmotivierter Tätergruppen zeigen sich hier und sind ein Grund der gestiegenen Fallzahlen im Antifaschismus. Beispielhaft zeigt sich dies insbesondere bei den letztjährigen Wahlen und den erfolgten Angriffen auf Wahlkampf- bzw. Informationsstände, insbesondere der AfD.



PMK- links und PMK- Gewalt im 10-Jahres-Vergleich

Im Vergleich zu den letzten Jahren hat die Anzahl der Straftaten im Zusammenhang mit den Protesten im Rheinischen Braunkohlerevier massiv abgenommen. Im letzten Jahr wurden 13 Straftaten im Phänomenbereich PMK- links erfasst (2023: 396 Straftaten; 2022: 153 Straftaten).

Nachdem die Fallzahlen im Zusammenhang mit der Räumung der Ortschaft Lützerath im Jahr 2023 letztmals stark stiegen, stellt das Rheinische Braunkohlerevier derzeit keinen Agitationsschwerpunkt innerhalb der linken Szene in NRW mehr dar.

Ähnlich wie im Phänomenbereich PMK- rechts zeigen die Fallzahlen der PMK- links Verschiebungen der Gesellschaft in die politischen Ränder und eine zunehmende Radikalisierung. Diese Entwicklung und die damit verbundene Fallzahlensteigerung sind trotz der im Verhältnis der Gesamtfallzahlen stehenden niedrigen Steigerung im Phänomenbereich der PMK- links zu beachten, da Nordrhein-Westfalen aufgrund des Schwerpunkts der vergangenen Jahre im Rheinischen Braunkohlerevier bereits einen hohen Stand der Fallzahlen hatte.

PMK- ausländische Ideologie

	2024	2023	Prozentuale Entwicklung
PMK- ausländische Ideologie			
Gesamtzahl	1.093	829	+31,9
davon Gewalkriminalität	89	58	+53,4
Aufklärungsquote	41,0%	33,7%	+7,3
Schwerpunkte der Delikte			
Sachbeschädigung	303	217	+39,6
Volkshetze	209	155	+34,8
Vorherrschende Themenfelder			
Krisenherde/Bürgerkriege	957	773	+23,0
Konfrontation/politische Einstellung	935	379	+46,7
Tatverdächtige			
gesamt	392	279	+40,5
männlich	310	211	+46,9
weiblich	82	68	+20,6

Entwicklungen und Erklärungen im Berichtszeitraum

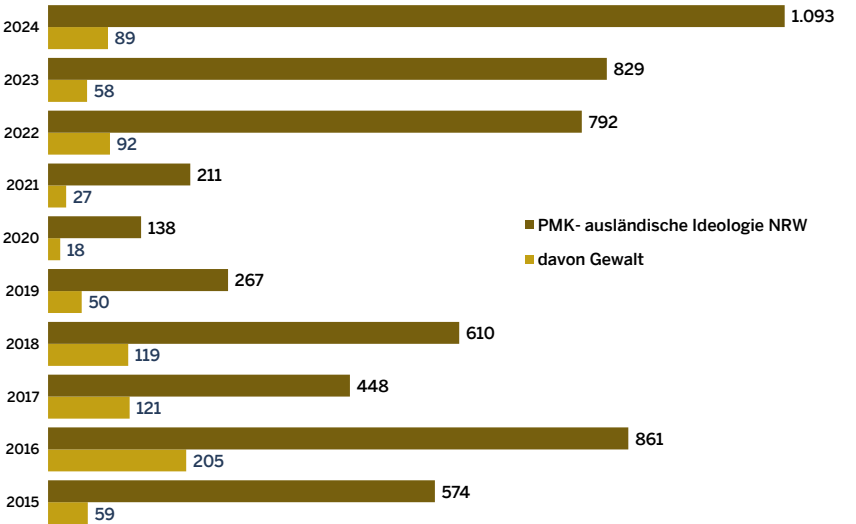
Nachdem die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich PMK- ausländische Ideologie aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sowie des Terrorangriffs gegen den Staat Israel im Jahr 2023 auf 829 Straftaten und damit um fast 34 Prozent im Vergleich zum Vorjahr stieg, wurde im Jahr 2024 eine weitere Steigerung um 32 Prozent auf insgesamt 1.093 Straftaten in Nordrhein-Westfalen verzeichnet.

Die Zahl der in Nordrhein-Westfalen erfassten Gewaltdelikte stieg in 2024 um 53 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 89 Straftaten (2023: 58 Straftaten) an. Dabei handelte es sich in 73 Fällen um Körperverletzungsdelikte.

Das Jahr 2024 stand erneut im Zeichen kriegsähnlicher Auseinandersetzungen in relativer Nähe zur Europäischen Union. Der Terrorangriff gegen den Staat Israel und die darauffolgende militärische Offensive Israels gegen Stellungen der **HAMAS** in Palästina wirkte sich dabei weiterhin stark auf die dargestellten Fallzahlen aus.

Besonders zum Jahrestag des Terrorangriffs der **HAMAS** gegen den Staat Israel war erneut eine zunehmende Anzahl von Straftaten im Bereich der PMK- ausländische Ideologie feststellbar.

Sachbeschädigungsdelikte stellen die Spitze der erfassten Straftaten in diesem Bereich dar. Die steigenden Fallzahlen, welche insbesondere zwischen den Monaten April mit 91 und Mai mit 170 Straftaten deutlich werden, sind auf unterschiedliche Faktoren zurückzuführen. Dabei haben unter anderem die im Mai 2024 stattgefundenen Europawahl sowie die in den Monaten Juni und Juli 2024 in Deutschland ausgetragene Fußball-Europameisterschaft einen entscheidenden Einfluss gespielt.



PMK- ausländische Ideologie und PMK- Gewalt im 10 Jahres-Vergleich

Das Übernehmen und Wiedergeben vornehmlich pro-palästinensischer Positionen im Rahmen von Versammlungen oder im öffentlichen Diskurs auf Social-Media-Kanälen gibt vielfach Anlass zur Prüfung weiterführender polizeilicher Maßnahmen hinsichtlich strafrechtlich relevanter Sachverhalte. So wurde im Jahr 2024 mit der Gruppierung **Palästina Solidarität Duisburg (PSDU)** eine regionale Vereinigung verboten, deren Ziele als unvereinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erachtet wurden. Im Zuge dessen konnte ein erhöhtes Veranstaltungsaufkommen im Rahmen von pro-**PSDU**-Versammlungen mit versammlungstypischen Straftaten und Ordnungs-

widrigkeiten festgestellt werden. Im Vergleich zu den Vorjahren zeichnet sich für 2024 ein Rückgang bei den Straftaten im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ab. So wurden 138 (2023: 187 Straftaten) Straftaten mit dem Themenfeld-Unterbegriff „Ukraine“ erfasst. Diese Zahlen zeigen, dass bei unverändertem Zustand des Angriffskrieges der Faktor Zeit einen großen Einfluss auf die Fallzahlenentwicklung hat. Aus kriminalfachlicher Sicht zeigt sich deutlich eine starke Einflussnahme der Emotionalisierung von Ereignissen.

Im Jahr 2024 war zudem der bestehende Konflikt der Türkei mit Teilen der kurdischen Bevölkerung für eine steigende, insbesondere kurdisch geprägte, Veranstaltungs- und Versammlungslage verantwortlich. Die sich aus dieser Lage entwickelnde, verstärkte politisch motivierte Agitation trug ergänzend zu einer Steigerung der Fallzahlen im Bereich PMK-ausländische Ideologie bei. So wurden 117 (2023: 48 Straftaten) Straftaten unter dem Unterbegriff „Kurden“ erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Straftaten unter dem Unterbegriff „Türkei“ um 41 Prozent an.

PMK- religiöse Ideologie

	2024	2023	Prozentuale Entwicklung
PMK- religiöse Ideologie			
Gesamtzahl	326	305	+6,9
davon Gewalkriminalität	13	15	-13,3
Aufklärungsquote	60,1%	39,7%	+20,4
Schwerpunkte der Delikte			
Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB	97	11	+781,8
Volksverhetzung	49	95	-48,4
Vorherrschende Themenfelder			
Islamismus/Fundamentalismus	246	146	+70,6
Krisenherde/Bürgerkriege	152	250	-39,2
Tatverdächtige			
gesamt	119	116	+2,5
männlich	103	91	+13,2
weiblich	16	25	-36,0

Entwicklungen und Erklärungen im Berichtszeitraum

Die im Jahr 2024 in Nordrhein-Westfalen erfassten Straftaten im Phänomenbereich PMK-religiöse Ideologie stiegen von 305 um 7 Prozent auf 326 Delikte leicht an. Die Gewaltdelikte sanken von 15 auf 13 Straftaten.

Während Sachbeschädigungen und Volksverhetzungen jeweils um 50 Prozent sanken, stiegen die Propagandadelikte um 782 Prozent und Bedrohungen/Nötigungen um 142 Prozent an.

Die in 2024 andauernden Kampfhandlungen im Kontext der Terroranschläge gegen den Staat Israel der **HAMAS** entfalteten weiterhin eine hohe Gefährdungsrelevanz für die Sicherheitslage sowie insbesondere für israelische und jüdische Einrichtungen in Deutschland. Die Versammlungslagen nahmen im Jahresverlauf deutlich ab. Bei verstärkten Kampfeinsätzen der israelischen Armee gegen die **HAMAS** war jedoch eine kurzfristige Zunahme von Versammlungen feststellbar. Die andauernden Kampfhandlungen in Gaza führten insbesondere bei Angehörigen des pro-palästinensischen Spektrums zu einer hohen Emotionalisierung und Mobilisierung. Dies zeigte sich ins-

besondere in einer Vielzahl an Versammlungen, die sich in die räumliche Nähe zu Universitäten/Hochschulen entwickelten.

Die Versammlungen verliefen weitgehend friedlich und störungsfrei. Vereinzelt kam es zu versammlungstypischen Straftaten.



PMK- religiöse Ideologie und PMK- Gewalt im 7 Jahres-Vergleich

PMK-sonstige Zuordnung-

	2024	2023	Prozentuale Entwicklung
PMK- sonstige Zuordnung			
Gesamtzahl	2.525	1.816	+39,0
davon Gewalkriminalität	77	78	-0,1
Aufklärungsquote	47,5%	46,8%	+1,3
Schwerpunkte der Delikte			
Sachbeschädigung	719	234	+207,3
Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB	592	384	+54,2
Beleidigung	541	608	-11,0
Vorherrschende Themenfelder			
Konfrontation/politische Einstellung	1.531	1.069	+43,2
Innen- und Sicherheitspolitik	777	347	+123,9
Tatverdächtige			
gesamt	1.117	715	+56,2
männlich	960	609	+57,6

Entwicklungen und Erklärungen im Berichtszeitraum

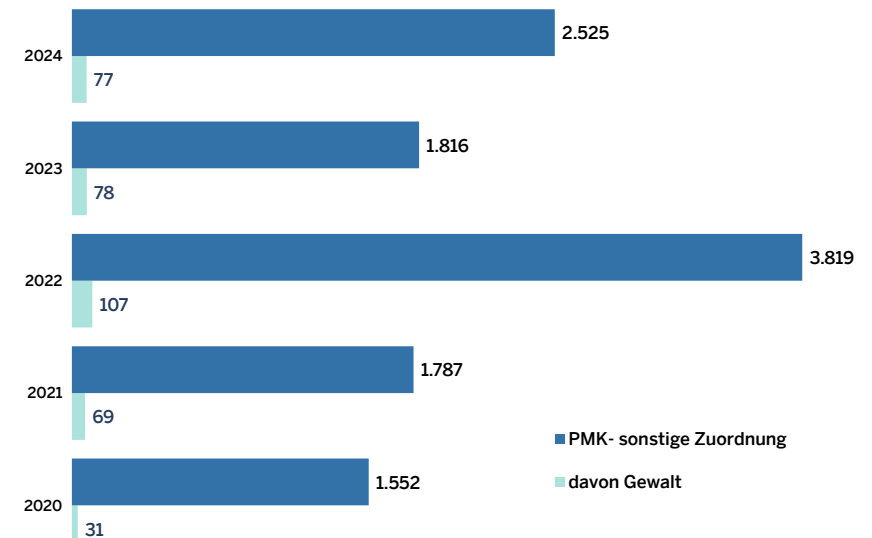
Im Jahr 2024 stieg die Zahl der im Straftaten im Bereich der PMK- sonstige Zuordnung im Vergleich zum Vorjahr um 39 Prozent von 1.816 auf 2.525 Straftaten. Eine signifikante Rolle spielte dabei insbesondere der Anstieg der Sachbeschädigungen mit politisch motiviertem Hintergrund. Während 2023 noch 234 Sachbeschädigungen erfasst wurden, erhöhte sich diese Zahl um 485 auf 719 Straftaten, was einem Anstieg von 207 Prozent entspricht. Diese Entwicklung lässt sich im Jahr 2024 in allen Phänomenbereichen, außer der PMK- religiöse Ideologie, erkennen.

Zurückzuführen ist dieser Anstieg an Sachbeschädigungen vor allem auf den Mitte 2024 durchgeführten Wahlkampf zur Europawahl 2024, in dessen Kontext zahlreiche Sachbeschädigungen an Parteibüros und Wahlplakaten begangen wurden.

In diesem Zusammenhang stieg auch die Fallzahl im Deliktsfeld des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Symbole und terroristischer Organisationen. Während 2023 noch 384 jener Delikte erfasst wurden, waren es im Berichtsjahr 592 Delikte, was einer Steigerung von 54 Prozent entspricht.

Zusammengefasst handelte es sich bei den markanten Themenfeldern der erfassten Delikte der PMK- sonstige Zuordnung hauptsächlich um die Bereiche „Konfrontation/ politische Einstellung“ (Steigerung von 1.069 auf 1.531 Straftaten) sowie „Innen- und Sicherheitspolitik“ (Steigerung von 347 auf 777 Straftaten).

Die Zahl der Gewaltstraftaten blieb nahezu gleich mit 78 Gewaltdelikten in 2023 und 77 Gewaltdelikten in 2024.



PMK- sonstige Zuordnung und PMK- sonstige Zuordnung-Gewalt im 5-Jahres-Vergleich

Sonderthema: Die Gefährdungslage durch den islamistischen Terrorismus

Sonderthema: Die Gefährdungslage durch den islamistischen Terrorismus

Gezielte Missionierungsaktivitäten in sozialen Netzwerken, direkte Aufrufe zu Anschlägen, das Aufdecken entsprechender Planungen durch die Sicherheitsbehörden und umgesetzte Terroranschläge verdeutlichen, dass sich die Gefährdungslage durch islamistischen Terrorismus in Deutschland seit einigen Jahren wieder dauerhaft auf einem abstrakt hohen Niveau bewegt. Die Sicherheitsbehörden warnen und warnen kontinuierlich vor diesem Szenario ebenso wie vor den Wechselwirkungen zu anderen Extremismusbereichen.

Die Bedrohung - ausgehend sowohl von jihadistischen Einzeltätern als auch von jihadistischen Gruppierungen - wird immer wieder durch geopolitische Ereignisse verstärkt. Aktuell ist die Lage durch den Terroranschlag gegen den Staat Israel und die daran anschließenden militärischen Auseinandersetzungen sowie die prekäre Situation der Bevölkerung von Gaza verschärft. Die Entwicklungen im Konfliktgebiet wirken sich stark emotionalisierend auch auf die jihadistische Szene in Deutschland und Nordrhein-Westfalen aus.

Junge, gewaltbereite Täter

Die Hinweise auf mögliche Anschlagsvorhaben und radikalisierte Einzeltäter und Netzwerke nehmen zu. In der jüngeren Vergangenheit wurden sowohl deutschen als auch europäischen Sicherheitsbehörden wiederholt Anschlagsvorhaben und Tatvorbereitungen bekannt, bei denen junge, teils minderjährige Personen als islamistische Terrorverdächtige in Erscheinung traten.

Konkret manifestierte sich diese Bedrohungslage im Berichtszeitraum dahingehend, dass entsprechende Planungen von Polizei und Verfassungsschutz im Vorfeld erkannt und aufgeklärt wurden. Anfang April 2024 wurden beispielsweise Haftbefehle gegen vier Jugendliche aus Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg vollstreckt, die einen islamistisch motivierten Anschlag geplant hatten. Den europaweiten Trend immer jünger werdender radikalisierter und gewaltbereiter Täter verdeutlicht unter anderem der Fall eines radikalisierten 15-Jährigen in Zürich im März 2024; dieser verletzten einen orthodoxen Juden mit einem Messer lebensgefährlich.

Vor allem der **Islamische Staat (IS)**, aber auch Teile des **Al-Qaida**-Netzwerkes sind seit Jahren und auch weiterhin bestrebt, (selbst)radikalisierte Einzelpersonen (so-

genannte lone actor terrorists) oder eigenständig agierende (Kleinst-)Gruppen zu Terroranschlägen in den Ländern der aus ihrer Sicht Ungläubigen zu motivieren. Auch komplexe Anschläge liegen im Interesse beider Gruppierungen. Solche Vorhaben werden zurzeit jedoch eher vom **IS**, und hier vor allem von Seiten des **Islamischen Staates Provinz Khorasan (ISPK)**, lanciert.

Es hat sich jedoch gezeigt, dass auch nach Deutschland geflüchtete Personen, die keine direkte organisatorische Einbindung in terroristische Vereinigungen wie den **IS** oder **ISPK** haben, eigenständig Terroranschläge durchführen.

Rückblick: Der Islamische Staat als Wegbereiter

Von 2014 bis 2017 gelang es dem **IS**, in Irak und Syrien militärisch vorzudringen. Große Teile dieser Länder konnten unter die Herrschaft des **IS** gebracht und quasi-staatliche Verwaltungsstrukturen errichtet werden. Gegen Schiiten, Nichtmuslime und Muslime, die nicht loyal erschienen, wurde mit äußerster Brutalität vorgegangen.

Auf die extremistisch-salafistische Szene in NRW hatte die zeitweilige Etablierung des **IS** im Irak und in Syrien eine enorme Anziehungskraft. Anfangs war parallel in Deutschland – mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen – die 2016 verbotene salafistische **LIES!-Kampagne** aktiv, die junge Menschen unter anderem in Fußgängerzonen für die Unterstützung des Krieges rekrutierte. Dies führte zu Ausreisen von mehr als 1.150 Personen in jihadistische Kampfgebiete mit dem Ziel, sich dem **IS** oder einer anderen, **Al-Qaida**-nahen islamistischen Terrormiliz anzuschließen.

Bereits seit dem Auftreten des **IS** zeigte sich auch die Affinität Jugendlicher und junger Erwachsener zur durch den **IS** verbreiteten Propaganda. Auch Jugendliche beteiligten sich teilweise aktiv an Kampfhandlungen oder wurden nach ihrer Ausreise in jihadistische Kampfgebiete militärisch ausgebildet.

Zur Organisation der Rekrutierung für den **IS** und den damit einhergehenden Ausreisen bildete sich ein Netzwerk von **IS**-Anhängern mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Dessen Hauptakteure konnten 2016 durch die erfolgreiche Arbeit der Sicherheitsbehörden festgenommen und später verurteilt werden.

Nach dem militärischen Niedergang des **IS** blieb dessen Zielrichtung der Verübung von Anschlägen im Westen bis heute virulent.

Aufstieg des ISPK zur aktuell gefährlichsten Terrororganisation

Für das erneute Erstarken von transnationalen jihadistischen Terrorstrukturen ist der Aufstieg des **ISPK** maßgeblich. Dies bezieht sich auf die Phase, nachdem der **IS** die Herrschaft über die von ihm zuvor eroberten Gebiete in Irak und Syrien von 2017 bis März 2019 wieder verloren hatte. Es spielen aber auch Ereignisse in den Jahren 2021 und 2022 eine Rolle.

Im August 2021 eroberten die Taliban die afghanische Hauptstadt Kabul und übernahmen im ganzen Land die Macht, nachdem der Einsatz westlicher Truppen in dem Land zur Unterstützung der Islamischen Republik Afghanistan kurz zuvor geendet hatte. Der **ISPK** verstärkte daraufhin seine Terroraktivitäten in der Region und führte zahlreiche Anschläge gegen die Taliban und die öffentliche Sicherheit in Afghanistan durch. Zwar kontrolliert der **ISPK** dort keine Gebiete, doch die Taliban sind ihrerseits offensichtlich nicht imstande, **ISPK**-Zellen effektiv aufzudecken und zu eliminieren. So war der **ISPK** am 3. Januar 2024 in der Lage, in der iranischen Provinzhauptstadt Kerman auf der Gedenkveranstaltung für den von den USA ein Jahr zuvor getöteten General der Quds-Einheit, Qassem Soleimani, einen verheerenden Anschlag zu begehen. Dabei starben 91 Menschen und 280 weitere wurden verletzt. Dieser Anschlag unterstreicht, dass für den **IS** und den **ISPK** die Schiiten noch vor den Angehörigen anderer Religionen als Ungläubige gelten, die aus ihrer Sicht entschieden zu bekämpfen sind.

Am 22. März 2024 verübten **IS**-Terroristen einen ebenso verheerenden Terroranschlag in der Veranstaltungshalle Crocus City Hall in Krasnogorsk bei Moskau. Sie drangen kurz vor dem geplanten Beginn eines Konzerts in die Halle ein und töteten mindestens 144 Personen, 360 Menschen wurden verletzt. Auch hier war der **ISPK** Urheber des Anschlags.

Am 24. Februar 2022 überfiel Russland die Ukraine mit einem massiven Truppenaufgebot. In der Folge dieses völkerrechtswidrigen Überfalls entwickelte sich ein Krieg, der auch vielen Zentralasiaten die Gelegenheit bot, aus der beziehungsweise über die Ukraine in Staaten der Europäischen Union als Kriegsflüchtlinge einzureisen. Für den **ISPK** stellt dies zumindest eine Möglichkeit dar, rekrutiertes und ausgebildetes Personal auch in größerer Zahl als bisher nach Europa einzuschleusen. Seit Ende 2021 warnen verschiedene Nachrichtendienste noch einmal verstärkt vor terroristischen Planungen gegen Ziele in Europa sowie vor einzelnen Personen, die mit dem **IS** oder dem **ISPK** mutmaßlich in Verbindung stehen. Die Warnungen beziehen sich zudem auf Terrorzellen sowie terroristische Netzwerke des **ISPK**, die in Europa agieren.

Um die Jahreswende 2023/2024 geriet eine Gruppe von Tadschiken, die im Verdacht stehen, Anhänger des sogenannten **ISPK** zu sein, in den Fokus der Sicherheitsbehörden, weil es konkrete Anhaltspunkte dafür gab, dass sie Anschläge auf den Kölner Dom und den Stephansdom in Wien geplant haben sollen. In diesem Zeitraum kam es deshalb im Ruhrgebiet und Rheinland sowie in Österreich zu mehreren Festnahmen von Verdächtigen. Dass Tadschiken, andere Zentralasiaten und Nordkaukasier im Zusammenhang mit dem **ISPK** oder anderen jihadistischen Gruppierungen in Erscheinung treten, war jedoch nicht neu, sondern ist schon seit vielen Jahren zu beobachten.

Der **ISPK** hat es in den letzten Jahren geschafft, sich international zur gefährlichsten Terrororganisation zu entwickeln. Als lokaler Provinzabteiler ist dieser zwar dem globalen **IS**-Kalifatprojekt unterworfen, genießt aber eine weitgehende Autonomie. Dies ist umso bemerkenswerter, weil es sich um den einzigen **IS**-Ableger handelt, der direkt vom **IS** in Syrien und Irak aufgebaut wurde und bis heute mitfinanziert wird. Während sich die anderen **IS**-Ableger in Afrika und Asien derzeit eher auf die Expansion ihrer Gebiete nach dem **IS**-Konzept „Bestehen und Ausdehnen“ konzentrieren, fokussiert sich der **ISPK** seit 2022 auf Anschläge im Ausland.

Diese Strategie resultiert auch aus der aktuellen Lage in der Herkunftsregion, wo der **ISPK** aufgrund der Kämpfe mit den Taliban nur wenige Rückzugsorte besitzt. Aus diesem Grund ist in naher Zukunft weiter damit zu rechnen, dass der **ISPK** seine internationale Terrorstrategie fortführt.

Die Rolle sozialer Medien

Extremistische Propaganda und Radikalisierung haben sich zunehmend ins Internet und in die sozialen Medien verlagert. Grund dafür waren letztlich auch staatliche Maßnahmen und damit einhergehende Verdrängungseffekte sowie die Auswirkungen der Corona-Schutzmaßnahmen.

In den sozialen Medien wie beispielsweise Facebook, Instagram oder TikTok werden meist keine offen jihadistischen oder Gewalt verherrlichenden Botschaften verbreitet. Aufrufe zur Gewalt, die klar dem Jihadismus zuzuordnen sind, finden sich jedoch vor allem auf Plattformen wie Telegram, Discord, Gab Chat oder Hoob Messenger. Deutsche Sicherheitsbehörden haben hierauf mangels rechtlicher Befugnisse nur einen begrenzten Zugriff. Daher ist die internationale sicherheitsbehördliche Zusammenarbeit gerade in diesem Bereich von enormer Bedeutung.

Online-Prediger und Missionierungsaktivitäten

Für die Verbreitung extremistischer Inhalte und der damit einhergehenden Radikalisierung von Jugendlichen spielen aktuell vor allem Instagram und die Videoplattform TikTok eine herausragende Rolle.

Vor allem TikTok bietet neue Methoden für die Verbreitung extremistischer Inhalte, die auch von islamistischen Akteuren genutzt werden. Prediger wie Ibrahim El-Azzazi geben offen zu, dass sie – auch mit Unterstützung weiterer Personen – diese Netzwerke geschickt für ihre Zwecke zu nutzen wissen.

Über TikTok erreichen die Extremisten eine sehr junge Zielgruppe. Schätzungen gehen davon aus, dass 60 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer zwischen 16 und 24 Jahre alt sind, bei Instagram ist die Hauptzielgruppe zwischen 25 und 34 Jahre alt. Beliebt ist TikTok bei den Extremisten vor allem wegen der Algorithmen, die im Vergleich zu anderen Diensten wesentlich präziser sind. Nach dem Öffnen der App gelangt man auf die „For You Page“ (FYP). Dort werden Videos mit musikalischer Untermalung gezeigt, im islamistischen Kontext sind es Nashids; instrumental unterlegte Musik ist innerhalb der Szene verpönt, daher bedient man sich dieser Form der religiösen Sprechgesänge. Der TikTok-Algorithmus beobachtet sofort und mit großer Genauigkeit das Nutzungsverhalten. Wenn bestimmte Videos länger angeschaut werden als andere, werden zukünftig ähnliche Beiträge vorgeschlagen. So finden sich islamistische Inhalte, meist in Form belehrender Videos oder der Vermittlung von Rechtsgutachten, innerhalb kürzester Zeit im persönlich konfigurierten Feed, auch wenn der Nutzer sich ursprünglich nur mit Fragen zum Thema Islam beschäftigen wollte.

Auf diese Weise können die Produzenten extremistisch-salafistischer Inhalte ihre Botschaften einem weiten Adressatenkreis zukommen lassen. Herkömmliche Beiträge zum Islam ohne Extremismusbezug vermischen sich schnell mit islamistischen und extremistisch-salafistischen Inhalten. Die Plattform zeigt sich als wesentliches Hilfsmittel im Hinblick auf die umfangreichen Da'wa-Aktivitäten der **extremistisch-salafistischen Szene**. Sie kann als Türöffner für einen fortschreitenden Radikalisierungsprozess und einen Eintritt in die jihadistische Szene dienen.

Der **IS** und der **ISPK** verbreiten ihre Propaganda mit hoher Professionalität. Das offizielle Medium des **ISPK** ist das paschtu- und englischsprachige Online-Magazin „Voice of Khorasan“, das auch über Ziele und Zielgebiete der Terrororganisation berichtet. Sichtbar wurde dies beispielsweise vor und während der Fußball-Europameisterschaft 2024.



Ein IS-Propaganda-Kanal veröffentlichte ein Foto, das Fußball-Fans vor der Münchener Arena mit einer roten Zielscheibe ins Visier nimmt.

Der daraus resultierenden erhöhten Gefahr eines Anschlags während der Europameisterschaft begegneten die Sicherheitsbehörden durch Bündelung ihrer Kräfte in Sonderstrukturen, um die bekannten **IS**-affinen Personen und Gruppen besonders im Blick zu behalten. Der Verfassungsschutz NRW hatte zur Bewältigung dieser Gefahrenlage ebenfalls eine umfangreiche Sonderorganisation eingerichtet.

Der Anschlag in Solingen

Am 23. August 2024 verübte ein Attentäter einen Messerangriff auf dem „Fest der Vielfalt“ zum 650. Jubiläum der Stadt Solingen. Unmittelbar nach der Tat floh der Attentäter und konnte von der Polizei am folgenden Tag in Solingen festgenommen werden. Den Sicherheitsbehörden war er im Vorfeld nicht bekannt.

Der **IS** ließ verlauten, dass der Täter als „Soldat des **IS**“ den Angriff „auf eine Versammlung von Christen in der Stadt Solingen in Deutschland“ verübt habe. Damit habe er „Rache für Muslime in Palästina und anderswo“ genommen. Am Folgetag veröffentlichte der **IS** ein Video, in dem ein verummter Mann ein Messer in die Kamera hält und anscheinend den Treueeid gegenüber dem Anführer des **IS** ablegt. Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen den Tatverdächtigen wegen Mordes, versuchten Mordes und des Verdachts auf Mitgliedschaft in der Terrormiliz **IS**.



Ausschnitt aus dem Video des IS am Tag nach dem Anschlag in Solingen

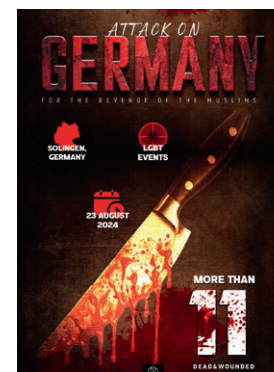
Der Anschlag wurde vom Landtagspräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen als eine Zäsur bezeichnet. Die seit Jahren von den Sicherheitsbehörden als abstrakt hoch beschriebene Gefährdungslage durch den islamistischen Terrorismus realisierte sich hier im schwersten islamistischen Terroranschlag, den es bisher in Nordrhein-Westfalen gegeben hat.

Thematisierung des Anschlags in den extremistischen Szenen

Der Terrorangriff von Solingen wurde in der jihadistischen Szene erwartungsgemäß positiv aufgenommen. Die Ausgabe des Online-Magazins des **ISPK**, „Voice of Khorasan“, die am 20. September 2024 veröffentlicht wurde, befasste sich in einem Artikel mit dem Anschlag und rief darin ausdrücklich zu weiteren Einzeltäteranschlägen auf. Dabei wurde ausdrücklich erwähnt, dass eine fehlende Dokumentation eines Anschlagsvorhabens – zum Beispiel durch ein Video mit einem Treueeid gegenüber dem **IS** – kein Hinderungsgrund für die Durchführung der Tat sei. Mit anderen Worten, jeder Anschlag, der im Sinne des **IS** ausgeführt wird, würde zur Stärke des **IS** beitragen und dessen Effizienz bei der Rekrutierung von Anhängern über alle sprachlichen und ethnischen Grenzen hinweg unter Beweis stellen. Der Artikel in der „Voice of Khorasan“ betont, dass „das Töten und der Terror“ das Markenzeichen des **IS** sei und würdigt den Anschlag von Solingen zudem mit einer Bildcollage.

Im Rechtsextremismus wurde der Anschlag in Solingen unmittelbar aufgegriffen und für fremdenfeindliche Propaganda instrumentalisiert. Insbesondere Muslime und

Flüchtlinge wurden pauschal als kriminell und gewaltbereit dargestellt. Mit Bürgerkriegsrhetorik versuchte die Szene, die politische Situation weiter zu dramatisieren. So postete beispielsweise der Rechtsextremist Denis Kapustin auf seinem Telegramkanal folgendes Statement: „Von Jahr zu Jahr werden die Regierungen der meisten europäischen Länder mit Verrätern an der eigenen Nation gefüllt. Ausländer ersetzen, vergewaltigen und schlachten die Einheimischen. Die Bullen erdrücken die Nationalisten, und die Medien erzählen, was gut ist und was schlecht ist. Ich erinnere alle Europäer daran, dass euer Leben und das Leben eurer Liebsten von der Bereitschaft abhängt, sich selbst zu schützen/zu verteidigen. Um jeden Preis.“



Das Online-Magazin des ISPK „Voice of Khorasan“ glorifizierte den Anschlag in Solingen

Andere Rechtsextremisten riefen zum Widerstand auf. Beispielsweise forderte einer der maßgeblichen Wortführer der Neuen Rechten Martin Sellner „Organisiert euch und werdet aktiv in der Reconquista“.

In Solingen veranstaltete die *Junge Alternative Nordrhein-Westfalen* zwei Tage nach dem Anschlag am 25. August 2024 eine Kundgebung, auf der millionenfache Remigration gefordert wurde. In der Spitze nahmen rund 50 Personen teil. Darunter waren auch einzelne **Neonazis**. Einer der Redner machte unter dem Applaus der Teilnehmer deutlich, dass mit dem Begriff „Remigration“ nicht nur die Ausreise von nicht aufenthaltsberechtigten Migranten gemeint ist, sondern Menschen mit Migrationsbiografie pauschal als Störfaktor gesehen würden.

Am 26. August 2024 fand eine weitere Veranstaltung statt, die regelmäßig von der Corona-Protest-Szene durchgeführt wird. An dieser nahmen rund 170 Personen teil. Rund 50 waren davon der Corona-Protestszene zuzuordnen, darunter auch einige **Delegitimierer**. Etwa 100 Personen stammten aus der rechtsextremistischen Szene, darunter Angehörige der aufgelösten **Bruderschaft Deutschland**, der **Steeler Jungs**, **Heimat Dortmund**, ehemalige Aktive der **Identitären Bewegung** sowie ehemalige Angehörige des als kriminelle Vereinigung verurteilten **Freundeskreis Rade**. Die Anmelderin der Demonstration löste nach einiger Zeit den Aufzug auf, da zahlreiche Teilnehmer unter anderem „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ skandierte hatten. In einem späteren Social Media Beitrag distanzierte sich die Anmelderin von den Rechtsextremisten und begründete damit auch die Auflösung der Veranstaltung. Nach der

Auflösung meldete der NRW-Landesvorsitzende von **Die Heimat**, Claus Cremer, eine Spontanversammlung an, so dass die Rechtsextremisten ihre Kundgebung fortsetzen konnten. Es wurde mehrere Strafanzeigen gestellt, unter anderem wegen Hitlergrüßes und Volksverhetzung.

Im August und September 2024 versuchte die **Revolte Rheinland** den Anschlag von Solingen für die Verbreitung eigener Botschaften zu instrumentalisieren. In Solingen brachten sie mehrere Plakate an Werbetafeln und auf Stromkästen an. Die Aufmachung der Plakate erweckte auf den ersten Blick den Anschein, dass es sich um offizielle Plakate der Bundes- beziehungsweise Landesregierung Nordrhein-Westfalens handle. Das Plakatmotiv, das einem Ortseingangsschild nachempfunden war, trug die Aufschrift „Klingenstadt Solingen - Zentrum der Messermigration“. Das Schild war symbolisch mit gedruckten Blutspritzern übersät und von zwei Messern flankiert. In einem Beitrag auf ihrem Telegram-Kanal schrieb die **Revolte Rheinland** zu der Aktion:



Die Revolte Rheinland instrumentalisierte den Anschlag in Solingen

„Wir fordern millionenfache Remigration, um die Sicherheit auf unseren Straßen wiederherzustellen.“

Aus dem links-extremistischen Spektrum waren keine direkten Reaktionen auf den Terroranschlag von Solingen zu verzeichnen.

Linksextremistische Gruppen

reagierten ihrerseits jedoch zum Teil auf die oben genannten Aktionen von rechtsextremistischer Seite.

Prognose

Der Terroranschlag gegen den Staat Israel, das Vorgehen der israelischen Streitkräfte gegen die militant-islamistische **HAMAS** und damit verbundene zivile Opfer auf palästinensischer Seite führen zu einer Verstärkung der grundsätzlich gewaltbejahenden, gegen Israel und Juden gerichteten Haltung im Jihadismus.

Somit können sich auch in Deutschland Radikalisierungsdynamiken entwickeln, die in Gewalt- und Anschlagsvorhaben gegen Menschen jüdischen Glaubens und jüdische Einrichtungen im Speziellen und den Westen im Allgemeinen münden.

In diesem Kontext stellen Radikalisierungen im Verborgenen, gepaart mit einer hohen Gewaltbereitschaft, eine große Herausforderung für die Sicherheitsbehörden dar. Um insbesondere im virtuellen Raum stattfindende Radikalisierungsprozesse festzustellen und hieraus resultierende Gefahren abzuwehren, schöpfen die Sicherheitsbehörden alle technischen, personellen und rechtlich zulässigen Möglichkeiten und Handlungsspielräume konsequent aus und sind dabei auf die Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern angewiesen.

Dem Jihadismus bleibt aktuell kein Herrschaftsgebiet, das als attraktives Ausreiseziel erscheint und für das propagandistisch geworben werden kann. Daher liegt der überwiegende Fokus jihadistischer Gruppierungen weiterhin auf der Anstiftung von Einzeltätern und (Kleinst-)Gruppen zur Begehung von Anschlägen mit einfachen Tatmitteln.

Dies veranschaulicht der im Berichtszeitraum zu verzeichnende Anstieg umgesetzter Anschläge sowie die Häufung von Anschlagsplanungen, die durch die Sicherheitsbehörden verhindert werden konnten. Hierzu ließen sich auch Einzeltäter aufgrund der Propaganda des **IS** inspirieren, die zwar über keine oder nur schwache Verbindungen zum **IS** verfügten.

Die militärische Zerschlagung des **IS** führt zu einer Fragmentierung der Szene: Jihadistische Organisationen werden zunehmend versuchen, potentielle Attentäter oder auch Gruppen von Attentätern im virtuellen Raum zu akquirieren.

Antisemitismus

Antisemitismus

Antisemitismus ist bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitet und bietet Extremisten Anschlusspotentiale für ihre Themen, auch bei jungen Menschen. Nicht zuletzt durch die Instrumentalisierung der Terroranschläge gegen den Staat Israel vom 7. Oktober 2023 stieg die Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten in Nordrhein-Westfalen. Jüdinnen und Juden fühlen sich in ihrem Alltag bedroht; jüdische Studierende fühlen sich auf dem Hochschulcampus unsicher. Jüdische Einrichtungen wie Synagogen, Schulen und Gedenkstätten müssen auch 80 Jahre nach der Befreiung immer noch stärker geschützt werden.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 695 antisemitische Straftaten dokumentiert. Damit bleibt das Bedrohungspotenzial gegen Jüdinnen und Juden in unserer Gesellschaft auf einem weiterhin hohen Niveau.

Verbreitung in allen Extremismusbereichen

Antisemitismus tritt in verschiedenen Erscheinungs- und Kommunikationsformen und sämtlichen Phänomenbereichen auf. Manche extremistische Strömung trägt den Hass gegen Jüdinnen und Juden oder den Staat Israel offen in die Welt hinaus. Häufig wird dieser durch Codes oder Chiffren nur suggeriert, um strafrechtlichen Sanktionen zu entgehen. Das Judentum und der Staat Israel sind ein gemeinsames Feindbild der extremistischen Szenen, weshalb Antisemitismus als Brückenphänomen bezeichnet werden kann. Dieser schlägt gewissermaßen eine Brücke zwischen demokratiefeindlichen Extremisten unterschiedlicher Couleur und von latent demokratiefeindlichen Einstellungen hinein in den Extremismus.

Vor allem im Internet werden antisemitische Inhalte verbreitet und teils ungefiltert konsumiert. Die sozialen Medien werden zur Echokammer für Hass und Hetze. Viele nutzen in Chats diskutierte Inhalte häufig als einzige Informationsquelle, sodass antisemitische Inhalte und Verschwörungsmythen unreflektiert ihren Weg in die Mitte der Gesellschaft finden.

Studie zum Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen

Aufschluss über die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in NRW liefern die Ergebnisse der Studie „Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024“ (Dunkelfeldstudie), die im September 2024 in der Staatskanzlei in Düsseldorf vorgestellt wurde. Diese Studie wurde im Auftrag der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen und des nordrhein-westfälischen Innenministeriums von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und der Universität Passau durchgeführt. Ein Ergebnis ist, dass insbesondere junge Menschen zwischen 16 und 18 Jahren israelfeindliche Ressentiments hegen. So weisen je nach Erscheinungs- und Kommunikationsform acht bis 24 Prozent der Befragten gefestigte antisemitische Einstellungen auf. Bei einem Anteil von 14 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden fest verankerte israelbezogene antisemitische Einstellungen deutlich. Neben Ergebnissen zur Verbreitung von antisemitischen Einstellungen innerhalb der Gesellschaft liefert die Studie auch Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von Antisemitismus. Den Autoren zufolge müssen Normen gegen Antisemitismus gestärkt werden, indem ein neuer Umgang mit dem grassierenden, teils Gewalt verherrlichenden Antisemitismus und den Desinformationen auf sozialen Medien gefunden wird. Zudem gelte es, Bildungsangebote für Jugendliche zu stärken und Kompetenzen von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren durch institutionelle Maßnahmen zu verbessern, insbesondere zu den Themen Antisemitismus und Israel. Der Einfluss autoritärer Staaten und Verbände auf demokratische Bildung, Institutionen und Öffentlichkeit müsse zudem stärker eingeschränkt werden.

Im Folgenden werden die Erscheinungsformen des Antisemitismus im Kontext extremistischer Bestrebungen dargestellt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt hierbei auf den Folgen der Terroranschläge gegen den Staat Israel vom 7. Oktober 2023 und des Nahost-Konflikts sowie den damit verbundenen Herausforderungen in den jeweiligen Phänomenbereichen.

Antisemitismus-Definition

Die Landesregierung orientiert sich an der sogenannten IH-RA-Arbeitsdefinition (International Holocaust Remembrance Alliance) von Antisemitismus. Diese bildet die Grundlage für das Regierungshandeln in Nordrhein-Westfalen. In dieser Definition sind Kriterien für einen israelbezogenen Antisemitismus abgebildet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder gegen deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ Die Bundesregierung hat außerdem folgende Erweiterung verabschiedet: „Darüber hinaus kann der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Antisemitismus im Rechtsextremismus: ein Dauerthema

Im Rechtsextremismus ist Antisemitismus ein hervorgehobenes Dauerthema, das in verschiedenen Varianten verbreitet wird. Vor allem wird ein rassistischer Antisemitismus vertreten, wie ihn die Nationalsozialisten propagierten. Seit 1945 entwickelt sich ein sekundärer Antisemitismus, der sich durch Schuldabwehr und Täter-Opfer-Umkehr auszeichnet. Ebenfalls tritt ein auf den Staat Israel bezogener Antisemitismus hinzu. Dabei werden antisemitische Stereotype auf Israel projiziert. Anlassbezogen propagieren Rechtsextremisten entsprechende Feindbilder.



Anspielungen auf den Holocaust und Deportationen (KI-generiert)



Nachdem die langjährige scenebekannte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel im November 2024 in Vlotho gestorben ist, bekundeten zahlreiche Rechtsextremisten Sympathie für das fortdauernde Abstreiten des systematischen Massenmords

an den Jüdinnen und Juden durch die Nationalsozialisten. So erklärte das **Krefelder Forum** auf seinem Telegram-Kanal Haverbeck-Wetzel zu „einer Streiterin für Recht und Wahrheit“. Der **Sturmzeichen Verlag** schrieb auf seinem Telegram-Kanal von „einer Streiterin für Meinungs- und Forschungsfreiheit“. Der Landesvorsitzende von **Die Heimat**, Claus Cremer, veröffentlichte einen Beitrag auf der Social-Media-Plattform Threads und nannte sie „eine der mutigsten Kämpferinnen für die historische Wahrheit“.

Beiträge jüdischer Personen oder Organisationen zur öffentlichen Debatte werden von Rechtsextremisten häufig durch sekundären Antisemitismus diskreditiert. Sie unterstellen Jüdinnen und Juden, in Form von Entschädigungsforderungen finanzielle Vorteile aus dem Holocaust zu ziehen und Deutschland schaden zu wollen. Damit greifen sie das Zerrbild des angeblich „raffgierigen Juden“ auf. Ein Beispiel hierfür lieferte der Bezirksvorsitzende der Jungen Alternative in Ostwestfalen am 11. Oktober 2024: „Wenn der hasserfüllte Revanchist Michel Friedman über uns Lügen verbreitet, sollte er sich vergewissern: [...] Es wird Zeit, dass alle Zahlungen für jegliche Zentralräte, deren Geschäftsprinzip es ist, uns Deutsche mit der ewigen historischen Sippenhaft auszupressen, für immer eingestellt werden.“

Den eskalierten Nahost-Konflikt nach den Terroranschlägen gegen den Staat Israel am 7. Oktober 2023 nutzten Rechtsextremisten auch 2024 vielfach, um Israel sowie Jüdinnen und Juden zu dämonisieren. **Der III. Weg** schreibt beispielsweise in einem am 18. April 2024 auf seiner Webseite veröffentlichten Beitrag: „Der bestialische Vernichtungsfeldzug Israels im Gaza-Streifen zeigt, dass Israel jede Schwäche als Einladung versteht und vollkommen gnadenlos gegenüber wehrlosen Feinden vorgeht.“

Um strafrechtliche Sanktionen zu vermeiden, nutzen Rechtsextremisten in der Öffentlichkeit oftmals Anspielungen, so dass die Adressaten zwar die antisemitische Botschaft verstehen, der Straftatbestand der Volksverhetzung aber nicht erfüllt ist. Besonders in der rechtsextremistischen Musikszene und deren Liedtexten finden sich Chiffren, die eine jüdische Weltverschwörung unterstellen. So heißt es im Lied „Kotz Dich aus“, das auf dem rechtsextremistischen Musiklabel **Neuer Deutscher Standard** Anfang 2024 erschien: „Der Teufel sitzt am Thron, bestimmt den Kreislauf der Zeit. Deshalb Mittelfinger hoch, fick die Freimaurerei. Seh wie Endzeitsekten die Menschheit blenden. Und alles aus dem Hintergrund weltweit lenken.“

Reichsbürger und Delegitimierer-Szene: antisemitische Verschwörungsmythen

Der Phänomenbereich der **Reichsbürger und Selbstverwalter** ist heterogen. Dies betrifft auch das Verhältnis zum Antisemitismus. In diesem Phänomenbereich sind vor allem antisemitische Verschwörungsmythen besonders anschlussfähig. Dabei wird häufig mit innerhalb der Szene etablierten Codes kommuniziert. Zu diesen zählen unter anderem Namen von bekannten jüdischen Familien, die „Ostküste“ als Bezeichnung für die angebliche jüdische Macht über die Politik und Finanzindustrie im Osten der USA oder das Weltwirtschaftsforum, das als globale Geheimregierung einer jüdisch gesteuerten Elite dargestellt wird.

Der Telegram-Kanal **Freie Nordrhein Westfalen** hat sich von seiner ursprünglich kritischen Ausrichtung gegenüber den staatlichen Schutzmaßnahmen während der Corona-Pandemie hin zu einem virtuellen Sammelbecken von Antisemiten, Rechts-extremisten und Verschwörungsgläubigen entwickelt. Anlässlich des Sturzes des Assad-Regimes in Syrien durch oppositionelle Gruppen wurde auf dem Telegram-Kanal am 9. Dezember 2024 das Bild einer Landkarte veröffentlicht, auf dem Syrien als „Greater Israel“ bezeichnet wird. Unter dem Bild steht folgender Text: „Guck Dir die Karte der Clique an, dann weißt Du, warum die Ereignisse in Syrien passieren.“ Damit soll suggeriert werden, dass der syrische Bürgerkrieg von Israel initiiert wurde, um den jüdischen Staat zu dämonisieren.

Antisemitismus im Islamismus: der Staat Israel als Feindbild

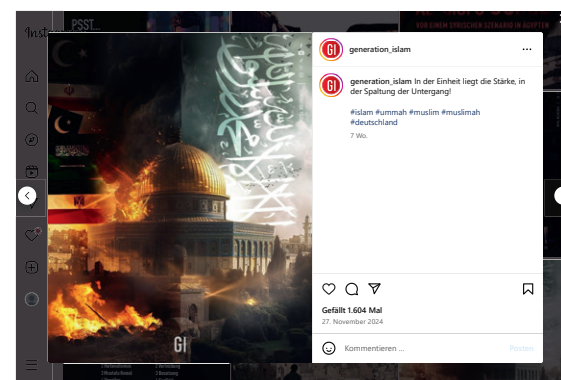
Die kategorische Ablehnung des Staates Israel und damit einhergehende antisemitische Positionierungen sind eine ideologische Grundkonstante aller Strömungen im Islamismus. Unterschiede finden sich in der Form, in der diese Haltung an die Öffentlichkeit getragen wird. Insbesondere militante und gewaltorientierte Gruppierungen zelebrieren ihre Feindschaft gegen Israel sichtbar. In einem auf dem Messenger Telegram veröffentlichten Bittgebet brachte eine Person etwa Gewaltfantasien gegen Juden zum Ausdruck und bat Gott um deren Vernichtung. Im legalistischen Islamismus werden antisemitische Äußerungen hingegen oft nur implizit oder codiert geäußert. Teilweise erfolgen diese im vermeintlich geschützten Raum, wenn diese Äußerungen beispielsweise nicht in deutscher Sprache erfolgen. Im Berichtszeitraum kritisierte etwa im Rahmen einer Freitagspredigt der Imam einer Moschee in NRW die Führer der muslimischen Welt, die in Gaza tatenlos zusehen würden, wie die Zionisten die Menschen töten. Man müsse der weltweiten Unterdrückung der Muslime entgegenzutreten und handeln, wobei er nicht konkretisierte, wie genau dieses Handeln auszusehen habe. Darüber hinaus sprach er davon, dass sich alle Muslime für die Befreiung der al-Aqsa-Moschee einsetzen müssten. Eine solche Äußerung lässt offen-

sichtlich gewollt Interpretationsspielräume und kann von den Besuchern der Moschee als Befürwortung eines gewaltsamen Vorgehens im Nahostkonflikt verstanden werden.

Vielfach wird von Islamisten behauptet, dass man kein Problem mit Juden aufgrund ihrer Religion habe, sondern nur mit „Zionisten“, weil diese palästinensisches Land besetzen würden. Eine solche Formulierung findet sich in einem Grundsatzdokument der **HAMAS** aus dem Jahr 2017. Die dabei vorgebrachte vehemente Ablehnung des Existenzrechts Israels ist per se antisemitisch und wird oft durch Pauschalisierungen und Vorurteile verschärft, wodurch Menschen jüdischen Glaubens für die Politik der israelischen Regierung in Regress genommen werden. Häufig bringen Islamisten ihre pauschale Ablehnung des Staates Israel schon dadurch zum Ausdruck, dass sie diesen Begriff unter allen Umständen vermeiden. Das Wort Israel wird dann entweder durch Buchstaben verfremdet, in Anführungszeichen gesetzt oder gar durch die Bezeichnung „zionistisches Gebilde“ umschrieben.

Nach der Eskalation des Nahost-Konflikts im Oktober 2023 verhielten sich die meisten islamistischen Organi-

sationen in Deutschland eher zurückhaltend und positionierten sich sehr vorsichtig in der Öffentlichkeit. Diese Tendenz setzte sich im Jahr 2024 weitgehend fort, wobei die **Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei – HuT)** und die **Furkan-Bewegung** zwei Ausnahmen darstellten. Die beiden Gruppierungen versuchten, durch ihre dezidiert israelfeindliche Haltung die Sympathien von Muslimen zu gewinnen, um diese von ihrem islamistischen Gedankengut zu überzeugen.



Propaganda Hizb ut-Tahrir-naher Gruppen suggeriert, dass die politische Zersplitterung der muslimischen Welt den Felsendom in Jerusalem gefährde, während die Einheit unter der Flagge des Kalifats dessen Schutz garantiere

Die beiden Gruppierungen versuchten, durch ihre dezidiert israelfeindliche Haltung die Sympathien von Muslimen zu gewinnen, um diese von ihrem islamistischen Gedankengut zu überzeugen.

Dem meist bedachten Agieren auf institutioneller Ebene stand eine starke Emotionalisierung der Basis gegenüber. Die Bilder getöteter Zivilisten aus dem Gaza-Streifen wurden vielfach verbreitet und intensiv diskutiert, weit über die islamistische Szene hi-

naus. Kontrastiert wurde dies mit der Unterstützung Israels durch die Bundesrepublik Deutschland. Diese wurde im Islamismus massiv kritisiert und als definitiver Beweis einer Doppelmoral und grundsätzlichen Islamfeindlichkeit der deutschen Politik gewertet. Während man das israelische Vorgehen in Gaza befürwortete, prangerte man Russland für die Invasion der Ukraine als Aggressor an. Vor diesem Hintergrund war zu beobachten, dass sich vermehrt Personen antisemitisch äußerten oder Sympathien für islamistische Terrorgruppen zeigten, die ansonsten keinerlei Bezüge zum Islamismus aufweisen und kaum inhaltliche Überschneidungen zu den grundsätzlichen ideologischen Prämissen islamistischer Akteure erkennen lassen.

Islamistische Akteure konnten außerdem ihre Anschlussfähigkeit gegenüber ideologisch konträr aufgestellten Strömungen erhöhen, indem sie antisemitische Narrative verwendeten. Postkolonialisten gehen davon aus, dass der Westen unrechtmäßigerweise Vorteile aus fortbestehenden kolonialen Abhängigkeiten und wirtschaftlichen Strukturen gegenüber den ehemaligen Kolonien ziehen würde. Sie kritisieren dies und gehen teils so weit, dass sie Terrorgruppen wie die **HAMAS** als legitime anti-imperialistische Widerstandsorganisationen deuten. Perspektivisch könnte sich eine zunehmende Überschneidung von Interessen ergeben, die langfristig Kooperationsmöglichkeiten zwischen weltanschaulich sehr unterschiedlichen Gruppierungen eröffnen. Ein prägnantes Beispiel dafür ist das ambivalente Symbol des roten Dreiecks, das unter linken Gruppierungen schon lange als antifaschistisches Erkennungszeichen verwendet wird, im Rahmen der Verwendung durch die **HAMAS** aber eine Bedeutungserweiterung erfahren hat. Es kann als Solidaritätsbekundung zum bewaffneten palästinensischen „Widerstand“ interpretiert werden. Seit dem 7. Oktober 2023 wird das nach unten gerichtete rote Dreieck in Propaganda-Videos der **HAMAS** verwendet, um jüdische beziehungsweise israelische Ziele als zu vernichtende Feinde zu kennzeichnen. In dieser Verwendung ist es durch das Bundesministerium des Innern im Oktober 2024 als Kennzeichen der **HAMAS** verboten worden.

Antisemitismus im Linksextremismus: Aktionsfeld studentischer Protest?

Auch an Universitäten und Fachhochschulen haben die Terroranschläge gegen den Staat Israel polarisiert. Es kam zu erhöhtem Demonstrationsgeschehen in Form von Kundgebungen und Aufzügen mit mehrheitlich pro-palästinensischer Ausrichtung. Ab Mai 2024 gab es die ersten Versammlungen an nordrhein-westfälischen Hochschulen. In Aachen, Bonn, Dortmund, Düsseldorf und Köln wurden „Protestcamps“ errichtet, bei denen Dauerversammlungen angemeldet, Zelte aufgebaut sowie Veranstaltungen durchgeführt wurden. Inhaltlich waren diese Versammlungen grundsätzlich pro-palästinensisch ausgerichtet. Sie kritisierten nicht selten die Zusammenarbeit deutscher Hochschulen mit israelischen (Forschungs-)Einrichtungen und Unternehmen sowie die

Positionierung der Bundesregierung in Bezug auf den Nahost-Konflikt. So forderte eine pro-palästinensisch orientierte Studierendengruppe im Rahmen des „Protestcamps“ in Köln ein Ende des angeblichen „Völkermordes unter deutscher Beteiligung“ in Gaza. Die Kooperation der Universität zu Köln mit israelischen Partnerhochschulen sei unverzüglich zu beenden, so eine weitere Forderung der Protestteilnehmer. Vereinzelt kam es zu Straftaten von Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Protestcamps.

Bei diesen Veranstaltungen waren zudem politische und wirtschaftliche Boykottaufrufe zu Lasten des Staates Israel Inhalt. In Nordrhein-Westfalen entfaltet diesbezüglich die „*Boycott, Divestment and Sanctions*“ (**BDS**) Ortsgruppe Bonn regelmäßige Aktivitäten.

Der Nahost-Konflikt offenbart bestehende Spaltungen im Linksextremismus. Traditionell verlaufen diese Konfliktlinien zwischen einem pro-palästinensischen und einem pro-israelischen Lager. Ein kleiner Teil der autonomen Szene in Nordrhein-Westfalen gehört dem Spektrum der Antideutschen an, die sich aus einem gleichermaßen antifaschistischen und antinationalen Grundverständnis heraus uneingeschränkt Israel solidarisch positionieren. Demgegenüber stehen Antiimperialistische, also internationalistisch und marxistisch ausgerichtete Gruppierungen, die sich als mit Palästina solidarisch verstehen. Zwischen den beiden Polen verorten sich verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Begründungen, manche eher pro-israelisch, einige stärker pro-palästinensisch. Während einzelne Akteure auch öffentlich klar Position zu ihrer Interpretation des Kriegsgeschehens beziehen, vermeiden andere derartige Standortbestimmungen. Eindeutig pro-palästinensisch äußerte sich etwa die **DKP** Köln, die sich in einer Veröffentlichung auf ihrer Website am 14. Mai 2024 unter der Überschrift „Freiheit und Selbstbestimmung für Palästina!“ als „Teil der weltweiten Bewegung gegen den genozidalen Krieg Israels gegen das palästinensische Volk“ bezeichnete.

Studentische Gruppen positionierten sich im Berichtszeitraum mehrheitlich pro-palästinensisch und griffen postkoloniale, antiimperialistische Kritik in ihrem Protest auf. Sie vernachlässigten dabei stellenweise jedoch eine deutliche Abgrenzung zu israelbezogenem Antisemitismus. Trotz seiner Verhaftung im Hochschulmilieu ließ der Protest damit die nötige Differenzierung vermissen und duldete mitunter auch antisemitische Narrative.

Linksextremisten unterstützten die studentischen Proteste lediglich punktuell. So konnte eine linksextremistische Führung oder maßgebliche Einflussnahme in Nordrhein-Westfalen im Berichtsjahr nicht festgestellt werden.

Antisemitismus im auslandsbezogenen Extremismus: die Juden als Macht im Hintergrund

Die Ideologie der **Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe)** ist von einem übersteigerten Nationalbewusstsein geprägt und äußert sich vorrangig in der Verherrlichung des Türkentums und Herabwürdigung anderer Volksgruppen. Antisemitismus ist ein grundlegender Bestandteil des türkischen Rechtsextremismus. Ungeachtet der jeweiligen Strömung innerhalb der Bewegung betrachten alle Anhänger die Juden als gemeinsames Feindbild. Bereits Nihal Atsız, ein Vordenker der **Ülkücü**-Ideologie, beschrieb die Juden als „Feinde aller Völker“. Sie werden pauschal als eine kontrollierende, im Hintergrund stehende Macht dargestellt, die stets andere Menschen und Völker



Der Jude wird als an den Strippen ziehende (Welt)macht dargestellt

gegen Muslime aufhetzt. In diesem Kontext ist der Nahost-Konflikt stets ein Thema unter den Anhängern der **Ülkücü-Bewegung** und bedient mithin die bekannten Narrative unter den Anhängern der **Ülkücü-Ideologie**. Basierend auf der Wahrnehmung einer allgemein herrschenden Islamfeindlichkeit besteht eine uneingeschränkte Solidarität mit Palästina und dem palästinensischen Volk. Aktive Aufrufe oder die Organisation von Kundgebungen im Kontext des Nahost-Konflikts von Anhängern der **Ülkücü-Bewegung** waren im Berichtszeitraum nicht feststellbar.

Auch im Jahr nach den Terroranschlägen gegen den Staat Israel vom 7. Oktober 2023 werden diese und die darauffolgenden militärischen Auseinandersetzungen jedoch immer wieder von Anhängern der **Ülkücü-Bewegung** aufgegriffen. Diese verbreiteten und kommentierten auch im Jahr 2024 antiisraelische, antizionistische und antisemitische Beiträge in den sozialen Netzwerken.

Dabei ist insbesondere die sogenannte **freie Szene der Ülkücü-Bewegung** im digitalen Raum entsprechend aktiv. Obschon die vereinsgebundene Anhängerschaft im Vergleich zur sogenannten **freien Szene der Ülkücü-Bewegung** um eine gemäßigte und legalistische Darstellung bemüht ist, äußerten sich aber neben Personen, die der **freien Szene der Ülkücü-Bewegung** zuzurechnen sind, vereinzelt auch Vereinsmitglieder antizionistisch bis antisemitisch in den sozialen Medien.

In diesem Zusammenhang wird häufig unter anderem das Existenzrecht Israels abgesprochen und zum Boykott israelischer Produkte aufgerufen. Während das Vorgehen Israels von Anhängern der **Ülkücü-Bewegung** wiederkehrend als Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angesehen wird, wird das Vorgehen der **HAMAS** als

folgerichtige und gerechtfertigte Handlung beschrieben. In diesem Kontext wird insbesondere die Haltung und Position des Westens, der USA und insbesondere Deutschlands in Bezug auf den Nahost-Konflikt kritisiert.

Präventionsarbeit im Bereich Antisemitismus

Mit der Bündelungsstelle Antisemitismus wurde im Frühjahr 2023 ein zentraler Kontaktpunkt innerhalb des NRW-Verfassungsschutzes eingerichtet. Eine ihrer Aufgaben ist die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen. Damit soll für die sich stetig zuspitzende Bedrohungslage, in der sich Jüdinnen und Juden befinden, sensibilisiert werden. Durch Veranstaltungsformate sollen Akteure aus Politik und Gesellschaft noch enger vernetzt und die Aufmerksamkeit für den Einsatz gegen Antisemitismus erhöht werden.

Bündelungsstelle Antisemitismus

- ▶ Ansprechpartner im Verfassungsschutz für die jüdische Gemeinde und Organisationen mit Bezug zum Judentum beziehungsweise Israel
- ▶ Bekämpfung von antisemitischen Erscheinungsformen durch Aufklärung und Sensibilisierungen

Im März 2024 fand daher eine besondere Veranstaltung im Innenministerium statt. Zwei Zeitzeugen schilderten eindrücklich und persönlich ihre Erlebnisse und Eindrücke vom 7. Oktober 2023. Sie überlebten die Terroranschläge gegen den Staat Israel im Kibbuz Nahal Oz, der nur einige Kilometer vom Gaza-Streifen entfernt liegt. Bei dem



Zwei Zeitzeugen schildern ihre Erlebnisse vom 07. Oktober 2023 im Innenministerium NRW

Angriff verübten Terroristen der **HAMAS** ein Massaker in Nahal Oz. Sie ermordeten und verschleppten israelische Kinder, Frauen und Männer. Mindestens zwölf Bewohner wurden getötet und mindestens neun weitere in den Gaza-Streifen verschleppt. Der Zeitzeugenbericht zeigte nachdrücklich, dass Anti-

semitismus kein abstraktes Phänomen ist, sondern zu terroristischen Anschlägen gegen unschuldige Menschen anstiften kann.

Gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung fand am 10. Oktober 2024 eine Fachtagung unter dem Titel „Antisemitismus als Brückenphänomen“ in der Alten Synagoge in Essen statt. Ziel der Veranstaltung war die Betrachtung der Verbindung zwischen verschiedenen Formen des Antisemitismus und deren gesellschaftlichen Auswirkungen. Fachleute aus Politik, Wissenschaft, Kultur, Verwaltung und



Flyer der Veranstaltung „Antisemitismus als Brückenphänomen“ am 10. Oktober 2024

Zivilgesellschaft tauschten sich über die Frage aus, was gegen den neu erstarkenden Antisemitismus in Deutschland getan werden kann. Im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Beiträge standen aktuelle Forschungsergebnisse zur Verbreitung antisemitischer Einstellungen, die Verbindungslinien zwischen rechts- und linksextremistischer sowie islamistischer Propaganda, aber auch die zunehmende Radikalisierung der Debatte im Netz. Ein weiterer Fokus lag auf den Ergebnissen der Antisemitismusstudie. Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Beratungsstellen und Begegnungstätten plädierten dafür, mehr Gewicht auf den Dialog mit migrantisch geprägten Jugendlichen zu legen. In der Abschlussrunde debattierten Kulturschaffende darüber, ob neue Grenzen des Sagbaren für die Kultur gezogen werden müssten.

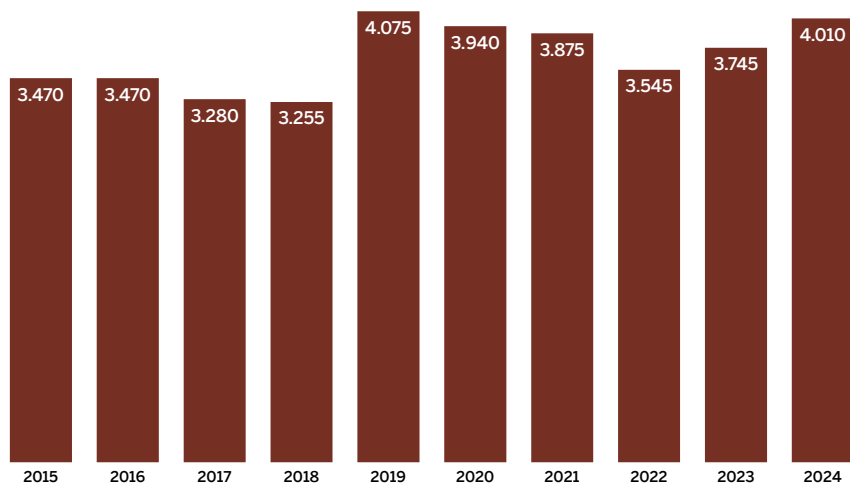
Am 12. November 2024 veranstalteten das Polizeipräsidium Münster, die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung sowie die Universität Münster eine Tagung zum Thema „Resilienz gegen Antisemitismus“. Der Leiter des NRW-Verfassungsschutzes sprach dabei zum Thema „Antisemitismus - alter Hass in neuen Formen“. Der Vortrag gab einen umfassenden Überblick über die Entwicklungen des Antisemitismus in den einzelnen Phänomenbereichen, der Öffentlichkeit und im Netz. Zudem bot er Einblicke in die Aufklärungs- und Präventionsarbeit des Verfassungsschutzes.

Im Landtagsforum kamen am 28. November 2024 Interessierte zu einem Fachabend zusammen. Auf Initiative des Verfassungsschutzes und unter der Mitwirkung von Respekt und Mut, SABRA und der Gesellschaft für Christlich Jüdische Zusammenarbeit Düsseldorf e.V. fand die Veranstaltung „Ist nie wieder wirklich jetzt? Antisemitismus und jüdisches Leben in NRW“ im Landtag statt. Der Fachabend bot Betroffenen eine Bühne, um zu schildern, wie sich die aktuelle Bedrohungslage auf ihr Leben auswirkt.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion tauschten sich Vertreter der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS e.V.) und der Alhambra Gesellschaft sowie die Präsidentin des jüdischen Studierendenverbands über die Bedrohung durch aufkeimenden Populismus, Antisemitismus und ideologisch motivierte Straftaten aus. Auch an diesem Abend wurden die Ergebnisse der Dunkelfeldstudie vorgestellt und diskutiert.

Alle Veranstaltungen eint die Schwerpunktsetzung auf Antisemitismus als Brückenphänomen und die damit verbundene Fragestellung, wie es sich nicht nur phänomenübergreifend, sondern auch gesamtgesellschaftlich betrachten lässt.

Auch wenn Antisemitismus kein neues Phänomen ist, macht der Blick auf aktuelle Zahlen und Daten sowie insbesondere auf Erzählungen und Erfahrungen von unmittelbar Betroffenen deutlich, wie alarmierend die Lage ist und zeigt mehr als deutlich: Der konsequente Einsatz gegen Antisemitismus ist eine umfassende, kontinuierliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe und bleibt für die Arbeit des Verfassungsschutzes von besonderer Relevanz.



Personenpotenzial im Rechtsextremismus

Rechtsextremismus

Zusammenfassung

2024 gab es in der Öffentlichkeit breite Diskussionen über Rechtsextremismus. Ein wichtiger Auslöser war ein Medienbericht im Januar 2024 über eine Konferenz in Potsdam, die bereits im November 2023 stattgefunden hatte. Diese wurde als Veranstaltung des „Düsseldorfer Forums“ firmiert, einer Veranstaltungsreihe, die von einem ehemals in Düsseldorf lebenden Rechtsextremisten organisiert wird. Auf der Veranstaltung stellte der Rechtsextremist Martin Sellner laut Medien einen sogenannten „Masterplan“ zur „Remigration“ vor. Unter diesem Begriff wirbt die Identitäre Bewegung seit 2015 für die fremdenfeindliche Forderung „Ausländer raus“. Nachdem über die mutmaßlich rechtsextremistische Agenda der Konferenz öffentlich berichtet wurde, gab es zahlreiche Versammlungen in Nordrhein-Westfalen, die gegen Rechtsextremismus protestierten. Die rechtsextremistische Szene wiederum griff in der Folge den Begriff „Remigration“ offensiv auf und stellte ihn als ihr Kernanliegen heraus.

Im Mai 2024 wurde ein Video öffentlich bekannt, in dem junge Erwachsene in einer Bar auf Sylt zum Lied „L'amour toujours“ den fremdenfeindlichen Slogan „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ skandieren. Dies wurde vielfach kopiert und eine Vielzahl ähnlicher Videos in den sozialen Medien verbreitet. Dies zeigt, dass die rechtsextremistische Szene ihr Ziel, vor allem fremdenfeindliche Positionen im politischen Diskurs zu „normalisieren“ und somit anschlussfähig für breitere Teile der Gesellschaft zu werden, zumindest in Teilen erreicht.

Strukturwandel

In den vergangenen beiden Jahren fand ein rascher Wandel der für den Rechtsextremismus bedeutsamen Strukturen in Nordrhein-Westfalen statt. Die Partei **Die Rechte** bildete seit 2012 eine Auffangstruktur für die neonazistische Szene. 2023 allerdings löste sich der Landesverband auf und ein relevanter Teil wechselte Anfang 2023 zur **NPD**. Die zuletzt verbliebenen Kreisverbände in Duisburg und Gelsenkirchen stellten ihre Aktivitäten 2024 ein. Die **NPD** wiederum benannte sich Mitte 2023 in **Die Heimat** um und will nun nicht mehr eine klassische Partei sein, sondern Netzwerker in der rechtsextremistischen Szene. Dementsprechend wurde in Dortmund im Frühjahr 2024 die Nachwuchsorganisation **Heimatjugend Dortmund** gegründet, die sich an neonazistisch orientierte Jugendliche und jungen Erwachsene richtet. **Aufbruch Leverkusen** hat zwar weiterhin einen langjährigen Rechtsextremisten als Führungs-

person, spielt aber außerhalb Leverkusens keine Rolle mehr. Die **rechtsextremistische Mischszene** befindet sich weitgehend im Stand-By-Modus. Das heißt, es gibt keine kontinuierlichen Aktivitäten mehr. Allerdings beteiligten sich nach dem mutmaßlich islamistisch motivierten Anschlag in Solingen unter anderem Anhänger der **Steeler Jungs** an einer rechtsextremistischen Versammlung in Solingen.

Zunehmend wird die rechtsextremistische Szene in Nordrhein-Westfalen von relativ neuen Gruppierungen geprägt. Mit der **Aktion Hermannsland**, der **Rheinlandbande** und **Inferno Aachen** sind seit 2023 beziehungsweise 2024 neonazistische Gruppierungen mit engen Verbindungen zur Nachwuchsorganisation von **Die Heimat, Junge Nationalisten (JN)**, aufgetreten. Mit den **Active Clubs** gibt es ein weiteres neues Angebot für neonazistisch orientierte Rechtsextremisten. Ferner haben sich 2024 mehrere neonazistische Gruppierungen zunächst virtuell gebildet und sind beispielsweise bei Störaktionen gegen Christopher Street Day-Veranstaltungen auch realweltlich in Erscheinung getreten. Sie heißen **Jung & Stark, Deutsche Jugend voran oder Der Störtrupp**. Es bleibt abzuwarten, ob sich hier dauerhafte, handlungsfähige Strukturen bilden.

In der rechtsextremistischen Strömung der Neuen Rechten ist die **JA NRW** zum wichtigsten Akteur in Nordrhein-Westfalen aufgestiegen und bietet anderen rechtsextremistischen Akteuren ein Forum beziehungsweise kooperiert mit diesen, wie beispielsweise der Frauengruppierung **Lukreta**. Die **Identitäre Bewegung** dagegen hat deutlich an Bedeutung verloren. Deren regionale Nachfolgegruppierung **Revolte Rheinland** hat Ende 2024 sogar ihre Selbstauflösung bekannt gegeben.

Verjüngung

Prägende Personen des Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen sind in den vergangenen Jahren verstorben, andere sind in ostdeutsche Bundesländer verzogen. Dies hat zwar zu einem Rückgang an Szenevorbildern und -organisatoren geführt, allerdings nicht zu einem Mangel an Nachwuchs. Es ist auffällig, dass in den vergangenen Jahren zunehmend Jugendliche und junge Erwachsene sich rechtsextremistischen Gruppierungen anschließen. Das betrifft sowohl die Neonaziszene als auch die Neue Rechte.

Virtualisierung

Der Zuwachs an Nachwuchs ist auch dem Internet geschuldet. Die virtuellen Möglichkeiten des Internets führen zu neuen hybriden Organisationsformen mit niedrigen Zugangsschwellen. Rechtsextremisten nutzen KI, um ihre Propaganda zu verbessern. Ein zunehmendes Sicherheitsproblem stellt die Radikalisierung von Jugendlichen dar, die täglich in geschlossenen Foren und Gruppen interagieren und in denen die Teil-

nehmer sich in ihrem Hass auf rechtsextremistische Feindbilder anstacheln und Gewalt befürworten.

Gewalt

Die Bandbreite der Tätertypen hat sich vergrößert. Schwere Straftaten lassen sich immer weniger einem bestimmten rechtsextremistischen Akteur oder einer Szene zuordnen. Ein Teil der identifizierten Tatverdächtigen ist zuvor kaum oder überhaupt nicht durch rechtsextremistische Aktivitäten aufgefallen. Das Zusammenwirken von Rechtsextremisten, **Reichsbürgern** und **Delegitimierern** in terroristischen Gruppierungen zeigt, dass sich Teile der verschiedenen extremistischen Szenen gleichsam im Widerstand sehen und deshalb schwere Gewalttaten als notwendig und gerechtfertigt erachten.

Reichsbürger und Selbstverwalter

Reichsbürger und Selbstverwalter leugnen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und versuchen, die Handlungsfähigkeit des Staates zu beeinträchtigen. Im Zuge der Corona-Pandemie konnte die Szene auch verstärkt Frauen und junge Erwachsene hinzugewinnen. Von einzelnen **Reichsbürgern** geht ein erhebliches Gefahrenpotenzial aus. Dies umfasst auch die Bildung terroristischer Vereinigungen.

Im Fokus: Queerfeindlichkeit im Rechtsextremismus

Im Jahr 2024 wurden im Bundesgebiet vermehrt Demonstrationen und Störversuche gegen Christopher-Street-Day-Veranstaltungen durchgeführt. Hinter diesen Aktionen stehen Gruppen junger Neonazis. Queerfeindlichkeit ist innerhalb des Rechtsextremismus kein neues Phänomen und stellt gerade heutzutage eines der zentralen Agitationsfelder dar. Neu sind allerdings die Vielzahl an realweltlichen Aktionen und deren teilweise hohe Teilnehmerzahlen.

Im Folgenden wird ein Überblick über diese aktuelle Szeneentwicklung gegeben.

Queerfeindlichkeit

Queerfeindlichkeit wird im Folgenden als Begriff für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegen Angehörige der LGBTQIA+-Community verwendet. Es handelt sich nicht um ein Alleinstellungsmerkmal für Rechtsextremismus, sondern findet sich in diversen anderen Weltanschauungen und bestimmten Auslegungen von Religion wieder.

Entwicklung Queerfeindlichkeit im Rechtsextremismus

Queerfeindlichkeit ist bereits seit langem ideologischer Bestandteil verschiedener rechtsextremistischer Bewegungen. So wurden beispielsweise im Nationalsozialismus insbesondere homosexuelle Männer verfolgt. Das Thema Queerfeindlichkeit findet sich heute sowohl bei neonazistischen als auch bei neurechten Organisationen wieder. Die Formen der Agitation gegen dieses Feindbild unterscheiden sich dagegen zum Teil. So versuchen neurechte Akteure vor allem, queere Menschen verbal zu diffamieren. Dagegen wird seitens der **Neonaziszene** oftmals auch versucht, diese Menschen durch realweltliche Aktionen einzuschüchtern. Zum Teil kommt es hierbei auch zu gewalttätigen Übergriffen.

Anti-CSD-Aktionen 2024

Zu den oben genannten Aktionen zählen ebenso Demonstrationen oder Störversuche, die anlässlich von Christopher-Street-Day-Veranstaltungen, kurz CSDs, durchgeführt werden. Insbesondere 2024 war eine starke Mobilisierung innerhalb der **Neonaziszene** zu diesen „Anti-CSD-Aktionen“ festzustellen. Dies betrifft sowohl die Zahl der durchgeführten Aktionen als auch deren jeweilige Teilnehmerzahl. In Ostdeutschland erreichten die Veranstaltungen zum Teil mehrere hundert Teilnehmer. Bemerkenswert ist hierbei, dass diese Entwicklung dem Trend der letzten Jahre entgegen-

läuft. So litt die **Neonaziszene** in den vergangenen Jahren unter einer deutlichen Mobilisierungsschwäche.

In Nordrhein-Westfalen wurden ebenfalls Aktionen zu mehreren CSDs durch Angehörige der **Neonaziszene** durchgeführt. So konnten im Umfeld der CSDs in Köln, Duisburg und Essen Personengruppen festgestellt werden, die zu mutmaßlichen Störaktionen angereist waren. Anlässlich der CSDs in Dortmund und Remscheid wurden zudem Versammlungen in Form von Demonstrationen angemeldet. Die höchste Teil-

nehmerzahl erreichte hierbei die Versammlung in Dortmund mit rund 80 Teilnehmern. An der Versammlung beteiligten sich auch Angehörige der Dortmunder Neonaziszene um die rechtsextremistische Partei **Die Heimat**.



CSD-Protest von Rechtsextremisten in Dortmund

Neue Organisationen innerhalb der Neonaziszene

Die vorangehend dargestellten Aktionen werden von Gruppen junger **Neonazis** organisiert und durchgeführt. Diese bezeichnen sich selbst beispielsweise als **Jung & Stark, Deutsche Jugend voran** oder **Der Störtrupp**.



Logo von Deutsche Jugend voran (DJV)

Bei den Mitgliedern handelt es sich überwiegend um Jugendliche und junge Erwachsene im Altersspektrum zwischen 14 und 26 Jahren. Diese werden vor allem im virtuellen Raum rekrutiert. So nutzen die genannten Organisationen Social-Media-Plattformen wie Instagram oder TikTok, um auf sich aufmerksam zu machen und potenzielle Mitglieder in ihre Chatgruppen einzuladen. Bemerkenswert ist, dass die weit überwiegende Anzahl der Mitglieder der Gruppierungen oftmals keinen

Vorlauf in der Neonaziszene haben und offensichtlich zunächst vor allem virtuell in Kontakt zu Gleichgesinnten stehen.

Bewertung des Phänomens

Prognosen, inwieweit sich das Aktionsgeschehen gegen CSD-Veranstaltungen verstetigen wird, sind mit einer großen Unsicherheit behaftet. Zum einen ist die Fortdauer und Handlungsfähigkeit der neugegründeten Gruppierungen ungewiss. Zum anderen ist kaum zu sagen, ob Queerfeindlichkeit die jungen Akteure dauerhaft mobilisiert. Denkbar ist, dass die genannten Gruppen versuchen werden, auch andere neonazistische Themenfelder zu besetzen. In jedem Fall ist festzustellen, dass sich die **Neonaziszene** entgegen dem Trend der letzten Jahre durch den Zulauf dieses Personenpotentials verjüngt. Das aggressive Auftreten bei den CSD-Veranstaltungen sowie der gewaltbefürwortende Diskurs in den Social-Media-Gruppen deuten darauf hin, dass mit dieser Verjüngung auch das Gewaltpotential der Szene nochmals zunimmt.

Die Heimat



Sitz/Verbreitung	Bundesverband: Berlin; Landesverband: Essen
Gründung/Bestehen seit	1964 (Bundes- und Landesverband NRW), im Juni 2023 wurde die NPD in Die Heimat umbenannt
Struktur/ Repräsentanz	Bundesvorsitzender: Peter Schreiber (seit November 2024) Landesvorsitzender: Claus Cremer (seit Juni 2008); einstellige Zahl aktiver Kreisverbände; Junge Nationalisten (JN) als Jugendverband
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2024	circa 400 ➔ Junge Nationalisten (JN) 50
Veröffentlichungen	Publikationen als Printversion: Zeitschrift des Bundesverbandes Deutsche Stimme ; Zeitschrift der Parteizentrale Deutsche Nachrichten; Web-Angebote: fast alle aktiven Parteistrukturen sind in den sozialen Netzwerken vertreten
Kurzporträt/Ziele	Das Bundesverfassungsgericht stellte in seiner Entscheidung vom 17. Januar 2017 im NPD -Verbotsverfahren fest, dass es sich um eine verfassungsfeindliche Partei handle, der es aber an Potenzial fehle, ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu realisieren. Die Partei kooperiert mit anderen rechtsextremistischen Parteien und Neonazis . Der Landesverband hat zunehmend an Bedeutung verloren und verfügt nur noch über wenige Kreisverbände. Es ist jedoch zu beobachten, dass einzelne Kreisverbände einen Zuwachs an Nachwuchs verzeichnen.
Finanzierung	Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die Heimat lehnt die freiheitliche Demokratie in Deutschland ab und will diese beseitigen. So negiert die Partei die tragenden Prinzipien des Grundgesetzes. Insbesondere wendet sie sich **gegen die im Grundgesetz verankerte Menschenwürde**. Die von der Partei **Die Heimat** verfolgten politischen Ziele laufen auf einen autoritären Staat hinaus. **Die Heimat** verfolgt eine rechtsextremistische Ideologie, die auf das Prinzip der Volksgemeinschaft baut und sich vor allem durch Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus hervortut. Angesichts der vielfachen Bezüge auf die Ideologie der NSDAP gibt es eine inhaltliche Wesensverwandtschaft der Partei **Die Heimat** mit dem Nationalsozialismus. Die Partei verfolgt ihre verfassungsfeindlichen Ziele überdies in einer aggressiv-kämpferischen Weise. Sie versteht sich als Bürgerbewegung, deren Aktionen mehr auf Provokationen abzielen als auf klassische Parteiarbeit. **Die Heimat** unterliegt deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung

Der Bundestag, der Bundesrat und die Bundesregierung hatten beim Bundesverfassungsgericht den Antrag gestellt, **Die Heimat**, die im Juni 2023 unbenannte ehemalige **NPD**, von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen. Das Bundesverfassungsgericht urteilte am 23. Januar 2024, dass **Die Heimat** für die Dauer von sechs Jahren von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen ist. Das Gericht stellte fest: „Die Partei **Die Heimat** missachtet die freiheitliche demokratische Grundordnung und ist nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Mitglieder und Anhänger auf deren Beseitigung ausgerichtet. Sie zielt auf eine Ersetzung der bestehenden Verfassungsordnung durch einen an der ethnischen ‚Volksgemeinschaft‘ ausgerichteten autoritären Staat. Ihr politisches Konzept missachtet die Menschenwürde aller, die der ethnischen ‚Volksgemeinschaft‘ nicht angehören, und ist zudem mit dem Demokratieprinzip unvereinbar.“

Kreisverband Dortmund

Der ehemalige Dortmunder Kreisverband der rechtsextremistischen Partei **Die Rechte**, dem vor allem **Neonazis** angehören, bildet seit 2023 weitgehend den Dortmunder Kreisverband von **Die Heimat**. Dieser hat in einer langjährigen Szeneimmobilie in Dortmund-Dorstfeld seinen Sitz, in der er regelmäßig rechtsextremistische Vortrags- und Musikveranstaltungen durchführt. Darüber hinaus sind die Hauptakteure des Dortmunder Kreisverbandes auch in rechtsextremistischen Betätigungsfeldern aktiv. Der Kreisvorsitzende Sascha Krolzig ist zugleich Herausgeber der Zeitung **N.S. Heute**. Sein Stellvertreter Alexander Deptolla ist Führungsperson des rechtsextremistischen Kampfsportlabels **Kampf der Nibelungen**.

Die Heimat Dortmund verfügt auch über einen Sitz im Stadtrat. Deren Ratsvertreter wollte im Februar 2024 nach Ungarn zur internationalen rechtsextremistischen Veranstaltung „Tag der Ehre“ reisen, auf der er in der Vergangenheit als Redner antisemitische Aussagen von Hitler zustimmend zitiert hatte. Die Stadt Dortmund beschränkte deshalb vorübergehend die Geltung seines Reisepasses und Personalausweises, sodass er 2024 nicht an dem Treffen teilnehmen konnte. Nach einer Klage des Rechtsextremisten bestätigte das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen die Rechtmäßigkeit der städtischen Maßnahme, weil das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland gefährdet sei. Auch in der zweiten Instanz vor dem Oberverwaltungsgericht scheiterte der Ratsvertreter mit seiner Beschwerde.

Der Wegzug von Führungspersonen beeinträchtigte in den vergangenen Jahren einerseits die Organisations- und Mobilisierungsfähigkeiten des Kreisverbandes und führte dadurch auch zu einer geringeren Öffentlichkeitswirksamkeit. Andererseits ermöglichte es jüngeren Mitgliedern aus der zweiten Reihe, in relevante Positionen zu gelangen und Veränderungen - insbesondere breitenwirksame Social-Media-Auftritte - herbeizuführen, die aktuell zu einer Modernisierung der Szene beiträgt und vorrangig Jugendliche und junge Erwachsene ansprechen.

Junge Nationalisten (JN)

Im Januar 2024 veranstaltete der NRW-Landesvorsitzende Cremer ein Treffen von Funktionären der **JN** und Interessenten im Alter von 14 bis 19 Jahren. Ziel war es, die Attraktivität der Jugendorganisation zu steigern und neue Strukturen der **JN** zu etablieren. Am 20. April 2024 gründeten jüngere Rechtsextremisten dann in Dortmund den **JN-Kreisverband Heimatjugend Dortmund**. Das Gründungsdatum, am Geburtstag Adolf Hitlers, zeigt, dass die Jugendorganisation sich wie die **Neonaziszene** in der

Tradition des historischen Nationalsozialismus sieht. Im Laufe des Jahres verstetigten sich die Aktivitäten und es wurden regelmäßig Stammtische in der Szeneimmobilie in Dortmund-Dorstfeld durchgeführt, an denen bis zu 50 Jugendliche und junge Erwachsene teilnahmen.

Als die **Heimat Dortmund** am 14. Dezember 2024 eine Demonstration mit rund 140 Rechtsextremisten in Dortmund durchführte, wurde diese maßgeblich durch das Mobilisierungspotenzial der **Heimatjugend** getragen. Letztere ist sich ihrer Bedeutung für die rechtsextremistische Szene im Ruhrgebiet bewusst und spricht davon, dass man sich auf eine „rebellische Jugend im Jahr 2025“ freue.

Weitere neonazistisch geprägte Gruppierungen haben Bezüge zu den **JN**. Zum Teil sind oder waren die Führungspersonen in den **JN** aktiv. Dazu zählen die **Rheinlandbande**, **Aachen Inferno** und die **Aktion Hermannsland**. Anfang September 2024 organisierten die **JN** gemeinsam mit der **Rheinlandbande** ein sogenanntes „Bundeslager“ im Rhein-Sieg-Kreis, das der bundesweiten Vernetzung diene.

An einer Veranstaltung der **JN** im niedersächsischen Eschede im Juni 2024 beteiligten sich Angehörige der **Heimatjugend Dortmund** und der **Rheinlandbande**. Die überwiegend jungen Männer waren einheitlich mit dunkler Hose und weißen Hemden gekleidet und führten eine Sonnwendfeier mit Fackeln und Landknechtstrommeln durch. Dazu versammelten sich die Rechtsextremisten um eine hölzerne Algiz-Rune. Nicht zuletzt die Entzündung der Rune, welche während des Nationalsozialistischen Regimes als Symbol des Vereins „Lebensborn“ genutzt wurde, symbolisierte einen unmissverständlichen ideologischen Schulterchluss der **JN** mit dem historischen Nationalsozialismus.

Auch die **Heimatjugend Dortmund** hat sich die fremdenfeindliche Forderung nach sogenannter „Remigration“ zu eigen gemacht. Anlässlich des Anschlags in Magdeburg am 20. Dezember 2024 postete sie auf ihrem Telegram-Kanal „Es reicht. Setzt dem Sterben ein Ende. Der Staat hat fertig. Remigration jetzt!“ Ferner betätigte sie sich queer-feindlich und unterstützte Demonstrationen gegen die Durchführung von Christopher-Street-Days. Damit einher ging die Abwertung von Menschen mit nicht-heteronormativen sexuellen Orientierungen und Geschlechteridentitäten. So verbreitete die Heimatjugend Dortmund ein Bild von einem in Dortmund aufgehängten Banner mit dem Text: „Aus Anne wird Frank, das ist doch krank“. Damit wird einerseits die von Nationalsozialisten ermordete Jüdin Anne Frank verhöhnt und andererseits werden transsexuelle Menschen diffamiert.

JN Landesverband West

In der Essener Landesgeschäftsstelle der Partei **Die Heimat** fand am 15. Dezember 2024 der Gründungskongress des „Landesverbands West“ der **JN** statt, der die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland umfasst. Der Landesverband wurde nach Angaben der **JN** gegründet, um die organisatorische Lücke zu schließen, die bislang zwischen den lokalen Strukturen und dem Bundesverband herrsche. Bei der Veranstaltung überreichte der **JN**-Bundesvorsitzende Weigler der Führungsperson der **Heimatjugend Dortmund** einen Wimpel. Deswegen ist davon auszugehen, dass der Dortmunder Rechtsextremist die Leitung des neuen Landesverbandes übernommen hat.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Heimat ist in Nordrhein-Westfalen weiterhin eine rechtsextremistische Kleinstpartei. Die durch die strategische Neuausrichtung und Namensänderung erhofften Wahlerfolge blieben in Nordrhein-Westfalen bislang aus. Der neue Bundesvorsitzende kündigte an, das Konzept einer „Sammlungsbewegung“ und „Anti-Parlamentarismus-Bewegung“ fortführen zu wollen. Seit 2023 fanden im Landesverband zwei Entwicklungen statt, die dieses Konzept mit Leben füllten, ohne dass dies vom NRW-Landesvorstand von **Die Heimat** aktiv vorangetrieben wurde.

Erstens hat der 2023 vollzogene Wechsel des größten Teils des Dortmunder Kreisverbandes der Partei **Die Rechte** zu **Die Heimat**, der letztgenannten den mitgliederstärksten und aktivistischsten Kreisverband beschert. Dies sichert der Partei zwar einerseits gelegentlich öffentliche Aufmerksamkeit, hat aber andererseits durch den Zuwachs an **Neonazis** zu einer weiteren Radikalisierung von **Die Heimat** in Nordrhein-Westfalen geführt.

Zweitens gab es 2024 einen verstärkten Zulauf von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Dies führte zu einer Wiederbelebung der **JN**, nachdem sie fast ein Jahrzehnt keine handlungsfähigen Strukturen in Nordrhein-Westfalen aufwiesen. Vor allem die **Heimatjugend Dortmund** bildete sich als Zentrum der **JN** in Nordrhein-Westfalen heraus. Diese profitierten stark von der Teilhabe an den über viele Jahre gewachsenen rechtsextremistischen Strukturen in Dortmund und haben Zugriff auf die Räumlichkeiten und Netzwerke der in der neonazistischen Szene einflussreichen **Heimat Dortmund**. Die **Heimatjugend Dortmund** vernetzt sich zum einen mit anderen neonazistisch geprägten Gruppierungen mit **JN**-Bezug sowie zum anderen mit vorrangig im Internet agierenden, aktionsorientierten neonazistischen Gruppierungen.

Rechtsextremistische Personenzusammenschlüsse in der und für die AfD

Sitz/Verbreitung *Völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss:* Seit der formalen Auflösung des *Flügels* am 30. April 2020 dezentrale Auffächerung; Aktivitäten auf lokaler Ebene

Junge Alternative (JA): bundesweit

Gründung/Bestehen seit 14. März 2015 (Veröffentlichung der „Erfurter Resolution“)

JA Bundesverband: 15. Juni 2013 in Darmstadt;

JA NRW Landesverband: 16. Februar 2014 in Düsseldorf

Struktur/ Repräsentanz *Völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss:* Sammlungsbewegung; maßgebliche Leit- und Identifikationsfigur: Björn Höcke

JA Bundesverband: 16 Landesverbände.

JA NRW: 5 Bezirksverbände.

**Mitglieder/Anhänger/
Unterstützer 2024** *Völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss:* Personenpotenzial von circa 1.100 ➔

JA NRW: Mitglieder circa 200, davon ca. 50 bis 100 aktiv

Veröffentlichungen

Völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss: Verlagerung in geschlossene Gruppen und allgemeine Diskussionsforen der sozialen Netzwerke

JA NRW: Es bestehen mehrere Internetpräsenzen der *JA NRW* und ihrer regionalen Untergliederungen. Darüber hinaus veröffentlicht die *JA NRW* den eigenen Podcast „Basislager“ und das Mitglieder magazin „Distel“

Kurzporträt/Ziele

Der völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss tritt seit der vorgeblichen Auflösung des *Flügels* nicht mehr als formale Gruppierung im öffentlichen Raum auf. Er existiert in Nordrhein-Westfalen in virtuellen Strukturen fort und versucht, als Parteiströmung auf die inhaltliche und personelle Ausrichtung der AfD Einfluss zu nehmen. Mit dem *Alternativen Kulturkongress Deutschland* verfügt er über eine Substruktur in OWL, die Veranstaltungen organisiert. Die ideologische Ausrichtung fokussiert sich im Wesentlichen auf das völkische Konzept des sogenannten Ethnopluralismus. Damit knüpft der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss* unmittelbar an den Entwurf einer ethnisch homogenen Gemeinschaft an, den die rechtsextremistische Neue Rechte vertritt. Weiterhin greift der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss* das nationalistisch-historische Konzept eines deutschen Sonderwegs auf.

Die *Junge Alternative Landesverband Nordrhein-Westfalen (JA NRW)* ist die offizielle Jugendorganisation der AfD in Nordrhein-Westfalen. Neben politischen Gremiensitzungen und Veranstaltungen, wie Vorträgen, bietet die *JA NRW* auch gemeinschaftsstiftende Freizeitangebote an. Dazu zählen unter anderem Feiern, Ausflüge und Fußballturniere. Die *JA NRW* vertritt einen völkischen Nationalismus, wobei das ethnisch „Fremde“ ausgeschlossen werden soll. Dies entspricht der von der Neuen Rechten geprägten Idee des Ethnopluralismus.

Finanzierung

Völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss: Indirekt, indem der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss* entsprechend seiner Verankerung in den Parteistrukturen der AfD an den Mitgliedsbeiträgen partizipiert.

JA NRW: Mitgliedsbeiträge, Verkauf von Merchandise Produkten, Spenden

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss* propagiert eine völkisch-nationalistische Ideologie, die Migranten und Muslime ausgrenzt und abwertet. Der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss* verbreitet ein in Teilen revisionistisches Geschichtsbild. Sein ethnisch homogener Volksbegriff und sein antiindividualistisches Menschenbild sind in der Gesamtschau nicht mit der grundgesetzlich garantierten Menschenwürde und dem Demokratie- und dem Rechtsstaatsprinzip vereinbar. Der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss* nutzt darüber hinaus globale Krisen als Vehikel zur Verächtlichmachung der staatlichen Institutionen, der politischen Gegner und der demokratischen Prozesse. Der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss* unterliegt deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

Die *JA NRW* missachtet in ihren Aussagen und Forderungen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot. Sie vermittelt ein negatives Menschenbild über bestimmte Minderheiten, das ausschließlich an deren Nationalität oder Religionszugehörigkeit anknüpft. Dabei greifen sowohl Wortwahl als auch die Argumentationsmuster die Menschenwürde an und sind deshalb nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Die *JA NRW* unterliegt deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der AfD-Bezirksverband Arnsberg führte am 1. Mai 2024 in Hamm eine Veranstaltung durch, das sogenannte „patriotische Maifest“, an dem die ideologische Führungsperson des formal aufgelösten *Flügels* Björn Höcke teilnahm. Die Aktion wurde von der

JA NRW mitgetragen. Höcke solidarisierte sich in seinem Redebeitrag mit der *JA* und rechtsextremistischen Organisationen aus der Strömung der Neuen Rechten, die in der Szene unter dem Begriff „Vorfeld“ firmieren: „Genauso habe ich einmal darauf hingewiesen, dass das Vorfeld so bedeutsam ist, deswegen bin ich auch persönlich wirklich froh, dass wir hier nicht unter uns sind, sondern dass die Vorfeldorganisationen auch hier sind [...] Partei und Vorfeld müssen Schulter an Schulter stehen, nur so kann man die politische Wende erreichen.“ Darüber hinaus verbreitete er fremdenfeindliche und völkische Narrative, in denen Migranten pauschal als negativ und Störfaktor in einer ethnisch homogenen Gesellschaft dargestellt werden: „Aber die vielen Spitzbuben, die wir hereingelassen haben ins Land, die unsere Kriminalstatistik in unerträglicher Art und Weise belastet, die die innere Sicherheit zerfallen lässt und lassen, die sind eben nicht Teil dieses gewachsenen deutschen Volkes, das als Vertrauensgemeinschaft jetzt kaputt gemacht wird. [...] das, was hier gerade passiert seit 2015 und gerade mal eben ein gewachsenes Volk zu multikulturalisieren, ohne Sinn und Verstand und ohne Not [...] Das ist extremistische Politik.“

Der *Alternative Kulturkongress* als Substruktur des *völkisch-nationalistischen Personenzusammenschlusses* veranstaltete 2024 zwei Diskussionsveranstaltungen, wozu Anhänger des ehemaligen *Flügels* als auch andere Politiker eingeladen wurden.

Am 12. Dezember 2023 veröffentlichte das Innenministerium Nordrhein-Westfalen die Einstufung der *JA NRW* als Verdachtsfall. Der damalige Landesvorsitzende Felix Cassel konzedierte in einem Video auf dem Instagram-Kanal der Jugendorganisation, dass die *JA NRW* sich durch „solche Mittel nicht einschüchtern lasse“. Auch weitere Führungspersonen der *JA NRW* bekundeten Ende 2023, dass sie die Einstufung als Verdachtsfall für unerheblich halten.

Demgemäß hielt die *JA NRW* an ihrem rechtsextremistischen Kurs fest und führte unter anderem Vortragsveranstaltungen mit Vordenkern der rechtsextremistischen Strömung der Neuen Rechten durch. Am 19. Januar 2024 lud die *JA NRW* Götz Kubitschek zu einer Vortragsveranstaltung in ihre Landesgeschäftsstelle nach Dortmund ein. Kubitschek war Führungsperson des rechtsextremistischen **Instituts für Staatspolitik**, das im Frühjahr 2024 seine Selbstauflösung bekannt gab sowie Verleger des rechtsextremistischen **Antaios Verlags**. Eine weitere Vortragsveranstaltung der *JA NRW* fand am 16. März 2024 in Dortmund statt. Referent war einzenebkannter Publizist der Neuen Rechten, der unter dem Pseudonym „Martin Lichtmesz“ auftritt, dessen Bücher im **Antaios Verlags** erscheinen. Im Jahr 2022 veröffentlichte er zusammen mit dem Rechtsextremisten Martin Sellner das Buch „Bevölkerungsaustausch und Great Reset“.

Die *JA NRW* sucht weiterhin die Zusammenarbeit mit dem erwiesenen rechtsextremistischen AfD-Landesverband Thüringen, insbesondere mit dessen Führungsperson Björn Höcke. Am 10. August 2024 fuhrn Mitglieder der *JA NRW* zur Wahlkampfunterstützung der AfD nach Thüringen. Der Landesverband vertritt seit mehreren Jahren Positionen, die sich gegen die Menschenwürde sowie das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip richten.

Anlässlich des mutmaßlich islamistischen Anschlags in Solingen am 23. August 2024 fand zwei Tage später eine Kundgebung mit rund 50 Teilnehmern der *JA NRW* statt, auf der die Beteiligten den Anschlag instrumentalisierten, um nationalistische und



Fremdenfeindliche Instrumentalisierung des islamistisch motivierten Anschlags in Solingen

fremdenfeindliche Parolen zu verbreiten. Einer der Redner machte unter dem Applaus der Teilnehmer deutlich, dass mit dem Begriff „Remigration“ nicht nur die Ausreise von nicht aufenthaltsberechtigten Migranten gemeint ist, sondern Menschen mit Migrationsbiografie pauschal als Störfaktor gesehen werden.

Ende 2024 konkretisierte sich die Diskussion um die organisatorische Einbindung des **JA Bundesverbandes** in die *AfD*. Beim AfD-Bundesparteitag im Januar 2025 sollte der Vorschlag zur Abstimmung stehen, die Parteisatzung zu ändern, um die Jugendorganisation zu einem Bestandteil der Partei zu machen. Die *JA NRW* lehnte dieses Vorhaben ab, weil sie eine stärkere Steuerung durch die Partei befürchtet. Die starke Ablehnung dürfte unter anderem den Konflikten der Jugendorganisation mit dem AfD-Landesvorstand NRW geschuldet sein. Letzterer hatte beispielsweise Anfang 2024 die Finanzausschüsse an die Jugendorganisation gestrichen.

Am 5. Oktober 2024 fand der Landeskongress der *JA NRW* mit einer Neuwahl des Vorstands statt. Der bisherige Landesvorsitzende trat aus privaten Gründen nicht wieder an. Sein bisheriger Stellvertreter, Patrick Heinz, wurde zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Ansonsten gab es eine weitgehende personelle Kontinuität im Landesvorstand. Eine Personalentscheidung zeigt, dass auch der Konfrontationskurs zum AfD-Landesvorstand fortgesetzt wird. Nachdem der AfD-Landesvorstand ein Partei-

ausschussverfahren gegen den damaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden der *JA NRW* initiiert hatte, war dieser im Frühjahr 2024 von seinem Amt in der *JA NRW* zurückgetreten, um gemäß seinen Werten Schaden von der Jugendorganisation abzuwenden. Auf dem Landeskongress trat er erneut zur Wahl des stellvertretenden Landesvorsitzenden an und wurde von den Mitgliedern gewählt.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Trotz der formellen Auflösung des *Flügels* agiert der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss innerhalb der AfD* informell weiter. Er wirkt als Multiplikator für rechtsextremistische Positionen, nimmt Einfluss auf den öffentlichen Diskurs und den Willensbildungsprozess innerhalb der AfD. In Nordrhein-Westfalen stellt der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss* einen relevanten – jedoch nicht dominierenden – Faktor im Landesverband der AfD dar.

Die *JA NRW* ist Bestandteil der rechtsextremistischen Strömung der Neuen Rechten. Bei Veranstaltungen und in den sozialen Medien verbreitet sie Aussagen, die auf eine Abwertung und Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft zielen. Zudem verschafft sie wiederkehrend Vordenkern der Neuen Rechten ein Forum. Einerseits ist ihr Einfluss auf die AfD Landesverband NRW durch den Konflikt mit dem Landesvorstand begrenzt, andererseits werden wesentliche Teile des Parteienwachstums in der *JA NRW* rechtsextremistisch sozialisiert.

Der III. Weg



Sitz/Verbreitung	Bundesverband: Weidenthal (Rheinland-Pfalz); Verbreitung hauptsächlich in Süd- und in Ostdeutschland; zwei sogenannte Stützpunkte in NRW
Gründung/Bestehen seit	28. September 2013 in Heidelberg
Struktur/ Repräsentanz	Vorsitzender Bundesverband: Matthias Fischer Vorsitzender Landesverband West (ehemals Gebietsverband West): Julian Bender Als einer von fünf Landesverbänden umfasst der Landesverband West zwei sogenannte Stützpunkte in Nordrhein-Westfalen. Die Gründung des Stützpunktes Sauerland-Süd ist auf den 29. Dezember 2015 datiert. Zu ihm gehören insbesondere Siegen und der Landkreis Olpe. Der Stützpunkt Rheinland, am 16. März 2019 gegründet, umfasst den Großraum Düsseldorf und Köln
Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2024	rund 40 ➡
Veröffentlichungen	Verschiedene Internetpräsenzen, Publikationen, insbesondere in Form von Büchern und Flyern
Kurzporträt/Ziele	Die Partei Der III. Weg propagiert ein rechtsextremistisches Staats- und Gesellschaftsbild, insbesondere greift sie völkisch-nationalistische Elemente des historischen Nationalsozialismus auf. So lehnt sie sich mit ihrem 10-Punkte-Programm ideologisch an das Gedankengut der NSDAP an und fordert einen „deutschen Sozialismus“ ein. Zudem beteiligt sich die Partei an revisionistischen Kampagnen, die darauf abzielen, nationalsozialistische Verbrechen zu relativieren.

Finanzierung

Überwiegend über Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Das Parteiprogramm von **Der III. Weg** zeigt, dass die Partei eine ethnisch homogene Gesellschaft im Sinne des völkischen Nationalismus anstrebt, die durch die rigide Ausgrenzung aller vermeintlich Fremden ohne Rücksicht auf die Menschenrechte verwirklicht werden soll. Diesem Verständnis folgend agitiert die Partei vor allem gegen Migranten und verletzt damit fortlaufend deren Menschenwürde.

Zahlreiche Mitglieder waren zuvor in anderen rechtsextremistischen Organisationen aktiv. Zudem pflegt die Partei Kontakte zu verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen in Europa. **Der III. Weg** unterliegt deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Stützpunkt Sauerland-Süd

Der Vorsitzende des Landesverband West und des Stützpunkts Sauerland-Süd, Julian Bender, erwarb 2023 ein Haus mit Grundstück in Hilchenbach (Kreis Siegen-Wittgenstein), um dieses zu Wohnzwecken und als regionales Parteibüro zu nutzen. Das Selbstverständnis der rechtsextremistischen Partei und die Rolle der Hilchenbacher Immobilie beschreibt **Der III. Weg** in einem Beitrag auf seiner Webseite vom 22. August 2024 folgendermaßen: „Wir kämpfen, anders als der sogenannte Nationale Widerstand, nicht für die Reste, die wir noch haben, sondern für eine Revolution, für die Überwindung dieses volksfeindlichen Systems. Während der sogenannte Widerstand sich oft nur noch in einem Stellungskrieg befindet, um mit allen Mitteln die vorhandene Position zu verteidigen oder den Rückzug zu verlangsamen, ist es unser Ziel, die Frontlinie zu unseren Gunsten zu verschieben. Leuchttürme wie in Hilchenbach sind dabei ein Anfang!“

Durch Parteiflaggen und entsprechende Plakate als Parteibüro gut zu erkennen, werden die Räumlichkeiten regelmäßig für Parteiveranstaltungen mit rechtsextremistischen Vorträgen genutzt. Am 19. Oktober 2024 hielt der ehemalige Pfleger von Rudolf Heß, Hitlers Stellvertreter, einen Vortrag. In diesem verbreitete er die in der rechtsextremistischen Szene populäre Legende, dass Heß von den Alliierten ermordet

worden sei. Den nationalsozialistischen Charakter der Veranstaltung verdeutlicht der Bericht vom **III. Weg** auf seiner Webseite. Dort heißt es: Der Redner „begann seinen Vortrag in einem voll besetzten Saal mit einer Schweigeminute für Rudolf Heß. Alle Anwesenden erhoben sich von den Plätzen und erwiesen Heß den verdienten Respekt.“

Mit rechtsextremistischen Musikveranstaltungen versuchte der „Stützpunkt Sauerland-Süd“, sich für einen breiteren Interessierten zu machen und insbesondere auch Jugendliche und junge Erwachsene anzusprechen. Ursprünglich sollte auf dem Grundstück in Hilchenbach am 4. Oktober 2024 ein Konzert mit den rechtsextremistischen Musikern **Kavalier** und **Proto** stattfinden. Nachdem die Durchführung durch behördliche Maßnahmen weitestgehend verhindert wurde, fand eine Folgeveranstaltung am 9. November 2024 statt. Teile des Konzerts verwendeten die Musiker für ihr im November 2024 veröffentlichtes Musikvideo zum Lied „Deutsche Jungs“.

Den „Tag der Heimmattreue“ veranstaltete der „Stützpunkt Sauerland-Süd“ zum sechsten Mal. Er fand am 10. August in Hilchenbach statt. Dabei handelt es sich um eine Art rechtsextremistischen Jahrmarkt, bei dem es Essens-, Informations- und Devotionalienstände sowie Vorführungen und einen Sportwettkampf auf dem Gelände des Parteibüros gab und Parteifunktionäre am Abend Reden hielten. Dazu spielten die rechtsextremistischen Musiker beziehungsweise Bands **„Ewige Eiche“**, **„Odessa“** und **„Thematik 25“**. Neben der Vernetzung der Mitglieder dient die Veranstaltung zunehmend als Anlaufstelle für Interessenten der Partei. Immerhin rund 200 Personen nahmen daran teil.

Den vom „Stützpunkt Sauerland-Süd“ betriebenen Telegram-Kanal nutzen die Rechtsextremisten, um ihre Veranstaltungen zu bewerben und über Rechtsstreitigkeiten, insbesondere zur Immobilie in Hilchenbach, in ihrem Sinne zu berichten. Wiederkehrend diffamieren sie dort den Hilchenbacher Bürgermeister. Insbesondere thematisieren sie fortwährend die Migrationsbiografie des Bürgermeisters in herabsetzender Weise. Darüber hinaus greifen die Rechtsextremisten auch tagespolitische Ereignisse auf, die sie aus einer rechtsextremistischen Sichtweise darstellen. Verstärkt nutzte Bender 2024 dazu ebenfalls Videos auf TikTok.

Die rechtsextremistische Partei versucht sich als „Kümmererpartei“ darzustellen, die die Interessen der in ihrem Sinne als „Deutsch“ definierten Menschen vertritt. Dazu greift sie politische Protestthemen auf, um gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu agitieren. In 2024 waren dies die so genannten „Bauernproteste“. **Der III. Weg** stellte dazu auf dem Balkon des Parteibüros in Hilchenbach einen Galgen auf, um symbolisch den verantwortlichen Politikern zu drohen. Auf dem Telegram-



Der III. Weg versucht die Proteste von Bauern zu instrumentalisieren

Kanal des Stützpunktes wird die Veröffentlichung des entsprechenden Bildes mit dem Aufruf verbunden, sich mit den Protesten zu solidarisieren.

Für den Kern der Anhängerschaft inszeniert sich die rechtsextremistische Partei durch entsprechende Events, bei denen die Teilnehmer zum Teil uniformähnliche Kleidung tragen, auch als paramilitärisch. So führte der „Stützpunkt Sauerland-Süd“ am 27. Januar 2024 eine Wanderung durch, bei der die Teilnehmer im Winter im Biwak im Freien übernachteten. Am 7. Dezember 2024 fand der so genannte „Hochsauerlandmarsch“ statt, der ähnlich einer militärischen Durchschlageübung querfeldein erfolgte. **Der III. Weg** möchte damit sein elitäres Selbstverständnis demonstrieren, wonach körperliche Fitness ein anzustrebendes Ideal darstellt, um für einen Kampf gegen vermeintliche Gegner gewappnet zu sein.

Zum wiederholten Mal führten die Rechtsextremisten ein revisionistisches Gedenken am Jahrestag der Bombardierung Olpes am 28. März 1945 durch. Dabei bemühte man sich, Täter-Opfer-Umkehr zu betreiben und das nationalsozialistische Deutschland im Zweiten Weltkrieg als Opfer der Alliierten darzustellen.

Stützpunkt Rheinland

Der „Stützpunkt Rheinland“ führte 2024 keine eigenen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen durch. Dessen Mitglieder nehmen aber regelmäßig an Parteiaktivitäten in Hilchenbach teil.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der „Stützpunkt Sauerland-Süd“ stellt in Nordrhein-Westfalen weiterhin das Zentrum der Parteiaktivitäten dar und ist bestrebt, seine Bedeutung durch öffentlichkeitswirksame Aktionen und provokante Veröffentlichungen zu steigern.

Mit der Kombination aus rechtsextremistischen Vorträgen und Musikveranstaltungen möchte man Jugendliche und junge Erwachsene ansprechen, was aber nur in geringem Maße gelingt. Ferner schafft es die Partei nicht, in der Mitte der Gesellschaft

anschlussfähig zu werden und ihren Einfluss auszubauen. Denn ihre Aktionen sind oftmals auf Provokation und Einschüchterung ausgerichtet. Zudeam schreckt die stellenweise paramilitärische Selbstinszenierung und Revolutionsrhetorik bürgerliche Menschen ab. **Der III. Weg** sieht sich als weitestgehend in der Tradition der Nationalsozialisten stehende elitäre Partei an. Entsprechend wird weiterhin keine Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen angestrebt.

Identitäre Bewegung Deutschland e.V. (IBD) und Nachfolgestrukturen



Sitz/Verbreitung	Ursprung in Frankreich; seit 2012 in Deutschland; Vereins-sitz in Paderborn
Gründung/Bestehen seit	Seit Mai 2014 ist die ursprünglich virtuelle Aktionsform als Identitäre Bewegung Deutschland e.V. (IBD) vereins-rechtlich registriert.
Struktur/ Repräsentanz	Kleinstgruppen auf regionaler Ebene, die vor Ort agie-ren und teilweise mit der Landesgruppe der IBD ver-bunden sind.
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2024	Aktivistenkreis: rund 20 ➔ aktionsorientierte Sympathisanten: rund 20 ➔
Veröffentlichungen	Es bestehen zentrale Profile auf Telegram als Kanäle zur di-rekten, zielgruppenorientierten Ansprache im öffentlichen Raum. Abgespaltene Kleinstgruppen sind unter eigenem Namen zusätzlich auf Instagram, Facebook und Twit-ter aktiv.
Kurzporträt/Ziele	Die IBD ist eine rechtsextremistische Jugendorganisation. In der Außenwirkung verfolgt sie die Strategie, gemäßigt zu wirken und sich sprachlich und symbolisch von NS-orientierten Rechtsextremisten abzugrenzen, um eine öffentliche Stigmatisierung zu vermeiden. Durch medien-gerecht inszenierte Aktionsformen an öffentlichen Orten mit anschließender Berichterstattung in den sozialen Me-dien möchte die IBD Reichweite erzeugen und neue Mit-glieder werben.

Ihre Zielgruppe setzt sich vorwiegend aus jungen Menschen zusammen. In den vergangenen Jahren hat die **IBD** einen Transformationsprozess eingeleitet, sodass von **IBD**-Prot-agonisten zahlreiche Kleinstgruppen und Projekte initiiert wurden, die unter neuem Erscheinungsbild aber mit glei-cher rechtsextremistischer Ideologie auftreten.

Finanzierung Mitgliedsbeiträge und Spenden sowie Merchandising

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die Ideologie der **IBD**, als Teil der rechtsextremistischen Strömung der Neuen Rechten richtet sich gegen die Menschenrechte und eine pluralistische Demokratie. Sowohl die rassistische Doktrin des Ethnopluralismus als auch der kollektivistische Grund-satz, das Individuum mit seinen Menschenrechten der Nation unterzuordnen, sind unvereinbar mit den Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Mit ihren öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten versucht die **IBD**, Einfluss auf die politische Öffentlichkeit zu nehmen und ihre rechtsextremistischen Positionen zu verbreiten. Die **IBD** unterliegt deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die **IBD** verfügt über eigene Präsenzen auf Telegram und X. Letzteres Profil wurde nach mehrjähriger Sperrung im März 2024 reaktiviert. Im Internet ist die **IBD** mit einer eigenen Webseite vertreten und der Blog „Aktionsmelder“ dient der Veröffentlichung und Verbreitung „identitärer“ Aktionen. Darüber hinaus verfügen die Regionalgruppen über eigene Präsenzen auf Instagram. Der Bezug zur **IBD** wird zumeist nicht direkt, sondern bei Szenekenntnis durch Verlinkungen und einschlägige Beiträge deutlich. Die Regionalgruppen sind ebenso realweltlich vernetzt: Anfang Juni veranstaltete die **IBD** ein Aktivistenwochenende zum zehnjährigen Bestehen in Sachsen. Daran nahmen Aktivisten aus der in Nordrhein-Westfalen aktiven Ortsgruppe **Westfalens Erben** sowie der aus der **IBD** hervorgegangenen Gruppierung **Revolte Rheinland** teil.

Der thematische Schwerpunkt der **IBD** ist die Forderung nach der Ausgrenzung und Ausweisung von Menschen mit Migrationsbiografie, die sie unter dem Slogan „Re-migration“ verbreitet. Dabei bezieht man sich auf den Vordenker der **IBD**, Martin

Sellner. Dieser hielt beim sogenannten Potsdamer-Treffen am 25. November 2023 laut Medienberichten einen Vortrag zu diesem Thema und veröffentlichte im rechts-extremistischen **Antaios Verlag** Anfang 2024 ein Buch mit diesem Titel.

Die **Revolte Rheinland**, die in NRW und RP aktiv ist, solidarisierte sich am 29. Juli 2024 mit Sellner und seinen fremdenfeindlichen Thesen. Dazu befestigte die Gruppierung ein Banner mit der Aufschrift „Remigration“ an einer Autobahnbrücke und verbreitete auf ihren Social-Media-Kanälen die entsprechenden Bilder. Im August führte die Gruppierung eine Aktion im typischen Stil der **IBD** durch, von der sie Bilder und ein Video über ihre Social-Media-Kanäle verbreitete: Mehrere Rechtsextremisten zündeten Pyrotechnik und entrollten ein Banner mit der Aufschrift „Protect our children! Remigration now“ in der Nähe des britischen Konsulats. Damit nahmen sie Bezug auf einen Mord an drei Kindern durch einen Jugendlichen in Großbritannien. Nach der Tat wurde in sozialen Netzwerken fälschlicherweise kolportiert, dass der Täter ein Islamist sei.

Im August und September 2024 versuchte die **Revolte Rheinland**, den mutmaßlich islamistischen Anschlag von Solingen vom 23. August 2024 für die Verbreitung eigener Botschaften zu instrumentalisieren. In Solingen brachte sie mehrere Plakate an Werbetafeln oder auf Stromkästen an. Die Aufmachung der Plakate erweckte auf den ersten Blick den Anschein, offizielle Plakate der Bundes- beziehungsweise Landesregierung Nordrhein-Westfalens zu sein. Das Plakatmotiv, das einem Ortseingangsschild nachempfunden war, trug die Aufschrift „Klingenscheid Solingen - Zentrum der Massenmigration“. Das Schild war symbolisch mit gedruckten Blutspritzern übersät und von zwei Messern flankiert. In einem Beitrag auf ihrem Telegram-Kanal schrieb die **Revolte Rheinland** zu der Aktion: „Wir fordern millionenfache Remigration um die Sicherheit auf unseren Straßen wiederherzustellen.“

Über ihre Social-Media-Kanäle gab die **Revolte Rheinland** am 20. November 2024 ihre Selbstauflösung bekannt. Einzelne Mitglieder sind aber weiterhin in Social-Media-Projekten rechtsextremistisch aktiv.

Eine weitere Nachfolgestruktur der **IBD** ist in Nordrhein-Westfalen **Lukreta**. Die Gruppierung, der ausschließlich Frauen angehören, versucht hauptsächlich durch realweltliche Veranstaltungen und virtuelle Aktionen die Themen sexuelle Gewalt gegen Frauen und Jugendschutz zu instrumentalisieren. Dabei werden Migranten pauschal als Gewalttäter stigmatisiert und queere Menschen als Gefahr für Kinder und Jugendliche dargestellt. Beispielsweise veröffentlichte **Lukreta** auf ihrem Instagram Kanal ein Bild mit dem Slogan „Remigration schützt Frauen“, den auch die **JA NRW** verwendet.



Europäischer Frauenkongress von Lukreta

der Identitären Bewegung Österreich am 21. Juli 2024 in Wien und posierten dabei vor einem Banner mit dem Text „The Kids want ‚Remigration‘“. Die Führungsperson nahm im Juli 2024 an einer Podiumsdiskussion des rechtsextremistischen **Antaios-Verlag** in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) teil.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Obgleich die **IBD** nicht an ihr Aktivitätsniveau der 2010er Jahre anzuknüpfen vermag, konnten im vergangenen Jahr doch regelmäßige Aktivitäten und Aktionen festgestellt werden. Die **IBD** agierte in Nordrhein-Westfalen durch ihre Regionalgruppe **Westfalens Erben** sowie die **IBD**-Nachfolgegruppierungen **Revolte Rheinland** und **Lukreta**. Sämtliche Gruppierungen sind in das Netzwerk der Neuen Rechten eingebunden.

Im März und Oktober 2024 veranstaltete Lukreta den dritten bzw. vierten „europäischen Frauenkongress“ im Großraum Köln.

Ferner vernetzt sich die Gruppierung mit anderen Akteuren aus der rechtsextremistischen Strömung der Neuen Rechten. So beteiligten sich Anhängerinnen von **Lukreta** an einer Versammlung

Neonazis

Sitz/Verbreitung	Landesweite Verbreitung mit regionalen Schwerpunkten
Gründung/Bestehen seit	1970er Jahre
Struktur/ Repräsentanz	Gruppierungen auf lokaler Ebene, die teilweise in vereins-ähnlichen, sogenannten Kameradschaften oder in Partei-strukturen organisiert sind; überregionale Vernetzung der Szene zur Koordinierung und Durchführung gemeinsamer Aktivitäten. Mit den Verboten der wichtigsten Kamerad-schaften hat in der Neonazi-Szene in Nordrhein-West-falen ein Wandel stattgefunden: Das rechtsextremistische Parteienspektrum stellt in Nordrhein-Westfalen nunmehr das Zentrum des Neonazismus dar.
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2024	circa 700 ➔
Veröffentlichungen	Internetpräsenzen von Einzelpersonen und Personen-zusammenschlüssen.
Kurzporträt/Ziele	Der Neonazismus stellt sich in die ideologische Tradi-tion des historischen Nationalsozialismus. Die Anhänger organisieren sich regional in Kleingruppen, sogenannten Kameradschaften. Diese werden oftmals von einer Person nach dem Führerprinzip geleitet. Die Szene ist überregional vernetzt und findet sich bei Veranstaltungen wie Demon-strationen, Rechtsrock-Konzerten oder rechtsextremistischen Kampfsportevents zusammen.

Die Mehrzahl der **Neonazis** ist in Nordrhein-Westfalen in den Parteien **Die Rechte** bzw. **Die Heimat** und **Der III. Weg** organisiert. Der Rest der Szene in Nordrhein-Westfalen besteht aus kleineren, nur lose organisierten Gruppierun-gen und Einzelpersonen, die sich gelegentlich an Ver-anstaltungen der Partei **Die Heimat** beteiligen.

Finanzierung Beiträge der Anhänger

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die **Neonazi-Szene** ist durch ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus sowie durch ihre Gewaltbereitschaft gekennzeichnet. Ideologische Grundlage ist ein rassis-tisches Menschenbild und die Vorstellung einer antipluralistischen Gesellschaft sowie eines autoritären Staates. Vermeintlich Fremde und auch politische Gegner gelten als Feinde, denen ein geringeres beziehungsweise gar kein Existenzrecht zuerkannt wird. Damit wird Gewalt gegen „Feinde“ legitimiert. Die Szene der **Neonazis** unterliegt des-halb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

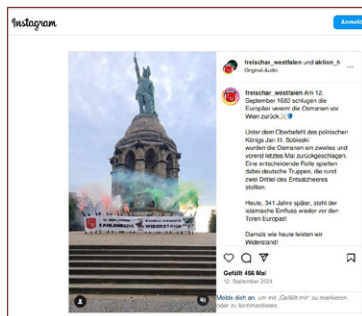
Klassische Kameradschaften

Die **Volksgemeinschaft Niederrhein (VGN)** knüpft mit dem Begriff Volksgemein-schaft in ihrem Namen an die gesellschaftspolitische Ideologie im Dritten Reich an, die eine ethnisch und politisch homogene Gemeinschaft befürwortete, in der die Rechte des Einzelnen nichts galten. Die Gruppierung bildete sich 2017 in Kamp-Lintfort. Trotz ihrer Ankündigung, im Jahr 2024 wieder vermehrte Aktionen durchzuführen und im Laufe des Jahres ein „Mega-Ereignis“ zu starten, fand lediglich im Herbst 2024 eine Feier mit Musikbeiträgen im benachbarten Ausland statt. Die **VGN** verliert somit weiter an Bedeutung für die neonazistische Szene in Nordrhein-Westfalen.

Junge Nationalisten (JN) nahe Gruppierungen

Die seit 2023 im Raum Bonn/ Westerwald aktive **Rheinlandbande** arbeitet intensiv mit dem **Freundeskreis Westerwald** zusammen. Im Mai 2024 veröffentlichten sie ein Video, in dem die beiden Gruppierungen gemeinsam den Slogan „Remigration“ zur

Melodie des Liedes „L'Amour Toujours“ skandierten. Dazu wurde folgender Text veröffentlicht: „Wir freuen uns auf den Rechtsruck im Land und bieten uns jetzt schon an als freiwillige Abschiebehelfer von kriminell gewordenen und ausreisepflichtigen Ausländern an. [...] In diesem Sinne #remigration jetzt!“ Ebenso ist die **Rheinlandbande** in



Aktion Hermannsland und Freischar Westfalen führen eine Pyro-Aktion durch, um islamfeindliche Propaganda zu verbreiten

die **JN** eingebunden. Anfang September 2024 organisierten sie gemeinsam das Bundeslager der **JN** im Rheinland. Die JN-Bundesführung schrieb dazu: „Unsere Treffen dienen dabei als Vernetzungsmöglichkeit für junge Idealisten über Stützpunkt- und Bundesländergrenzen hinweg. Wir bedanken uns bei unseren Jungs der @Rheinlandbande für die gemeinsame Organisation.“

Die im Raum OWL ansässige **Aktion Hermannsland** wird von einem Rechtsextremisten angeführt, der zuvor langjährig in den **JN** aktiv war. Um Gemeinschaftserlebnisse zu fördern, setzt man auf Outdooraktivitäten wie z.B. Wan-

dern. Gemeinsam mit der **Freischar Westfalen** inszenierte die Gruppe sich vor dem Hermannsdenkmal mit Pyrotechnik und einem Banner.

Auf dem Instagram-Kanal der **Freischar Westfalen** wird die muslimfeindliche Intention beschrieben: „Am 12. September 1683 schlugen die Europäer vereint die Osmanen vor Wien zurück. [...] Heute, 341 Jahre später, steht der islamische Einfluss wieder vor den Toren Europas! Damals wie heute leisten wir Widerstand!“

Mitte des Jahres 2024 gründete sich die Gruppierung **Aachen Inferno**. Auch hier gibt es Bezüge zur **JN**. Einige Angehörige der Gruppierung beteiligten sich an einer rechtsextremistischen Versammlung am 14. September 2024 in Dortmund, mit der sie gegen den CSD protestierten.

Neue Gruppierungen

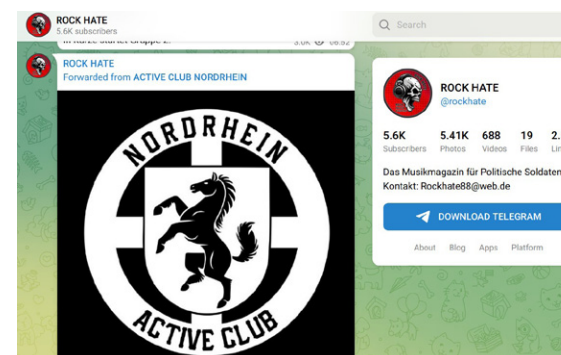
Im Laufe des Jahres 2024 gründeten sich mehrere neonazistisch geprägte Gruppierungen im Internet. Diejenigen mit Relevanz waren: **Jung & Stark**, **Deutsche Jugend voran** und **Der Störtrupp**. Vor allem CSD-Veranstaltungen waren für diese Gruppierungen der Anlass, auch realweltlich aktiv zu werden und zu versuchen, die Veranstaltungen zu stören oder Gegenveranstaltungen durchzuführen. An diesen Grup-

pierungen beteiligten sich vor allem junge Männer. Auffallend war der aggressive und gewaltbefürwortende Diskurs in deren Kanälen.

Active Clubs

Seit 2024 ist die Gründung sogenannter „Active Clubs“ (AC) in Deutschland zu beobachten, wie bereits seit 2021 in verschiedenen Ländern, insbesondere in den USA. Insgesamt umfasst das AC-Netzwerk weltweit mehr als 100 Gruppierungen in über 20 Ländern. In Deutschland dient als zentrale Anlaufstelle und Kommunikationsplattform der **Active Club Germania** bzw. dessen Telegram-Kanal, der durch einen langjährigen Angehörigen der deutschen **Neonaziszene** betreut wird. Ziel ist die Etablierung eines dezentralen Netzwerks aus unabhängig voneinander agierenden „Clubs“.

Diese „Clubs“ sollen ihren Mitgliedern einerseits eine attraktive Freizeitgestaltung (z. B. Kampfsport, Wandern, Fußballspielen) unter Gleichgesinnten bieten. Durch diese positiven gemeinsamen Erlebnisse sollen die AC-Mitglieder langfristig in die rechtsextremistische Szene integriert werden. Gleichzeitig sollen die „Clubs“ politisch aktiv sein und möglichst öffentlichkeitswirksame Aktionen durchführen. Hierzu zählt insbesondere auch das Betreiben von Social-Media-Präsenzen zum Verbreiten ihrer Propaganda. Ein „Active Club“ kann hierbei gruppierungsübergreifend besetzt sein, beispielsweise durch Angehörige verschiedener rechtsextremistischer Parteien und Organisationen. Den Gruppenmitgliedern soll letztlich nur ein möglichst niedrigschwelliger rechtsextremistischer Grundkonsens abverlangt werden. Im Vordergrund sollen vielmehr gemeinschaftsstiftende Aktivitäten stehen, welche wiederum die Basis für die folgenden politischen Aktionen darstellen sollen.



Logo des Active Club Nordrhein

Bislang haben sich in Nordrhein-Westfalen drei ACs gegründet: **AC Niederrhein**, **AC Nordrhein** und **AC Ostwestfalen**. Gemäß dem Konzept verbreiten die nordrhein-westfälischen ACs politische Propaganda über ihre jeweiligen Telegram-Kanäle.

Zudem berichten sie über durchgeführte Wanderungen und Kraftsporttraining. Des Weiteren dokumentieren die „Clubs“ dort Sticker-Aktionen oder Teilnahmen an rechtsextremistischen Versammlungen, wie etwa einer Kundgebung der **Neonaziszene** am 25. Oktober 2024 in Dortmund.

Kampfsport



Ankündigung der rechtsextremistischen Kampfsportveranstaltung Day of Glory

Die vom Dortmunder **Neonazi** Alexander Deptolla organisierte rechtsextremistische Kampfsportveranstaltung **Kampf der Nibelungen (KDN)** avancierte bis Ende der 2010er Jahre zum wichtigsten Szene-Event. Neben der Unterhaltung und dem sportlichen Aspekt, vermittelte die Veranstaltung ideologisch die Notwendigkeit zur eigenen körperlichen Ertüchtigung, um wehrhaft im Kampf gegen den politischen Gegner zu sein. Nachdem der **KDN** in den vergangenen Jahren von den Sicherheitsbehörden weitgehend unterbunden wurde, verlagerten die **Neonazis** ihre Aktivitäten ins Ausland.

So nahmen am 15. Juni 2024 zahlreiche Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland an dem internationalen, rechtsextremistischen Kampfsportturnier „Day of Glory“ in einer Scheune im französischen Dorf Combres-sous-les-Côtes bei Verdun teil. Die Veranstaltung wurde von erfahrenen Orga-

nisatoren der Szene professionell organisiert und fand in der europäischen rechtsextremistischen Kampfsportszene großen Anklang. Mehrere Mitglieder der **Heimat Dortmund** reisten nach Frankreich. Die **Heimatjugend Dortmund** stellte sogar einen Kämpfer. Das Event zog Mitglieder zahlreicher extremistischer Organisationen wie beispielsweise **Der III. Weg**, **Hammerskins** und „Pride France“ aus dem In- und Ausland an.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Während ältere **Neonazis** entweder in den Parteien **Der III. Weg** oder **Die Heimat** aktiv sind, gibt es in den vergangenen Jahren vermehrt Szenenachwuchs. Dieser weist oftmals Bezüge zur **JN** auf. Darüber hinaus spielen zunehmend neonazistische Gruppierungen eine Rolle, die im Internet entstehen, aber auch realweltlich agieren und sich mit anderen **Neonazis** vernetzen. Das Organisationsnetzwerk der Szene wird insofern fluider.

Inwieweit sich das Konzept der dezentralen „**Active Clubs**“ in Deutschland etablieren wird, ist derzeit nur bedingt prognostizierbar. Zumindest in ihrer optischen Darstellung und ihren Betätigungsfeldern entsprechen die ACs den aktuellen Trends innerhalb des Rechtsextremismus (Gesundheit, Fitness, Kraft-/Kampfsport).

Die Kampfsportveranstaltungen der **Neonazi-Szene** werden weiterhin ins Ausland verlagert, damit deutsche Behörden diese nicht verhindern können. Zugleich findet rechtsextremistischer Kampfsport Anklang bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Kampfsport stellt zunehmend ein integratives Element für die rechtsextremistische Szene dar und dient der Rekrutierung junger Männer.

Subkulturell geprägter Rechtsextremismus

Sitz/Verbreitung	Landesweite Verteilung mit regionalen Schwerpunkten
Gründung/Bestehen seit	Ende der 1960er Jahre in Großbritannien, seit circa Ende der 1970er Jahre in anderen europäischen Staaten
Struktur/ Repräsentanz	In der Regel keine festen Strukturen, eine Ausnahme bilden die Brothers of Honour mit einem festen hierarchischen Aufbau.
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2024	circa 1.150 ➔
Veröffentlichungen	Print-Publikationen, Soziale Medien, CDs und Streaming-Angebote und Online-Shops
Kurzporträt/Ziele	Der subkulturell geprägte Rechtsextremismus definiert sich hauptsächlich über eine spezifische Musik und den damit zusammenhängenden Lebensstil. Ziel ist es, eine rechtsextremistische Erlebniswelt mit gemeinsamen Freizeitaktivitäten wie Musikveranstaltungen zu schaffen. Subkulturell geprägte Rechtsextremisten vertreten rassistische, fremdenfeindliche, nationalistische und antisemitische Positionen. Zudem befürworten sie rassistische Gewalt. Rechtsextremistische Skinheads bilden immer noch die wichtigste Subkultur im Rechtsextremismus.

Äußerlichkeiten wie Dresscode oder Haarschnitt lassen heutzutage allerdings kaum noch eine eindeutige Zuordnung zur **rechtsextremistischen Skinhead-Szene** zu. Einerseits gibt es weitgehend unpolitische Jugendliche, die ein vermeintlich Skinhead-typisches Aussehen zeigen, ohne dem rechtsextremistischen Teil der Szene anzugehören. Andererseits verlieren die altbekannten Erscheinungsbilder seit einigen Jahren immer mehr an Bedeutung. Insbesondere für den rechtsextremistischen Teil der **Skinhead-Szene** ist es im Alltag einfacher, nicht durch offensichtliches Tragen von einschlägig bekannten Zeichen oder Haarschnitten eine politische Zuordnung zu ermöglichen.

Finanzierung	Verkäufe von CDs und Merchandise-Artikeln, Organisation und Durchführung von Musikveranstaltungen
--------------	---

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten vertreten rassistische, fremdenfeindliche, nationalistische und antisemitische Positionen gepaart mit einem hohen Gewaltpotenzial. Musik spielt hier eine herausragende Rolle bei der Selbstvergewisserung, Politisierung und Rekrutierung der Szene. Bands, CDs und Konzerten gilt deshalb ein besonderes Interesse. Oftmals gehen gerade rechtsextremistische Musikveranstaltungen mit menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Liedtexten sowie gelegentlich mit offenen Bekenntnissen zum Nationalsozialismus, etwa dem Zeigen des Hitler-Grußes, einher. Der **subkulturell geprägte Rechtsextremismus** unterliegt deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Gruppierungen

Blood and Honour (B&H) und **Hammerskins** sind die wichtigsten international tätigen rechtsextremistischen Skinhead-Organisationen, die Konzerte veranstalten. In Deutschland wurde bereits im September 2000 die **Blood and Honour-Division Deutschland** verboten. In anderen Ländern ist **B&H** eng mit **Combat 18 (C18)** ver-

bunden. Die deutsche **C18**-Gruppierung wurde 2020 vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat verboten. Die deutsche Sektion der **Hammerskins** ist seit 2023 verboten.

Eine weitere Gruppierung sind die **Brothers of Honour**. Deren Führungsperson ist zugleich Sänger der rechtsextremistischen Band **Oidoxie**. Eine weitere Führungsperson stammt ebenfalls aus Nordrhein-Westfalen. Die meisten Mitglieder der deutschlandweit aktiven Gruppierung sind seit vielen Jahren im **subkulturellen Rechts-extremismus** aktiv. Die **Brothers of Honour** veranstalten eigene rechtsextremistische Musikveranstaltungen und besuchten in Deutschland sowie in anderen Ländern rechtsextremistische Konzerte. Nach dem Verbot der Hammerskins im Jahr 2023 lösten sich einige rechtsextremistische Gruppierungen auf, unter anderem auch die **Brothers of Honour**. Diese teils vorgeblichen Auflösungen sollen nach außen hin die Gruppenmitglieder vor staatlichen Maßnahmen schützen.

Weiterhin sind die **Mindener Jungs** als regionale subkulturelle Gruppierung seit vielen Jahren aktiv. Bei den Mitgliedern handelt es sich überwiegend um langjährige Szeneangehörige. Diese unterhalten auch Kontakte zu den **Brothers of Honour**. Ihr Schwerpunkt liegt auf der Vernetzung untereinander und dem Ausrichten von rechtsextremistischen Musikveranstaltungen.

Bands und Konzerte

Mit der im Jahr 2021 erstmals erschienen rechtsextremistischen Musikzeitschrift **Rock Hate**, die in Nordrhein-Westfalen herausgegeben wird, hat die Szene ein Medium zur Information, Werbung und internen Diskussion. Inzwischen sind sieben Ausgaben des Magazins erschienen. Darüber hinaus betreibt **Rock Hate** einen Telegram-Kanal und einen Podcast. Im Telegram-Kanal werden aktuelle CD-Veröffentlichungen rechtsextremistischer Bands und Inhalte anderer rechtsextremistischer Gruppierungen geteilt und beworben.

Überregional bekannt in der Szene sind aus Nordrhein-Westfalen unter anderem die Bands **Oidoxie**, **Sleipnir**, **Sturmwehr** und **Smart Violence**, die allesamt seit mehreren Jahren aktiv sind. Letztere trat im vergangenen Jahr anlässlich eines rechtsextremistischen Rechtsrockkonzerts mit mehreren Bands an zwei aufeinanderfolgenden Tagen in Japan auf.

Konzerte sind ein wichtiges Element der Erlebniswelt Rechtsextremismus, in der politische Agitation, Freizeitaktivitäten und Unterhaltung verbunden werden, um ins-

besondere Jugendliche und junge Erwachsene anzusprechen. Die Attraktivität der Veranstaltungen macht neben der Musik das Treffen Gleichgesinnter, der Konsum von Alkohol und das Zeigen rechtsextremistischer Symbolik sowie Slogans aus. Im Unterschied zu den vorwiegend rocklastigen, größeren Konzerten dienen Balladen- oder Liederabende dazu, einen eher kleineren Teilnehmerkreis anzusprechen. Dabei spielt meistens ein Sänger mit Gitarre überwiegend ruhige Stücke. Derartige Veranstaltungen werden oftmals von Parteiverbänden oder Freien Kameradschaften mit dem Ziel organisiert, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken.

Im Jahr 2024 fanden in Nordrhein-Westfalen wieder vermehrt Konzerte oder anderweitige Musikveranstaltungen statt. Dies umfasste fünf Konzerte, 14 Lieder- beziehungsweise Balladenabende und zehn sonstige rechtsextremistische Veranstaltungen mit Livemusik. Zu den sonstigen Veranstaltungen zählen zum Beispiel parteiinterne Feste oder Geburtstagsfeiern, bei denen Musik Teil der Veranstaltung ist. Zu letzterem zählt die Veranstaltung „Für Versammlungs-, Meinungs- und Kunst-

freiheit“ der Partei **Der III. Weg** mit rund 40 Teilnehmern am 9. November 2024. Dort traten die Rechtsrapper **Azatro**, **Kavalier**, **Makss Damage** und **Proto** auf. Das zuvor für den 4. Oktober 2024 geplante Konzert der Rechtsrapper **Kavalier** und **Proto** war behördlich verboten worden. Die beiden letztgenannten waren im Mai 2024 bereits in Krefeld vor rund 50 Besuchern aufgetreten.



Auftritt von Azatro (links) und Proto (rechts) beim III. Weg in Hilchenbach

Die genannten Musiker zählten allesamt zum Rechtsrap-Label **Neuer Deutscher Standard (NDS)**. Der in OWL lebende **Azatro** verkündete im Dezember, dass er das Label verlassen habe. Dies hätte „persönliche, musikalische wie auch geschäftliche Gründe. [...] Das Label hat mir zum Abschied gewünscht, in der Versenkung zu verschwinden.“



Der rechtsextremistische Musiker LuniKoff (Mitte) in Dortmund mit den rechtsextremistischen Führungspersonen Sascha Krolzig (links) und Sven Skoda (rechts)

Die meisten rechtsextremistischen Musikveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen fanden 2024 in der Parteizentrale der Partei **Die Heimat Dortmund** statt. Es traten unter anderem **Sleipnir, Barny, LuniKoff, Hoffnungsträger** und **Kavalier** auf.

Die Anzahl der festgestellten Musikveranstaltungen von 28 war im Vergleich zum Vorjahr mit 23 leicht erhöht. Soweit bekannt, nahmen maximal 100 Personen an den jeweiligen Veranstaltungen teil.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Rechtsextremistische Musik ist zum einen ein Ausdrucksmittel einer Subkultur, die sich für Menschenverachtung und Demokratiefeindschaft ausspricht. Zum anderen ist sie ein effektives Mittel rechtsextremistischer Strategien, ihre Propaganda Jugendlichen und jungen Erwachsenen nahezubringen. Zudem handelt es sich bei rechtsextremistischer Musik um ein kommerzielles Geschäft, an dem Bands, Konzertveranstalter und Vertriebe verdienen.

Mit der Modernisierung der Erscheinungsformen des Rechtsextremismus hat sich auch deren Musik gewandelt. Die Vielfalt an Musikstilen hat zugenommen; das Spektrum reicht von ruhigeren Balladen über (Hard-)Rock/Metal bis hin zu nationaler Rapmusik. Durch die digitale Revolution der letzten 20 Jahre haben sich die Vertriebsbedingungen für rechtsextremistische Musik enorm verbessert. Die Anzahl der Musikveranstaltungen ist in den letzten beiden Jahren nach der Corona-Pandemie auf einem ähnlich hohen Niveau geblieben. An die sehr hohen Zahlen der Zeit vor 2020 anknüpfen konnte die Szene bislang nicht mehr, was unter anderem daran liegt, dass sie in Nordrhein-Westfalen weiterhin Schwierigkeiten hat, Veranstaltungsortlichkeiten zu finden.

Rechtsextremistische Zeitschriften

Im Rechtsextremismus dienen Zeitschriften als Meinungs- und Informationssystem. Die Szene braucht sie, um gemeinsam aktions- und strategiefähig zu bleiben. Zudem schaffen sie die Möglichkeit der ideologischen Selbstvergewisserung. Diese Funktionen sind umso wichtiger, je mehr sich der Rechtsextremismus ausdifferenziert und von informellen Strukturen geprägt ist.

Auch wenn Webseiten und vor allem die sozialen Medien den Printmedien weitgehend den Rang abgelaufen haben, ist es auffallend, dass Rechtsextremisten aus NRW seit 2016 mit dem Magazin **N.S. Heute** ein neueres Ideologieorgan und 2021 die rechtsextremistische Musikzeitschrift **Rock Hate** gründeten. Weiterhin stammt die rechtsextremistische Zeitschrift **Unabhängige Nachrichten** ebenfalls aus NRW und findet aufgrund ihrer jahrzehntelangen Geschichte Beachtung in der rechtsextremistischen Szene.

N.S. Heute

Die rechtsextremistische Zeitschrift **N.S. Heute (Nationaler Sozialismus Heute)** erscheint ungefähr im zweimonatlichen Rhythmus. Laut ihrer Webseite hat sie folgendes Selbstverständnis: „Unser Name ist Programm!“ Als Autoren und Interviewpartner werden immer wieder Rechtsextremisten aus verschiedenen Organisationen und Szenen gewonnen. Die Finanzierung der Zeitschrift, die in einer Auflagenhöhe von rund 1.300 Exemplaren erscheint, erfolgt vor allem über Abonnements.

In Ausgabe Nr. 40, die im Frühjahr erschien, war die Fußball-Europameisterschaft 2024 in Deutschland das Titelthema. Unter dem Titel „Das Ende des Regenbogens. EURO 2024 zum Desaster machen!“ stellt der Herausgeber Sascha Krolzig im Hauptartikel Überlegungen an, wie Rechtsextremisten das Großereignis für eigene Propagandaaktionen nutzen können. Der Artikel schließt mit folgendem Appell „[...] das ist alles wie geschaffen für uns, den Herrschenden gehörig in die Suppe zu spucken, die Propaganda-Show des Regimes zu einem Desaster werden zu lassen und für die Opposition (meta-)politische Erfolge einzufahren.“ Weitere Titelthemen im Jahr 2024 waren unter anderem „Nationalismus und Religion“ sowie „Nationalismus und Weiblichkeit“, wobei der Herausgeber versucht, verschiedenen Positionen in der Szene ein Forum zu geben.

Der herausgebende **Sturmzeichen Verlag** hat neben der Zeitschrift in den vergangenen Jahren sein Angebot um die Herausgabe von Szeneliteratur erweitert. Dazu zählt beispielsweise das 2024 erschienene Buch „Kampf um Dortmund“ des viele Jahre in Dortmund aktiven Neonazis Michael Brück, der inzwischen nach Sachsen verzogen ist. Der Autor berichtet darin über die rechtsextremistische Szene in Dortmund in den vergangenen vier Jahrzehnten und versucht, dieses, als cool und rebellisch darzustellen, während Gewalttaten und interne Streitigkeiten verharmlost werden.

Rock Hate

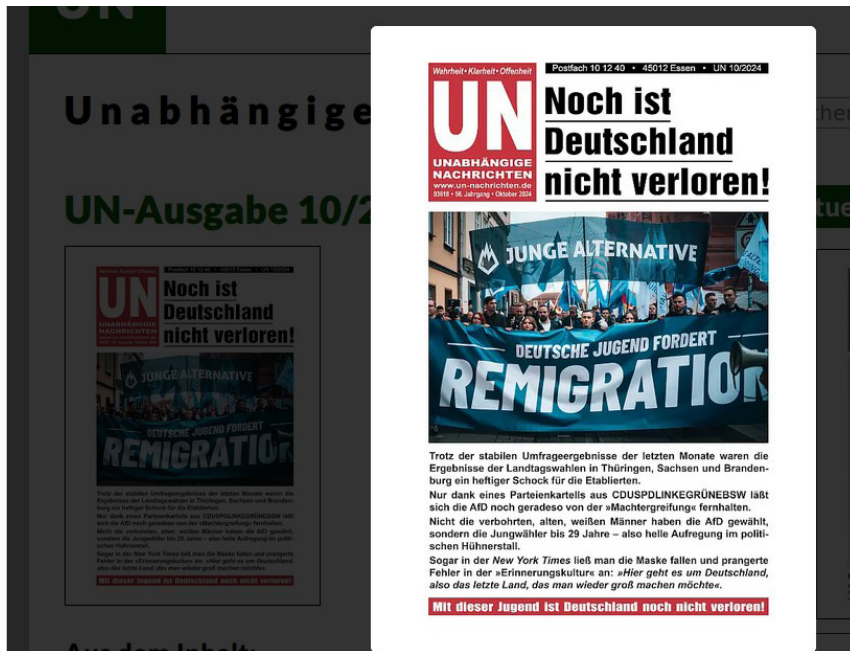
Das rechtsextremistische Musikmagazin **Rock Hate** aus NRW erscheint seit April 2021 und ist auf semi-professionellem Niveau gestaltet. Das Magazin versteht sich als „Stützpunkt der nationalistischen Gegenkultur“. Interviews dominieren die Zeitschrift. Neben rechtsextremistischen Musikern werden auch rechtsextremistische Führungspersonen interviewt. Ferner werden neue rechtsextremistische Musik-CDs vorgestellt. 2024 wurde zum Ende des Jahres die achte Ausgabe angekündigt. Ansonsten erschien 2024 kein Heft. Allerdings war **Rock Hate** auf seinem Telegram-Kanal kontinuierlich aktiv, griff tagesaktuelle Themen auf und verbreitete Postings von anderen rechtsextremistischen Telegram-Kanälen. Insbesondere nutzen die Herausgeber den Kanal, um mit ihren Nutzern zu interagieren und beispielsweise das Album des Jahres wählen zu lassen. Zunehmend nutzen sie auch Podcasts, um Gespräche mit Rechtsextremisten zu veröffentlichen.

Unabhängige Nachrichten

Seit 1969 erscheint bundesweit die Monatszeitschrift **Unabhängige Nachrichten (UN)**, die vom **Oberhausener Freundeskreis UN e.V.** herausgegeben wird. Dass die deutsche Presselandschaft gleichgeschaltet sei und einseitig berichte, unterstellen die Herausgeber. Die **UN** versuchen, rechtsextremistischen Positionen Öffentlichkeit zu verschaffen, wobei Reichweite und Öffentlichkeitswirksamkeit aufgrund des multimedial zielgruppenorientierteren Angebotes alternativer rechtsextremistischer Plattformen begrenzt sind. Im Stil und Layout des Boulevard werden in Kurzarbeitern aktuelle Themen aufgegriffen und aus rechtsextremistischer Sichtweise dargestellt und kommentiert.

Den zunehmenden rechtsextremistischen Nachwuchs begrüßt die **UN** in der Ausgabe Nr. 10. Auf dem Titelblatt ist ein Foto von einer Demonstration der **Jungen Alternative** abgebildet, auf der diese ein Banner mit dem Text „Deutsche Jugend fordert Remigration“ zeigt. Im dazugehörigen Artikel geht die **UN** darauf ein, dass bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen vor allem junge Wähler die dorti-

gen rechtsextremistischen AfD-Landesverbände gewählt haben. Die **UN** kommentiert dies mit den Worten: „Mit dieser Jugend ist Deutschland noch nicht verloren!“



Titelblatt der UN greift die Remigrationskampagne der JA auf

In der Ausgabe 9 greift die **UN** den Anschlag in Solingen auf. Ein Artikel beginnt mit dem Anschlag, um dann auf ein Treffen einer muslimischen Glaubensgemeinschaft in einer anderen Stadt einzugehen. Der Autor insinuiert dabei, dass alle Muslime potenzielle Attentäter seien. So heißt es in dem Artikel: „Größere ‚Sicherheitsbedenken‘ seitens der Behörden gab es nicht – wer sollte auch schon einen Anschlag verüben?“

Rechtsterrorismus

Im Jahr 2024 blieb die Bekämpfung des Rechtsterrorismus eine zentrale Aufgabe der Sicherheitsbehörden. Verfassungsschutzbehörden verstehen unter Rechtsterrorismus den nachhaltig geführten Kampf für politische Ziele. Diese sollen mithilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer durchgesetzt werden, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 StGB genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen. In den vergangenen Jahren verbreiteten Rechtsextremisten anlässlich verschiedener gesellschaftlicher und politischer Krisen fortwährend Widerstands- und Bürgerkriegsrhetorik und trugen damit zu einer Radikalisierung von einem Teil der Szene bei, was sich auch in der Planung und Ausführung von schweren Gewalttaten niederschlug.

Anschläge und schwere Straftaten

Im Juli 2022 wurde ein Sprengstoffanschlag auf das Büro der Partei Die Linke in Oberhausen verübt, bei dem die Täter nachts an der Eingangstür eine Sprengvorrichtung zündeten und dabei das Parteibüro sowie ein Nachbargebäude erheblich beschädigten. Im Februar 2024 nahm die Polizei zwei Oberhausener fest und durchsuchte deren Wohnungen. Dort wurden unter anderem rechtsextremistische Devotionalien und Anleitungen zum Bau von Sprengvorrichtungen gefunden. Die Ermittlungen ergaben ferner, dass die Rechtsextremisten bereits 2020 zwei Sprengversuche unternommen hatten. Das Landgericht Düsseldorf verurteilte den Haupttäter im August 2024 zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und vier Monaten wegen der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion mit Sachschaden und die Mittäterin zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und vier Monaten. Das Gericht wies dabei auf die rechtsextremistische Motivation der Täter hin. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Ein Rechtsextremist aus Mönchengladbach war von der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf angeklagt worden, gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen und eine staatsgefährdende Straftat geplant zu haben. Er hatte Mitte 2022 angekündigt, Migranten und Polizisten erschießen zu wollen. Bei einer Durchsuchung der Wohnung fand die Polizei zahlreiche Schusswaffen, darunter auch selbstgebaute. Seine Radikalisierung fand im Laufe der Corona-Pandemie statt. Das Landgericht Düsseldorf sah es nicht als bewiesen an, dass der Angeklagte seine Anschlagsplanung umsetzen wollte und verurteilte ihn im November 2024 deshalb ausschließlich wegen des Ver-

stoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz zu einer 22-monatigen Haftstrafe auf Bewährung.

Terrorismus

Die Sicherheitsbehörden orientieren sich bei der Verwendung des Begriffs „Terrorismus“ am Straftatbestand der Bildung einer terroristischen Vereinigung gemäß Paragraph 129a Strafgesetzbuch.

Der Generalbundesanwalt wirft der Gruppierung **Vereinte Patrioten**, die auch als **Kaiserreichsgruppe** bezeichnet wird, vor, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben. Im Mai 2023 begann der Strafprozess vor dem Oberlandesgericht Koblenz gegen die fünf mutmaßlichen Rädelsführer. Während die ideologische Führungsperson der **Reichsbürgerszene** zuzurechnen ist, stammen die anderen Beschuldigten weitgehend aus dem Phänomenbereich **Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates**. Die Gruppierung plante, Einrichtungen der Stromversorgung zu zerstören, den Bundesminister für Gesundheit zu entführen und eine neue Verfassung nach dem Vorbild des deutschen Kaiserreichs einzuführen. Die Ermittlungen führten zu weiteren Verdächtigen. Einer davon stammte aus Nordrhein-Westfalen, der sich in der **Delegitimierer-Szene** radikalisiert hatte. Das Strafverfahren gegen diesen fand vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf statt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten am 14. August 2024 wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung sowie Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 10 Monaten. Er hatte sich aktiv an der Planung zum Anschlag auf das Stromnetzwerk beteiligt.

Im Dezember 2022 wurden Exekutivmaßnahmen gegen die **Reichsbürger-Gruppierung um Heinrich XIII Prinz R.** durchgeführt. Die Gruppierung hatte einen Staatsstreich beabsichtigt. Das Vorhaben sollte mit dem Einsatz militärischer Mittel und Gewalt gegen staatliche Repräsentanten verwirklicht werden. Hierzu zählte auch die Begehung von Tötungsdelikten. Der Strafvorwurf lautet „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ (Paragraph 83 Strafgesetzbuch) und „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ (Paragraph 129a Strafgesetzbuch). Gegen 26 Beschuldigte begannen ab Frühjahr 2024 die Strafprozesse vor den Oberlandesgerichten Frankfurt am Main, Stuttgart und München. Es ist zu erwarten, dass weitere Anklagen gegen die bisher noch nicht angeklagten Beschuldigten erfolgen werden. Zu den Beschuldigten zählt auch eine Polizistin aus Nordrhein-Westfalen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die begangenen oder geplanten schweren Straftaten verdeutlichen die Gefahr rechtsterroristischer Potenziale. Dabei hat sich die Bandbreite der Tätertypen vergrößert. Rechtsterroristische Ansätze lassen sich immer weniger einem bestimmten rechtsextremistischen Akteur oder einer Szene zuordnen. Ein Teil der identifizierten Tatverdächtigen ist zuvor kaum oder überhaupt nicht durch rechtsextremistische Aktivitäten und Straftaten aufgefallen. Fremdenfeindlichkeit bleibt zwar für schwere Straftaten bis hin zum Rechtsterrorismus das wichtigste Tatmotiv, allerdings verfügen die Täter eher selten über ein gefestigtes umfassendes rechtsextremistisches Weltbild. Stattdessen dominieren diffuse Feindbilder, die die Täter mithilfe von rechtsextremistischen Online-diskursen individuell entwickeln und dabei verschiedene Diskursstränge kombinieren.

Das Zusammenwirken von Rechtsextremisten, **Reichsbürgern** und **Delegitimierern** in terroristischen Gruppierungen zeigt, dass sich Teile der verschiedenen extremistischen Szenen gleichermaßen im Widerstand sehen und deshalb schwere Gewalttaten als notwendig und gerechtfertigt erachten. Zumindest in diesen terroristischen Gruppen verlieren die ideologischen Differenzen an Bedeutung.

Wie die Fälle der **Reichsbürger-Gruppierung um Heinrich XIII Prinz R.** und der **Kaiserreichsgruppe** zeigen, ist nicht auszuschließen, dass auch in Nordrhein-Westfalen extremistische Akteure schwerste Straftaten planen. Deswegen bleibt der Verfassungsschutz in dieser Hinsicht besonders wachsam und arbeitet eng mit anderen Sicherheitsbehörden zusammen.

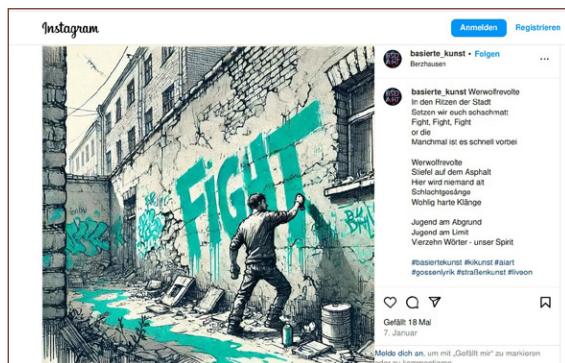
Rechtsextremismus im Internet

Der virtuelle Raum mit seinen vielfältigen Möglichkeiten steht im Zentrum der rechtsextremistischen Propaganda und des gegenseitigen Austauschs. Seine Nutzung hat die rechtsextremistische Szene in den vergangenen Jahren erheblich verändert. Durch immer neue Plattformen und Funktionen ist die Entwicklung äußerst dynamisch.

KI: ein Upgrade für die rechtsextremistische Propaganda

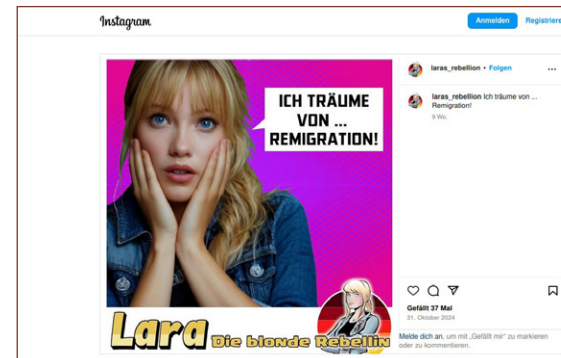
Die rechtsextremistische Szene hat das Potenzial und den Nutzen von KI umgehend erkannt. Zahlreiche rechtsextremistische Telegram-Kanäle nutzen bereits KI-basierte Bilderstellungstools, um ihre Propaganda mit Bildern visuell ansprechender zu gestalten und damit einen größeren Adressatenkreis zu erreichen. Beliebt sind vor allem die KI-Bilder von den rechtsextremistischen Bildproduzenten „Wilhelm Kachel“ und „Basierte Kunst“, die jeweils einen eigenen Stil entwickelt haben. Weiterhin nutzen

Rechtsextremisten KI, um bekannte rechtsextremistische Songs mit entsprechenden Programmen neu zu vertonen. Diese werden dann in geschlossenen Gruppen verbreitet oder dazu verwendet, um kurze Videos (TikToks, Shorts, Reels, etc.) mit dieser Musik zu unterlegen.



Rechtsextremistische Gewaltverherrlichung mit KI

Eine Weiterentwicklung der KI-Nutzung stellt das im Oktober 2024 erstellte Instagram-Profil „Lara: Die blonde Rebellin“ (@laras_rebellion) dar. Dieses wirkt auf den ersten Blick unauffällig: Die 16-jährige Schülerin „Lara Labun“ besucht die 10. Klasse eines Gymnasiums und sucht scheinbar „ihren Platz in der bunten Republik“. In ihrem Vorstellungs-Reel blickt Lara sentimental auf die Vergangenheit und verkündet: „Früher war Deutschland ein Ort voller unbeschwerter Kindheitserinnerungen. Doch jetzt fühlt es sich an, als ob wir die letzte Generation Deutscher seien“. Hinter „Lara Labun“ steckt keine real existierende 16-jährige



Das KI Role-Modell Lara Labun mit fremdenfeindlicher Botschaft

neue technische Möglichkeiten, um mittels KI Bilder zu kreieren. In einem Meme vom 4. November 2024 bekundet die angebliche Schülerin: „Natürlich bin ich Nationalistin!“. Im Verlauf des Jahres wurden auch zunehmend KI-generierte Videos eingesetzt, um unter anderem fremdenfeindliche Botschaften zu verbreiten.

Soziale Medien: Rechtsextremistische Formatvielfalt

Rechtsextremisten probieren zahlreiche Medienformate in den sozialen Medien aus, um Kommunikationsräume aktiv zu gestalten und zur Einflussnahme einzusetzen. Um gezielt Jugendliche und junge Erwachsene anzusprechen, ist für Rechtsextremisten weiterhin TikTok das wichtigste soziale Medium. Der Neonazi Steven F. betreibt einen TikTok-Kanal und erzielt mit einzelnen Videos über 100.000 Aufrufe. Zu größerer Bekanntheit außerhalb der rechtsextremistischen Szene gelangte er im Januar und Februar 2023 als drei nicht-extremistische YouTuber nacheinander Interviews mit ihm führten und auf ihren jeweiligen Kanälen veröffentlichten. Eines der Videos wurde bis Ende 2023 rund 1,5 Millionen Mal aufgerufen.

Oftmals geschieht die Verbreitung von rechtsextremistischen Botschaften auf TikTok, ohne dass dies ein einzelner reichweitenstarker Akteur initiiert. Stattdessen verbreiten sie sich viral. Beispielsweise wurde im Mai 2024 ein Video veröffentlicht, auf dem in einer Bar auf Sylt junge Erwachsene zum Lied „L'amour toujours“ fremdenfeindliche Parolen grölten. Nach einer breiten medialen Thematisierung des Vorfalls wurden unter anderem auf TikTok zahlreiche Videos veröffentlicht, die das Video nachahmten oder darauf anspielten und somit die Reichweite der fremdenfeindlichen Botschaft enorm vergrößerten.

Weiterhin spielt aber auch YouTube für vielfältige rechtsextremistische Medienprojekte nach wie vor eine bedeutsame Rolle. Beispiele dafür sind der im Januar 2022 gestartete YouTube-Kanal und der Podcast „Wie gesagt“. Damit versuchen Rechtsextremisten von **Die Heimat** aus Dortmund ein Interview-Format zu etablieren, in dem führende Köpfe der Dortmunder Szene mit bundesweit relevanten Rechtsextremisten Gespräche über Szenethemen führen. In einem Aufnahmestudio waren 2024 beispielsweise der rechtsextremistische Musiker **Lunikoff** und der Vorsitzende der rechtsextremistischen Partei **Die Rechte**, Christian Worch, zu Gast. In anderen Videos werden für die rechtsextremistische Szene relevante Themen, wie z. B. „Studieren als Nationalist“ oder der „[rechtsextremistische] Kampf um Dortmund“ aufgegriffen.

Das seit April 2024 bestehende YouTube-Format „Nach Vorn“ versucht, seine rechtsextremistische Agenda mittels satirischer Unterhaltung zu vermitteln. Erstmals wurde das Format in diversen Kanälen der **Identitären Bewegung Deutschland** beworben. In der Videobeschreibung auf YouTube definiert sich das Projekt wie folgt: „Nach Vorn - der Name ist Programm. Wir gehen dorthin, wo Hass und Hetze noch zum guten Ton gehören! Als junges Team aus progressiven Mediengestalter*innen legen wir den Finger in die Wunde und stellen jene Frage, über die die Mainstream-Presse gerne schweigt.“ Das erste YouTube-Video wurde am 12. Mai 2024 veröffentlicht. Darin tritt ein führender Aktivist der **Revolte Rheinland** als vermeintlicher Reporter auf einer bürgerlichen Demonstration in Witzhelden bei Leichlingen auf, die „für Demokratie und Solidarität gegen rechten Hass und Hetze“ stattfand. Im Stil eines Reporters agierend versuchte er mit vermeintlichem Sarkasmus und Ironie die Demonstrierenden in Gespräche zu verwickeln. Ziel war die Bloßstellung der Betroffenen aufgrund ihrer gesellschaftspolitischen Überzeugungen.

Kryptowährungen: neue Finanzierungsmöglichkeiten für Rechtsextremisten

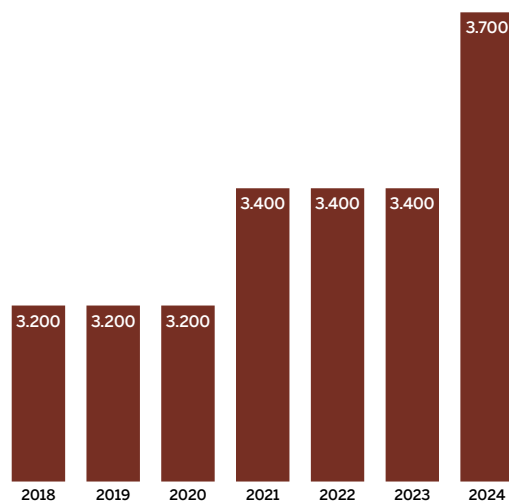
Rechtsextremisten nutzen eine Vielzahl von Finanzierungsquellen, um ihre Aktivitäten zu unterstützen. Zunehmend setzten sie auch auf Kryptowährungen wie beispielsweise Bitcoin oder Ethereum. Diese haben den Vorteil, schnelle und grenzenlose Finanztransaktionen zu ermöglichen, ohne persönliche Informationen preiszugeben. Durch geringe Einstiegshürden ist die gesellschaftliche Verbreitung von Kryptowährungen gestiegen und wird auch für die rechtsextremistische Szene selbstverständlicher. Beispielsweise rief die **Revolte Rheinland** in ihrem Telegram-Kanal im Juli 2024 zu Spenden auf, um solidarisch „mit unseren Aktivisten“ zu sein und „auch in Zukunft den Protest auf die Straße tragen zu können“. Neben der Angabe einer Kontoverbindung sowie eines PayPal-Kontos wurden auch Bitcoin- und Ethereum-Adressen angegeben, um darüber Spenden in Form von Kryptowährungen zu akquirieren.

„Mixed Reality“: Die Vermischung von virtueller und realer Welt

Soziale Medien sind maßgeblich für die Organisation und Mobilisierung der rechtsextremistischen Szene. Dies schlägt sich auch in der realen Welt nieder. Im Laufe des Jahres 2024 wurden verstärkt Vernetzungsaktivitäten rechtsextremistischer Gruppierungen im virtuellen Raum festgestellt, oft mit martialisch klingenden Namen, wie z. B. **Active Club**, **Jung & Stark**, **Deutsche Jugend voran** oder **Kameraden Trupp**. Bemerkenswert war, dass diese losen virtuellen rechtsextremistischen Gruppen sich in relativ kurzer Zeit überregional vernetzt und konkrete realweltliche Aktivitäten verabredet haben. Dabei ging es vor allem darum, Christopher Street Day (CSD)-Veranstaltungen zu stören. Dies betraf zum Beispiel am 3. August 2024 den CSD Essen, gegen den unter anderem die Gruppierung **Jung & Stark** im Vorfeld mobilisiert hatte.

Terrorgram

Die „Mixed Reality“ kann aber auch bedeuten, dass eine Radikalisierung in virtuellen Gruppen stattfindet und die Betreffenden dann im realen Raum rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten verüben wollen. So findet in manchen virtuellen Gruppen auf Telegram eine ausgeprägte Befürwortung von rechtsextremistischer Gewalt statt. Dies zeigt sich zum einen in der Verherrlichung von rechtsextremistischen Attentätern. Zum anderen kursiert in solchen Gruppen oftmals die sogenannte Siege-Ideologie. Diese geht zurück auf eine Textsammlung des US-amerikanischen Rechtsextremisten James Nolan Mason aus den 1980er Jahren. Neben der rechtsextremistischen Ideologie, wie zum Beispiel der Überlegenheit einer vermeintlichen „weißen Rasse“, enthalten die Texte Anschlagsszenarien, mit denen ein Bürgerkrieg ausgelöst werden soll. Auf die Siege-Ideologie bezieht sich unter anderem die sogenannte **Atomwaffen Division (AWD)** und weitere Internetgruppierungen wie die **Feuerkriegsdivision**. Charakteristisch für diese Gruppierungen ist neben der enormen Gewaltbefürwortung das niedrige Alter der Mitglieder, die Jüngsten sind 12 oder 13 Jahre alt, und die oftmals internationale Zusammensetzung. So chatten die Mitglieder häufig in englischer Sprache miteinander. Bei diesen Gruppen besteht die Gefahr, dass sie einzelne Mitglieder online radikalisieren, die dann realweltlich Gewalttaten begehen wollen. Bei einem 18-Jährigen aus Krefeld gab es 2024 entsprechende Hinweise, so dass die Polizei zur Gefahrenabwehr dessen Wohnung durchsuchte und dabei rechtsextremistische Devotionalien sowie verschiedene Waffen fand.



Personenpotenzial Reichsbürger und Selbstverwalter

Reichsbürger und Selbstverwalter

Reichsbürger und Selbstverwalter

Sitz/Verbreitung	NRW-weite Verbreitung
Gründung/Bestehen seit	1985 (Gründung der ersten Reichsbürgergruppierung Kommissarische Reichsregierung (KRR) in Berlin)
Struktur/ Repräsentanz	Die heterogene Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter besteht aus einer Vielzahl von Einzelpersonen und Kleingruppen, die teils miteinander kooperieren, teils jedoch scharf voneinander abgegrenzt sind. Neben kleinen, sektenartigen Gruppen mit hohem Organisationsgrad existieren auch lose strukturierte Gruppierungen sowie Einzelpersonen, die nur im Internet aktiv sind oder sich an Behörden wenden. Bei der Mehrzahl der Reichsbürger und Selbstverwalter in Nordrhein-Westfalen lässt sich keine feste Organisationsbindung erkennen.
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2024	ca. 3.700 
Veröffentlichungen	Publikationen wie Flyer, Broschüren, Flugblätter, Postwurfsendungen. Eigene Webseiten der einzelnen Gruppierungen sowie soziale Medien. Offene Briefe, sogenannte „Anordnungen“, „Amtsblätter“ oder „Bekanntmachungen“ an Behörden

Kurzporträt/Ziele

Reichsbürger und Selbstverwalter sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen – unter anderem unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht – die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich sogar vollständig als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren.

Aus dieser ideologisch begründeten Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland entstehen in einigen Fällen Systemüberwindungsfantasien, die sich auch in konkreten Umsturzplänen manifestieren können.

Eine trennscharfe Unterscheidung zwischen **Reichsbürgern und Selbstverwaltern** ist mitunter schwer zu treffen. **Reichsbürger** lehnen die Bundesrepublik Deutschland unter Berufung auf ein wie auch immer geartetes „Deutsches Reich“ ab. **Selbstverwalter** dagegen fühlen sich dem Staat gänzlich nicht zugehörig. Sie behaupten, sie könnten durch eine Erklärung aus dem Staat austreten und seien daher nicht an dessen Gesetze gebunden.

Ein kleinerer Teil der **Reichsbürger und Selbstverwalter** ist eindeutig auch dem Rechtsextremismus zuzurechnen. Ideologische Überschneidungen finden sich im Bereich des Gebiets- und Geschichtsrevisionismus, bei völkischem und teilweise nationalsozialistischem Gedankengut sowie bei antisemitischen Denkmustern.

Finanzierung	Mitgliedsbeiträge, Verkauf von Merchandise Produkten, Spenden, Veranstaltungen, Seminare
--------------	--

Reichsbürger und Selbstverwalter sind verfassungsfeindlich, da sie die freiheitliche demokratische Grundordnung offensiv ablehnen. Dies zeigt sich unter anderem im Verweigern von Steuerzahlungen, dem Nichtanerkennen von behördlichen Bescheiden sowie im Errichten vermeintlich eigener „Staaten“. Gerichten und Behörden gegenüber wird mitunter offen aggressiv aufgetreten. Die fundamentale Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Gesetze und Institutionen bietet hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Ausrichtung, auch wenn diese Bestrebungen nur zum Teil einen eindeutig rechtsextremistischen Hintergrund, wie etwa ein gebiets- und geschichtsrevisionistisches Weltbild, haben. Die **Reichsbürger und Selbstverwalter** unterliegen deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

Aktivitäten von Gruppierungen

Innerhalb der **Reichsbürgerszene** gewann die Gruppierung **S.H.A.E.F. Regierungsinstitution Deutschland** ab 2021 an Bedeutung. Die vollständige Bezeichnung „Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces“ steht für das ehemalige Hauptquartier der alliierten Streitkräfte in Nordwest- und Mitteleuropa am Ende des Zweiten Weltkrieges. In Anlehnung an die Namensgebung behauptet die Gruppierung, dass die Bundesrepublik Deutschland sich bis zum heutigen Tag unter der Besatzung der Alliierten befindet und damit kein souveräner Staat mit legitimer Staatsgewalt sei. Lediglich die **S.H.A.E.F.**-Gesetze werden als weiterhin gültig anerkannt. Aufgrund dessen wird staatliches Handeln von etlichen Anhängern als feindliche Bedrohung wahrgenommen. Drohschreiben, die an Behörden und deren Mitarbeiter gerichtet sind, erscheinen der Anhängerschaft als probates Mittel des Widerstandes gegen die vermeintlichen Unterdrücker. Weiterhin verbreiten sie im virtuellen Raum offensiv reichsbürgertypische Behauptungen. Seit dem Tod der einstigen Führungsperson am 18. März 2023 sind die Bezüge von **Reichsbürgern** auf die **S.H.A.E.F.**-Ideologie merklich zurückgegangen.

Der Verein **Erbengemeinschaft Jakob e.V./Nation Ephraim** ist nach eigener Aussage seit 2017 in NRW aktiv. Die Mitglieder stellen sich als Nachfolger des Stammes Ephraim aus biblischer Vorzeit dar und haben sich zum Ziel gesetzt, das „12-Stämme Königreich Israel“ wiederherzustellen. Die Vereinsmitglieder sprechen damit dem heutigen Staat Israel und seinen Institutionen die Legitimation ab. Über die Social-Media-Plattformen des Vereins sollen neue Mitglieder angeworben werden. Durch das Er-

werben eines Mitgliedsausweises (EPHI-ID) werden unter anderem eine Befreiung von Schulden, ein Zugang zum eigenen Handelssystem des Vereins mit eigener Währung, sowie ein Anspruch auf das Land Samarien versprochen. Darüber hinaus verbreiten die Vereinsmitglieder fortlaufend Argumentationsmuster aus der Szene der **Reichsbürger und Selbstverwalter**, die auf die Aberkennung staatlicher Autorität sowie auf Verschwörungsideologien abzielen.

Die **Verfassungsgebende Versammlung (VV)** wurde im Jahr 2015 gegründet und arbeitete namensgetreu an einer neuen Verfassung, die einem ebenso neu zu konzipierenden deutschen Staat zugrunde liegen soll. Die Bundesrepublik Deutschland ist in der Wahrnehmung der Gruppierung kein legitimer Staat, sondern ein privatwirtschaftliches Unternehmen. Nach eigenen Angaben der Gruppierung ist das Vorhaben rund um die **VV** jedoch seit Ende 2022 beendet, die Arbeit wurde unter dem Namen **Vereinte Nation Wenea** fortgeführt. Im Zuge von Umstrukturierungen agiert die Organisation seit Anfang des Jahres 2024 unter dem Namen **Alliance Earth IGO**. Die damaligen Ziele, wie das Errichten einer vollständigen Parallelgesellschaft unter organisationseigener Administration, werden weiterhin verfolgt. So soll beispielsweise im Rahmen der „Akademie“ die Wissensvermittlung erfolgen und die Ideologie bereits an die Kinder der Mitglieder vermittelt werden. Die interne Kommunikation erfolgt hauptsächlich im virtuellen Raum über Chatportale und Plattformen zum Datenaustausch. Ferner fungiert das **ddbradio (Deutsche Depeschen Bild- und Tonagentur)**, ein von der Gruppierung eigens betriebenes Webradio, als Sprachrohr für deren Inhalte. Neben der Verbreitung von gängigen Verschwörungsideologien wird dort in reichsbürgertypischem Duktus zu aktuellen Themen berichtet und zu Mitgliederfragen Stellung genommen.

Nach wie vor erreichen nordrhein-westfälische Behörden eine Vielzahl von vor gefertigten Fax-Schreiben der Organisation **Indigenes Volk Germaniten (IVG)**, in denen staatlichen Behörden die Legitimität abgesprochen wird. Das **IVG** reklamiert für sich, nicht dem Recht der Bundesrepublik Deutschland zu unterliegen. Lediglich die entsprechenden Resolutionen der UN-Generalversammlung und völkerrechtlichen Verträge, die für andere Indigene Völker geschlossen wurden, dürften angewandt werden. Das Bundesverwaltungsgericht hatte im Jahr 2017 entschieden, dass die „Indigenen Germaniten“ nicht als Volk anzusehen sind. Einzelne Personen, die bis zum Verbot im Jahr 2020 bei der **Vereinigung Geeinte Deutsche Völker und Stämme** aktiv waren, sind seitdem zum **IVG** gewechselt.

Seit Ende 2023 erhalten Behörden bundesweit zahlreiche Schreiben der **Internationalen Organisation Völkerrecht (IOV)** mit Sitz in Nordrhein-Westfalen. Selbst-

ernannte „Mediatoren der Schutzmacht“ richten sich in Massenschreiben an öffentliche Stellen und streben vorgeblich eine Kooperation mit den betroffenen Behörden an, um ihre Mitglieder von Forderungen sämtlicher staatlicher Stellen zu befreien und davor zu schützen. Die Schreiben lassen sich auf den ersten Blick nicht sofort der **Reichsbürger- und Selbstverwalterszene** zuordnen. Denn die **IOV** bestreitet die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland nicht wie sonst bei **Reichsbürgern** üblich mit der angeblichen Fortexistenz des Deutschen Reiches, sondern mit internationalem Recht bzw. Völkerrecht. Gegen Entgelt können Interessierte in die Organisation aufgenommen werden oder sich in Seminaren fortbilden lassen.

Das **Königreich Deutschland (KRD)** ist in Nordrhein-Westfalen vor allem mit der Untergruppierung **Leucht-Turm** aktiv, die Seminare und Wanderungen zur Vernetzung der Anhänger anbietet.

Zum Seminar „Basis und Aufbau“ schreibt das **KRD**: „In diesem Info-Seminar Basis & Aufbau werden wir umfassend erklären, welche Möglichkeiten und Vorteile Dir dieser Gemeinwohlstaat bietet. Das KRD ist rechtlich ein sicheres Terrain. Es kämpft nicht gegen das BRD-System, sondern baut friedlich daneben, vollständig neue, eigene Strukturen in allen Bereichen des Lebens, zum Wohle von Mensch und Tier, der Natur und der Erde im Einklang mit den Schöpfungsgesetzen auf.“ Allerdings haben die Seminarangebote 2024 im Vergleich zum Vorjahr deutlich abgenommen. Die letzte Ankündigung für das Seminar „Systemausstieg“ erfolgte für einen Termin im Juli im Großraum Köln. Seitdem finden nur noch sporadisch Wandertermine in Düsseldorf, Köln und Bielefeld statt. Die von **KRD**-Anhängern betriebene Kampfsportschule in Düsseldorf zog inzwischen aus Nordrhein-Westfalen weg.



Das Königreich Deutschland versucht mit Gemeinschaftsaktivitäten Anhänger zu gewinnen

Aus der 2018 gegründeten Reichsbürgergruppierung **Bismarcks Erben** entstanden 2019 die Substrukturen **Ewiger Bund** und **Vaterländischer Hilfsdienst (VHD)**. Gegründet wurde der **VHD** mit der Zielsetzung, das „Deutsche Kaiserreich“ wieder neu aufzubauen und handlungsfähig zu machen.

Der **VHD** organisierte auch im Jahr 2024 in Nordrhein-Westfalen wieder Zusammenkünfte, die der Vernetzung und Schulung dienen. Diese fanden an unterschiedlichen Orten statt. Zu den Veranstaltungen wurden auch Kinder mitgebracht.



Der Vaterländische Hilfsdienst wirbt um Anhänger

Seit dem Jahr 2020 haben sich mehr Deutsche freiwillig zum vaterländischen Hilfsdienst gemeldet als in den 100 Jahren zuvor.

Die Deutschen kommen zu sich.

Komm einfach mit!

www.hilfsdienst.net

Der **Verband Deutscher Wahlkommissionen (VDWK)** versteht sich als Dachverband der sogenannten **Wahlkommissionen (WK)** und strebt eine bundesweite Verbreitung an. Ziel ist es, die Strukturen des Kaiserreichs von 1871 durch lokale Aktivitäten wieder aufzubauen. Dazu finden Treffen der Anhänger in Nordrhein-Westfalen statt.

Einschüchterung und Gewalt

Reichsbürger und Selbstverwalter versuchen teilweise, Amtshandlungen der Beschäftigten von Kommunen, Justiz und Polizei digital zu dokumentieren. Auf diese Weise entstandene Videos und Audios werden unerlaubt im Internet verbreitet. Dabei wird das Material oft so zurechtgeschnitten, dass die Behördenmitarbeiter inkompetent oder überfordert wirken. Diese Strategie zielt darauf ab, die Bediensteten einzuschüchtern und sie künftig von ihrem Handeln abzuhalten. Einige **Reichsbürger und Selbstverwalter** gehen darüber hinaus, bedrohen Behördenmitarbeiter und begehen sogar Körperverletzungsdelikte. Sie verüben aber nicht nur situativ Gewalt, sondern ein kleiner Teil der Szene ist zudem bereit, Gewalt zur Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung einzusetzen.

Sie legen Wert auf eigene Bewaffnung, um nach eigenem Gutdünken für „Sicherheit“ zu sorgen. Mitunter sind sie geprägt durch Verschwörungsmythen und meinen, bei staatlich Beschäftigten - Gerichtsvollziehern, Polizeibeamten - handele es sich um Feinde, die mit Gewalt bekämpft werden müssen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Reichsbürger und Selbstverwalter versuchen durch ihre Aktivitäten eine sachgerechte Arbeit der Behörden zu behindern. Davon sind insbesondere die Kommunen betroffen. Dies schließt auch Einschüchterungsversuche und Gewalttaten gegen Beschäftigte von Behörden ein. Häufiges Feindbild ist dabei der demokratische Rechtsstaat mit seinen Repräsentanten.

Im Zuge der Corona-Pandemie hat die Szene neue Anhänger gewonnen. Sie spricht nun auch verstärkt Frauen und jüngere Erwachsene an. Ein weiterer Trend seit der Corona-Pandemie ist das verstärkte Angebot von vermeintlichen Bildungsinhalten von einigen Gruppierungen. Dies scheint auf das Interesse von Eltern aus der Szene der **Reichsbürger und Selbstverwalter** zu treffen, die ihre Kinder von staatlich vorgegebenen Lehrinhalten fernhalten wollen.

Wiederkehrend sind bei **Reichsbürgern und Selbstverwaltern** gewaltbefürwortende Kommentare, Widerstandshandlungen und der Fund illegaler Waffen festzustellen. Deswegen bewertet der Verfassungsschutz diese extremistische Szene weiterhin als Bestrebung mit erheblichem Gewalt- und Gefährdungspotenzial.

Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates

Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates

Sitz/Verbreitung	Landesweite Verteilung mit regionalen Schwerpunkten
Gründung/Bestehen seit	2020 im Zuge der Corona-Pandemie
Struktur/ Repräsentanz	Überwiegend lose strukturierte lokale Gruppen; teilweise Akteure, die alleine oder in Kleingruppen agieren; zunehmende Verlagerung in die sozialen Medien
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2024	Circa 250 
Veröffentlichungen	Soziale Medien, insbesondere Telegram-Kanäle
Kurzporträt/Ziele	Aufgrund der Corona-Pandemie seit Anfang 2020 mussten die Regierungen auf Bundes- und Länderebene zahlreiche Schutzmaßnahmen ergreifen, die auch Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger beinhalteten. Gegen den politischen Umgang mit der Pandemie entwickelte sich ein Protestgeschehen, das von Heterogenität und Fluktuation geprägt war und sich inzwischen auch auf andere politische Themen bezieht. Teile dieser Bewegung gehen über legitimen Protest gegen das Regierungshandeln hinaus und verfolgen eine systemfeindliche Agenda. Dabei geht es darum, die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu delegitimieren und Gewalt zur Durchsetzung der eigenen politischen Auffassungen zu propagieren. Dieser Teil der Protestbewegung wird vom Verfassungsschutz als demokratiefeindliche und sicherheitsgefährdende Bestrebung beobachtet.

Finanzierung Schenkungen, Spenden

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen hat im Frühjahr 2021 den Phänomenbereich **Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates** eingerichtet. Politischer Protest gegen die Regierungspolitik gehört zum Wesen der freiheitlichen Demokratie. In Teilen gehen diese Proteste jedoch über legitimen Protest hinaus. Dies äußert sich in der systematischen Verbreitung von Verschwörungserzählungen und Desinformation, der Diffamierung rechtsstaatlicher und demokratischer Prozesse sowie in Aufrufen zu Straftaten beziehungsweise der Legitimation von Gewalt zur Durchsetzung der eigenen politischen Auffassungen. Nur dieser Teil der Protestbewegung, der eine Delegitimierung der freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland betreibt, unterliegt deshalb als Beobachtungsobjekt **Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates** nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung. Das bedeutet zugleich, dass der Großteil der Protestbewegung nicht beobachtet wird.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum



Remigrations-Banner am 08. November.2024 in Bielefeld

mierer-Szene nach neuen Themen mit Mobilisierungseffekten. Weite Teile der Szene verbreiten inzwischen rechtsextremistische Narrative zur Migrationsdebatte und schüren Ängste vor Menschen mit Migrationsbiografie. Insbesondere greift die Szene die Forderung nach einer millionenfachen „Remigration“ auf.

Der Phänomenbereich **Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates** hat sich 2024 weiter gewandelt. Nachdem das ursprüngliche Protestthema, Ablehnung der Schutzmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie, bedeutungslos wurde, suchte die deutlich geschrumpfte **Delegiti-**

Zudem nähert sich ein Teil der übrig gebliebenen **Delegitimierer-Szene** in den letzten Monaten vermehrt rechtsextremistischen Gruppierungen an.

Rechtsextremisierung der Delegitimierer-Szene am Beispiel Ostwestfalen-Lippe

Insbesondere im Raum Ostwestfalen-Lippe ist diese Entwicklung festzustellen. Es gibt zahlreiche Kennverhältnisse zwischen Rechtsextremisten und **Delegitimierern**. Einzelne Personen fungieren dort als Bindeglieder zwischen den Gruppierungen und führen diese in zunehmender Regelmäßigkeit zu Veranstaltungen zusammen. Fremdenfeindliche Positionen sind der gemeinsame Nenner. Neue Gruppierungen wie die **Freischar Westfalen** rekrutieren für ihren Aktivismus Anhänger aus beiden Szenen.

Im Verlauf des Jahres 2024 ist in der Gruppierung **Bielefeld steht auf! (BSA)** eine deutliche Radikalisierung hinsichtlich rechtsextremistischer Inhalte festzustellen. Bei mehreren Veranstaltungen im Frühjahr zeigte die Gruppierung Banner und Fahnen der rechtsextremistischen Kleinstpartei **Freie Sachsen**. Auch im Telegram-Kanal nahmen rechtsextremistische Postings zu. Mit der Gründung der **Freischar Westfalen** durch Daniel K., einem **BSA**-Organisator und mehrfachen Ordner der Veranstaltungen, wurden auch deren Aktionen öffentlich im Telegram-Kanal von **BSA** veröffentlicht. Zudem verbreitete K. dort fremdenfeindliche Beiträge und förderte damit die Normalisierung von rechtsextremistischer Ideologie innerhalb der Gruppierung. Am 29. Oktober 2024 postete er im Telegram-Kanal von „**Bielefeld steht auf!**“:

„Jetzt kann man noch möglichst viele Muslime wieder loswerden. Afghanen und Syrer, das ist zwingend geboten. Bevor es eines Tages wegen der ethnischen Wahl nicht mehr möglich sein wird.“

Gelegentlich beteiligte sich auch der langjährige Rechtsextremist Gerd U. aus der Region an Versammlungen von **BSA**. Beispielsweise trug er am 8. November 2024 das Banner der **Freien Sachsen**.

Rechtsextremisierung der Delegitimierer-Szene am Beispiel von virtuellen Präsenzen

Der Telegram-Kanal **Freie Nordrhein-Westfalen** hat sich von seiner anfangs kritischen Ausrichtung gegenüber den staatlichen Maßnahmen während der Corona-Pandemie hin zu einem virtuellen Sammelbecken von Antisemiten, Rechtsextremisten und Verschwörungsgläubigen entwickelt. So werden in einem Beitrag vom 6. Dezember 2024 rassistische Positionen propagiert: „Mal eine Frage, da die Themen Vielfalt und Rassismus nicht abebben. Kann man Vielfalt gewährleisten, wenn man planmäßig und gezielt

Millionen Fremdrassiger, illegal in weißrussische Länder reinholt um eine Vermischung durchzuführen? [...] Schätze und schütze deine Rasse, denn Rassen zu erhalten ist echte Vielfalt!“

Darüber hinaus greift der Kanal auch Positionen der Reichsbürger-Szene auf. In einem Beitrag vom 27. Dezember 2024 wird auf eine Rede von Bundespräsident Steinmeier mit folgenden Behauptungen eingegangen:

„In seiner Rede fliegen einem die Lügen um die Ohren, so gibt es auch heute immer noch „KEINE VERFASSUNG“! Letzte amtierende Reichsregierung unter Dönitz durch die damaligen Insellaffen, völkerrechtswidrig gestürzt, Deutschland besetzt, Gründung der BRD und des Grundgesetzes durch die Besatzer, und genau dort stehen wir auch Ende 2024.“

Obwohl die Relevanz des Kanals in den vergangenen Jahren nachgelassen hat, weist er immer noch über 1.300 Abonnenten auf.

Diffamierung und Gewaltbefürwortung

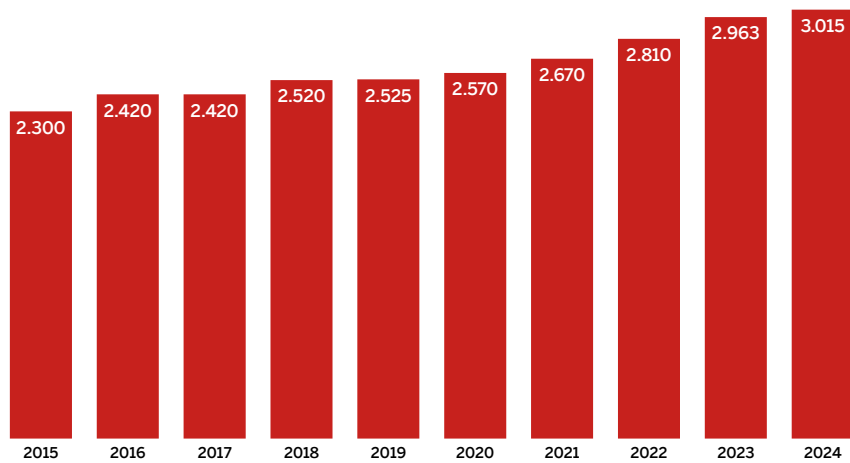
Abgesehen von der zunehmenden Verbreitung rechtsextremistischer Narrative ist weiterhin zentrales Kennzeichen der Szene, dass sie demokratische Akteure und Prozesse delegitimiert. Ein Euskirchener Social-Media-Aktivist setzte auf seinem Telegram-Kanal 2024 wiederholt demokratische Politiker mit Hitler gleich. Ferner fordert er, der Justiz ein Ultimatum zu setzen, um Urteile in seinem Sinne zu sprechen: „1. Der angeblich unabhängigen Justiz ein Ultimatum für eigene rechtsstaatliche Prozesse setzen. 2. Bei Nichtbefolgung Aufbau von unabhängigen, demokratisch legitimierten Justizstrukturen durch den Souverän des Landes. 3. Vorladungen an alle Angeklagten. Bei Nichtbefolgung Festsetzung der Angeklagten und Transport zum Gerichtssaal. 4. Unabhängige, rechtsstaatliche Prozesse. 5. Lebenslängliche Gefängnisstrafen in Isolationshaft.“

Darüber hinaus werden in der Szene auch gewaltbefürwortende Aussagen verbreitet. Im Telegram-Kanal der **Freien Düsseldorf**er postet ein Wortführer der Gruppe über einen medial bekannten Behördenleiter das Bild einer Rattenfalle und schreibt dazu den Text „Falls sie nicht wissen wie mit der Stasiratte zu verfahren ist [...]“.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Szene der **Delegitimierer** zielt auf eine Abschaffung der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Nach dem Bedeutungsverlust der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Maßnahmen fand ein Themenhopping statt. Der Trend geht inzwischen dahin, Kritik an der Migrationspolitik aufzugreifen. Vielfach bleibt es jedoch nicht bei Kritik. Stattdessen werden auch fremdenfeindliche Positionen verbreitet. Die Szene öffnet sich damit zusehends rechtsextremistischen Personen, Inhalten und Strukturen.

Allerdings kann die **Delegitimierer-Szene** kaum noch zu öffentlichen Versammlungen mobilisieren. Dies findet nur noch in einzelnen Städten mit wenigen Teilnehmern statt. Daneben gibt es weiterhin zahlreiche virtuelle Gruppierungen, vor allem auf Telegram. Auch hier hat die Zahl der aktiven Personen stark abgenommen. Der andauernde demokratiefeindliche Diskurs in diesen Gruppen weist aber darauf hin, dass dort ein extremistisches Potenzial besteht, das bei einem geeigneten Thema wieder mobilisierbar ist.



Personenpotenzial im Linksextremismus

Linksextremismus

Zusammenfassung

Autonome: Einende und spaltende Themenfelder

Das Jahr 2024 war für das **linksautonome Spektrum** geprägt von Themenfeldern, die neben klaren Konsenspositionen auch das heterogene Meinungsspektrum der Szene illustrierten. Ein Beispiel für ein von breitem szeneeinternen Konsens getragenes Themenfeld ist der Antifaschismus. So waren im Jahr 2024 die Proteste gegen die AfD für die **Linksautonomen** ein wesentliches Mobilisierungs- und Aktionsthema. An zahlreichen Großversammlungen und an den Protesten gegen den 15. Bundesparteitag der AfD in Essen nahm eine Vielzahl **linksautonomer Akteure** teil.

In den Themenfeldern Antirepression und Ökologie beteiligten sich Angehörige der Szene an anlassbezogenen Aktionen: In Dortmund fanden Proteste gegen staatliche Repression im Kontext der Urteilsverkündung gegen Polizeibeamte statt, die an einem Einsatz mit Todesfolge beteiligt waren. Im Südosten Kölns wurde ein – zwischenzeitlich geräumtes – rodungsbedrohtes Waldstück besetzt.

Zu verschiedenen Themen gingen die Positionen innerhalb der Szene aber auch auseinander. Nach wie vor bewegten die Geschehnisse um das Outing eines (ehemaligen) Angehörigen der **Interventionistischen Linken (IL)** infolge eines mutmaßlichen Aktes sexualisierter Gewalt die **IL** bundesweit. Austritte von Einzelakteuren und ganzen Gruppen aus der **IL** im Jahresverlauf verdeutlichen die Bedeutung des Sachverhaltes.

Meinungsverschiedenheiten existieren weiterhin auch hinsichtlich der Geschehnisse und deren Einordnung im Nahost-Konflikt.

Zwischen den Polen „Israelsolidarität“ und „Palästinasolidarität“ herrschen auch innerhalb des **autonomen Spektrums** unterschiedliche, teils diametral gegensätzliche Auffassungen darüber, welche Konfliktpartei als Aggressor zu bewerten ist.

Kommunistische Kleingruppen: Renaissance der Ideologie

Bereits im letztjährigen Verfassungsschutzbericht des Landes NRW befasste sich das Fokusthema mit dem Phänomen der ideologiegeprägten Kleingruppen. Aufgrund der Verstetigung dieser Entwicklung wurde diesen Akteuren nunmehr unter dem Titel „Kommunistische Kleingruppen“ bis auf Weiteres ein fester Beobachtungs- und Berichtsbereich eingeräumt.

War ein Ausgangspunkt für die Herausbildung einer „**Autonomen Szene**“ in den 1980er-Jahren noch die Forderung nach einer ideologiefreien „Politik der ersten Person“, näherten sich Linksextremisten etwa zu Beginn der 2000er-Jahre wieder an ideologische und „nachhaltigere“ Organisationsformen an. Zahlreiche Akteure, die in der Vergangenheit eher im **autonomen Spektrum** aktiv waren, schlossen sich in Organisationen zusammen, die stärker ideologisch geprägt, anders als streng dogmatische Zusammenschlüsse aus dem parlamentsorientierten Spektrum aber stärker aktionsorientiert sind. Das Kapitel „Kommunistische Kleingruppen“ beschreibt die diesbezüglichen Entwicklungen in NRW.

Linksextremismus im Parteienumfeld: Akteure an der Relevanzschwelle

Während die erwähnten kommunistischen Kleingruppen im Berichtszeitraum an Relevanz zunahmen, verblieben die **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)** und die **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)** als selbst im linken Spektrum marginalisierte Akteure an der Relevanzschwelle. Mit dem temporären Bedeutungsverlust der Partei „Die Linke“ verloren auch die extremistischen Strömungen innerhalb der Partei weiter an Bedeutung. Ähnlich erging es dem Jugendverband der Partei **Linksjugend [‘solid]**.

Im Fokus: Linksextremistische Beteiligung an den Protesten „gegen Rechts“

Neben dem Antikapitalismus stellt der Antifaschismus ein wesentliches Themen- und Aktionsfeld in allen Strömungen des linken Spektrums dar. Ein großes vereinendes Thema im Jahr 2024 waren erneut die gemeinsamen Proteste von Zivilgesellschaft und linksextremistischem Spektrum gegen politisch rechte Strukturen und Rechtsextremismus. Im Betrachtungszeitraum war das Themenfeld Antifaschismus besonders in der ersten Jahreshälfte dominierend.

Reaktionen auf das „Potsdamer Treffen“ am 25. November 2023

Ausgelöst durch eine Veröffentlichung der Recherchen des Medienkollektivs Correctiv zu einem Treffen im November 2023 in Potsdam, an dem unter anderem Angehörige der AfD und der Werteunion, aber auch teils führende Mitglieder der rechtsextremistischen **Identitären Bewegung** aus Deutschland und Österreich teilgenommen hatten, begannen umfangreiche Proteste innerhalb der zivildemokratischen, aber auch linksextremistischen Szene. So fand in NRW eine Vielzahl von Veranstaltungen unter anderem in Köln, Düsseldorf, Essen, Bielefeld, Aachen



Demonstration am 27. Januar 2024 in Düsseldorf in Folge des Bekanntwerdens des „Potsdamer Treffens“

und Oberhausen, unter Teilnahme von bis zu 100.000 Personen statt. Diese Veranstaltungen, deren tatsächliche Teilnehmerzahlen oft die der Anmeldungen übertrafen, verliefen grundsätzlich störungsfrei, jedoch war regelmäßig auch die Teilnahme linksextremistischen Personenpotentials feststellbar.

Besonders sichtbar wurde das Mobilisierungspotenzial bei Großveranstaltungen wie am 16. Januar 2024 in Köln mit 37.000 und in Düsseldorf am 27. Januar 2024 mit 100.000 Teilnehmern. Organisiert wurde die Veranstaltung in der Landeshauptstadt durch das zivildemokratische Bündnis „Düsseldorf stellt sich quer“. Gleichwohl riefen auch extremistische Gruppierungen wie die Düsseldorfer Ortsgruppe der **Interventionistischen Linken See Red** zur Teilnahme auf und nutzten die hohe gesellschaftliche und mediale Aufmerksamkeit als Bühne in der Öffentlichkeit. Eine durch die Antifa Jugend Aachen für den 20. Januar 2024 für 150 Personen angemeldete Kundgebung gegen Rechtsextremismus erreichte tatsächlich circa 10.000 Teilnehmer. Im Verlauf dieser Versammlung wurde unter anderem ein Transparent mit der Aufschrift „AfDler töten.“ gezeigt. Dieses bewusste Spiel mit Mehrdeutigkeiten verdeutlicht das radikale Freund-Feind-Denken der linksextremistischen Szene. Im Ergebnis führte das öffentliche Zeigen dieses Banners zu einem überregionalen Medien-echo und zu einem Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten, das jedoch im Juni 2024 eingestellt wurde.

Proteste gegen den 15. Bundesparteitag der „Alternative für Deutschland“ (AfD)

Auch eines der bedeutendsten Ereignisse des Jahres für die linksextremistische Szene in NRW und darüber hinaus stand im Zeichen von antifaschistischen Protesten: Der 15. Bundesparteitag der AfD, der in der Zeit vom 28. bis zum 30. Juni 2024 in der Grugahalle in Essen stattfand. Gegen die ca. 600 Delegierten und 300 Gäste der AfD mobilisierte neben einer zivildemokratischen Mehrheit das Bürgerbündnis „Essen stellt sich quer“ mit der Kampagne „Widersetzen“. Bei dem Bündnis handelt es sich um einen überwiegend zivildemokratisch getragenen Zusammenschluss, auch wenn unter den mehr als 300 teilnehmenden Organisationen teils linksextremistische Gruppierungen vertreten waren, darunter etwa die **Interventionistische Linke**. Der formulierte Gewaltverzicht im Aktionsbild des Bündnisses „Von uns geht (dabei) keine Gewalt und keine Eskalation aus“ wurde von Teilen der linksextremistischen Szene als „zu friedlich“ kritisiert (Veröffentlichung vom 12. Juni 2024 [de.indymedia.org] unter dem Titel „Wenn widersetzen, dann richtig!“). Trotz des im Vorfeld vereinbarten Gewaltverzichts kam es im Verlauf der Veranstaltung am 29. Juni 2024 zu gewalttätigen Aktionen, wie dem gewaltsamen Durchbrechen von Sperrstellen der Polizei. Im Rahmen der Einsatzmaßnahmen wurden Polizeibeamte verletzt.

Im Ergebnis wurden über 300 Strafverfahren eingeleitet, unter anderem wegen Landfriedensbruchs, Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte, gefährlicher Körperverletzung sowie wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz NRW.

Insgesamt war das Demonstrationsgeschehen am 29. Juni 2024 trotz der Aktionen gewaltbereiter Linksextremisten gleichwohl zivildemokratisch geprägt. Weder haben extremistische Positionen in der Außendarstellung das Anliegen des zivildemokratischen Protests überlagert, noch konnte eine Solidarisierung der zivildemokratischen Demonstrationsteilnehmer mit gewaltbereiten Akteuren der linksextremistischen Szene festgestellt werden. Das Gewalt- und Aggressionspotenzial gewaltbereiter Linksextremisten wurde jedoch deutlich sichtbar.

Offene Antifa Treffen (OAT)

Neben zahlreichen Großveranstaltungen in NRW war das Themenfeld Antifaschismus auch (Mit)Auslöser für strukturelle Entwicklungen in der linksextremistischen Szene: An verschiedenen Orten entstanden neue „Offene Antifa Treffen“, bereits bestehende Strukturen dieser Art setzten ihre Arbeit fort und konnten teils an Bedeutung gewinnen. So entwickelte sich das Offene Antifa Treffen Köln zu einem wesentlichen Akteur, der große Teile der antifaschistischen Proteste in der Region unterstützte oder sogar trug. Während diese Offenen Treffen grundsätzlich auch nicht scenegebundenen und nichtextremistischen Personen zur Teilnahme offenstehen, sind die dahinterstehenden Trägerstrukturen in der Regel klar linksextremistischen Akteuren zuzurechnen. Bei den im Autonomen Zentrum Köln ansässigen Offenen Treffen (zum Thema Antifaschismus, Klima, Feminismus, Antimilitarismus) handelt es sich entsprechend etwa um Vorfeldorganisationen der linksextremistischen „**Kommunistischen Linke Köln**“ (KLK). Diese war im Berichtszeitraum weiterhin in der Lage, in einer Vielzahl von Themen- und Handlungsfeldern zu agieren, ohne dass unmittelbar ihre linksextremistische Ausrichtung erkennbar wurde. Dabei waren im Rahmen von Veranstaltungen steigende Teilnehmerzahlen sowie eine Zunahme im Aktionsniveau zu verzeichnen.

Analyse

Das Themenfeld Antifaschismus wirkt sowohl als Klammer innerhalb der heterogenen linksextremistischen Szene, in der sich in Teilen stark voneinander abweichende Positionen gegenüberstehen, als auch als Verbindung in die Zivilgesellschaft hinein. Auch im Antifaschismus verfolgen Linksextremisten ihre Entgrenzungsstrategie, die darin besteht, zivildemokratische Bündnisse über das Einfallstor gemeinsamer Themen für Kooperation zu gewinnen und sie dann zum Ziel von Beeinflussungsversuchen zu machen. Zur Durchsetzung ihrer Ziele arbeiten Linksextremisten vorübergehend und anlassbezogen mit linksorientierten gesellschaftspolitischen Strömungen zu-

sammen, mit denen sie thematische Schnittmengen erkennen. Sie übernehmen hier nach Möglichkeit Funktionen in Bündnissen und Kampagnen, um diese in ihrem Sinne zu beeinflussen. Auf diesem Wege sollen Teile der nicht-extremistischen Akteure für gemeinsame Aktionen mobilisiert oder, unter der Bezeichnung „ziviler Ungehorsam“, sogar in politisch motivierte Straftaten eingebunden werden. Auf Seiten der zivildemokratischen Akteure besteht dabei in Teilen wenig Sensibilität dafür, dass Extremisten sich mit dem (Fern-)Ziel der Abschaffung der freiheitlichen Demokratie und des demokratischen Rechtsstaates als Aktions- oder Bündnispartner nur scheinbar gemeinsam für die gute Sache engagieren.

Linksextremismus in Parteien und deren Umfeld

Sitz/Verbreitung

Linksjugend ['solid]: Berlin (Bundesgeschäftsstelle)/ Düsseldorf (Landesgeschäftsstelle NRW)

Deutsche Kommunistische Partei (DKP): Essen (Hauptsitz)

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD): Gelsenkirchen (Parteizentrale)

Verbreitung jeweils deutschlandweit

Gründung/Bestehen seit

Linksjugend ['solid]: 2007

DKP: 1968

MLPD: 1982

Struktur/ Repräsentanz

Linksjugend ['solid]: Bundesverband, Landesverbände, Basisgruppen, Hochschulgruppen (Die Linke/SDS)

DKP: Bezirksverbände, Kreisverbände;
Unterstützte Jugendorganisation: **Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)**
Vorsitz: Patrick Köbele

MLPD: Landesverbände, nominell eigenständige Gruppen (unter anderem Jugendverband **Rebell**, Kinderorganisation **Rotfuchse**), kommunale Wahlbündnisse, zum Beispiel *alternativ, unabhängig, fortschrittlich (AUF)*
Vorsitz: Gabi Fechtner

Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2024

Linksjugend ['solid]: NRW circa 1.200

DKP: circa 800 ➔

MLPD: circa 750 ➔

Veröffentlichungen

Linksjugend ['solid]: Web-Angebote

DKP: Web-Angebot, Wochenzeitung „**unsere Zeit**“

MLPD: Web-Angebot, Publikation Rote Fahne Magazin (14-täglich)

Kurzporträt/Ziele

Linksjugend ['solid]: Rechtlich unabhängige Jugendorganisation der Partei DIE LINKE. Gemäß Selbstdarstellung sieht sich der Verband als Plattform für anti-kapitalistische und selbstbestimmte Politik.

DKP: Laut Selbstdarstellung sieht sich die Organisation als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse und strebt die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft zum Marxismus-Leninismus an.

MLPD: Ihrem Selbstverständnis zufolge ist die Partei die Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland und strebt die revolutionäre Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergang zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft an.

Finanzierung

Jeweils Mitgliedsbeiträge und Spenden, bei der **Linksjugend** zusätzlich Mittel der Partei DIE LINKE

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Linksjugend [´solid]: Alle Mitglieder der Partei DIE LINKE unter 35 Jahren werden automatisch zugleich passives Mitglied der **Linksjugend [´solid]**, sofern sie einer Mitgliedschaft in der Jugendorganisation nicht aktiv widersprechen. Die Mitgliedschaft in der **Linksjugend [´solid]** ist folglich nicht zwangsläufig mit einer bewussten Entscheidung für eine extremistische Organisation verbunden. Daher werden die Mitglieder der **Linksjugend [´solid]** nicht in das Personenpotenzial Linksextremismus eingerechnet.

Die **Linksjugend [´solid]** tritt für eine „sozialistische Zukunft statt Kapitalismus“ ein und fordert zu diesem Zweck die „Überführung von Banken und Konzernen [...] in öffentliches Eigentum unter [...] Verwaltung durch die Arbeiter*innenklasse“. In einem nächsten Schritt soll die Wirtschaft entsprechend der Bedürfnisse von Mensch und Umwelt geplant werden. Teile der Organisation streben die Überwindung des Kapitalismus an, der in dem Kontext nicht lediglich als Wirtschaftsordnung, sondern als die derzeitig bestehende Gesellschaftsordnung verstanden wird.

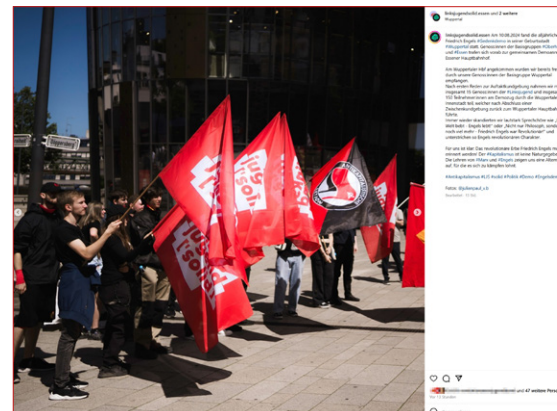
DKP und **MLPD** streben die revolutionäre Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung mit dem Ziel der Errichtung einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft an.

Die beschriebenen Ziele der Akteure sind zwangsläufig mit erheblichen Einschränkungen von Individualgrundrechten verbunden. **DKP** und **MLPD** benennen ferner die revolutionäre Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung als den von ihnen angestrebten Weg in eine kommunistische Gesellschaft. **Linksjugend, DKP** und **MLPD** richten sich damit gegen wesentliche Bestandteile der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung und werden daher gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 1 des Verfassungsschutzgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen durch den Verfassungsschutz beobachtet.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Auch im Jahr 2024 hat sich die **Linksjugend [´solid] NRW**, an Versammlungen zu den klassischen Themenbereichen Antifaschismus, Antikapitalismus, Antigentrifizierung, Feminismus und Klimapolitik beteiligt.

Insgesamt hat sich jedoch der Trend der letzten Jahre fortgesetzt, wonach **die Linksjugend [´solid] NRW** insbesondere programmatischen, strategischen und sonstigen



Mitglieder der Linksjugend [´solid] bei der Friedrich-Engels-Gedenk-demonstration am 10.08.2024 in Wuppertal

NRW sieht zwar DIE LINKE als einzige nennenswerte Partei mit einem sozialistischen Anspruch, befürchtet aber gleichzeitig eine Anpassung der Partei an den Staatsapparat und erklärt, sie wolle keine engagierte[n] Genoss:innen in Kommunalämtern verheizen.

Mit der Neugründung Marxistisches Netzwerk entstand im Jahr 2024 ein Zusammenschluss innerhalb des Verbandes, in dessen Grundsätzen die anti-parlamentarische Ausrichtung durch die Aussage deutlich wird, dass sich „[...] der Kapitalismus nicht durch ein kluges Regierungsprogramm überwinden [lasse], sondern nur durch den internationalen Aufbau von Gegenmacht.“

Die **DKP** hob im Berichtszeitraum in besonderem Maß ihren Anspruch hervor, die einzige konsequente Friedenspartei in Deutschland zu sein. Sie begründete dies mit ihrem Ziel einer klassenlosen sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Tradition der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Diese wiederum sei für 40 Jahre der erste deutsche Staat gewesen, von dem kein Krieg ausging.

An der Wahl zum 10. europäischen Parlament nahm die Partei mit 43 Kandidatinnen und Kandidaten teil. Mit 14.951 (0,0 Prozent) der Stimmen bundesweit und 2.659 (0,0 Prozent) in Nordrhein-Westfalen erhielt die **DKP** im Vergleich zur Wahl im Jahr 2019 27% weniger Zustimmung auf Bundes- und elf Prozent weniger Zustimmung auf Landesebene.

internen Angelegenheiten ihre Aufmerksamkeit widmete. Im Berichtszeitraum wurden zwei Landesvollversammlungen durchgeführt und gemeinsam mit den Landesverbänden Rheinland-Pfalz und Saarland ein Revolutionäres Maiwochenende in der Eifel veranstaltet. Hier wurde erneut auch das Verhältnis zur Partei DIE LINKE thematisiert. Die **Linksjugend [´solid]**

An den nach der Publikation der Partei benannten „uz-Friedenstag“ vom 23. bis zum 25. Juli 2024 in Berlin, die als Begegnungsstätte für Friedenskräfte deklariert worden waren, nahmen nach Presseangaben ca. 3.500 Besucher teil. An einem „Friedensfest“ der Partei in Leverkusen beteiligte sich am 15. Juni neben 150 Teilnehmern auch die **DHKP-C**-nahe Musikgruppe *GrupYorum*. Die „Friedensfest“-Veranstaltung am 21. September 2024 in Dortmund nutzen unter anderem pro-palästinensische Akteure als Bühne für Stellungnahmen zum Nahost-Konflikt.

Die **MLPD** verstärkte im Jahr 2024 ihr Bemühen, als Kaderpartei mit Führungsanspruch in allen gesellschaftlichen Belangen mit dem echten Sozialismus eine umfassende politische Alternative anbieten zu können. Die Partei spricht sich für eine breite, internationale Einheitsfront gegen Faschismus, Imperialismus, Umweltzerstörung und Weltkriegsgefahr aus und fordert: „Die Lösung kann nicht in einem friedlichen Imperialismus gefunden werden, der eine Illusion ist, sondern nur in den vereinigten sozialistischen Staaten der Welt.“

An der Wahl zum 10. europäischen Parlament nahm die **MLPD** als „internationalistische Liste/**MLPD**“ mit einer gemeinsamen, 18 Kandidatinnen und Kandidaten umfassenden Liste für alle Länder teil. Insgesamt erhielt die internationalistische Liste/**MLPD** bundesweit 13.551 Stimmen, in Nordrhein-Westfalen 3.631 Stimmen. Wie die **DKP** büßte damit auch die **MLPD** mehr als 26% bundes- und mehr als zwölf Prozent landesweit ihrer Stimmen im Vergleich zur Europawahl im Jahr 2019.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die **Linksjugend [‘solid] NRW** ringt weiterhin um die eigene Position im politischen Spektrum. Die Entstehung neuer Netzwerke im Verband legt nahe, dass die Konflikte um die inhaltliche und strategische Ausrichtung noch nicht abgeschlossen sind und sich auch im Jahr 2025 fortsetzen werden.

Mit Blick auf **DKP** und **MLPD** belegen insbesondere deren Wahlergebnisse die fortgesetzte – auch wahlpolitische – Bedeutungslosigkeit beider Parteien.

Kommunistische Kleingruppen

Sitz/Verbreitung Keine Sitze/bundesweit insbesondere in urbanen Räumen verbreitet.

Gründung/Bestehen seit **Kommunistischer Aufbau**: 2014, **Föderation Klassenkämpferischer Organisationen**: 2022, **Rote Jugend Deutschland**: 2023

Struktur/ Repräsentanz Bundesweite Strukturen mit lokalen bzw. regionalen Gliederungen.

Dem **Kommunistischen Aufbau** sind die **Kommunistischen Frauen** und die **Kommunistische Jugend** angeschlossen.

Die **Föderation Klassenkämpferischer Organisationen** besteht aus **Internationaler Jugend**, **Solidaritätsnetzwerk**, **Frauenkollektiv** und **Betriebskampf**. In NRW bestehen insgesamt 10 lokale Gruppen.

Die **Rote Jugend Deutschland** ist ein bundesweites Netzwerk von eher aktivistisch agierenden lokalen Jugendgruppen. In NRW sind bisher fünf lokale Strukturen festgestellt worden.

Die **Perspektive Kommunismus** ist in Köln und im Raum Duisburg/Essen aktiv.

Die **Kommunistische Partei mit** Ortsgruppen in Köln, Dortmund und Aachen.

Die **Kommunistische Organisation** mit einer Ortsgruppe in Duisburg.

Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2024 Ca. 300

Veröffentlichungen Eigene Websites und Auftritte in den sozialen Medien.

Unregelmäßige Veröffentlichungen von Zeitschriften/Zeitung.

Kurzporträt/Ziele In Deutschland bestehen zahlreiche Klein- und Kleinstgruppen, die ideologisch dem Marxismus-Leninismus und teilweise daran anschließenden ideologischen Strömungen, etwa dem Maoismus, anhängen.

In NRW besonders aktive Organisationen dieses Spektrums sind der **Kommunistischen Aufbau** und die sich mit diesem personell deutlich überschneidende **Föderation Klassenkämpferischer Organisationen** sowie die **Rote Jugend Deutschland**.

Weitere nennenswerte Gruppierungen sind die **Perspektive Kommunismus**, die **Kommunistische Organisation**, und ein von letzterer abgespaltener Teil, der seit 2024 als **Kommunistische Partei** firmiert.

Finanzierung Teilweise Verkauf von eigenen Schriften und Merchandise-Artikeln.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die kommunistischen Kleingruppen folgen im Wesentlichen der von Lenin Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelten revolutionären Strategie. Im Gegensatz zu Karl Marx Vorstellung der kommunistischen Partei als Partei aus der Arbeiterklasse, soll nach Lenin eine Avantgarde, das heißt ideologisch geschulte Berufsrevolutionäre die Partei aufbauen und dann „die politische Erziehung der Arbeiterklasse, die Entwicklung ihres politischen Bewusstseins aktiv in Angriff nehmen.“ (Lenin: Was tun?, Offenbach 1997, S. 80.)

Ziel der in Rede stehenden Gruppen sind die Revolution und die anschließende Etablierung der Diktatur des Proletariats durch die diese Klasse anführende kommunistische Partei. Letztere soll über den Sozialismus in eine klassenlose kommunistische Gesellschaft überführen.

Die Ziele, eine kommunistische Gesellschaft unter Anwendung von Gewalt zu errichten und zu verteidigen, richten sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und unterliegen daher der Beobachtung durch den Verfassungsschutz NRW gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 1 des Verfassungsschutzgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die **Föderation Klassenkämpferischer Organisationen (FKO)** und ihr angehörnde Gruppierungen haben im Jahr 2024 weitere Ortsgruppen in NRW gegründet. Die **Internationale Jugend** verfügt in NRW nunmehr über vier Gruppen, namentlich in Köln, Düsseldorf, Ruhrgebiet (im Raum Essen aktiv) und Hagen-Wuppertal. Das **Solidaritätsnetzwerk** hat Ableger in Köln, Essen, Wuppertal und Dortmund. In Köln besteht außerdem je eine Gruppe des **Frauenkollektivs** und des **Betriebskampfs**.

Diese Struktur geht auf die von Lenin formulierte und anschließend von Josef Stalin weiterentwickelte Vorstellung zurück, dass die kommunistische Partei Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel Gewerkschafter, Bauern, Frauen oder Jugendliche über

nachgeordnete Massenorganisationen erfassen und in ihrem Sinne ideologisch und strategisch anleiten müsse. Auch der bereits seit 10 Jahren bestehende **Kommunistische Aufbau (KA)** verfügt mit der **Kommunistischen Jugend** und den **Kommunistischen Frauen** über zwei solche Vorfeldorganisationen. Faktisch handelt es sich jedoch nicht um Massenorganisationen. Im



Kommunistischer Aufbau bei der Ivana-Hoffmann Gedenkdemonstration am 08.06.2024 in Duisburg.

Gegenteil engagieren sich lokal häufig dieselben Personen sowohl im **KA** und in der **FKO** bzw. in deren Vorfeld.

Seit Ende des Jahres 2023 haben sich bundesweit zuvor nur lose verbundene, aktionsorientierte lokale kommunistische Gruppen zur **Roten Jugend Deutschland** zusammengeschlossen. Die Organisation wendet sich insbesondere an Jugendliche und ruft diese dazu auf „Teil der Bewegung, die diesem Staat den Kampf ansagt“ zu werden. In Nordrhein-Westfalen bestehen lokale Ableger in den urbanen Regionen an Rhein und Ruhr, in Münster und in Bielefeld.



Die Rote Jugend Deutschland richtet sich gezielt an junge Menschen und verspricht eine „revolutionäre“ Gemeinschaft.

Um die eigenen Ziele in die Öffentlichkeit zu tragen und weitere Anhänger zu rekrutieren, sind die Gruppierungen in für den Linksextremismus relevanten Themenfeldern aktiv. Zu nennen sind hier für das Jahr 2024 insbesondere antifaschistische Proteste. So beteiligten sich die genannten Gruppierungen zum Beispiel an den Protesten gegen den Bundesparteitag

der AfD im Juni 2024 in Essen. In einer dem **KA** und der **Internationalen Jugend** zuzurechnenden Lokalität fanden mehrere Vorbereitungstreffen zu den Protesten statt. Teilorganisationen der **FKO** und der **Roten Jugend Deutschland** organisierten darüber hinaus mit anderen linksextremistischen Organisationen eine „Warm-Up Demo“ eine Woche vor dem Parteitag.

Insbesondere der **KA** und die **FKO** führen außerdem regelmäßig eigene Standkundgebungen etwa in Form von Infotischen durch. Dabei werden meist gesamtgesellschaftliche Problemlagen oder aktuelle Ereignisse, wie zum Beispiel Gewalt gegen Frauen beziehungsweise Femizide, Rüstungs- oder Migrationspolitik aufgegriffen. Auch hier wird letztendlich immer das kapitalistische System als Ursache der Probleme identifiziert und der Kommunismus als Lösung derselben präsentiert.

Ein weiteres Betätigungsfeld waren Versammlungen und andere Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt. Die kommunistischen Gruppen positionieren sich dazu klassisch antiimperialistisch auf der Seite der Palästinenser. Der **KA** spricht sogar von „andauernden Kriegsverbrechen durch Israel“ aufgrund „des palästinensischen Angriffs vom 7. Oktober [2023]“. Die **Rote Jugend Deutschland** erklärt: „Die Rebellion des palästinensischen Volkes gegen die ethnische Säuberung und den Apartheidstaat Israel ist gerechtfertigt.“ Dabei ist unverkennbar, dass die kommunistischen Kleingruppen mit dieser Ausrichtung beabsichtigen, für Bevölkerungsgruppen mit identischen Feindbildern, hier etwa Israel oder der „imperialistische Westen“, anschlussfähig zu sein. Man betreibt also Bündnispolitik, um sowohl mehr Größe und Stärke als auch Offenheit und Vielfalt zu suggerieren.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Gründung neuer Ortsgruppen beziehungsweise das erkennbare Bemühen, die einzelnen Gruppen und Personenzusammenschlüsse trotz methodischer und struktureller Unterschiede miteinander zu vernetzen, deutet auf einen strukturellen Wandel des linksextremistischen Spektrums hin. Die seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten Anfang der 1990er Jahre zwar immer existent, aber in der linksextremistischen Szene marginalen marxistisch-leninistischen Zirkel und Kleingruppen, gewinnen mit ihrer scheinbar klaren Ideologie und der daraus abgeleiteten Strategie insbesondere unter Jugendlichen und jungen Menschen offenbar wieder an Zustimmung.

Gleichzeitig brechen alte Konfliktlinien innerhalb des linksextremistischen Spektrums wieder auf. So werden die ideologisch sehr dogmatisch ausgerichteten Organisationen vonseiten sich als antiautoritär verstehender Linksextremisten als autoritäre Bedrohung der eigenen Szene wahrgenommen. Dass sich die Konfliktfelder, „antiautoritäre“ versus „autoritäre“ und „Israelsolidarität“ versus Antiimperialismus/Palästinastasolidarität im Jahr 2025 fortsetzen und möglicherweise sogar verschärfen werden, erscheint wahrscheinlich.

Autonome Linksextremisten

Sitz/Verbreitung	Landesweite Verteilung mit lokalen Schwerpunkten in Ballungszentren
Gründung/Bestehen seit	Ende der 1970er- beziehungsweise Anfang der 1980er-Jahre aus der Studentenbewegung der 1968er-Jahre, der „Sponti“-Szene der 1970er-Jahre und der Punk-Subkultur entstanden
Struktur/ Repräsentanz	Weitgehend hierarchiefreie Netzwerke mit themen- oder aktionsbezogener Ausrichtung; überregionale Treffen, Chat- oder Telefonkonferenzen mit Delegierten örtlicher oder thematisch gebundener Zusammenhänge; Internet als offenes Kontaktmedium
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2024	circa 1.165 ↗
Veröffentlichungen	Hauptsächlich Veröffentlichungen in szenebезogenen Internetportalen, Internetblogs und sozialen Netzwerken
Kurzporträt/Ziele	Die linksautonome Szene als bekannteste Subkultur im Linksextremismus definiert ihre Ziele vorrangig durch Gegenproteste, wohingegen eine gemeinsame Zielsetzung – abgesehen von der Eroberung sogenannter Freiräume – kaum festzustellen ist. Staatliche Strukturen, insbesondere Hierarchien und das staatliche Gewaltmonopol, werden zugunsten eines „selbstbestimmten Lebens“ abgelehnt. Gleichzeitig wenden Autonome zur Durchsetzung ihrer Auffassung auch enthemmte Gewalt gegen Meinungsgegner an und versuchen damit, diese einzuschüchtern und gesellschaftliche Diskurse nach ihren Vorstellungen zu steuern.

Finanzierung

Ereignis- oder anlassbezogene Finanzierung von Kampagnen durch Solidaritätskonzerte und -partys oder Spenden

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Insbesondere die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols und der rechtsstaatlichen Ordnung durch die **linksautonome Szene** bei gleichzeitiger Befürwortung von Gewalt zur Erreichung der eigenen politischen Ziele ist nicht vereinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die **Autonomen** werden daher nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW durch den Verfassungsschutz NRW beobachtet.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Anhaltende spaltende Wirkung des Nahostkonflikts

Der Nahostkonflikt verdeutlicht weiterhin bestehende Spaltungen des links-extremistischen Spektrums. Traditionell verlaufen diese Konfliktlinien zwischen einem pro-palästinensischen und pro-israelischen Lager. Ein kleiner Teil der **linksautonomen Szene** in Nordrhein-Westfalen gehört dem Spektrum der Antideutschen an, die sich aus einem gleichermaßen antifaschistischen und antinationalen Grundverständnis heraus uneingeschränkt israelolidarisch positionieren. Demgegenüber stehen anti-imperialistische, insbesondere internationalistisch und marxistisch ausgerichtete Gruppierungen, die sich palästinasolidarisch verstehen.

Nachdem im Jahr 2023 der Fokus eher auf den direkten Auswirkungen der Terroranschläge gegen den Staat Israel vom 7. Oktober 2023 lag, rückte im Betrachtungszeitraum vor allem das Vorgehen Israels im Gazastreifen und im Libanon in den Mittelpunkt. Im Jahresverlauf 2024 kam es von linksextremistischen Akteuren, die in diesem Aspekt teils diametral gegensätzliche Positionen vertreten, zu gegenseitigen Aufrufen des Boykotts, Vorwürfen unreflektierter Parteinahme und fehlender Solidarität. Als Folge konnte eine weitere Spaltung auf persönlicher und Gruppenebene beobachtet werden, die sich unter anderem in Form der Beendigungen von Kooperationen zeigte.

Themenfeld Antimilitarismus

Ein weiteres traditionell linksextremistisches Themenfeld ist der Antimilitarismus. So fand in der Zeit von 3. bis 8. September 2024 in Kiel (Schleswig-Holstein) ein Aktionscamp des antimilitaristischen Bündnisses „Rheinmetall Entwaffnen“ (RME) statt.

Dieses Camp diente der Organisation eines Protestes gegen den Rüstungskonzern Rheinmetall und darüber hinaus der weiteren Vernetzung von Akteuren im Themenfeld Antimilitarismus. Die Firma Rheinmetall ist im Zuge des Ukraine-Krieges und der damit verbundenen höheren Aufwendung von Mitteln für die Bundeswehr zu einem der Hauptadressaten antimilitaristischer Proteste geworden. Das Unternehmen hat seinen Hauptsitz in Düsseldorf, an dem im Berichtszeitraum ebenfalls Protestaktionen extremistischer und nicht-extremistischer Rüstungsgegner stattfanden. An dem zentralen Camp in Kiel nahmen 300 bis 350 Personen teil. Eine Abschlussdemonstration der Proteste fand unter der Beteiligung von ca. 1.000 Personen statt. Dabei wurde das bereits bestehende Vernetzungspotenzial der bundesweiten linksextremistischen Szene im Themenfeld Antimilitarismus sichtbar. Während die Demonstrationen im Verlauf der Protestwoche in weiten Teilen zivildemokratisch getragen waren, beteiligten sich insbesondere an dem Camp sowie an der Abschlussdemonstration am 7. September auch viele Akteure des linksextremistischen Spektrums, darunter auch Linksextremisten aus NRW. Im Rahmen dieser Proteste kam es unter anderem zu tätlichen Angriffen auf Polizeibeamte sowie Vermummungen und dem Zünden von Pyrotechnik. Das organisierende Bündnis RME wertete die Proteste insgesamt als Erfolg.

Ökologie: „Gremberger Wäldchen“

Auch im Jahr 2024 waren Proteste gegen die Rodung von Wäldern für Akteure im Themenfeld Ökologie wieder aktionsrelevant. Für eine Verbreiterung der Bundesautobahn (BAB) 4 im Kölner Südosten sollten Teilbereiche des Waldstücks „Gremberger Wäldchen“ gerodet werden. Dagegen bildeten sich zivildemokratische Protestbündnisse. Am 14. Juni 2024 besetzte eine niedrige zweistellige Anzahl von Personen einen Teil des Waldes mit Forderungen nach dem Erhalt des Waldstücks, Klimagerechtigkeit und einer „sozial-ökologisch gerechten Mobilitätswende“. Bis Anfang Juli 2024 wuchs die Zahl der Waldbesetzer inklusive des im Wald regelmäßig festzustellenden Unterstützerspektrums auf eine mittlere zweistellige Personenzahl an. Am 3. Juli 2024 kam es zur Räumung sowohl einer Mahnwache als auch der Strukturen der Waldbesetzung.

Während große Teile der Proteste zugunsten des Erhalts des „Gremberger Wäldchens“ zivildemokratisch geprägt waren und sind, setzte sich die Besetzerszene überwiegend aus extremistischem Personenpotenzial zusammen. So wurden etwa die Baumstrukturen durch Angehörige der linksextremistischen Szene mit engen personellen Verbindungen in andere extremistische Waldbesetzungen und Teile des Braunkohleprotests (unter anderem Lützerath, Hambacher Forst) errichtet. Weitere extremistische Verbindungen lassen sich im Kontext der virtuellen Öffentlichkeitsarbeit feststellen. So wurde die Besetzung von Anfang an öffentlich durch Gruppen der

Umweltgerechtigkeitsbewegung beworben und unterstützt, die entweder im Verdacht stehen, extremistisch zu sein, wie *Ende Gelände* Köln, oder erwiesen extremistisch gesteuert sind, so etwa die anarchistisch geprägten Kleingruppen „Zucker im Tank“, „DISRUPT“ oder „Wald statt Asphalt“. Bereits in der Vergangenheit versuchten extremistisch beeinflusste oder gesteuerte Umweltgruppen als Teil ihrer Entgrenzungsstrategie, zivildemokratische Bündnisse über das Einfallstor gemeinsamer Themen für Kooperationen zu gewinnen und im Sinne der eigenen Ziele zu beeinflussen. In Teilen der zivildemokratischen Bevölkerung ist das Bewusstsein dafür, dass Extremisten sich mit dem (Fern-)Ziel der Abschaffung der freiheitlichen Demokratie und des demokratischen Rechtsstaates als Aktions- oder Bündnispartner nur scheinbar für die gemeinsame Sache engagieren, nicht ausreichend ausgeprägt. Überdies zeigt der Komplex „Gremberger Wäldchen“ die strategische Kontinuität im Handeln der Akteure, die in Teilen bereits an anderen Waldbesetzungen beteiligt waren, und verdeutlicht das Fortbestehen bereits existierender Netzwerke.



Polizeieinsatz im „Gremberger Wäldchen“

Themenfeld Antifaschismus

Das Themenfeld Antifaschismus hat auch im extremistischen Kontext im Jahr 2024 wieder ein anlassbezogenes Hoch erfahren. Ursache dafür war eine Kumulation verschiedener Faktoren, wie unter anderem die Recherchen des Medienkollektivs Correctiv sowie die hohen Umfrage- und Wahlergebnisse für die AfD. Auch das bedeutendste Ereignis des Jahres für die linksextremistische Szene in NRW stand im Zeichen von antifaschistischen Protesten: Die Mobilisierung gegen den 15. Bundesparteitag der AfD in Essen, dem sich das Kapitel „Im Fokus“ widmet.

Resonanzen nach dem Attentat in Solingen im August 2024

Während eines Stadtfestes in Solingen am 23. August 2024 kam es zu einem Messerangriff eines mutmaßlich islamistischen Attentäters mit drei getöteten und mehreren schwerverletzten Menschen. Für den 25. August 2024 meldete die AfD-Nachwuchsorganisation „Junge Alternative“ als Reaktion auf die Tat zwischen 18 und 19 Uhr eine Demonstration zum Thema „Remigration rettet Leben“ mit 50 Personen in Solingen an. Anmeldungen für Gegenveranstaltungen am Abend des 25. August 2024, ebenfalls in Solingen, erfolgten durch ein zivildemokratisches Bündnis und auch durch die linksextremistische **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands** (MLPD). Letztere führte eine Veranstaltung mit dem Titel „Keinen Fußbreit jeder Spielart des Faschismus“ durch, zu der 50 bis 150 Personen angemeldet worden waren. Im Nachgang der Veranstaltung der „Junge Alternative“ kam es zu gefährlichen Körperverletzungen zum Nachteil zweier Veranstaltungsteilnehmer der Versammlung „Remigration rettet Leben“, die von 20 bis 30 Personen aus dem linksextremistischen Spektrum mit Stöcken angegriffen wurden.



Proteste nach Solinger Anschlag

Dieser Zusammenstoß verdeutlicht erneut das Aggressionspotenzial der **linksextremistischen Szene** und zeigt, dass es bei bieten- den Gelegenheiten und entsprechendem Emotionalisierungsgrad der Szene grundsätzlich zu körperlichen Übergriffen auf den politischen

Gegner kommen kann. Dabei ist auf Seiten der linksextremistischen Akteure seit geraumer Zeit eine Tendenz festzustellen, zunehmend hemmungslos Gewalt auch gegen Personen einzusetzen.

Proteste gegen einen Vortrag bei der Burschenschaft „Rhenania-Salingia“



Proteste gegen den Vortrag

Die Düsseldorfer Burschenschaft „Rhenania-Salingia“ richtete am 19. Juni 2024 in ihren Räumlichkeiten einen Vortrag zum Thema „AfD-Verbot“ aus, in dem sie sich im Sinne der Partei kritisch mit dem Instrumentarium eines Parteienverbots auseinandersetzte. Hiergegen hatten verschiedene

Gruppen zu Protestkundgebungen aufgerufen. Traditionell stehen Burschenschaften sowie die AfD und deren Veranstaltungen im Zielspektrum der linksextremistischen Szene und gelten insbesondere in der gewaltbereiten **autonomen Szene** als Feindbild. Neben einem zivildemokratischen Bündnis rief auch das extremistisch geprägte Offene Antifaschistische Treffen Düsseldorf zu Protesten auf mit dem Ziel, den Vortrag zu stören. Ein Veranstaltungsteilnehmer des Vortrages wurde durch einen Teilnehmer aus dem Gegenprotest körperlich angegangen.

Landfriedensbruch im Zusammenhang mit Protesten gegen die AfD am 29. September 2024 in Aachen

Nach Bekanntwerden einer Veranstaltung der AfD/JA in einer Gastronomie in der Aachener Innenstadt kam es am 29. September 2024 in Aachen zu spontanen Protesten von ca. 200 Personen, auch unter der Beteiligung der linksextremistischen Szene (beispielsweise der Antifa Jugend Aachen). Etwa 40 Teilnehmer der Protestveranstaltung versuchten in Folge die Lokalität zu stürmen, wurden jedoch von eingesetzten Polizeikräften daran gehindert. Die Sicherheit der Veranstaltung konnte nur durch eine erhöhte Polizeipräsenz gewährleistet werden. Auch dieser Zusammenstoß stellt ein weiteres Beispiel für die Radikalität im Freund-Feind-Denken von Linksextremisten dar.

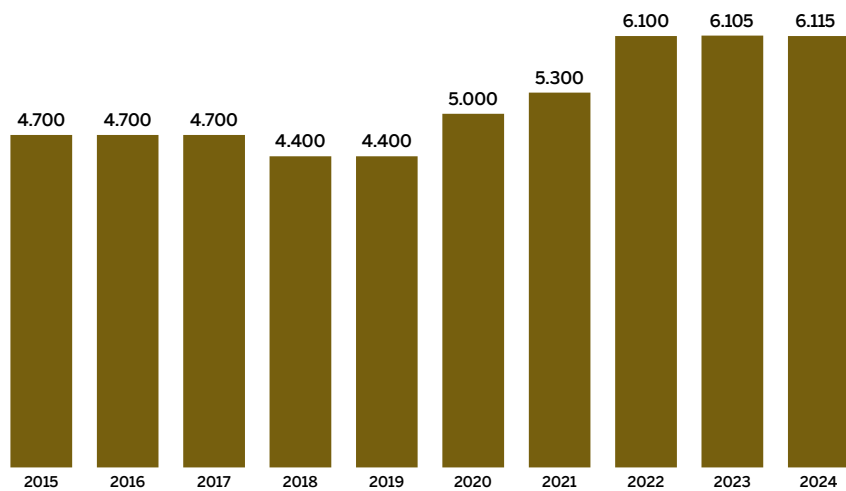
Themenfeld Antirepression: Proteste nach Urteilsspruch am 12. Dezember 2024 in Dortmund

Am 12. Dezember 2024 wurde in einem Prozess gegen fünf Polizeibeamte das Urteil verkündet, die im August 2022 im Rahmen eines Einsatzes auf einen Geflüchteten aus dem Senegal geschossen hatten. Der geflüchtete, Mouhamed D., war an seinen Verletzungen verstorben. Nach der Verkündung eines Freispruchs aller angeklagten Polizeibeamten kam es am 12. Dezember 2024 in Dortmund zu Protesten mit mehr als 1.500 Personen. Unter den Teilnehmern befanden sich auch Akteure des links-extremistischen Spektrums. Diese Extremisten instrumentalisierten die tödlichen Schüsse und die damit verbundenen Freisprüche für ihre Kritik an der Polizei als staatliches Repressionsinstrument und sahen sich in ihrer Sichtweise bestätigt, dass es keine Gerechtigkeit im „herrschenden System“ gäbe. Im weiteren Sinne instrumentalisierte die Szene das Verfahren auch, um immer wieder bemühte Motive des Abolitionismus – die Forderung nach Abschaffung von Polizei und Justiz – anzubringen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der Berichtszeitraum ist gekennzeichnet durch strukturellen Wandel in der links-extremistischen Szene ohne eine nennenswerte Erhöhung des Aktionspotenzials. Oft haben ältere Strukturen aus verschiedenen Gründen an Bedeutung verloren und an Aktionsfähigkeit eingebüßt, während jüngere, vor allem aktionsorientierte Akteure in die entstandenen Freiräume stießen. So ist auch im Themenfeld Ökologie nach der relativen Vielzahl an Ereignissen in den vergangenen Jahren ein Rückgang an Aktivitäten zu verzeichnen, auch wenn frühere Strukturen und Netzwerke weiterhin fortbestehen und nicht an Radikalität und Militanz verloren haben. Der andauernde Nahostkonflikt verdeutlicht weiterhin die existierenden Spaltungen zwischen Antiimperialisten und der antideutschen Minderheit in der linksextremistischen Szene. Auch für das kommende Jahr scheint eine Konsolidierung dieser diametral gegensätzlichen Standpunkte unwahrscheinlich. Die Themenfelder Antirepression, Antimilitarismus und Antifaschismus verfügen weiterhin über eine einigende Wirkung der ansonsten heterogenen linksextremistischen Szene. So hat insbesondere der Antifaschismus im vergangenen Jahr einen anlassbezogenen Bedeutungshöhepunkt erfahren. Grundlage dafür war eine Kumulation verschiedener Faktoren wie die Recherchen des Medienkollektivs Correctiv, die hohen Umfrage- und Wahlergebnisse zugunsten der AfD sowie der Versuch von Akteuren des rechten Spektrums, den Anschlag von Solingen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Für die linksextremistische Szene werden viele Themen des Jahres 2024 auch im Jahr 2025 ihre Relevanz behalten. Im Themenfeld Antifaschismus dürfte die vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar 2025 und in dem Kontext der Wahlkampf und das Abschneiden der AfD von nicht unerheblicher Bedeutung sein. Nach wie vor sind der Nahostkonflikt und der Krieg in der Ukraine diskursbestimmend im Themenfeld Antimilitarismus, aber auch im Antiimperialismus. Zugleich wird es hier weiterhin zu Auseinandersetzungen entlang der beiden Pole antiimperialistische und antideutsche Linke kommen. Mit Blick auf die jüngsten Geschehnisse in Syrien wird im Linksextremismus auch der Umgang der Regierungsverantwortlichen mit Geflüchteten, insbesondere aus Syrien, von Relevanz sein. Abzuwarten bleiben wird, ob die Ablösung des Assad-Regimes durch das islamistische **HTS**-Bündnis zu einer Rückkehrwelle geflüchteter Menschen nach Syrien, oder mittelfristig zu neuen Fluchtbewegungen in Richtung Deutschland mit entsprechenden Auswirkungen auf die rechts- und die linksextremistische Szene führen wird. Reaktionen linksextremistischer Akteure sind schließlich auch auf klimapolitische Entscheidungen der neu zu wählenden Bundesregierung zu erwarten.



Personenpotenzial im auslandsbezogenen Extremismus

Auslandsbezogener Extremismus

Zusammenfassung

Im nicht islamistischen auslandsbezogenen Extremismus werden Organisationen beobachtet, bei denen sich sowohl Ideologeelemente aus dem Rechts- als auch aus dem Linksextremismus finden lassen. Ein deutlicher Schwerpunkt liegt bei Beobachtungsobjekten mit Bezügen zur Türkei. Im Linksextremismus sind dies die **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)** und die **Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (DHKP-C)**. Im rechtsextremistischen Spektrum umfasst dies die **Ülkücü-Bewegung**, deren Anhänger auch als **Graue Wölfe** bezeichnet werden. Neben den drei Dachverbänden Föderation der **Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF)**, **Union der Türkisch Islamischen Kulturvereine in Europa e.V. (ATIB)** und der **Föderation der Weltordnung in Europa (ANF)** gehört hierzu auch die sogenannte freie Szene der **Ülkücü-Bewegung**. Daneben rückten nach den Terroranschlägen der **HAMAS** gegen den Staat Israel am 7. Oktober 2023 und den darauffolgenden militärischen Auseinandersetzungen die Aktivitäten des Vereins „**Palästina Solidarität Duisburg**“ in den Fokus des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes.

Terroristische Aktivitäten der PKK

Nach wie vor ist die **PKK** in Europa darum bemüht, nach außen als legalistische Organisation zu erscheinen und dadurch ihre Streichung von der Europäischen Liste der Terrororganisationen (sogenannten EU-Terrorliste) zu erreichen. Aus strategischen Erwägungen verzichtet die **PKK** daher auch in Deutschland grundsätzlich auf die Anwendung von Gewalt. Mit dem Anschlag auf das türkische Luft- und Raumfahrtunternehmen TUSA im Oktober 2024, bei dem mindestens fünf Menschen getötet und zweiundzwanzig verletzt wurden, hat die **PKK** jedoch erneut bewiesen, dass sie zumindest außerhalb Europas unverändert gewaltsame terroristische Aktivitäten zur Erreichung ihrer Ziele entfaltet.

Urteil im Verfahren gegen Funktionäre der DHKP-C

Im November 2024 wurden in einem vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf geführten Strafprozess die Urteile gegen drei hochrangige Funktionäre der **DHKP-C** gesprochen. Die Angeklagten wurden wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland zu Freiheitsstrafen zwischen drei Jahren und drei Monaten sowie fünf Jahren verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Staatliche Exekutivmaßnahmen und die Situation von in Haft befindlichen Mitgliedern der Organisation standen auch im Jahr 2024 im Fokus öffentlicher Aktivitäten der Anhänger der **DHKP-C**. Wie bereits in den vergangenen Jahren führten Aktivisten und Sympathisanten aus dem Umfeld der **DHKP-C** in verschiedenen Städten im Bundesgebiet, auch in Nordrhein-Westfalen, entsprechende Solidaritätskundgebungen durch.

Aktivitäten der Grauen Wölfe (Ülkücü-Bewegung)

In Deutschland manifestiert sich der türkische Rechtsextremismus in drei Dachverbänden sowie einer verbandsunabhängigen **freien Szene der Ülkücü-Bewegung**.

Zentrales Merkmal der Bewegung ist die Idealisierung der eigenen türkischen Identität bei gleichzeitiger Herabwürdigung anderer Volksgruppen und politischer Gegner. Ziel ist die Vereinigung aller Turkvölker in einem Staat „Turan“. Damit geht eine deutliche Überhöhung der türkischen Ethnie sowie eine Herabwürdigung anderer Ethnien durch das Pflegen von Feindbildern einher.

Während die Dachverbände der **Ülkücü-Bewegung** in der Außendarstellung um ein gemäßigtes Auftreten bemüht sind, propagieren die Anhänger der **freien Szene** ihre extremistische Ideologie im digitalen Raum sehr offen.

Verbot von Palästina Solidarität Duisburg

Nach den Terroranschlägen der **HAMAS** gegen den Staat Israel und den darauffolgenden militärischen Auseinandersetzungen konnten auch vermehrte extremistische Aktivitäten aus dem propalästinensischen nicht-islamistischen Spektrum wahrgenommen werden. So hatte etwa der bereits im Mai 2023 gegründete Verein **Palästina Solidarität Duisburg** seine Aktivitäten nach dem terroristischen Angriff der **HAMAS** deutlich intensiviert. Dabei wurden seitens des Vereins antisemitische Narrative verwendet, Sympathien für den bewaffneten Widerstand geäußert und das Existenzrecht des Staates Israel negiert.

Am 16. Mai 2024 wurde der Verein **Palästina Solidarität Duisburg** durch das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen verboten und aufgelöst, da sich dieser gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung richtete.

Im Fokus: Verbot des Vereins Palästina Solidarität Duisburg

Am 16. Mai 2024 wurde der Verein **Palästina Solidarität Duisburg** durch das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen verboten und aufgelöst, da sich dieser gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung richtete. Palästina Solidarität Duisburg verwendete antisemitische Narrative, befürwortete den bewaffneten Widerstand gegen den Staat Israel und negierte dessen Existenzrecht.

Rechtliche Grundlage für das Verbot sind Artikel 9 Absatz 2 des Grundgesetzes in Verbindung mit Paragraph 3 Absatz 1 und 3 des Vereinsgesetzes.

Nach der Gründung von **Palästina Solidarität Duisburg** im Mai 2023 war die Gruppierung in sozialen Netzen sowie realweltlich zunächst moderat aktiv. Nach den Terroranschlägen der **HAMAS** auf den Staat Israel am 7. Oktober 2023 hatte der Verein seine Aktivitäten deutlich intensiviert.

Aufgrund der sich abzeichnenden ideologischen Ausrichtung von **Palästina Solidarität Duisburg** sowie der öffentlichkeitswirksamen antiisraelischen Agitation des Vereins ist dieser in den Fokus des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes gerückt. Die gewonnenen Erkenntnisse wurden zu Beginn des Jahres der zuständigen Verbotsbehörde mitgeteilt. Die zuständige Abteilung des Ministeriums des Innern des Landes NRW hat aufbauend auf diesen Erkenntnissen und nach eingehender rechtlicher Prüfung eine Verbotsverfügung erlassen. Am 16. Mai 2024 erfolgte der Vollzug des Verbotes mit der Übergabe der Verbotsverfügung an die führenden Mitglieder des Vereins, den Durchsuchungen von Wohnungen und der Beschlagnahme von Beweismitteln. Weitere Folge des Verfahrens ist das Verbot der Gründung von Ersatzorganisationen und das Verwenden von Kennzeichen des Vereins. Die Internetauftritte wurden abgeschaltet.

Als Reaktion auf das Verbot erfolgten zahlreiche Solidaritätsbekundungen im gesamten Bundesgebiet. So fand der Hashtag #wirsindallePSDU bundesweite Verwendung in den sozialen Medien. Am 15. Juni 2024 erhoben der Verein sowie zwei ehemals führende Mitglieder, die auch von den Durchsuchungen am Tag des Vollzugs betroffen waren, Klage gegen die Verbotsverfügung und beantragten zugleich die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage beim zuständigen Oberverwaltungsgericht Mün-

ster, um bis zu einer gerichtlichen Entscheidung den Verein fortführen zu dürfen. Ferner wurde am 18. Juni 2024 die Gründung des Komitees gegen das Verbot von **Palästina Solidarität Duisburg** bekanntgegeben. Das Komitee soll die Klage des Vereins sowie der beiden ehemaligen Mitglieder unterstützen, indem es Öffentlichkeitsarbeit leistet sowie Spendengelder für die Prozesskosten sammelt.

Die zwei Kläger reisten während des Berichtszeitraumes durch das gesamte Bundesgebiet und hielten Vorträge zum Verbot bei zahlreichen Veranstaltungen. Primär traten in diesem Zusammenhang die beiden ehemaligen Funktionäre in Erscheinung. So reiste einer der beiden Kläger Anfang Oktober 2024 zum Palästina-Kongress nach Wien und hielt dort einen Vortrag über das Vereinsverbot.

Mit Beschluss vom 15. November 2024 lehnte das Oberverwaltungsgericht Münster den Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage als unbegründet ab. Der Beschluss ist unanfechtbar.

Im Rahmen der summarischen Prüfung stellte das Gericht fest, dass der Verein **Palästina Solidarität Duisburg** die **HAMAS** unterstützte, das Existenzrecht Israels verneinte und zur gewaltsamen Beseitigung des Staates Israel aufrief.

Im Ergebnis bestätigte das OVG Münster die Argumentation der Verbotsverfügung und stellte fest, dass der Verein **Palästina Solidarität Duisburg** kontinuierlich gegen den Staat Israel hetzte und damit im Widerspruch zum Gedanken der Völkerverständigung Gewalt in das Verhältnis von Israelis und Palästinensern trug.

Somit bleibt der Verein **Palästina Solidarität Duisburg** bis zur Entscheidung im

Hauptsacheverfahren verboten, eine Wiederaufnahme der Tätigkeiten des Vereins bleibt weiterhin untersagt.



Durchsuchungen in Duisburg

Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe)



Sitz/Verbreitung	Landesweit mit Schwerpunkten in Ballungszentren
Gründung/Bestehen seit	1978 Gründung der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu – ADÜTDF) 1987 Abspaltung und Gründung der Union der Türkisch-islamischen Kulturvereine in Europa e.V. (Avrupa İslam Kültür Dernekleri Birliği – ATIB) von der heutigen ADÜTDF 1994 Gründung der Föderation der Weltordnung in Europa (Avrupa Nizam-ı Alem Federasyonu – ANF)
Struktur/ Repräsentanz	Ca. 70 ADÜTDF Vereine in NRW Sieben ATIB-Vereine in NRW und der Dachverband mit Sitz in Köln Vier ANF-Vereine in NRW
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2024	Freie Szene der Ülkücü-Bewegung: 800 ➔ Vereinsgebundene ADÜTDF-Mitglieder: 2.000 ➔ Vereinsgebundene ATIB-Mitglieder: 600 ➔ Vereinsgebundene ANF-Mitglieder: 300 ➔

Veröffentlichungen	ADÜTDF: Webseiten, Facebook-, Instagram-, X und TikTok-Profil und -Gruppen, YouTube ATIB: Zeitschrift „Referans“, Webseiten, Facebook-, Instagram-, X- und TikTok-Profil und -Gruppen, YouTube ANF: Zeitschrift „Alperen“, Webseiten, Facebook-, Instagram-, X- und TikTok-Profil und -Gruppen, YouTube
Kurzporträt/Ziele	In NRW sind drei Dachverbände der Ülkücü-Bewegung zuzuordnen: die ADÜTDF, die ATIB und die ANF Die heterogene türkisch-rechtsextremistische Ülkücü-Bewegung zeichnet sich durch ihr turanistisches Weltbild aus. Die politische und geschichtliche Bedeutung des Osmanischen Reiches dient als narrative Grundlage für die Überlegenheit der türkischen Nation. Zentrales Merkmal der Bewegung ist somit die Idealisierung der eigenen türkischen Identität bei gleichzeitiger Herabwürdigung anderer Volksgruppen und politischer Gegner. Ziel ist die Vereinigung aller Turkvölker in einem Staat „Turan“.
Finanzierung	ADÜTDF: Mitgliedsbeiträge und Spenden ATIB: Mitgliedsbeiträge und Spenden ANF: Mitgliedsbeiträge, Spenden, Verkauf von beispielsweise Kalendern

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Wegen ihres extremistischen-nationalistischen Gedankengutes handelt es sich bei der **Ülkücü-Bewegung** um eine Gruppierung, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung beziehungsweise gegen das friedliche Zusammenleben der Völker richtet und zugleich gegen den im Grundgesetz verankerten Gleichheitsgrundsatz verstößt. Somit erfüllt diese Bewegung mit ihren Gruppierungen die Voraussetzungen zur Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörde (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 4 VSG NRW).

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Nordrhein-Westfalen verfügt über eine sehr große türkische und türkeistämmige Community, so dass gesellschaftliche und politische Entwicklungen in der Türkei sowie die Türkei betreffende Inhalte grundsätzlich dazu geeignet sind, Stimmungen, Diskurse und Aktivitäten hierzulande zu beeinflussen. So war auch die Fußball-Europameisterschaft 2024, die auch in Nordrhein-Westfalen stattgefunden hat, ein wesentliches Thema. Nicht zuletzt das Zeigen des sogenannten „Wolfsgrußes“ durch einen türkischen Fußball-Nationalspieler nach einem Tor, rückten die **Ülkücü** Ideologie und deren Symbolik in den Fokus. Das wichtigste Erkennungszeichen der Bewegung ist der „graue Wolf“ (Bozkurt). Seinen Ursprung hat der „graue Wolf“ in der türkischen Mythologie. Eine Wolfsfigur als Retter der Turkvölker und Garant des Sieges wird in zahlreichen Ausprägungen in den Mythen verschiedener Turkvölker beschrieben.

Die zum Wolfsgruß geformte Hand wird von Anhängern der **Ülkücü-Bewegung** als



Wolfsgruß-Debatte überschattete EM-Viertelfinale

Gruß- und Erkennungszeichen verwendet. Im bestimmten Kontext dient diese Geste zudem der Provokation des politischen Gegners. Letzteres kann häufig beim Aufeinandertreffen zwischen nationalistischen Türken und kurdischstämmigen Personen vorkommen.

Innerhalb der Anhängerschaft der **Ülkücü-Be-**

wegung ist eine ausgeprägte Verharmlosung des Wolfsgrußes zu einem ausschließlichen Symbol aller Türken und Turkvölker zu vernehmen. Eine rechtsextreme Bedeutung wird abgestritten. Obgleich ein diesbezügliches öffentlich wirksames Statement seitens der Dachverbände ausgeblieben ist, bekennen sich einige Vereine und auch Vereinsmitglieder zum Wolfsgruß als vermeintlich „harmlose“ Geste des Türkentums.

Die **ADÜTDF** bringt ihre ideologische Ausrichtung weiterhin unverkennbar zum Ausdruck. Zum Teil enthalten Ihre Profilseiten in den Sozialen Medien eine starke Prägung der klassischen **Ülkücü** Symbolik: Anhänger, die den Wolfsgruß zeigen, Vereinsräume, die die drei Halbmonde und den heulenden Wolf zeigen. Zudem agiert die **ADÜTDF**

als Deutschlandorganisation der politischen Partei in der Türkei („Partei der Nationalistischen Bewegung“ - MHP: „Milliyetçi Halk Partisi“) stets im Sinne dieser Ideologie. Demgemäß wird auch den klassischen Vordenkern gedacht.

Die **ATIB** ist im Gegensatz zur **ADÜTDF** bemüht, den Bezug zum türkischen Rechtsextremismus nicht offen darzulegen. Der Dachverband und die einzelnen Vereine treten vorwiegend mit Bildungs-, Sport- und Freizeitangeboten für ihre Mitglieder und insbesondere für Jugendliche in Erscheinung, um in der Außenwirkung den Eindruck einer professionellen legalistischen Organisation zu erwecken. Als fester Bestandteil sind die **Ülkücü** Ideologie sowie die Türkische-Islamische Synthese jedoch nicht nur bei der **ATIB** und ihren Ortsvereinen als Organisation, sondern auch bei den einzelnen Mitgliedern zu erkennen.

Die **ANF** ist gleichermaßen um eine gemäßigte Außendarstellung bemüht. Nach wie vor ist sie jedoch von einem ausgeprägten Märtyrerkult geprägt. Muhsin Yazıcıoğlu, der bis heute als wichtige Identifikationsfigur innerhalb der türkischen rechtsextremistischen Szene gilt, wird nicht nur von Ortsvereinen der **ANF**, sondern auch von einzelnen Mitgliedern verehrt. So fand etwa im März 2024 das siebte Symposium zum Thema Muhsin Yazıcıoğlu statt. („Uluslararası Muhsin Yazıcıoğlu Sempozyumu“ zu dt. „Internationales Muhsin Yazıcıoğlu Symposium“).

Die Anhänger der sogenannten **freien Szene der Ülkücü-Bewegung** sind vorrangig im digitalen Raum aktiv und verfügen teilweise über eine hohe Reichweite. Unabhängig von der Ausprägung der **Ülkücü** Ideologie wurden in diesem Kontext zum Teil rassistische und antisemitische Inhalte verbreitet und gleichzeitig Kritik am Westen und insbesondere an Deutschland geübt. In den sozialen Medien sind Selbstinszenierungen zu finden, die die eigene türkische Stärke und Überlegenheit darlegen sollen. Auch aus der freien Szene der **Ülkücü-Bewegung** sind bisweilen starke Einflüsse in regionalen Vereinsstrukturen feststellbar. Dies gilt etwa für den in Duisburg ansässigen Kampfsportverein „Turan T.C.“. In den sozialen Medien bekennt sich dieser Verein zur **Ülkücü** Ideologie und fällt durch die Verwendung von einschlägiger **Ülkücü** Symbolik sowie der Idealisierung eines turanistischen Weltbildes auf.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Es ist zu beobachten, dass Mitglieder der Dachverbände der **ADÜTDF** sowie der **ATIB** insbesondere um die Nähe zu deutschen und türkischen Verbänden und Einrichtungen bemüht sind, um gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen und so Einfluss auf den politischen Diskurs zu nehmen. Immer wieder kommt es zu Kennbeziehungen und

Bekanntschaften mit Vertretern aus dem politischen Raum. Durch die Einbindung in kommunale Strukturen gelingt es den Dachverbänden, ihr legalistisches Ansehen zu unterstreichen und so Akzeptanz in der Gesellschaft zu erlangen. Dies kann mitunter zur Entgrenzung innerhalb dieser führen.

Mittels diverser Vereinsaktivitäten, wie etwa Bildungs-, Kultur- und Sportveranstaltungen versuchen die einzelnen Vereine ihre Strukturen weiter auszubauen und vor allem Jugendliche an sich zu binden. Kooperationen mit in der Türkei ansässigen Organisationen und Institutionen mit dem Ziel der Erhaltung und Entwicklung der kulturellen Identität der europäischen Türken sind grundsätzlich geeignet, sich als Vertreter der in Deutschland lebenden Türken darzustellen und diese für sich zu gewinnen.

Während die Dachverbände der **Ülkücü-Bewegung** in der Außendarstellung um ein gemäßigtes Auftreten bemüht sind, propagieren die Anhänger **der freien Szene** ihre extremistische Ideologie im digitalen Raum sehr offen. Die Verbreitung türkisch nationalistischer Narrative und Kommentare in ideologischer Färbung kann im Ergebnis zu einer Polarisierung der Gesellschaft führen. Durch die Bildung von türkisch rechtsextremistischen Vereinigungen werden vor allem jüngere Menschen erreicht, so dass in diesem Sinne die **Ülkücü** Ideologie an nachfolgende Generationen übergeben wird und sich verfestigen kann.

Die gesamte **Ülkücü-Bewegung** versucht so, das gesellschaftliche und politische System zugunsten ihrer Grund- und Werteordnung mitzugestalten und ihre Agenda im Interesse ihrer Anhängerschaft gesellschaftspolitisch zu etablieren.

Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi – DHKP-C)



Sitz/Verbreitung Türkei, europaweite Verbreitung mit Schwerpunkt Süd- und Westeuropa.

Gründung/Bestehen seit 1994, hervorgegangen aus der 1978 gegründeten revolutionären Linken (Devrimci Sol – Dev-Sol)

Struktur/ Repräsentanz Generalsekretär, Zentralkomitee sowie länder- und gebietsverantwortliche Funktionäre.

Nach dem Tod von Dursun Karatas im Jahr 2008 wurde offiziell noch kein Nachfolger für das Amt des Generalsekretärs bestimmt.

Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2024 circa 200 ➔

Veröffentlichungen Publikationen „Devrimci Sol“ (unregelmäßiges Erscheinen) und „Halk Okulu“ (bis 2019 „Yürüyüş“)

Web-Angebot: Eigener Internetauftritt, Nutzung von sozialen Netzwerken

Kurzporträt/Ziele Die in der Türkei und in Deutschland verbotene **Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi – DHKP-C)** verfolgt das Ziel, das bestehende türkische Staatssystem durch eine bewaffnete Revolution zu zerschlagen, um ein sozialistisches System zu errichten. Auf der ideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus propagiert die **DHKP-C** einen bewaffneten Volkskampf unter ihrer Führung.

Die Organisation tritt damit für eine revolutionäre Überwindung der türkischen Staats- und Gesellschaftsordnung ein. Hierzu führt sie in der Türkei auch terroristische Aktionen durch. In Deutschland kann die **DHKP-C** aufgrund ihres Verbotes im Jahr 2000 nicht offen agieren. Sie handelt daher über Vereine, deren Satzungen keinen Rückschluss auf die Zugehörigkeit zur Organisation zulassen oder deren Verbindungen zur **DHKP-C** nur schwer nachweisbar sind.

Finanzierung Spenden und Erlöse aus dem Verkauf von Publikationen sowie Eintrittsgelder von Veranstaltungen.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Mit ihrem Bestreben gefährdet die **DHKP-C** sowohl die innere Sicherheit als auch die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 VSG NRW).

Die **DHKP-C** ist eine Nachfolgeorganisation der in der Bundesrepublik Deutschland seit dem Jahr 1983 verbotenen Devrimci Sol. Seit dem Verbot im Jahr 1983 werden politische Aktivitäten konspirativ fortgesetzt. Die **DHKP-C** selbst ist in Deutschland seit dem 1. Februar 2000 rechtskräftig verboten. Im Mai 2002 hat der Rat der Europäischen Union die **DHKP-C** auf die europäische Liste der Terrororganisationen gesetzt.

Der politische Flügel der **DHKP-C** gibt sich selbst den Namen Revolutionäre Volksbefreiungspartei (Devrimci Halk Kurtulus Partisi – DHKP), während sich der militärische Arm der **DHKP-C** als Revolutionäre Volksbefreiungsfront (Devrimci Halk Kurtulus Cephesi – DHKC) bezeichnet.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Öffentliche Aktivitäten der linksextremistischen **DHKP-C** standen im Berichtszeitraum erneut überwiegend im Zusammenhang mit staatlichen Exekutivmaßnahmen und der Situation von sich in Haft befindlichen Führungskadern und Mitgliedern der Organisation. Wie bereits in den vergangenen Jahren führten Aktivisten und Sympathisanten aus dem Umfeld der **DHKP-C** in verschiedenen Städten im Bundesgebiet Solidaritätskundgebungen durch. Auch in Nordrhein-Westfalen fanden in diesem Rahmen verschiedene Versammlungen und Kundgebungen statt.

Darüber hinaus versammelten sich Aktivisten der **DHKP-C** im April 2024 in Köln zu einem so genannten „Märtyrergedenken“. Die ca. 60 Teilnehmer führten neben den charakteristischen roten Fahnen auch Transparente mit, auf denen neben den Gründungsmitgliedern der **DHKP-C** auch einigen bei Terroranschlägen getöteten Attentäter der Organisation gehuldigt wurde. Eine größere Außenwirkung konnte die DHKP-C mit der Versammlung allerdings nicht erzielen

Urteil im Verfahren gegen DHKP-C Funktionäre

In einem seit Juni 2023 vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf geführten Strafprozess wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer Terrororganisation im Ausland wurden im November 2024 die Urteile gegen drei hochrangige **DHKP-C** Funktionäre gesprochen. Die Angeklagten wurden zu Freiheitsstrafen zwischen drei Jahren und drei Monaten sowie fünf Jahren verurteilt. Ein bis zu seiner Verhaftung im Jahre 2022 in Nordrhein-Westfalen ansässiger 60-jähriger türkischer Staatsbürger wurde wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland zu einer Haftstrafe von vier Jahren und drei Monaten verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Person spätestens seit 2016 als Regionalleiter unter anderem in die Beschaffung von Finanzmitteln, gefälschten Ausweispapieren sowie die Suche nach Wohnungen für verdeckt agierende Aktivisten der **DHKP-C** involviert war. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Grup Yorum Konzert in Duisburg

Im März 2024 fand in einem privat geführten Veranstaltungssaal in Duisburg ein Auftritt der aus dem direkten Umfeld der **DHKP-C** stammenden Musikgruppe Grup Yorum statt. Die im Vorfeld als Musikveranstaltung angekündigte Versammlung wurde über verschiedene einschlägige Internetplattformen unter dem Motto „Nato soll aufgelöst werden - Keine Razzien mehr im Idil Kulturzentrum“ öffentlich beworben. Neben musikalischen Beiträgen wurden während der Veranstaltung propagandistische Reden im Sinne der Ideologie der **DHKP-C** gehalten, in denen unter anderem die Freilassung von inhaftierten Funktionären gefordert wurde. Auftritte der Musikgruppe *Grup Yorum* sind integraler Bestandteil der Propagandaaktivitäten der **DHKP-C** in Deutschland. Veranstaltungen der Musiker werden von der Organisation genutzt, um einen Personenkreis anzusprechen, der weit über die eigene Anhängerschaft hinausgeht. An der Veranstaltung nahmen in der Spitze mehrere hundert Personen teil.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Kundgebungen und Versammlungen im Rahmen der Solidarisierung mit inhaftierten Angehörigen der Organisation nehmen nach wie vor eine zentrale Stellung im Aktionsverhalten von Aktivisten und Sympathisanten der **DHKP-C** in Deutschland ein. In diesem Kontext spielt Nordrhein-Westfalen für die Organisation aufgrund seiner geographischen Lage und dem hohen Anteil türkischer und türkischstämmiger Einwohner eine wichtige Rolle.

Darüber hinaus spielen die Möglichkeiten des virtuellen Raums im Rahmen von Agitation und Propaganda für die **DHKP-C** weiterhin eine wichtige Rolle. Hier macht sich die Organisation die enorme Reichweite des Internets, insbesondere von sozialen Netzwerken zu Nutze, um Anhänger sowie potenzielle neue Unterstützer zu erreichen und zu mobilisieren. Auf einschlägigen Plattformen und Internetseiten werden, analog zu realweltlich durchgeführten Kundgebungen, die gleichen Themen propagandistisch aufbereitet und forciert. Den Aktivitäten der Musikgruppe *Grup Yorum* kommt aufgrund deren Popularität in diesem Kontext auch weiterhin eine besondere Bedeutung zu.

Die konsequente Durchsetzung geltenden Rechts und die Einleitung von Strafverfahren gegen hochrangige Funktionäre der Organisation haben in der Vergangenheit in ihrem Ergebnis zu einer erheblichen Verunsicherung von Aktivisten und deren Unterstützermfeld beigetragen. Obwohl die Organisation in den letzten Jahren aufgrund des entschlossenen Handelns der Sicherheits- und Ordnungsbehörden wiederholt empfindliche Rückschläge hinnehmen musste, bleibt Deutschland ein wichtiger Sammlungs- und Rückzugsraum sowie Rekrutierungsbasis für potenzielle neue Aktivisten und Unterstützer. Auch wenn aktuell nicht mit einer Aufkündigung des 1999 seitens der **DHKP-C** für Westeuropa erklärten Gewaltverzichts zu rechnen ist, kann nicht ausgeschlossen werden, dass von hier aus terroristische Aktivitäten geplant und vorbereitet werden. Eine nachrichtendienstliche Beobachtung der Organisation und von deren Unterstützermfeld sind somit auch zukünftig notwendig.

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL) und unterstützende Organisationen



Sitz/Verbreitung Nordirak, in Europa Vertretung durch wenige weisungsberechtigte Funktionäre mit wechselnden Aufenthaltsorten durch den **Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft Kurdistans in Europa (KCDK-E)**

Gründung/Bestehen seit November 1978

Struktur/ Repräsentanz Höchste Entscheidungsgremien: **Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK)**, Präsident: Abdullah Öcalan, Co-Vorsitzende: Besê Hozat und Cemil Bayik und die Generalversammlung **Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL)**

Europa: autoritäre Führung mittels Kaderprinzip

Deutschland: neun Regionen (Eyalet), 31 Gebiete (Bölge). Nordrhein-Westfalen: zwei Regionen (Nordrhein und Westfalen), acht Gebiete mit je einem leitenden Führungsfunktionär, örtliche kurdische Vereine für die Umsetzung von Vorgaben der europäischen Führungsebene sowie als Treffpunkt und Anlaufstelle für Anhänger der Organisation.

Dachverband: Seit Ende Januar 2020 (*Konfederasyona Ci-vakên Kurdistanîyên li Almanyayê – KON-MED*) als neuer Dachverband (bereits im Jahr 2019 gegründet): fünf regionale Föderationen im Bundesgebiet, die den örtlichen Vereinen übergeordnet sind (NRW: Föderation der freiheitlichen Gesellschaft Mesopotamiens in NRW (*Federasyona Civakên Azad yê Mezopotamîyê li NRW – FED-MED e.V.*)).

KON-MED bemüht sich mit aktiver Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit und durch einen Kontaktaufbau zu

zu politischen Entscheidungsträgern um Unterstützung der **PKK** und ihrer Anliegen.

Aktuell werden in NRW rund 50 örtliche Vereine als **PKK**-nah eingeschätzt.

Neben den lokalen Vereinsstrukturen versucht die **PKK**, ihre Politik mithilfe sogenannter Massenorganisationen zu popularisieren und umzusetzen. Darin organisiert sie ihre Anhänger nach sozialen Kriterien oder nach Berufs- und Interessengruppen:

Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK) mit Sitz in Köln

Islamische Gemeinde Kurdistans (CÎK)

Zentralverband der Êzidischen Vereine e.V. (NAV-YEK) mit Sitz in Löhne

Föderation der demokratischen Aleviten e.V. (FEDA) mit Sitz in Dortmund.

Diese Organisationen vertreten kurdische Interessen ohne integraler Bestandteil der **PKK** zu sein. Gleichwohl ist deutlich erkennbar, dass auch in diesen Organisationen der **PKK** nahestehendes Personenpotential aktiv ist.

Weitere Organisationen:

Kurdische Frauenbewegung in Europa (AKKH / TJKE)

Europäischer Jugend-Dachverband Bewegung der revolutionären Jugend (Tevgera Ciwanên Şoreşger – TCŞ, in Deutschland maßgeblich für Rekrutierungsaktivitäten zum bewaffneten Kampf in der Türkei, Syrien oder dem Irak verantwortlich).

Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2024

NRW: 2.200 ➔

Veröffentlichungen

Publikationen:

Serxwebûn (Unabhängigkeit) (monatlich)

Stêrka Ciwan (Stern der Jugend) (monatlich)

Newaya Jin (Erlebnisse der Frauen) (monatlich)

Kurdistan-Report (zweimonatlich)

Yeni Özgür Politika (Neue Freie Politik) (täglich)

Fernsehen:

Stêrk TV

Gerîla TV

Internet: Zahlreiche Internetauftritte verschiedener regionaler Organisationen und Gruppierungen sowie mediale Präsenz in unterschiedlichen sozialen Netzwerken mit guten Verknüpfungen untereinander.

Kurzporträt/Ziele

Die **PKK**, die heute unter der Bezeichnung **KONGRA-GEL** agiert, strebte ursprünglich einen eigenen kurdischen Nationalstaat an, der die Gebiete Südostanatoliens (Türkei), den Nordirak, Teile des westlichen Iran und Gebiete im Norden Syriens umfassen sollte.

Im Jahr 1993 hat das Bundesministerium des Innern ein Betätigungsverbot für die **PKK** und ihre Nebenorganisationen erlassen.

Obwohl seitens der **PKK** immer wieder betont wird, man habe die früheren separatistischen Ziele aufgegeben, bemüht sie sich weiterhin um einen länderübergreifenden Verbund aller Kurden im Nahen Osten. Darüber hinaus sind die Freilassung ihres seit 1999 inhaftierten Führers Abdullah Öcalan und die Aufhebung des Betätigungsverbots zentrale Ziele.

Finanzierung

Das Generieren von Geld ist ein wesentlicher Schwerpunkt der Aktivitäten der **PKK** in Deutschland: Jährliche Spendensammlungen bei den Anhängern, Erlöse aus Zeitschriften- und Devotionalienverkäufen, Eintrittsgelder bei Großveranstaltungen dienen der logistischen und finanziellen Unterstützung der Organisation.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die **PKK** ist mit der Verbotsverfügung nach § 18 Satz 2 Vereinsgesetz vom 22. November 1993 durch das Bundesministerium des Innern mit einem Betätigungsverbot belegt. Das Betätigungsverbot erstreckt sich sowohl auf sämtliche späteren Umbenennungen der Organisation als auch auf alle seit 1993 benutzten Symbole sowie auf neu hinzugekommene Kennzeichnungen der **PKK**. Mittels Umbenennung verfolgte die **PKK** das Ziel, den Eindruck einer politischen Neuausrichtung zu vermitteln und sich des Makels einer Terrororganisation zu entledigen.

Die **PKK** ist zudem seit 2002 von der Europäischen Union auf der Liste von Personen, Vereinigungen und Körperschaften verzeichnet, die an Terrorhandlungen beteiligt waren und restriktiven Maßnahmen unterliegen sollen (sogenannte EU-Terrorliste).

In Westeuropa ist seit Ende März 1996 ein weitgehender Verzicht auf gewalttätige Aktionen feststellbar. Insbesondere beim Aufeinandertreffen mit politischen Gegnern kommt es situativ aber auch zu gewalttätigem Verhalten von einzelnen Personen oder Kleinstgruppen. Die **PKK** stellt zudem aufgrund ihrer fortwährenden Bereitschaft, zu

aktionsorientiertem und gewaltbereitem Verhalten zurückzukehren, nach wie vor eine Bedrohung für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar. Dies begründet ihre Beobachtung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW.

Ihre Ziele verfolgt die **PKK** in den Kampfgebieten weiterhin mit Waffengewalt. Damit gefährdet die Organisation die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland, so dass auch aus diesem Grund eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW erforderlich ist.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Wiederkehrende Angriffe türkischer Truppen auf kurdische Siedlungsgebiete außerhalb der Türkei führten auch im Jahr 2024 im Bundesgebiet und auch in NRW zu einem hohen Demonstrationsaufkommen. Trotz des hohen Emotionalisierungspotenzials verliefen die Demonstrationen in diesem Zusammenhang weitestgehend störungsfrei.

Neben dem Gesundheitszustand Abdullah Öcalans und seinen Haftbedingungen sind die Entwicklungen in den Kurdischen Siedlungsgebieten maßgeblich dafür verantwortlich, wie die **PKK**-nahen Organisationen taktieren und reagieren. Speziell die Ereignisse in Nordsyrien, im Nordirak und in der geographischen Region Kurdistan lösen Reaktionen aus, die im Bundesgebiet und somit auch in NRW erkennbar sind.

Insbesondere die Lage in den kurdisch kontrollierten Gebieten Syriens ist nach dem Fall des syrischen Regimes und der Machtübernahme durch dortige Rebellengruppen fragil. Sollten die kurdischen Siedlungsgebiete zunehmend unter militärischen Druck geraten, birgt dies das Potenzial für eine starke Emotionalisierung und Mobilisierung der hiesigen **PKK**-Anhängerschaft.

Das Ziel der **PKK**, von der EU-Terrorliste gestrichen zu werden, ist unverkennbar. Aus strategischen Erwägungen gibt die Führungsebene der **PKK** ihrer Anhängerschaft daher vor, auch bei Berührungspunkten zu Sicherheitsbehörden ein friedliches und kooperatives Auftreten an den Tag zu legen.

Ein gutes Beispiel hierfür ist der „Lange Marsch der kurdischen Jugend“, der immer unmittelbar vor dem internationalen kurdischen Kulturfestival stattfindet. Im Jahr 2024 verlief dieser Marsch, unter neuem Konzept, friedlich und ohne Störungen.

Dieses Verhalten sollte wohl auch die Eigendarstellung der **PKK**-nahen Gruppierungen unterstreichen, dass es sich nicht um eine terroristische Organisation, sondern

vielmehr um eine politische Partei handele, die lediglich die Rechte und Interessen der kurdischen Bevölkerung vertrete.

Dieser Darstellungsform widersprechen dann jedoch Aktionen der **PKK** in der Türkei, wie am 23. Oktober 2024. An diesem Tag kam es vor dem staatlichen Luft- und Raumfahrtunternehmen TUSAŞ in der Nähe von Ankara zu einem Anschlag, bei dem mindestens fünf Menschen getötet und zweiundzwanzig verletzt wurden. Die **HPG**, der militärische Arm der **PKK** in der Türkei, hat sich zu diesem Anschlag bekannt.

Als Reaktion auf den Anschlag wurden von der türkischen Luftwaffe noch in derselben Nacht Angriffe gegen Stellungen und die Infrastruktur der **PKK** in Nordsyrien und Nordirak geflogen. Hierbei sollen nach Angaben des türkischen Verteidigungsministeriums 32 Ziele der **PKK** zerstört worden sein.

Als Gegenreaktion auf die türkischen Luftangriffe kam es zu europaweiten Demonstrationen, die eben diese Luftangriffe thematisierten. Der Anschlag in Ankara wurde hierbei nicht erwähnt.

Alle Demonstrationen in diesem Zusammenhang verliefen im Wesentlichen störungsfrei.

Veranstaltungen

Im Jahreskalender der **PKK** zählen insbesondere die folgenden vier Großveranstaltungen zu den tradierten Ereignissen und Festen:

- März: Traditionelles kurdisches Neujahrsfest Newroz
- Mai: Internationales Jugendfestival/Kulturfest Mazlum Dogan
- Juni: Zilan Frauenfestival
- September: Internationales kurdisches Kulturfestival

Von diesen vier Traditionsveranstaltungen fand lediglich das Zilan Frauenfestival in NRW statt.

Das Zilan-Frauenfestival fand im Jahr 2024 in Duisburg unmittelbar am Rhein statt. Die alljährlich stattfindende Veranstaltung thematisiert in allgemeinpolitischer Richtung



Zilan Frauenfestival Duisburg

PKK-nahen Strukturen der Frauenverbände organisiert und durchgeführt wird und das Potenzial hat, weibliche Anhänger stärker an die Organisation zu binden sowie neue Unterstützerinnen zu gewinnen.

Daneben gab es zwei weitere Großveranstaltungen in NRW. Beide Veranstaltungen befassten sich mit dem Thema „Freiheit für ÖCALAN“. Im Februar in Köln nahmen rd. 15.000 Personen an der Demonstration teil. Im November, ebenfalls in Köln, nahmen über 7.000 Personen teil.



Newroz-Feierlichkeiten in Frankfurt am Main

zum traditionellen „Langen Marsch“ der Kurdischen Jugend. Dieser Marsch verlief über eine Woche dezentral in verschiedenen Städten in NRW.

Die Teilnehmer repräsentierten eine heterogene Mischung von **PKK**-Anhängern und Personen, die sich mit den Zielen der **PKK** solidarisierten. Die Zahl der Teilnehmer, die

traditionell die Interessen und Rechte von Frauen und adressiert diese über das kurdische Spektrum hinaus als Zielgruppe. Dem entsprechend nahmen im Jahr 2024 am Festival mit insgesamt ca. 4500 Besuchern überwiegend Frauen teil. Gleichwohl handelt es sich um eine Veranstaltung, die aus den

Neben verschiedenen kleineren Newroz-Feierlichkeiten in NRW gab es eine zentrale Großveranstaltung in Frankfurt am Main, hier fand auch das Internationale kurdische Kulturfestival 2024 statt.

Im Vorfeld des internationalen kurdischen Kulturfestivals kam es

nicht dem klassischen kurdischen **PKK**-nahen Klientel zuzuordnen waren, war in diesem Jahr merklich kleiner als im vergangenen Berichtsjahr. Hierbei handelte es sich vielfach um Personen aus dem Spektrum des Linksextremismus. Der Marsch verlief friedlich und störungsfrei. Provokationen von außen wurden weitestgehend ignoriert und nicht mit Gegenreaktionen bedacht.

Reaktionen auf Gerüchte über die Gesundheit oder den Tod Abdullah Öcalans



Verschärftes Verbot zum Zeigen von PKK-Symbolen vom BMI 2024

Nach wie vor ist Abdullah Öcalan die zentrale ideologieprägende Person für die Anhänger der **PKK**. Gerüchte über die Verschlechterung des Gesundheitszustandes oder sogar über den Tod Abdullah Öcalans tauchen immer wieder in der kurdischen Community auf. Im Ergebnis führt dies dann bundesweit und somit auch in NRW dazu, dass seine Anhänger verstärkt auf die Straße gehen, um dort durch Demonstrationen Gehör zu erlangen.

Zugleich belegen die Demonstrationen, dass allein schon Gerüchte über eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes oder den Tod Öcalans sehr kurzfristig die **PKK**-Anhängerschaft mobilisieren können.

Verschärfung des Kennzeichnungsverbotes

Auch in 2024 war das durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) verschärfte Verbot des Zeigens von Symbolen aus dem Bereich der **PKK** und deren nahestehenden Organisationen ein andauerndes Thema. Inhaltlich umfasst das Betätigungsverbot auch das öffentliche Zeigen von Symbolen der **PKK** sowie ihrer Unter- und Teilorganisationen.

Gestiegene Bedeutung digitaler Medien

Die **PKK** nutzt weiterhin einen aufwändigen Medienapparat, in dem digitale Medien (Facebook, X, Instagram, Facebook-Messenger, WhatsApp etc.) zunehmend an Bedeutung gewinnen. Diese dienen der Kommunikation und weltweiten Verbreitung von Nachrichten und Informationen. Daneben erhöhen sie die kurzfristige Mobilisierungsfähigkeit der **PKK**-nahen Gruppierungen. Insbesondere die Nutzung sozialer Netzwerke zielt auf die jüngere Anhängerschaft der **PKK**. Diese werden zur Rekrutierung

Jugendlicher für den bewaffneten Kampf, für kurzfristige und flächendeckende Veranstaltungsaufrufe sowie für die Verbreitung von Stimmungsbildern genutzt. Auffällig im Berichtszeitraum war auch hier die Aneignung dieser Inhalte durch die links-extremistische Szene. Viele Veranstaltungen, die im Ursprung einen **PKK**-Bezug haben, wurden durch Accounts der linksextremistischen Szene oder dieser Szene nahestehenden Gruppierungen geteilt und verbreitet.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Im Hinblick auf das künftige Aktionsverhalten muss weiterhin aufmerksam beobachtet werden, welche Wechselwirkungen zwischen **PKK**-Anhängern und nationalistischen/rechtsextremistischen Türken innerhalb Deutschlands durch politische Ereignisse erzeugt werden. Das Aktionsverhalten der **PKK**-Anhänger in Nordrhein-Westfalen wird weiterhin im Wesentlichen von den Entwicklungen in den Krisengebieten Syrien und Nordirak abhängen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die instabile Lage in Syrien nach der Machtübernahme durch dortige Rebellengruppen.

Die fortdauernden Angriffe der türkischen Truppen auf kurdische Siedlungsgebiete außerhalb der Türkei entfalten ihre Auswirkungen in der kurdischen Gemeinschaft bis in die Städte Nordrhein-Westfalens. Die jüngsten Militäroffensiven in den kurdischen Siedlungsgebieten im Nordirak intensivieren den historisch gewachsenen und andauernden Konflikt und sind in der Gesamtschau dazu geeignet, die Sicherheitslage in Deutschland nachhaltig zu beeinflussen. Nicht zuletzt ist die Frage um den gesundheitlichen Zustand Abdullah Öcalans und dessen Haftbedingungen ebenfalls ein wiederkehrendes Thema innerhalb der kurdischen Gemeinschaft.

Der Anschlag am 23. Oktober 2024 in Ankara zeigt deutlich die von der **PKK** ausgehende Gewaltbereitschaft und deren Möglichkeit, Anschläge und Attentate auszuführen. Auch wenn die Aktionen in Europa und auch im Bundesgebiet eher friedlich oder zumindest in der Regel nur am unteren Ende der strafrechtlich bewerteten Skala liegen, begründen eben solche Anschläge wie in Ankara das Verbleiben der **PKK** auf der EU-Terrorliste und deren Beobachtung durch deutsche Sicherheitsbehörden.

Es muss damit gerechnet werden, dass die **PKK** wieder auf medienwirksame Aktionsformen wie zum Beispiel die Besetzung oder Blockade von Fernsehanstalten, Flughäfen, Parteibüros oder Schiffen zurückgreift. Auch die anlassbezogene, direkte gewaltsame Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner ist in Betracht zu ziehen. Bei ihren Handlungsformen wird sich die **PKK**-Führung hier aber aller Voraussicht nach weiterhin davon leiten lassen, Deutschland als Rückzugsraum nicht zu gefährden.

Auch politische Einflussnahme beziehungsweise Lobbyarbeit ist ein Aktionsschwerpunkt der **PKK** in Deutschland mit dem Ziel, die Einstufung als Terrororganisation zu beenden. 2024 zeichnete sich eine Annäherung zwischen Kurden und Türken ab und Ende Dezember erklärte Öcalan nach einem Treffen mit prokurdischen Abgeordneten die „historische Verantwortung“. Zudem zeigte Öcalan sich entschlossen, dem von Ankara aufgestellten „neuem Paradigma“ der Versöhnung zu folgen. Er forderte seine Anhänger auf den bewaffneten Kampf einzustellen, die Waffen niederzulegen und die **PKK** aufzulösen.

Palästina Solidarität Duisburg (PSDU)



Sitz/Verbreitung	Duisburg / Aktivitäten überwiegend in Duisburg und Nordrhein-Westfalen, aber auch bundesweite Auftritte
Gründung/Bestehen seit	Gründung im Mai 2023; seit dem 16. Mai 2024 durch das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen verboten und aufgelöst
Struktur/ Repräsentanz	Palästina Solidarität Duisburg bezeichnete sich selbst als „parti- und organisationsunabhängiger Zusammenschluss von Einzelpersonen“. Der Verein organisierte sich bei regelmäßigen, realweltlichen Treffen sowie in geschlossenen Gruppen von Messenger-Diensten. Insgesamt konnten vier Personen der Führungsebene zugeordnet werden.
Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2024	Mindestens 15 Mitglieder, deutlich höheres Mobilisierungspotenzial bei Versammlungen und anderen Veranstaltungen
Veröffentlichungen	Informationsbroschüren und Flyer sowie Veröffentlichung von Statements in sozialen Netzwerken
Kurzporträt/Ziele	Palästina Solidarität Duisburg wurde im Mai 2023 gegründet und trat ab Gründung in sozialen Medien sowie realweltlich in Erscheinung. Die Gruppierung hat sich Palästina-Solidaritätsarbeit in Duisburg und Umgebung als Ziel gesetzt. Unter anderem forderte der Verein die „Befreiung Palästinas (in den Grenzen vor 1947)“ und somit vor der Gründung des Staates Israel. Ferner erklärte sich PSDU „solidarisch mit dem palästinensischen Widerstand in all seinen Formen“, mithin auch dem bewaffneten Kampf der HAMAS .

Finanzierung

Spenden, auch generiert durch einen zeitweise betriebenen „Online-Shop“.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Der Zweck und die Tätigkeit des Vereins **Palästina Solidarität Duisburg** einschließlich seiner Teilorganisationen richtete sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung.

Der Verein warb für die „Befreiung Palästinas vom Mittelmeer bis zum Jordanfluss“, womit auch das israelische Staatsgebiet umfasst wird und deshalb de facto die Vernichtung des Staates Israel gefordert wird. Ferner propagierte der Verein den palästinensischen Widerstand in all seinen Formen als legitim und sympathisierte mit den Terrorangriffen der **HAMAS** vom 7. Oktober 2023 auf den Staat Israel.

Rechtliche Grundlage für die Beobachtung von **Palästina Solidarität Duisburg** in Nordrhein-Westfalen ist § 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Insbesondere nach den terroristischen Angriffen der **HAMAS** auf den Staat Israel am 7. Oktober 2023 kam es vermehrt zu realweltlichen Aktivitäten von **Palästina Solidarität Duisburg**. So meldeten Vereinsmitglieder Versammlungen an und traten dort als Redner auf. Im Rahmen der Redebeiträge propagierte der Verein offen sein antiisraelisches und antisemitisches Weltbild. Daneben verfügte der Verein über eine große Reichweite in den sozialen Medien. So folgten der Instagram-Seite von **Palästina Solidarität Duisburg** bis zum Verbot knapp 11.000 Nutzer.



Facebook-Beitrag des Vereins vom 9. Oktober 2023

Der Verein **Palästina Solidarität Duisburg** hat sich im Verlauf seines Wirkens bundesweit vernetzt und Verbindungen zu gleichgesinnten Gruppierungen gepflegt. So kam es in der Vergangenheit u. a. zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem ehemaligen Deutschland-Koordinator des Gefangenennetzwerkes **SAMIDOUN - Palestinian Prisoner Solidarity Net-**

work. SAMIDOUN wurde am 2. November 2023 durch das Bundesministerium des Innern verboten und aufgelöst, da sich der Zweck und die Tätigkeit des Netzwerkes gegen den Gedanken der Völkerverständigung sowie das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern im Bundesgebiet, die öffentliche Ordnung sowie sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland richteten. Nach dem Verbot von **SAMIDOUN** konnten im Berichtszeitraum keine relevanten Aktivitäten der Organisation in Nordrhein-Westfalen festgestellt werden. **PSDU** rief zudem im Rahmen einer Versammlung vor einem Schnellrestaurant am 3. Januar 2024 zu dessen Boykott auf, da dem entsprechenden Unternehmen eine Unterstützung des Staates Israel unterstellt wird.

Ferner führte **Palästina Solidarität Duisburg** regelmäßige konspirative „Organisations- und Arbeitstreffen“ durch, in denen Aktivitäten geplant und neue Mitglieder geworben wurden. Diese Treffen fanden stets an Örtlichkeiten statt, die den Interessierten kurzfristig und nur auf Anfrage mitgeteilt wurden.

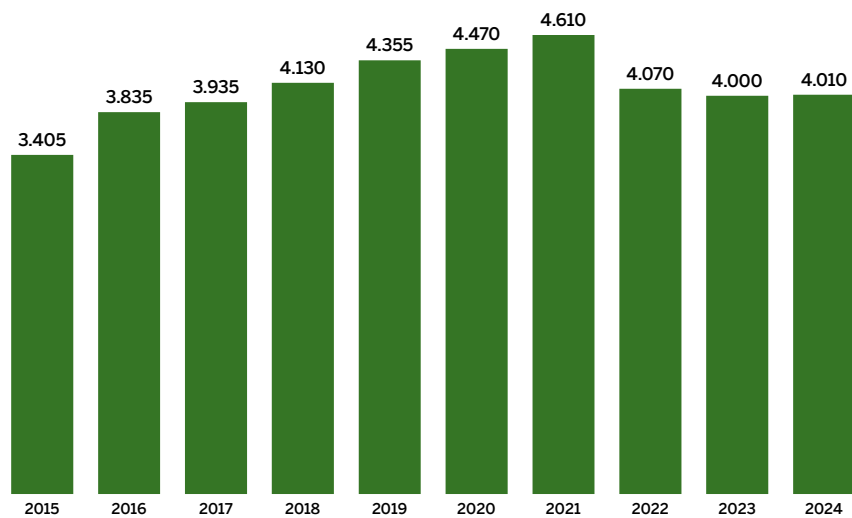
Am 10. April 2024 wurde ein führendes Mitglied von **Palästina Solidarität Duisburg** in erster Instanz wegen Belohnung und Billigung von Straftaten zu einer Geldstrafe verurteilt. Gegenstand des Verfahrens waren die Aussagen „Yallah Intifada, von Duisburg bis nach Gaza“ sowie „from the river to the sea, palestine will be free“, welche der Verurteilte im Rahmen einer propalästinensischen Demonstration am 9. Oktober 2023 in Duisburg tätigte.

Am 16. Mai 2024 hat das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen das Verbot und die Auflösung des Vereins **PSDU** verfügt. Am 15. Juni 2024 erhoben der Verein und ehemals führende Mitglieder Klage gegen die Verbotsverfügung und beantragten zugleich die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage beim zuständigen Obergerverwaltungsgericht Münster, um bis zu einer gerichtlichen Entscheidung in der Hauptsache den Verein fortführen zu dürfen. Das zuständige Obergerverwaltungsgericht Münster lehnte mit unanfechtbarem Beschluss vom 15. November 2024 den Eilantrag ab.

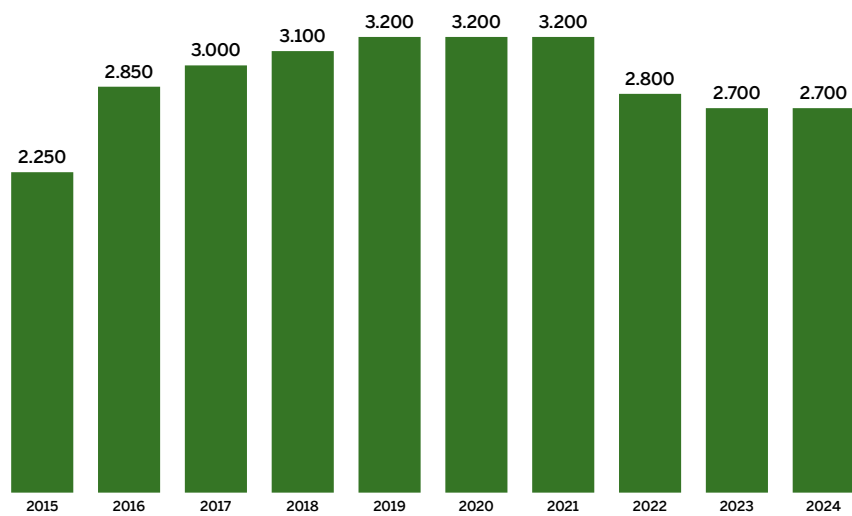
Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Nach dem Verbot von **Palästina Solidarität Duisburg** waren zunächst keine Aktivitäten des Vereins feststellbar. Etwa einen Monat nach dem Verbot hat sich das Komitee gegen das Verbot von **Palästina Solidarität Duisburg** gegründet. Das Ziel des Komitees ist die Information der Öffentlichkeit über das Verbot sowie das Sammeln von Spenden für die Prozesskosten. Zwei ehemalige Führungsmitglieder von **Paläs-**

tina Solidarität Duisburg treten nicht öffentlich als Mitglieder des Komitees gegen das Verbot von **Palästina Solidarität Duisburg**, sondern als „Betroffene“ auf. Das Komitee bzw. die Betroffenen reisten im Berichtszeitraum bundesweit zu diversen Veranstaltungen und informierten über das Verbotsverfahren. Nach der Entscheidung im Eilverfahren bleibt nun der Ausgang des Klageverfahrens in der Hauptsache abzuwarten.



Personenpotenzial im Islamismus



Personenpotenzial im Salafismus

Islamismus

Zusammenfassung

Jihadistische Akteure stellen nach wie vor eine abstrakt hohe Gefährdung für die Bundesrepublik dar. Im Berichtszeitraum konnten vor allem zwei Entwicklungen festgestellt werden, die die Sicherheitsbehörden besonders beschäftigten. Dies waren einerseits einzelne Akteure oder Kleingruppen, die sich meist erst kurze Zeit im Bundesgebiet aufhalten und häufig relativ einfach Kontakt zu terroristischen Strukturen in ihrem Herkunftsland aufbauen können. Bei diesen Strukturen handelt es sich um die des **Islamischen Staats (IS)** in Syrien und Irak oder des **Islamischen Staats Provinz Khorasan (ISPK)**.

Demgegenüber stand eine andere Gruppe von häufig sehr jungen, überwiegend in Deutschland sozialisierten Personen, die sich vorwiegend im Internet radikalisieren und infolgedessen selbst Anschlagfantasien oder Ausreisewünsche entwickeln. Sie sind teilweise so jung, dass sie die rechtlichen Grenzen der nachrichtendienstlichen Bearbeitung unterschreiten. Ihre Radikalisierung ist üblicherweise nur zum Teil auf den Konsum von Inhalten salafistischer Prediger zurückzuführen, sondern erfolgte überwiegend auf schwerer zugänglichen Kommunikationskanälen wie geschlossenen Chat-Gruppen. Besonders kritisch ist es, wenn derart radikalisierte Jugendliche direkte Online-Kontakte zu tatsächlichen **IS**-Mitgliedern aufbauen können, die sie in einem möglichen Anschlagsvorhaben bestärken und anleiten. Beide Gruppen, sowohl die eingereisten, als auch die hier radikalisierten Jihadisten, stellen die Sicherheitsbehörden jeweils vor spezifische Herausforderungen.

Entwicklung salafistischer Da'wa-Aktivitäten

Bundesweit hielt der Druck durch behördliche Maßnahmen auf die islamistische Szene an. Einen schweren Rückschlag für die Szene stellte das Verbot der **Deutschsprachigen Muslimischen Gemeinschaft (DMG)** Braunschweig durch das niedersächsische Innenministerium im Juni 2024 dar. Der Verein hatte über Jahre hinweg als zentrale Plattform der Szene fungiert, der beinahe allen überregional aktiven salafistischen Predigern eine Bühne bot und ihnen die Verbreitung ihrer Botschaften ermöglichte.

Im Berichtszeitraum waren darüber hinaus mehrere maßgebliche Akteure der extremistisch-salafistischen Szene Gegenstand strafrechtlicher oder aufenthaltsrechtlicher Verfahren. Einige prominente Prediger der Szene haben sich zwischenzeitlich ins Aus-

land begeben. Von dort versuchen sie aber weiterhin, sich über die ihnen zur Verfügung stehenden Online-Kanäle an ihr Publikum zu wenden, um insbesondere auch finanzielle Unterstützung zu generieren.

Im Verlauf des Jahres 2024 entdeckte die salafistische Szene zunehmend Pilgerfahrten als Mittel der Vernetzung und Einkommensgenerierung. Beinahe alle salafistischen Prediger bieten entsprechende Programme, um mit ihnen nach Mekka zu reisen. Außerhalb der Reichweite der Sicherheitsbehörden können sich Akteure aus dem Bundesgebiet dort ungestört untereinander austauschen, aber auch den Kontakt zu Salafisten aus anderen Ländern suchen.

Entwicklungen im Nahen Osten und islamistische Reaktionen

Der Nahost-Konflikt dominierte immer wieder die mediale Berichterstattung und trug zu einer starken Emotionalisierung der Öffentlichkeit bei. Dies traf auch auf die islamistische Szene zu. Hier setzte sich der bereits im Vorjahr zu beobachtende Trend fort, wonach Einzelpersonen sehr stark auf die Ereignisse reagierten, während die meisten islamistischen Vereinigungen den Nahost-Konflikt nur sehr verhalten öffentlich thematisierten. Auch die hiesigen **HAMAS**-Anhänger waren nach dem Verbot der Organisation 2023 darum bemüht, keine öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Der Sturz der repressiven Assad-Regierung, die Syrien über Jahrzehnte unterdrückt hatte und maßgeblich für die vielen Toten und die Zerstörungen im Syrischen Bürgerkrieg verantwortlich war, wurde von großen Teilen der syrischen Diaspora in Deutschland begeistert gefeiert. Auch die islamistische Szene begrüßte diese Entwicklung, hielt sich mit Sympathiebekundungen für die neuen Machthaber der jihadistischen Organisation **Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS)** aber weitgehend zurück. Lediglich sehr vereinzelt wurde die Hoffnung auf Etablierung einer islamischen Ordnung in Syrien geäußert. Der von der **HTS** nach der Machtübernahme bekundete Pragmatismus stieß hingegen unter hiesigen Islamisten teilweise auf Skepsis.

Vereinsrechtliche Maßnahmen gegen schiitische Islamisten

Bereits im November 2023 waren das **Islamische Zentrum Hamburg (IZH)** und weitere ihm zugehörige Einrichtungen im Bundesgebiet im Rahmen vereinsrechtlicher Ermittlungen des Bundesministeriums des Innern von der Polizei durchsucht worden. Im Anschluss fand die Auswertung der sichergestellten Asservate statt, die schließlich den Verdacht gegen die Einrichtung erhärteten und Belege dafür lieferten, dass das **IZH** verfassungsfeindliche Ziele verfolgte. Deshalb wurde das **IZH** mitsamt seinen bundesweiten Teilorganisationen am 24. Juli 2024 verboten. Dieses Ereignis war die konsequente Fortsetzung einer Reihe von Maßnahmen gegen schiitische Islamisten,

die sich bisher vor allem gegen Strukturen der **Hizb Allah** richteten und jetzt mit dem Verbot des **IZH** das geistige Zentrum der Szene in Deutschland betrafen. Einhergehend mit den israelischen Operationen gegen die **Hizb Allah** im September 2024 und der Tötung des Generalsekretärs Hassan Nasrallah trugen sie erheblich zu einer Desillusionierung der Szene bei.

Aktivitäten der Hizb ut-Tahrir

Hizb ut-Tahrir-nahe Gruppierungen im Bundesgebiet hielten fast über den gesamten Berichtszeitraum ihr hohes Level an realweltlichen Aktivitäten aufrecht. Dieser Trend schwächte sich erst gegen Ende des Jahres 2024 etwas ab. In Nordrhein-Westfalen hingegen gab es keine Veranstaltung, die mit der Demonstration am 3. November 2023 in Essen vergleichbar wäre, auf der offen das Kalifat gefordert wurde. Allerdings setzte sich der Trend zur Vernetzung der **HuT**-Akteure fort. Es ist festzustellen, dass auch die Akteure aus Nordrhein-Westfalen zunehmend Kontakte zu den bundesweit aktiven Strukturen aufbauen.

Auch die Online-Aktivitäten der **HuT**-nahen Gruppierungen sind weiter angestiegen. Hier werden islamistische Botschaften mittlerweile deutlich offener kommuniziert, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Dies gilt im besonderen Maße für das Thema Nahost-Konflikt, bei dem **HuT**-nahe Gruppierungen keine Hemmungen bezüglich ihrer pauschalen Ablehnung Israels und ihres Wunsches nach dem Einsatz „muslimischer Armeen“ äußern. Ebenso ist feststellbar, dass die Forderung nach einem Kalifat immer deutlicher artikuliert wird. Dabei beruft man sich darauf, dass man dieses System lediglich in anderen Ländern, nicht aber in Deutschland einführen wolle, was am extremistischen Inhalt dieser Forderung aber nichts ändert.

Im Fokus: Umra-Reisen als Geschäftsmodell der extremistisch-salafistischen Szene

Die muslimische Pilgerfahrt (Hajj) gilt als eine der fünf Säulen des Islam und stellt eine Grundpflicht für Muslime dar, der jeder Muslim einmal im Leben nachkommen sollte. Die Hajj wird im zwölften Monat des islamischen Kalenders in den heiligen Stätten Mekkas und Medinas vollzogen; im Jahr 2024 war dies Mitte Juni.

Die sogenannte kleine Pilgerfahrt (Umra) gilt als empfohlen und kann jederzeit durchgeführt werden.

Die Organisation und Durchführung vor allem von Umra-Reisen ist bereits seit mehreren Jahren ein wesentliches Aktionsfeld der extremistisch-salafistischen Szene, das zur in der Szene propagierten Da'wa-Arbeit genutzt wird.

Vor dem Hintergrund der bereits beschriebenen Da'wa-Aktivitäten der Szene kommt dem Angebot von Pilgerreisen durch Szeneangehörige als Geschäftsmodell im Berichtszeitraum eine wesentliche Rolle zu, ebenso wie bei der Verbreitung der extremistisch-salafistischen Ideologie. Hierbei spielen auch die weiter unten in diesem Text sowie im Kapitel **Extremistischer Salafismus** maßgeblich genannten Prediger und Influencer - deutschlandweit und in Nordrhein-Westfalen - eine entscheidende Rolle.

Pilgerfahrten als Geschäftsmodell der extremistisch-salafistischen Szene

Nach dem gänzlichen Rückgang der Angebote von Pilgerreisen vor dem Hintergrund der Corona-Schutzmaßnahmen nahmen die Umra-Reiseangebote seit Sommer 2022, aber vor allem im Laufe des Jahres 2024, signifikant zu. Das Geschäft mit Umra-Reisen erfreut sich im extremistisch-salafistischen Spektrum großer Beliebtheit und weist aktuell eine klar steigende Tendenz auf.

Die Vorzüge und die Notwendigkeit einer solchen Reise aus islamischer Sicht werden in den sozialen Netzwerken im Rahmen der eigenen Ideologie verstärkt betont und aufgeführt.

Beworben werden die Pilgerreisen deutschlandweit von szenebekannten Predigern. Die im Rahmen der Da'wa-Aktivitäten maßgeblich involvierten Personen begleiten diese häufig und können so die eigene Ideologie in einem festgesetzten Rahmen verbreiten.



Flyer eines Umra-Reiseangebots mit Ibrahim EL Azzazi

Die Reisen scheinen hinsichtlich des Aufbaus und des Programms in der Regel recht identisch zu sein; die Preise sind jedoch unterschiedlich und bewegen sich im Spektrum von ca. 1.500 bis 2.700 Euro. Es finden sich aber auch Angebote sogenannter „Super-Spar-Umras“, die unter 1.000 Euro angeboten werden.

Auch die in Nordrhein-Westfalen besonders prominent aktiven Prediger der Szene haben im Laufe des Jahres 2024 Umra-Reisen geplant beziehungsweise begleitet.

Kontakte zwischen den unterschiedlichen Reisegruppen und dementsprechend auch zwischen den Reisebegleitungen sind schon allein aufgrund der zeitlichen Überschneidungen der Reiseangebote anzunehmen und bilden sich teilweise auch in den sozialen Medien ab.

Die bundesweite Vernetzung der Prediger sowie gemeinsame Treffen in Saudi-Arabien lassen sich aus den jeweiligen Auftritten in den sozialen Medien ablesen.

Im Oktober 2024 nahm Hanna Hansen an ihrer ersten Umra-Reise teil. Reiseleiter war der szenebekannte Prediger Efstathios Tsiounis alias Abu Alia. Auf ihrem Instagram-Account veröffentlichte sie Beiträge, die Eindrücke dieser Umra vermitteln. Es handelt sich dabei um Videos von Vorträgen Abu Alias und eigener Vorträge vor Frauengruppen.



Flyer eines Umra-Reiseangebots mit Efstathios Tsiounis

Alleine im Monat Dezember waren Ibrahim El Azzazi (Scheich Ibrahim), Efstathios Tsiounis (Abu Alia), Hanna Hansen und Pierre Vogel (Abu Hamza) zeitgleich Reisebegleiter einer Umra-Reise.

Diese Entwicklung scheint sich im Jahr 2025 fortzusetzen. So bewirbt beispielsweise Hanna Hansen, die gezielt Frauen anspricht, eine Umra im April; Pierre Vogel preist eine sogenannte „Januar-Umra“ an.

Bewertung

Der Bezug einer solchen Reise zur extremistisch-salafistischen Szene kann primär durch die Person hergestellt werden, die als Leitung die Gruppe vor Ort begleitet. In der Regel handelt es sich hierbei um bekannte männliche Prediger oder Influencer.

Pilgerreisen haben den Vorteil, dass die Teilnehmer abseits staatlicher Institutionen indoktriniert werden können. Damit einhergehend werden durch das gemeinsame Erlebnis der Pilgerfahrt und die Vermittlung ideologischer Inhalte - sowohl durch die begleitenden Prediger als auch durch solche vor Ort - eine Einbindung in die Szene angestrebt.

Neben der Umsetzung dieser ideologischen Ziele findet sich hier das momentan lukrativste Geschäftsmodell der Szene.

Die Entwicklung im Jahr 2024 und die zahlreichen Ankündigungen für 2025 lassen darauf schließen, dass der Umfang der Pilgerreisen weiter zunehmen wird. Dies ist eine Entwicklung, die sich auch im Zusammenhang mit dem Wiedererstarken der Da'wa-Aktivitäten manifestiert hat.

Extremistischer Salafismus

Sitz/Verbreitung Alle Regionen Nordrhein-Westfalens, Schwerpunkte sind Ballungsräume im Rhein-Ruhr-Gebiet: Bonn, Köln, Düren, Aachen, Wuppertal, Düsseldorf, Mönchengladbach, das Ruhrgebiet mit den Ballungsräumen um Dortmund, Essen und Duisburg, aber auch Ostwestfalen-Lippe

Vielfach überregionale Vernetzung

Gründung/Bestehen seit Ursprung **extremistisch-salafistischer Bestrebungen:** Historische islamisch-sunnitische Strömungen vor allem Saudi-Arabiens und Ägyptens. Die ideologischen Grundlagen basieren in großen Teilen auf dem sogenannten Wahhabismus.

Ursprung jihadistischer Bestrebungen: Mujahidin-Bewegung der 1980er-Jahre in Afghanistan

In Nordrhein-Westfalen: Ab etwa 2003 erste gezielte deutschsprachige Aktivitäten

Struktur/ Repräsentanz Extremistisch-salafistisch ausgerichtete Moscheevereine hat der NRW-Verfassungsschutz fest im Blick. Beim Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen werden Verbotsverfahren gegen diese angestrengt. Die Szene jedoch reicht über die bekannten Moscheevereine hinaus und Aktivitäten manifestieren sich insbesondere im Internet.

Maßgebliche Akteure sind vielfach überregional vernetzt. Vor allem im Bereich der Missionierungsaktivitäten durch szenebekannte Prediger ist eine solche Vernetzung - auch bundesweit - zu verzeichnen.

In lokalen beziehungsweise bestimmten extremistisch-salafistischen Strukturen dominieren zahlenmäßig häufig Personen mit einem bestimmten Migrationshintergrund – beispielsweise aus Tschetschenien oder Tadschikistan.

Mit dem Ende der Corona-Pandemie ab 2022 nahmen extremistische Missionierungsaktivitäten (Da'wa-Aktivitäten) im öffentlichen Raum wieder zu. Regelmäßig gab es Informationsstände, über die salafistisch-extremistische Bücher und Flyer verteilt wurden. In diesem Rahmen durchgeführte Konversionen wurden zusätzlich über die sozialen Medien propagandistisch verbreitet.

Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2024

Bekannte **extremistische Salafisten** in NRW: 2.700 ➔

politisch: 2.100 ➔
gewaltorientiert: 600 ➔

Veröffentlichungen

Die Verbreitung der Ideologie erfolgt vor allem über die sozialen Medien. Die Prediger verfügen virtuell und realweltlich über eine große Reichweite, sind deutschlandweit aktiv und füllen Moscheen und Eventhallen.

Kurzporträt/Ziele

Der **extremistische Salafismus** teilt sich ideologisch in eine politische und eine gewaltorientierte/jihadistische Strömung auf.

Salafisten vertreten eine anti-demokratische und damit verfassungsfeindliche Ideologie. Diese basiert auf religiösen Versatzstücken, die der islamischen Religion entlehnt sind. Salafisten streben die Errichtung eines vermeintlich „authentisch-islamischen“ Staatssystems an.

Politische Salafisten versuchen diese Ziele durch Missionierungsarbeit und den Aufbau von gesellschaftlichen Strukturen zu erreichen, die die Bildung einer Parallelgesellschaft fördern.

Gewaltorientierte Salafisten, die auch als Jihadisten bezeichnet werden, stellen den Jihad im Sinne eines bewaffneten militärischen Kampfes in den Mittelpunkt ihrer Ideologie. Sie wollen ihre Vision eines islamischen Staatswesens mit Waffengewalt umsetzen.

Der Übergang zwischen politischen und gewaltorientierten Salafisten ist fließend.

Finanzierung

Spenden aus dem In- und Ausland, wirtschaftliche Betätigung durch den Verkauf von szenetypischen Produkten, Angebot von Pilgerreisen, Kriminalität

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Anhänger der **extremistischen salafistischen Szene** verstehen die islamische Religion als Ideologie und die Scharia als gottgegebenes Ordnungssystem. Die Demokratie wird als „falsche Religion“ und die Teilnahme an Wahlen als „Götzendienst“ angesehen.

Extremistische Salafisten folgen damit dem Prinzip der „göttlichen Souveränität“. Die Gesetzgebung kann demnach nur von Gott ausgehen und niemals von einem von Menschen gewählten Gesetzgeber gemacht werden. Der **extremistische Salafismus** widerspricht aus diesem Grund dem Prinzip der „Volkssouveränität“ und dadurch der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die ablehnende und offen feindselige Haltung gegenüber der Gesellschaft und die teilweise hohe Gewaltaffinität führen zu einem großen Konfliktpotenzial, das das friedliche Zusammenleben gefährdet. Von gewaltorientierten Salafisten geht eine tatsächliche Gefahr für die innere Sicherheit in Deutschland aus, denn sie sind bereit, schwerste Gewalttaten und Anschläge zu verüben und schrecken auch vor Tötungsdelikten nicht zurück. Extremistisch-salafistische Bestrebungen unterliegen deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 4 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Es gibt weiterhin viele Missionierungsaktivitäten, mit denen vor allem Jugendliche und junge Erwachsene angesprochen werden sollen. Als regionale Szeneschwerpunkte die-

nen im Rahmen der Da'wa-Aktivitäten vor allem Moscheen und Eventhallen. Vereine, die von Anhängern der extremistisch-salafistischen Szene dominiert werden, sind nach den zahlreichen Verbotsverfahren der letzten Jahre aktuell in Nordrhein-Westfalen nicht festzustellen.

Gegenwärtig ist vor allem die Vernetzung von Einzelpersonen zu erkennen, wobei sich diese Vernetzung nicht nur auf Nordrhein-Westfalen beschränkt, sondern vielmehr bundesweit zeigt und im Berichtszeitraum vor allem auf Da'wa-Aktivitäten fokussiert.

Das Verbot des Vereins „**Deutschsprachige Muslimische Gemeinschaft e.V. (DMG)**“ in Braunschweig durch das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport am 12. Juni 2024 wirkte sich spürbar auf diese Vernetzung aus. Die **DMG** war die deutschlandweit wichtigste Plattform für überregionale extremistisch-salafistische Agitation und Vernetzung. In Predigten der **DMG** wurde gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und Nichtmuslime agitiert und ein gewaltlegitimierendes Islamverständnis, Antisemitismus und Israelfeindlichkeit propagiert.

Die Attraktivität des **extremistischen Salafismus** auf besonders junge Menschen resultiert aus der gezielten Ansprache - vor allem über die sozialen Medien und auch über Veranstaltungen mit teils vierstelligen Besucherzahlen. In diesem Rahmen werden einfache Leitlinien der Religionsausübung gemäß der propagierten Ideologie sowie das Gefühl, einer exklusiven Gemeinschaft zugehörig zu sein, vermittelt.

Sowohl innerhalb Nordrhein-Westfalens als auch bundesweit ist eine Vernetzung von Predigern der Szene festzustellen. Neben realweltlichen Veranstaltungen haben diese Prediger, die sich in Teilen als Influencer gerieren, vor allem über die sozialen Medien Zugang zu einem überwiegend sehr jungen Publikum.

Im Berichtszeitraum waren folgende Personen besonders prominent aktiv:

Dehran Asanov (Abdelhamid) ist dem Verfassungsschutz seit mehreren Jahren bekannt. In jungen Jahren war er als Prediger in Roma-Moscheen und auch für den mittlerweile verbotenen Verein Ansaar International e.V. aktiv. Im Berichtszeitraum zählte er zu den einflussreichsten Personen unter den Predigern. Seine Vortragsveranstaltungen wiesen teilweise vierstelligen Besucherzahlen auf. Häufig trat er gemeinsam mit Efsthios Tsiounis (Abu Alia) auf. Aktuell befindet er sich in Haft; gegen ihn wird wegen des Verdachts auf erwerbs- und bandenmäßigen Betrug ermittelt.



Flyer für eine Vortragsveranstaltung von Efstathios Tsiounis und Dehran Asanov in Mülheim a. d. Ruhr

Efstathios Tsiounis (Abu Alia) ist dem Verfassungsschutz seit vielen Jahren bekannt. Ihm kam bereits bei dem im Jahr 2010 aufgelösten Missionierungsnetzwerk „Einladung zum Paradies“ eine wichtige Rolle zu. Ab dem Jahr 2017 trat er darüber hinaus bei dem 2021 verbotenen Verein „Ansaar International“ in Erscheinung. Nach einem vorübergehenden Rückzug aus der Öffentlichkeit ist er wieder als Prediger aktiv. Auch in sozialen Netzwerken weitet er sein Angebot immer mehr aus. Er gilt gegenwärtig weiterhin als einflussreicher Akteur der **extremistisch-salafistischen Szene** Nordrhein-Westfalens und pflegt Kontakte zu anderen reichweitenstarken, **extremistisch-salafistischen** Predigern. Zum Teil treten sie gemeinsam auf.

Auch Pierre Vogel (Abu Hamza) ist den Sicherheitsbehörden und einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Aufgrund seiner Da'wa-Aktivitäten war er lange einer der wichtigsten Akteure der **extremistisch-salafistischen Szene**. Nachdem er sich etwas zurückgezogen hatte, ist er mittlerweile sowohl realweltlich als auch in den sozialen Medien wieder sehr aktiv und erfreut sich noch immer großer Resonanz und Beliebtheit. Er unterstützt diverse Da'wa-Projekte.



Flyer für einen Livestream mit Ibrahim El Azzazi und Pierre Vogel

Pierre Vogel hat eine Vergangenheit als professioneller Boxer und ist bis heute in diesem Sport aktiv. Auch im Berichtszeitraum war er als Trainer für Kinder und Jugendliche tätig. Bisher ist nicht ersichtlich, dass er dieses Engagement vorrangig zur Ideologisierung oder zur Radikalisierung nutzt. Allerdings ist dies ein Beispiel dafür, dass sich Kampfsport in Teilen der **extremistisch-salafistischen Szene** weiterhin großer Beliebtheit erfreut und vereinzelt auch zur Vernetzung genutzt wird.

Eine ebenfalls altbekannte Szenegröße ist Leonis Hamza (Abdul Alim Hamza), der einen größeren Bekanntheitsgrad ab 2021 erreichte. Aufgrund seiner zahlreichen überregionalen Bezüge in die **extremistisch-salafistische Szene** sowie aufgrund einer starken Präsenz in den sozialen Netzwerken konnte er sich im Berichtszeitraum eine große Anhängerschaft erarbeiten.

Seine geplante Abschiebung aus Bonn in den Kosovo wurde seitens des Verwaltungsgerichtes Köln ausgesetzt.

Hamza ist weiterhin in der Szene aktiv; er verfügt über Bezüge zu Strukturen und Personen der Szene. Auch online ist er nach wie vor sehr aktiv. Thematisch befasst er sich aktuell viel mit dem Palästina-Konflikt.

Ibrahim El Azzazi (Scheikh Ibrahim) ist den Sicherheitsbehörden seit gut zehn Jahren bekannt. Ende 2022 hat er seinen Lebensmittelpunkt von München nach NRW verlagert. In der Vergangenheit war er unter anderem für das Projekt **LIES! DWR (Die Wahre Religion)** aktiv. Eigenen Angaben zufolge hat er in Ägypten studiert und geriert sich aufgrund dessen als Gelehrter. Seinen Aufenthalt hat er im Laufe des Berichtszeitraums ins Ausland verlagert. Dennoch ist er – wenn auch in geringerem Umfang – weiter in deutschsprachigen sozialen Netzwerken aktiv. Realweltlich war er sehr umtriebig. Seit seinem Wegzug ist er nur noch durch die Begleitung von in Deutschland organisierten Urma-Reisen aufgefallen.

Seine aktuell gepflegten Kanäle auf TikTok und Instagram weisen geringere Followerzahlen auf als in der Vergangenheit. Gelegentliche Online-Veröffentlichungen beschäftigen sich in der Regel mit Werbung für Umra-Reisen oder Spendenaufrufen für Mauretanien.

Unter dem Namen Hanna Hansen tritt eine Frau auf, die auf eine berufliche Karriere als Model, DJane und Profi-Boxerin zurückblicken kann und die über eine ausgeprägte Präsenz in den sozialen Netzwerken verfügt. Nach eigenen Angaben ist sie vor einigen Jahren zum Islam konvertiert, ließ zunächst aber keinerlei Berührungspunkte zum Islamismus erkennen. Erst Anfang 2024 fiel sie durch Bezüge in die islamistische Szene auf, die sich im Laufe des Jahres immer weiter verfestigten. Es gelang ihr, sich innerhalb kürzester Zeit durch ihre Aktivitäten und ihre Präsenz in den sozialen Medien zu einer bedeutenden Aktivistin der islamistischen Szene zu entwickeln, die mit maßgeblichen Akteuren der salafistischen Szene bundesweit und sogar international vernetzt ist. Mittlerweile nutzt sie ihre hohe Reichweite im Internet, um eine islamistische Weltanschauung zu propagieren und für salafistische Veranstaltungen zu werben. Anders als viele andere Salafisten legt sie ihren Schwerpunkt weniger auf religiöse Themen, sondern spricht immer wieder auch gesellschaftliche und politische Fragen an. Dabei bringt sie zum Ausdruck, dass die „westliche“ Lebensweise nicht mit ihrer Glaubensvorstellung kompatibel und eine säkulare Ordnung aus ihrer Sicht abzulehnen sei. Als islamistische Influencerin verfügt sie über ein Alleinstellungsmerkmal als ehemalige Boxerin und Model, das vor allem darauf zurückzuführen sein dürfte,

dass sie bereits vor ihrem islamistischen Engagement die entsprechenden Kanäle bedient hat.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Verdrängungseffekte durch zahlreiche Verbotsmaßnahmen der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder zeigen Wirkung. Einige Prediger der Szene halten sich mittlerweile im Ausland auf. Dennoch wirken sie über ihre Kanäle in den sozialen Medien auf die hiesigen Szenen ein.

Auf diese Weise greifen sie abseits von religiösen Inhalten häufig politische Themen auf, prangern die Diskriminierung von Muslimen an, greifen „den Westen“ oder „die Medien“ an und bedienen somit Narrative, die oftmals entscheidend für einen Radikalisierungsverlauf vor allem Jugendlicher und junger Erwachsener sein können.

Aktuell ist ein deutlicher Anstieg der Aktivitäten von Gruppierungen und Zusammenschlüssen innerhalb der Szene zu verzeichnen. Diese verbreiten die szeneeigene Ideologie über gut gepflegte Plattformen in den Sozialen Medien und treten auch zunehmend realweltlich in Erscheinung. Hierbei bedienen sie unterschiedliche Aktionsfelder in Form von Seminaren, Unterrichtsangeboten, Street Da'wa-Aktionen, bei denen szenekonformes Infomaterial und Bücher verteilt werden oder auch das Angebot von Heiratsvermittlungen. Dabei handelt es um Zusammenschlüsse, die in NRW ansässig sind ebenso wie solche aus anderen Bundesländern, die auf NRW einwirken. Die szenebekannten Prediger verstärken deren Reichweite, indem sie diese Plattformen bewerben.

Darüber hinaus kommt vor dem Hintergrund der beschriebenen Da'wa-Aktivitäten dem Angebot von Pilgerreisen durch Szeneangehörige als Geschäftsmodell eine wesentliche Rolle zu; hier sei auf das Fokusthema des vorliegenden Berichtes verwiesen. Eine entscheidende Rolle spielt weiter die Verbreitung extremistisch-salafistischer Inhalte bei Radikalisierungsentwicklungen vor allem Jugendlicher und junger Erwachsener, die in jihadistisch motivierte Anschlagsvorhaben münden können. Die durchgeführten und verhinderten Anschläge der letzten Zeit haben gezeigt, dass diese Gewalttaten nicht von den Personen verübt wurde, die in die Da'wa-Aktivitäten der extremistischen-salafistischen Bestrebung fest eingebunden sind, sondern von Personen, die am Rande der Szene stehen oder noch gar nicht innerhalb dieser in Erscheinung getreten sind. Diese Entwicklung wird sich nach jetzigem Stand weiter fortsetzen.

HAMAS



Sitz/Verbreitung Hauptsitz der Vereinsstrukturen in Berlin, Aktivitäten auch in Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern

Gründung/Bestehen seit 1987

Struktur/ Repräsentanz Seit der Selbstauflösung der wichtigsten **HAMAS**-nahen Organisationen in Deutschland, der **Palästinensischen Gemeinschaft in Deutschland e.V. (PGD)** sowie der Organisation **Die Barmherzigen Hände e.V. in Nordrhein-Westfalen**, existieren im Inland keine eingetragenen **HAMAS**-nahen Strukturen mehr. Gleichwohl sind bekannte Protagonisten im Hintergrund aktiv.

Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2024 230 ↗
(Teilmenge der **MB**)

Veröffentlichungen Englisch- und arabischsprachiges Web-Angebot der **HAMAS**-Kernorganisation; arabisch- und teilweise deutschsprachige Veröffentlichungen der Sympathisantenszene in sozialen Netzwerken

Kurzporträt/Ziele Die sunnitische **HAMAS** (arabisches Akronym für „Bewegung des islamischen Widerstandes“) hat sich aus dem palästinensischen Teil der **Muslimbruderschaft** entwickelt und ist seit Beginn der ersten Intifada im Jahr 1987 aktiv. Das vorrangige politische Ziel der **HAMAS** ist die von ihr so genannte „Befreiung Gesamtpalästinas“ und damit die Auflösung Israels als eigenständiger Staat. Im Jahr 2017 veröffentlichte die **HAMAS** ein neues Grundsatzdokument. Es stellt jedoch keine wesentliche Abweichung gegenüber der ursprünglichen **HAMAS**-Charta von 1987 dar.

Die Organisation zeigt in dem neu verfassten Dokument die grundsätzliche Bereitschaft, einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 zu akzeptieren.

Ihr Widerstand richte sich nicht gegen die jüdische Religion, sondern ausschließlich gegen den Staat Israel. Gleichzeitig wird jedoch an einer vollkommenen Befreiung Palästinas vom „Jordan bis zum Mittelmeer“ und am bewaffneten Widerstand festgehalten, wobei der „zionistischen Entität“ jegliche Anerkennung zu verweigern sei. Das Existenzrecht Israels wird damit nach wie vor negiert, auch wenn moderate **HAMAS**-Politiker dies in der Vergangenheit unter bestimmten Bedingungen bei Verhandlungen in Aussicht stellten.

Die **HAMAS** befindet sich mitsamt ihrer militärischen Suborganisation, den **Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden**, auf der durch den Rat der Europäischen Union erstellten EU-Terrorliste und unterliegt damit entsprechenden Sanktionen.

Finanzierung Spenden

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die **HAMAS** ist eine terroristische Organisation. Neben ihrem paramilitärischen Arm, den **Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden**, verfügt sie über eine Partei-Organisation, ein soziales Hilfswerk sowie religiöse und karitative Organisationen. Sie ist für zahlreiche Selbstmordattentate und Raketenangriffe auf israelisches Gebiet verantwortlich. Die Feindschaft gegenüber Israel wird begleitet von einem virulenten Antisemitismus, der auch in der Charta der **HAMAS** deutlich zum Ausdruck kommt.

Als weiteres Ziel verfolgt die **HAMAS** die Errichtung eines „islamischen Staates“, der auf der extremistischen Ideologie der **Muslimbruderschaft** beruht. Diese Ideologie steht im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die terroristischen Aktivitäten gegen Israel gefährden auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland und die antisemitische Einstellung richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung und das friedliche Zusammenleben der Völker. Die **HAMAS**

unterliegt deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 4 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Internationale Entwicklung der HAMAS

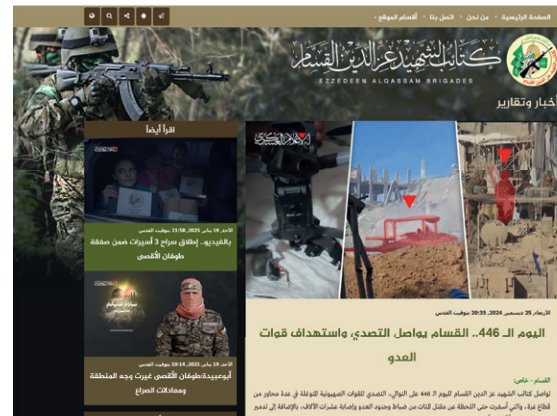
Im Jahr 2024 kämpfte die **HAMAS** im Gaza-Streifen um ihr Überleben als bewaffnete Organisation und war bemüht, den israelischen Streitkräften Widerstand zu leisten. Militärisch musste sie dabei erhebliche Rückschläge hinnehmen, etwa durch die Tötung ihres Politbüro-Leiters Ismail Haniya in Iran am 31. Juli 2024, für die Israel später die Verantwortung übernahm. Zum Nachfolger in diesem Amt wurde mit Yahya Sinwar der mutmaßlich Hauptverantwortliche für die Ereignisse am 7. Oktober 2023 gewählt, der am 16. Oktober 2024 ebenfalls durch die israelische Armee getötet wurde.

Politisch konnte die **HAMAS** dagegen von den Entwicklungen profitieren und bemühte sich teilweise mit Erfolg darum, diplomatische Aktivitäten gegen Israel zu initiieren. Insbesondere die Diskussion um Menschenrechtsverletzungen israelischer Sicherheitskräfte im Gaza-Streifen aber auch im Westjordanland trug dazu bei, dass die **HAMAS** sich teilweise wieder als Vertretung palästinensischer Interessen positionieren konnte. Vor allem die Bilder von zahlreichen zivilen Todesopfern im Gaza-Streifen sorgten international für massive Kritik gegenüber Israel und für eine weit verbreitete Emotionalisierung, die die **HAMAS** für ihre Propaganda nutzte.

Erweiterte Sympathisantenszene der HAMAS in Nordrhein-Westfalen

Seit den jüngsten Eskalationen des Nahost-Konflikts hat die Terrororganisation in einigen Kreisen erheblich an Sympathien gewonnen. Im Berichtszeitraum war feststellbar, dass Solidaritätsbekundungen für die **HAMAS** deutlich zunahmen. Dabei ist auffällig, dass derartige Äußerungen meist durch Personen erfolgten, die nicht in hiesigen **HAMAS**-Strukturen eingebunden sind und in einigen Fällen bisher auch noch nicht durch Kontakte in den Islamismus aufgefallen waren.

Teilweise wird von pro-palästinensischen Aktivisten ein auf der Spitze stehendes rotes Dreieck verwendet. Dieses Symbol wurde in unterschiedlichen Kontexten genutzt, unter anderem in der Propaganda der **HAMAS** zur Markierung israelischer Ziele. Im Laufe des Jahres hat es sich unter anderem zu einem pro-palästinensischen Symbol entwickelt, das in vielen Fällen die Solidarität mit dem bewaffneten „Widerstand“ darstellen soll und im Kontext einer solchen Verwendung in Deutschland auch als Ver-



Verwendung des roten Dreiecks zur Markierung militärischer Ziele in der Propaganda der Qassam-Brigaden

Keine offiziellen Nachfolgeorganisationen für aufgelöste Vereine

Seit der Selbstauflösung der hiesigen **HAMAS**-nahen Vereine **Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (PGD)** und **Die Barmherzigen Hände e.V.** wurden bislang keine offiziellen Nachfolgeorganisationen festgestellt. Die dahinter stehenden Akteure sind gleichwohl in der Öffentlichkeit durch die Organisation von pro-palästinensischen Demonstrationen und der Verbreitung von teilweise antisemitischen Inhalten auf Social Media aufgefallen.

Anklage gegen vier mutmaßliche Mitglieder der ausländischen terroristischen Vereinigung HAMAS erhoben

Am 8. November 2024 hat die Bundesanwaltschaft vor dem Staatsschutzsenat des Kammergerichts Berlin Anklage gegen vier bereits am 14. Dezember 2023 verhaftete Personen erhoben, die der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung – der **HAMAS** – dringend verdächtig sind.

Diese sollen seit Jahren als Auslandsoperateure der **HAMAS** tätig gewesen sein. Sie nahmen innerhalb der Vereinigung wichtige Positionen mit unmittelbarer Anbindung an Führungskräfte des militärischen Flügels ein. Im Auftrag der **HAMAS** sollen sie zudem Waffendepots in verschiedenen europäischen Ländern angelegt oder gesucht haben, um deponierte Waffen wieder verfügbar zu machen. Als mögliche Anschlags-

stoß gegen das Vereinsverbot gewertet werden kann. Das Zeigen kann unter diesen Umständen strafbar sein. In Nordrhein-Westfalen wurde das Symbol allerdings nicht von jenen Personen verwendet, die in hiesige **HAMAS**-Strukturen eingebunden sind, sondern vor allem von Aktivisten, die dem links-extremistischen Spektrum angehören.

ziele sollen etwa die israelische Botschaft in Berlin, die US Air Base in Ramstein oder das Gebiet um den Tempelhofer Flughafen in Berlin in Betracht gezogen worden sein.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die **HAMAS**-Anhänger in Nordrhein-Westfalen sind bei den pro-palästinensischen Demonstrationen seit den Terroranschlägen gegen den Staat Israel am 7. Oktober 2023 überwiegend nicht radikal, sondern moderat in Erscheinung getreten. Nach wie vor agieren Anhänger der **HAMAS** insgesamt sehr vorsichtig.

Einerseits hat die Organisation von einer Solidarisierung mit dem Leid der Palästinenser im Gaza-Streifen profitieren können. Berichte und Bilder von den Leiden der palästinensischen Bevölkerung drängten im Laufe der Zeit jene vom verbrecherischen Wüten der **HAMAS** am 7. Oktober 2023 zurück. Die **HAMAS** hat es insbesondere verstanden, die militärischen Operationen der israelischen Streitkräfte und die damit einhergehende hohe Zahl an zivilen Opfern für ihre Propaganda derart zu instrumentalisieren, dass ihre Verantwortlichkeit für die Eskalation des Konflikts vielfach kaum noch thematisiert wird.

Auf der anderen Seite wurden die Strukturen der **HAMAS** im Gaza-Streifen und darüber hinaus massiv geschwächt. Im Gaza-Streifen musste sie hohe Verluste und militärisch zahlreiche Rückschläge hinnehmen. Vor allem dürfte die **HAMAS** durch die Tötung bedeutender Führungspersönlichkeiten in der nahen Zukunft mit einem Führungs- und Organisationsproblem konfrontiert sein.

Auch in Deutschland zeigte sich nach der Selbstauflösung der **HAMAS**-nahen Strukturen im Jahr 2023, dass die hiesigen Anhänger ihre Aktivitäten nicht mit der gleichen Intensität fortsetzen und bisher noch keine neuen Strukturen aufbauen konnten, die die aufgelösten Organisationen kompensieren können. Insofern bleibt abzuwarten, wie sich die hier bekannten Akteure der **HAMAS** neu organisieren und ihren propagandistischen und/ oder finanziellen Unterstützungshandlungen nachgehen werden. Perspektivisch besteht die Möglichkeit, dass sie Anschluss an postkoloniale Diskurse suchen und sich darum bemühen, in diesem Umfeld für die Unterstützung der **HAMAS** zu werben.

Die Hinweise auf Anschlagplanungen der **HAMAS** in Europa haben sich bisher noch nicht bestätigt. Das militante Handeln der Terrororganisation konzentriert sich bislang weiterhin auf Israel.

Hizb Allah (Partei Gottes) und schiitischer Islamismus



Sitz/Verbreitung Mutterorganisation im Libanon, sympathisierende religiöse Vereine in der libanesischen Diaspora, darunter auch im Bundesgebiet

Gründung/Bestehen seit 1982

Struktur/ Repräsentanz Die Anhänger in Deutschland treffen sich in den örtlichen Moscheevereinen. Deren Satzungen und Aktivitäten lassen nach außen keinen **Hizb Allah**-Bezug erkennen. Es gibt keinen Dachverband.

Bezüge zur **Hizb Allah** sind unter anderem für das *Deutsch-libanesisches Kulturaustausch-Zentrum e. V.* in Dortmund (*Ahl al-Bait-Versammlung*), die **Gemeinschaft Libanesischer Emigranten e.V.** in Bottrop (**Imam Rida-Zentrum**) sowie den **Al Mahdi Kulturverein Bad Oeynhausen e.V.** nachweisbar.

Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2024 400 ➔

Veröffentlichungen Mehrsprachiges Web-Angebot

Kurzporträt/Ziele Die schiitische islamistische Organisation **Hizb Allah** bildete sich 1982 als Reaktion auf den Einmarsch israelischer Truppen im Libanon. Die Organisation profitierte dabei vor allem von der iranischen Intervention während des libanesischen Bürgerkriegs.

Sie verfügt über einen (para-)militärischen, einen karitativen und einen politischen Zweig. An ihrer Spitze stand der Generalsekretär und Oberbefehlshaber Hassan Nasrallah (gestorben 27. September 2024), der als zentrale Identifikationsfigur galt. Seit Oktober 2024 ist Naim Kassim, der seit 1991 stellvertretender Generalsekretär war, nun Generalsekretär.

Die **Hizb Allah** ist seit Anfang der 1990er-Jahre im libanesischen Parlament und der Politik vertreten und immer wieder auch an Regierungen beteiligt. In einigen Teilen des Libanon (Nordosten und Süden) beherrscht sie das gesamte öffentliche Leben und verfügt über staatsähnliche Strukturen. Mit ihren wohltätigen Einrichtungen sowie ihren legalen und illegalen Strukturen ist sie ein wichtiger Faktor in der Wirtschaft des Libanon. Militärisch verfügt die **Hizb Allah** über eine schlagkräftige Truppe, die zu Kampfeinsätzen fähig ist. Der militärische Zweig kooperiert dabei eng mit einer für Auslandseinsätze zuständigen Einheit der iranischen Revolutionsgarde, der sogenannten Quds Force.

Die Organisation bestreitet offen das Existenzrecht des Staates Israel. Sie wird für Anschläge oder entsprechende Vorbereitungsaktivitäten, insbesondere gegen israelische und jüdische Ziele, verantwortlich gemacht (unter anderem 1992 und 1994 in Buenos Aires, 1992 im Berliner Restaurant Mykonos, 2012 in Burgas).

Für Israel ist die **Hizb Allah** mit ihren militärischen und terroristischen Möglichkeiten eine permanente Bedrohung, die sich immer wieder in gewaltsamen Angriffen manifestiert.

Deutschland stellt für die Organisation einen Rückzugsraum dar, der für logistische Unterstützungsleistungen genutzt wird.

Finanzierung

Spenden der Anhänger, mutmaßlich Erlöse aus kriminellen Aktivitäten, im Libanon finanzielle Zuwendungen aus Iran.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Das Eintreten der **Hizb Allah** für die Ideologie der „Herrschaft des Rechtsgelehrten“ (wilayat al-faqih) widerspricht dem Prinzip der Volkssouveränität. Sie ist demnach eine Bestrebung, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet.

Ihre Agitation gegen den Staat Israel und die damit einhergehenden antisemitischen Positionen laufen dem Gedanken der Völkerverständigung zuwider.

Bei der **Hizb Allah** handelt sich darüber hinaus um eine international agierende terroristische Organisation, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet.

Rechtsgrundlage für die Bearbeitung der **Hizb Allah** durch den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz sind demnach § 3 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 3 und Nr. 4 VSG NRW.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Beteiligung der Hizb Allah am Nahostkonflikt

Die **Hizb Allah** hatte bereits kurz nach den Terroranschlägen gegen den Staat Israel am 7. Oktober 2023 ihre Solidarität erklärt und mit dem regelmäßigen Beschuss Israels begonnen. Infolgedessen führte Israel umfangreiche militärische Maßnahmen, insbesondere Luftangriffe gegen die Organisation durch, um deren Führungsstrukturen und ihre militärischen Kapazitäten zu schwächen. Die israelischen Sicherheitsbehörden intensivierten in der zweiten Jahreshälfte ihre Angriffe auf die **Hizb Allah**, die ihren Höhepunkt im September 2024 erreichten. Israel griff dabei mit seiner Luftwaffe und im grenznahen Bereich mit Artillerie zahlreiche Ziele im gesamten Libanon an, bevor schließlich auch Bodentruppen in den Süden des Landes eindrangten.

Die Explosionen von Pagers und Walkie-Talkies der **Hizb Allah** am 17. und 18. September 2024 waren das Resultat eines Angriffs israelischer staatlicher Akteure auf mutmaßliche Mitglieder der Terrororganisation **Hizb Allah** im Libanon. Dabei wurden mehrere tausend Funkmeldeempfänger (Pager) und andere elektronische Geräte zur

Explosion gebracht. Nach libanesischen Angaben wurden insgesamt mindestens 37 Menschen getötet und rund 3000 verletzt. Die Verantwortung für die Explosionen wurde von israelischer Seite eingeräumt. Sie wird dem israelischen Geheimdienst Mossad zugeschrieben, der die Apparate im Vorfeld mit Sprengstoff präpariert haben soll, um Führungs- und Kommandostrukturen der **Hizb Allah** zu zerstören.

Tod des Hizb Allah Generalsekretärs Hassan Nasrallah

Im Laufe des Jahres 2024 versuchten die israelischen Streitkräfte die Führungsriege der **Hizb Allah** durch gezielte Luftschläge auszuschalten und konnten immer wieder ranghohe Funktionäre der Organisation töten. Am 28. September 2024 verkündete das israelische Militär, dass bei einem Luftangriff auf einen Kommandobunker der **Hizb Allah** am Vortag auch deren Generalsekretär Hassan Nasrallah ums Leben gekommen sei. Dieser hatte die **Hizb Allah** seit mehr als 30 Jahren geleitet und fungierte wie kein anderer als das Gesicht der Organisation.



Der Hizb Allah-nahe Sender „al-Manar“ meldete am 29.09.2024 den „Märtyrertod“ des Generalsekretärs der Hizb Allah

leicht zu ersetzen sein wird. Unter den **Hizb Allah**-Anhängern war damit ein Höchstmaß an Emotionalisierung erreicht. Trotzdem waren diese darum bemüht, ihre Gefühle nicht öffentlich zu zeigen, um keine offenen Bezüge zur **Hizb Allah** erkennen zu lassen. Sie beschränkten sich stattdessen auf interne Gedenkveranstaltungen.

Die schiitisch-islamistische Szene in Nordrhein-Westfalen reagierte mit Wut und Fassungslosigkeit angesichts der Tötung Hassan Nasrallahs, dessen Verehrung beinahe kultische Züge hatte und der deshalb nicht so

leicht zu ersetzen sein wird. Unter den **Hizb Allah**-Anhängern war damit ein Höchstmaß an Emotionalisierung erreicht. Trotzdem waren diese darum bemüht, ihre Gefühle nicht öffentlich zu zeigen, um keine offenen Bezüge zur **Hizb Allah** erkennen zu lassen. Sie beschränkten sich stattdessen auf interne Gedenkveranstaltungen.

Akteure in Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen sind im schiitisch-extremistischen Spektrum bisher kaum Reaktionen auf den aktuellen Nahost-Konflikt und den Einmarsch israelischer Bodentruppen in den Südlibanon feststellbar. Zwar ist erkennbar, dass das Thema eine große Betroffenheit verursacht und schiitische Islamisten sehr bewegt; dennoch gibt es keine Hinweise darauf, dass sich schiitische Islamisten in nennenswerter Form organisieren und in größeren Zahlen zur militärischen Unterstützung der **Hizb Allah** in den Libanon ausreisen. Nur sehr vereinzelt wurden Stimmen von schiitisch-islamistischen Funktionären laut, die eine offensivere Unterstützung der **Hizb-Allah**, in Form von aktiver Beteiligung an Kampfhandlungen im Libanon, einforderten.

Der **Hizb Allah**-nahe Verein in Dortmund hat im Berichtszeitraum seine Neuaufstellung vermarktet, die mit einem Vorstandswechsel und einer Umbenennung einherging. Die neue Bezeichnung lautet *Deutsch-libanesisches Kulturaustausch-Zentrum e.V.*. Hier bleibt abzuwarten, ob diese Maßnahmen lediglich kosmetischer Natur sind, oder ob sie tatsächlich eine Reduzierung der **Hizb Allah**-Einflüsse zur Folge haben.

Verbot des Vereins „Islamisches Zentrum Hamburg e.V.“ mit Teilorganisationen

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) hat am 24. Juli 2024 das **Islamische Zentrum Hamburg e.V. (IZH)** mit seinen bundesweiten Teilorganisationen verboten, da es eine extremistische Organisation des Islamismus ist, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Gegen diese Verbotsverfügung legte das **IZH** Klage beim zuständigen Bundesverwaltungsgericht in Leipzig (AZ. 6 A Z 24) ein. Vorausgegangen war ein vereinsrechtliches Ermittlungsverfahren des BMI, das im November 2023 zu Durchsuchungen geführt hatte, die letztlich entscheidende Belege für die Verfassungsfeindlichkeit der Institution erbrachten und deren Verbot ermöglichten.

Das **IZH** war die wichtigste ideologische Repräsentanz der „Islamischen Republik Iran“ (IRI) in Deutschland und ein bedeutendes Propagandazentrum Irans in Europa. Die Einrichtung hatte lange Zeit Privilegien als Partner öffentlicher Stellen genossen, obwohl sie seit über drei Jahrzehnten in Verfassungsschutzberichten Erwähnung fand.

Die vom **IZH** vertretene Ideologie der „Islamischen Republik Iran“ ist aus zahlreichen Gründen nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar. Am eindeutigsten ist der Verstoß gegen den Gedanken der Volkssouveränität. Darüber hinaus ist diese Ordnung nicht mit den grundgesetzlich garantierten Menschenrechten

vereinbar, da sie sich auf eine Interpretation des islamischen Rechts stützt, die die Menschenrechte in wesentlichen Punkten drastisch beschneiden würde.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern gab es in Nordrhein-Westfalen keine Zweigstellen des **IZH**. Dennoch übte das **IZH** in erheblichem Maße Einfluss auf schiitische Vereine in Nordrhein-Westfalen aus und pflegte teilweise den direkten Kontakt zu hiesigen Verantwortlichen. So waren beispielsweise auch im Fall des 2022 verbotenen **Imam Mahdi Zentrum (IMZ)** Münster erhebliche Bezüge zum **IZH** erkennbar. Laut der Satzung des **IMZ** wäre dem **IZH** im Falle der Auflösung des Vereinsvermögens zugesprochen worden. Durch das Verbot des **IZH** ist eine zentrale Instanz weggefallen, die die Kooperation verschiedener islamistischer Vereine koordiniert und gesteuert hat.

Innerhalb der schiitisch-islamistischen Szene wurde das Verbot des **IZH** heftig kritisiert und überlegt, mit welchen Maßnahmen man darauf reagieren könnte. In Hamburg und Berlin kam es zu kleineren Protestkundgebungen, an denen sich auch einzelne Akteure aus Nordrhein-Westfalen beteiligten.

Verurteilung zweier mutmaßlicher Mitglieder der Hizb Allah

Im Juni 2024 verurteilte das Oberlandesgericht Hamburg zwei bereits im Jahr zuvor festgenommene Personen aufgrund ihrer Betätigung für die **Hizb Allah** wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland (§ 129a Abs. 1 Nr. 1 StGB, § 129b Abs. 1 Satz 1 und 2 StGB) zu mehrjährigen Haftstrafen. Bei einer der beiden Personen handelte es sich um einen Funktionär eines im Jahr 2022 verbotenen **Hizb Allah**-nahen Vereins in Bremen. Der zweite Verurteilte betreute als Angehöriger der Abteilung für Außenbeziehungen der **Hizb Allah** zahlreiche libanesisch-schiitische Vereine in Nordwestdeutschland, darunter auch mehrere Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Dieser Prozess legte das Netzwerk **Hizb Allah**-naher Gemeinden offen, das auch in Nordrhein-Westfalen über zahlreiche Anknüpfungspunkte verfügt.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Das Jahr 2024 stellt für den schiitischen Islamismus in Deutschland eine einschneidende Zäsur dar. Die Tötung des Generalsekretärs der **Hizb Allah** im Libanon traf seine hiesigen Unterstützer schwer und nahm ihnen die Illusion, dass die **Hizb Allah** irgendwann militärisch entscheidend in den Nahost-Konflikt eingreifen und dort eine Wende herbeiführen könnte.

Das Verbot des **IZH**, das sich nach den vereinsrechtlichen Maßnahmen im letzten Jahr bereits angekündigt hatte, entreißt den schiitischen Islamisten ein wichtiges Instrument, mit dem es ihnen möglich war, auch weit jenseits islamistischer Kreise auf den schiitischen Islam in Deutschland einzuwirken.

Die Verurteilung zweier Auslandsfunktionäre der **Hizb Allah** und das Verbot des **IZH** beeinträchtigen das Wirken der Anhänger der **Hizb Allah** in erheblichem Maße. Die Kombination aus vereins- und strafrechtlichen Maßnahmen gegen Akteure und Strukturen des schiitischen Islamismus wird sich langfristig auf die Szene auswirken und deren Handlungsmöglichkeiten massiv einschränken.

Dies wird zur Folge haben, dass eine noch stärkere Verschleierung der Bezüge zur Mutterorganisation im Libanon erfolgen und zunehmend konspirativer agiert werden. Vor diesem Hintergrund ist auch nachvollziehbar, dass die hiesigen **Hizb Allah**-Unterstützer sich kaum an öffentlichkeitswirksamen Protesten beteiligten. Dies sollte indes nicht über ihre latenten Bemühungen zur Aufrechterhaltung der Strukturen hinwegtäuschen.

Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei – HuT)



Sitz/Verbreitung	Keine offizielle Vertretung in Deutschland, regionale Schwerpunkte der Anhänger in Nordrhein-Westfalen sind Duisburg, Essen, Dortmund und Münster.
Gründung/Bestehen seit	1953
Struktur/ Repräsentanz	In der Bundesrepublik Deutschland bestehen aufgrund des Verbots keine offiziellen Anlaufstellen der Hizb ut-Tahrir. Die Anhänger treffen sich in abgeschotteten Kleingruppen (Zellen), die sich durch ein äußerst konspiratives Verhalten auszeichnen. Darüber hinaus verbreiten auch mehrere Internet-Kanäle von Realität Islam (RI), Generation Islam (GI) und Muslim Interaktiv (MI) das Gedankengut der HuT.
Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2024	150 ➡
Veröffentlichungen	Mehrsprachiges Web-Angebot, insbesondere über die Kanäle von Realität Islam , Generation Islam und Muslim Interaktiv .
Kurzporträt/Ziele	Die Hizb ut-Tahrir (HuT) wurde 1953 von dem Rechtsgelehrten Scheich Taqi al-Din al-Nabhani, einem ehemaligen Mitglied der ägyptischen und palästinensischen Muslimbruderschaft , gegründet. Es handelt sich um eine pan-islamistische Bewegung, die sich an alle Muslime richtet. Vorrangige Ziele der Organisation sind die Wiedereinführung des 1924 durch die Republik Türkei abgeschafften Kalifats und die Errichtung eines islamischen Staats unter Führung eines Kalifen.

Dieser soll die Scharia als Grundlage und Maßstab staatlichen Handels im Kalifat durchsetzen. Säkulare Staatsformen stehen hierzu im Widerspruch und werden bekämpft. Islam und Demokratie sind für die **HuT** nicht miteinander vereinbar. Zur Durchsetzung ihrer Ziele versucht die **HuT** vor allem einflussreiche Persönlichkeiten und Akademiker zu rekrutieren, die ihre herausgehobene gesellschaftliche Position zur gezielten Einflussnahme im Sinne der **HuT** nutzen sollen. In den meisten muslimisch geprägten Ländern ist die **HuT** verboten. Seit dem 15. Januar 2003 unterliegt die **HuT** auch in Deutschland einem Betätigungsverbot.

Im Gegensatz zu anderen islamistischen Organisationen agiert die **HuT** überwiegend politisch und bietet keine religiösen Dienstleitungen an.

Finanzierung	Spenden
--------------	---------

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Das vom Bundesminister des Innern ausgesprochene Betätigungsverbot wurde am 25. Januar 2006 vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat am 19. Juni 2012 die Klage der **HuT** gegen das Betätigungsverbot für unzulässig erklärt. Der EGMR sah es als erwiesen an, dass die **HuT** dem Staat Israel das Existenzrecht abspricht. Sie habe ferner den Sturz von Regierungen in muslimisch geprägten Staaten gefordert. Diese sollten nach Vorstellung der **HuT** durch ein auf den Regeln der Scharia basierendes Kalifat ersetzt werden, das man allerdings nicht mit Gewalt erkämpfen will.

Die **HuT** kennzeichnet zudem ein besonders stark ausgeprägter Antisemitismus. Juden, aber auch Christen, gelten – entgegen der mehrheitlich von islamischen Gelehrten vertretenen Meinung – als Ungläubige. Ihre Lebensform sei abzulehnen. Mit ihnen solle möglichst kein Kontakt gehalten werden, da sie untereinander ein Bündnis eingegangen seien, um den Islam zu zerstören.

Aufgrund der gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ideologie sowie des Antisemitismus der **HuT** unterliegt diese nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 4 VSG NRW der Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum fielen Akteure der **HuT**-nahen Gruppen durch die Ausrichtung öffentlicher Kundgebungen auf, die sich inhaltlich vor allem mit dem Nahost-Konflikt beschäftigten und teilweise intensive Medienberichterstattung zur Folge hatten. Während in Nordrhein-Westfalen im November 2023 erstmals eine solche Demonstration stattfand, gab es im Jahr 2024 keine vergleichbaren Veranstaltungen.

In Nordrhein-Westfalen trafen sich Akteure der **HuT** jedoch weiterhin vor allem im Rahmen interner Veranstaltungen sowie in entsprechenden Schulungszirkeln in privaten Räumlichkeiten, die keine öffentliche Wirksamkeit entfalten. In diesen Kleingruppen wird teilweise sehr explizit die Ideologie der in Deutschland verbotenen Partei thematisiert. Andere Veranstaltungen legen hingegen den Fokus auf die Rekrutierung neuer Mitglieder und sind inhaltlich etwas moderater.

Die Internet-Aktivitäten der **HuT**-nahen Gruppierungen **Realität Islam**, **Generation Islam** und **Muslim Interaktiv** fanden im Berichtszeitraum weiter auf dem hohen Niveau des Vorjahres statt. Thematisch greifen die Organisationen nach wie vor aktuelle gesellschaftliche und politische Themen auf, die für viele Muslime unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung relevant sind. Hierbei wird besonders darauf geachtet, Themen anzusprechen, die besonders junge Menschen beschäftigen, um auch hier das Ziel der weiteren Rekrutierung umzusetzen. Die Beiträge der genannten Gruppierungen werden weiterhin auf zahlreichen Kanälen bei Instagram, Facebook, TikTok und YouTube verbreitet. Die **HuT** zielt weiter darauf, (junge) Muslime von einer liberalen Gesellschaft und dem demokratischen Rechtsstaat abzubringen und sie davon zu überzeugen, dass nur eine Vereinigung aller Muslime in einem Kalifat ein wahrhaft islamisches Leben ermöglicht. Hierzu werden konsequent die Themen aufgegriffen, bei denen es um eine vermeintliche gesellschaftliche Benachteiligung, eine Ungleichbehandlung oder um eine Diskriminierung und den angeblichen Zwang zur Assimilation der Muslime in Deutschland und der westlichen Welt geht. Ein Beispiel dafür ist beispielsweise die Bestätigung eines Kopftuchverbots an Schulen in Belgien durch den Europäischen Gerichtshof, das als Einschränkung muslimischen Lebens in Europa gewertet wird. Dabei wird insbesondere auf die Haltung staatlicher Stellen in Deutschland zum aktuellen Nahost-Konflikt verwiesen, die als einseitig pro-israelisch und anti-muslimisch angeprangert wird.



Ablehnung der Demokratie in der Propaganda von Generation Islam

wird darauf aufmerksam gemacht, wie viele Personen und Kinder bereits gestorben sind und dass der Westen für deren Tod mit verantwortlich sei.

In Nordrhein-Westfalen sind seit dem Jahr 2024 auch realweltliche Aktivitäten dieser **HuT**-nahen Gruppierungen zu beobachten. Im Berichtszeitraum kam es erstmals zu einem Auftritt eines prominenten Akteurs von **Muslim Interaktiv** aus Hamburg in Nordrhein-Westfalen. Dieser wurde medial stark thematisiert und verdeutlicht die zunehmende länderübergreifende Zusammenarbeit und Vernetzung der **HuT**-Akteure. Auch wenn es in NRW bislang keine vergleichbaren Organisationen gibt, macht diese Veranstaltung deutlich, dass auch aus NRW heraus Kontakte zu hochrangigen Akteuren bekannter **HuT**-naher Gruppierungen bestehen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Seit der im Jahr 2023 erstmals öffentlich geäußerten Forderung nach einem Kalifat ist dieses Thema aus dem Diskurs der **HuT** kaum noch wegzudenken und wird weiterhin als entscheidende Lösung aller Probleme propagiert.

Auch in diesem Berichtszeitraum tritt die **HuT** in zwei verschiedenen Formaten an ihre Zielgruppe heran. Dabei handelt es sich einerseits um die bereits beschriebene Verbreitung der Inhalte in den sozialen Medien und andererseits um die Schulung in internen Veranstaltungen, in denen die Ideologie der **HuT** weitaus intensiver gelehrt wird. In den sozialen Medien steht die Gewinnung neuer Anhänger durch das Aufgreifen alltäglicher Probleme im Vordergrund. Hierdurch werden insbesondere Jugendliche und Heranwachsende angesprochen und niederschwellig an eine islamistische Welt-

Aufgrund der Ereignisse im Nahen Osten lag der Fokus der Internet-propaganda im Berichtszeitraum vor allem auf dem Nahost-Konflikt. Hierbei wird die bereits im vergangenen Jahr festgestellte Rhetorik und Polarisierung fortgesetzt – es wird weiterhin die deutsche Solidarität zu Israel kritisiert. Regelmäßig

anschauung herangeführt. Der Bezug zur **HuT** besteht im Vergleich zu den skizzierten Schulungen hier oberflächlicher.

Durch die professionell gestalteten Videos und das Verwenden der deutschen Sprache wird eine breite Masse deutschsprachiger Muslime angesprochen. Auch wenn diese in Deutschland sozialisiert sind, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass so Menschen erreicht werden, die schon einmal negative Erfahrungen gemacht haben und diese als Diskriminierung von Muslimen wahrnehmen. Bei der Thematisierung des Nahost-Konflikts wird das Mitgefühl mit den Muslimen in Palästina und dem Libanon angesichts des menschlichen Leids durch den Krieg angesprochen. Die Vorgehensweise der **HuT** spricht die Menschen insofern mit den Themen an, die die größte emotionale Betroffenheit erwarten lassen.

In den vergangenen Jahren erwies sich diese Vorgehensweise aus Sicht der **HuT** als erfolgreich und sie konnte ihre Aktivitäten auch in Nordrhein-Westfalen steigern. Das Personenpotenzial der Organisation in NRW ist aufgrund des konspirativen Vorgehens allerdings schwierig zu beziffern und spiegelt sich wahrscheinlich nicht vollständig in den bekannten Zahlen wieder.

Muslimbruderschaft (unter anderem Deutsche Muslimische Gemeinschaft, DMG)



Sitz/Verbreitung	Bundesweite Strukturen, Hauptsitz der Deutschen Muslimischen Gemeinschaft (DMG) in Berlin
Gründung/Bestehen seit	1928 in Ägypten, in Deutschland seit den 1960er-Jahren aktiv
Struktur/ Repräsentanz	Die Muslimbruderschaft (MB) ist eine weltweit agierende Bewegung, zu der eine Vielzahl von Organisationen gehört. In Deutschland stellt die DMG die wichtigste Organisation von Anhängern der Muslimbruderschaft dar. Daneben existieren MB-nahe Verbandsstrukturen auf europäischer Ebene. Neben der DMG existieren zahlreiche weitere Institutionen und Vereine. Diese stehen der Ideologie der MB zumindest nahe, obwohl sie keine oder nur eine sehr lose Anbindung an die DMG-Strukturen aufweisen. In NRW sind Einflüsse der MB unter anderem in der ar-Rahman-Moschee in Münster feststellbar, die durch das Islamische Kulturzentrum in Münster e.V. betrieben wird.
Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2024	150 (einschließlich HAMAS) 🇵🇸
Veröffentlichungen	Verschiedene Internetseiten und Auftritte, auch deutschsprachig, in sozialen Medien

Kurzporträt/Ziele

Die im Jahr 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten gegründete **MB** ist die älteste und einflussreichste islamistische Bewegung. Als pan-islamisch ausgerichtete Organisation ist sie nicht nur in allen arabischen Staaten, sondern in nahezu allen muslimisch geprägten Ländern vertreten. Nach eigenen Angaben sind dies insgesamt 70 Länder weltweit.

Die Ideologie der **MB** ist die Basis aller späteren islamistischen Bestrebungen. Das taktische und strategische Vorgehen der verschiedenen regionalen Zweige der **MB** unterscheidet sich vor allem im Hinblick auf die Frage, ob Gewalt zur Erreichung des politischen Ziels angewandt werden soll. Bis heute nimmt die ägyptische **MB** gegenüber allen anderen regionalen Zweigen eine führende Rolle ein.

Nach der Abspaltung militanter Gruppierungen verzichtet die (ägyptische) **MB** seit Ende der 1970er-Jahre grundsätzlich auf die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Dieser Gewaltverzicht gilt jedoch nicht für die von ihr propagierte Befreiung Palästinas und somit im Kampf gegen Israel. Dieser wird insbesondere von der **HAMAS**, dem palästinensischen Zweig der **MB**, geführt.

In Nordrhein-Westfalen ist das Ziel der hiesigen Vertreter der **MB** zunächst, die Bestrebungen der Organisation in den islamisch geprägten Ländern zu unterstützen. Darüber hinaus wird die Deutungshoheit über den Islam in Deutschland angestrebt. Um diese Ziele zu erreichen, geht die **MB** entsprechend moderat vor.

Erkenntnisse über das organisierte Zusammenwirken öffentlicher und nicht öffentlicher **MB**-naher Strukturen zeigen zudem, dass die **MB** in Nordrhein-Westfalen vor allem durch die **DMG** repräsentiert wird.

Finanzierung

Spenden sowie wirtschaftliche Betätigung

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die **MB** ist der Ursprung des modernen politischen Islam, einer extremistischen Ideologie, die auch als Islamismus bezeichnet wird. Kernaussage und -forderung des Islamismus ist, dass die politische Herrschaft nur Gott zustehe und der Mensch diese nur als sein Stellvertreter oder Sachwalter auszuüben habe. Dabei müsse der Mensch sich an die von Gott herabgesandten Offenbarungen und die darin gegebenen Bestimmungen halten. Diese finde man im Koran und der Sunna, dem Brauch des Propheten Muhammad.

Die **MB** verfolgt das Ziel, in islamisch geprägten Staaten ein Regierungssystem auf der Grundlage der Scharia einzuführen. Eine säkulare demokratische Verfassungsordnung wird allenfalls als Möglichkeit angenommen, den Übergang zu einer islamischen Ordnung gewaltlos zu gestalten. Dazu wird eine Strategie der „Islamisierung von unten“ verfolgt, die zunächst das Individuum anspricht und auf einen Bewusstseinswandel hin zu einem durch die Religion geprägten Leben abzielt. Die derart geschulten Einzelpersonen sollen dann in die Gesellschaft hineinwirken und dafür Sorge tragen, dass sich diese auf lange Sicht dem Gedankengut der **MB** annähert oder zumindest gewisse Freiräume für die Ideologie der Bewegung entstehen.

Nach Auffassung der **MB** sind die staatliche Ordnung und die Rechtsprechung gemäß der islamischen Rechts- und Lebensordnung, der Scharia, aufzubauen. Diese gründet sich auf Koran und Sunna. In dieser Ordnung kann das Volk zwar am politischen Meinungsbildungsprozess teilhaben, was demokratische Elemente innerhalb der islamischen Ordnung möglich machen würde, aber der Rahmen des politisch Möglichen wäre zwingend durch die Offenbarung Gottes und der daraus entwickelten Scharia gesetzt. In dieser von der **MB** so bezeichneten „islamischen Ordnung“ wäre also Gott der Souverän, nicht das Volk. Dies widerspricht im Grundsatz dem Gedanken der Volkssouveränität und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Hiesige Vertreter der **MB** äußern sich in der Regel nicht eindeutig extremistisch. Stattdessen stellen sich die **MB**-nahen Vereine als religiöse islamische Organisationen dar, die für das Recht der Muslime auf Teilhabe in der Gesellschaft eintreten. Dabei vertritt die **MB** nach eigenem Verständnis einen „Islam der Mitte“. Dieser grenzt sich einerseits vom religiösen Fundamentalismus und andererseits von einem liberalen, westlichen Islam ab. In ideologischer Hinsicht steht er zwischen einem militanten **salafistischen Jihadismus** und einem säkularen Islamverständnis. Dabei gilt es jedoch zu beachten, dass sich auch dieser „Mittelweg“ eindeutig am klassischen Konzept von Scharia orientiert, damit Widersprüche zur freiheitlichen demokratischen Grund-

ordnung aufweist und somit selbst als extremistisch zu bewerten ist. Die **MB** fühlt sich nach wie vor einem ganzheitlichen Religionsverständnis verpflichtet. Demzufolge sollte der Glaube alle Lebensbereiche regeln, wozu auch die politische und gesellschaftliche Ordnung zählen.

Deshalb unterliegt sie nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW als extremistische Bestrebung der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die **MB** sah sich in ihrem Mutterland Ägypten auch im Jahr 2024 mit einer massiven staatlichen Repression konfrontiert, die sich unter anderem in der Verhängung mehrerer Todesurteile gegen Mitglieder der Organisation äußerte.

In anderen Ländern hingegen konnte die **MB** erfolgreicher agieren. Ihre parlamentarische Vertretung in Jordanien konnte bei den Parlamentswahlen 2024 einen erheblichen Stimmengewinn verzeichnen.

Im Hinblick auf den Nahost-Konflikt bezog die internationale **MB** deutlich Stellung, indem sie weiterhin ihre Unterstützung für die **HAMAS** bekräftigte. Die **MB**-Strukturen in Deutschland hingegen agierten in dieser Frage viel zurückhaltender und vermieden eine öffentliche Positionierung zum Thema, weil ihnen bewusst sein dürfte, dass jegliche Äußerungen, die sich an der Linie der Mutterorganisation orientieren, im hiesigen Diskurs auf massive Kritik stoßen würden.

In Bezug auf nationale Entwicklungen war von Bedeutung, dass in Brandenburg das Islamische Zentrum Fürstenwalde al-Salam verboten wurde. Die Organisation wies neben Bezügen zur **HAMAS** auch Bezüge zur **MB** auf. Darüber hinaus wurde in Dresden der Bau einer Moschee gestoppt, nachdem Bedenken hinsichtlich der Verbindungen des verantwortlichen Imams zur **MB** bekannt geworden sind.

Aktivitäten in NRW

In Nordrhein-Westfalen sind zahlreiche Mitglieder der **MB** beheimatet, die nicht nur bundesweit eine wichtige Rolle für die Strukturen der **MB** spielen, sondern teilweise auch über ausgeprägte internationale Kontakte verfügen.

In NRW zeigte sich die **MB** im Berichtszeitraum jedoch eher zurückhaltend und ließ keine größeren Initiativen erkennen. Die Aktivitäten konzentrierten sich schwer-



Koranwettbewerb in der MB-nahen Arrahman-Moschee in Münster

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Herausforderungen, mit denen sich die **MB** im Berichtszeitraum konfrontiert sah, könnten für tiefgreifende Veränderungen innerhalb der Strukturen der Organisation sorgen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Haltung der internationalen **MB** auf nationaler Ebene auf die Organisationen und ihre Szenen auswirkt und was eventuell davon auch offiziell übernommen wird.

punktmäßig auf religiöse Dienstleistungen und Schulungen. Auch für Kinder und Jugendliche gab es entsprechende Bildungsangebote sowie einen Koranwettbewerb, der wesentlich durch Strukturen der **MB** ausgerichtet wurde.

Furkan-Bewegung



Sitz/Verbreitung	Zentrale: Adana (Türkei) Deutschland: Zentren in Dortmund, Hamburg, Berlin, Frankfurt und München
Gründung/Bestehen seit	1994 Gründung der Furkan Vakfı (Furkan Stiftung) in der Türkei, in Nordrhein-Westfalen seit 2011 vertreten, 2015 Gründung des Furkan Kultur- und Bildungszentrums e.V. in Dortmund Als Rekrutierungsinstrument unter Studenten dient MuslimStudentsNRW
Struktur/ Repräsentanz	Regionale Vertretungen in Deutschland, hierarchische Gliederung mit Alparslan Kuytul als Gründer an der Spitze
Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2024	70 ➔
Veröffentlichungen	Zeitschrift Furkan Nesli Dergisi (Magazin der Generation Furkan) , Verbreitung von Inhalten über die eigene Internetpräsenz, über Videoplattformen und in sozialen Medien (FurkanTV)
Kurzporträt/Ziele	Die Furkan Stiftung für Bildung und Dienst (Furkan Eğitim ve Hizmet Vakfı) auch als Furkan-Bewegung bezeichnet wurde durch Alparslan Kuytul gegründet, der bis heute als charismatische Führungsfigur agiert. Die Organisation verfolgt das Ziel, die „Islamische Zivilisation“ hier ein Synonym für Staats- und Gesellschaftsordnungen durchzusetzen.

Zur Umsetzung bemüht sich die Bewegung um eine Stärkung der Ummah (Gemeinschaft der Muslime) sowie um die Ausbildung und Schulung einer Vorreiter-Generation (Öncü Nesil). Sie soll als gesellschaftliche Avantgarde auf dieses Ziel hinwirken.

Zentrum der **Furkan-Bewegung** ist Adana (Türkei), der Wohnort Kuytuls. Die **Furkan-Bewegung** hat Ableger in zahlreichen Städten der Türkei und in Europa, darunter auch Deutschland.

Bei der in Nordrhein-Westfalen befindlichen **Furkan-Bewegung** handelt es sich um einen Verein mit Sitz in Dortmund und Kleingruppen im Umland. Die Anhänger finden sich regelmäßig zu religiösen Unterrichtsveranstaltungen zusammen. Diese gibt es auch für Kinder und Jugendliche. Männer und Frauen werden hierbei getrennt unterrichtet.

Die **Furkan-Bewegung** stellt hohe Anforderungen an ihre einzelnen Mitglieder und bindet diese sehr stark ein. Dadurch weist sie einen beinahe sektenartigen Charakter auf.

Finanzierung	Mitgliedsbeiträge, Spenden, Eintrittsgelder, Erlöse aus Veranstaltungen
--------------	---

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die Anhänger der **Furkan-Bewegung** orientieren sich auch in Deutschland vor allem an den Lehren Kuytuls. Ein zentrales Anliegen ist für ihn die Rückkehr zu einer „Islamischen Zivilisation“. Diese soll sich ausschließlich an Koran und Sunna (prophetische Tradition) orientieren und Gott das ihm zustehende Recht zur Herrschaft einräumen. Die **Furkan-Bewegung** geht davon aus, dass die Demokratie die Rechte Gottes vereinnahmt und die Teilhabe am politischen Prozess zu Kompromissen zwingt, die im Widerspruch zu Gottes Gesetzen stünden. Solche Kompromisse dürften nach Kuytuls Verständnis jedoch keinesfalls eingegangen werden. Aus dieser Auffassung resultiert eine prinzipielle Ablehnung der Demokratie, die sich auch im Verbot der Teilnahme an Wahlen widerspiegelt.

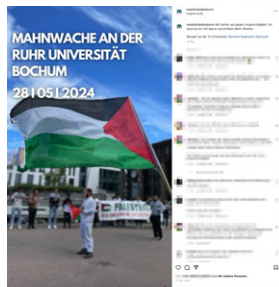
Dieses politische Religionsverständnis lehnt demnach die Herrschaft des Volkes, also die Demokratie, ab und strebt eine Herrschaft Gottes an, die auf der Scharia basieren soll. Somit stellt die **Furkan-Bewegung** eine islamistische Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung dar und unterliegt deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum ist erkennbar, dass die **Furkan-Bewegung** einerseits darum bemüht ist, durch Bildungs- und Freizeitangebote als seriöse muslimische Organisation wahrgenommen zu werden, die insbesondere ihren überwiegend jungen Anhängern attraktive Angebote bereitstellen kann.

Andererseits versuchte die **Furkan-Bewegung** aber auch als Fürsprecher muslimischer Interessen zu agieren und insbesondere in Bezug auf den Nahost-Konflikt Positionen zu vertreten, die moderater agierende islamistische Akteure nicht offen zu äußern wagten. Dies erfolgte einerseits über die Propagandaktivitäten in den sozialen Medien, schlug sich aber auch realweltlich in der Durchführung von öffentlichen Kundgebungen in Dortmund zu diesem Thema nieder.

Erneut konnte beobachtet werden, dass die Furkan-nahe Organisation **MuslimStudentsNRW** zu Semesterbeginn Neuankömmlinge durch Informationsstände in ihre Veranstaltungen lockte. Entsprechende Aktivitäten waren vor allem in Bochum und in Dortmund zu verzeichnen. Eine Zugehörigkeit von **MuslimStudentsNRW** zur **Furkan-**



Mahnwache für Gaza von Anhängern der Furkan-Bewegung

Bewegung ist für Außenstehende und insbesondere für die studentische Zielgruppe kaum zu erkennen, da eine Verwendung des Logos oder intensive Bezugnahmen auf Alparslan Kuytul vermieden werden. Vielmehr wurde durch die Nennung der Universität optisch suggeriert, dass es sich bei dem Veranstalter um die jeweilige Universität handelt. Die zunächst unverfänglichen Angebote von **MuslimStudentsNRW** dienen jedoch mittelfristig dem Ziel, junge Akademiker an die **Furkan-Bewegung** heranzuführen und perspektivisch neue Mitglieder für diese zu gewinnen.

Intensiviert wurde im Berichtszeitraum zudem die Mitgliederwerbung durch nach Geschlechtern getrennten Camps, die durch ihre profes-

sionelle Aufmachung und ansprechende Gestaltung das Gemeinschaftsgefühl stärken sollen.

Nach den Terroranschlägen gegen den Staat Israel am 7. Oktober 2023 ist der Konflikt auch 2024 ein präsent Thema auf den Social Media-Kanälen der **Furkan-Bewegung**. Eine Auseinandersetzung mit den terroristischen Handlungen der **HAMAS** findet dabei nicht statt. Stattdessen wird das übliche Opfernarrativ bedient und die Terroranschläge als Akt der Selbstverteidigung umgedeutet.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die **Furkan-Bewegung** entfaltete intensive Aktivitäten mit Schwerpunkt in Dortmund und Umgebung. Sie bietet ihren Anhängern weiterhin ein breites Angebot und bindet diese sehr eng an die Organisation. Dadurch entsteht ein stark ausgeprägtes Gemeinschaftsgefühl, das nicht nur in Kleingruppen und wöchentlichen Veranstaltungen, sondern auch im bundesweiten und im internationalen Austausch gepflegt wird. Besonders bedeutend ist dabei weiterhin der enge und regelmäßige Kontakt zur Zentrale der Bewegung im türkischen Adana. Auch im Berichtszeitraum war wieder feststellbar, dass Furkan-Anhänger aus Nordrhein-Westfalen dorthin reisten, um insbesondere mit der Führungsfigur Alparslan Kuytul in Kontakt zu treten.

Die Zahl der Anhänger der **Furkan-Bewegung** blieb im Berichtszeitraum weitgehend konstant. Dem Dortmunder Zweig der Organisation ist es bisher nicht wirklich gelungen, durch mehr Kontakte im Rahmen ihres öffentlichen Thematisierens des Nahost-Konflikts eine größere Zahl an neuen Mitgliedern zu gewinnen. Dies dürfte weiterhin auf die sektenartige Struktur und die hohe Erwartungshaltung gegenüber potenziellen neuen Mitgliedern zurückzuführen sein.

Als Konsequenz daraus ist eine zunehmende rhetorische Schärfe feststellbar. Die **Furkan-Bewegung** nutzt die kritische Haltung von öffentlichen Akteuren und einigen Moscheegemeinden zunehmend, um Feindbilder aufzubauen und eine aggressivere Rhetorik zu verwenden.

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

Zusammenfassung

Die Arbeit der Spionage- und Cyberabwehr sowie des Wirtschaftsschutzes richtet sich an der für Deutschland und Nordrhein-Westfalen bestehenden nachrichtendienstlichen Bedrohungslage aus. Diese ist durch die nochmalige Intensivierung und zunehmende Verschränkung diverser internationaler Konflikte als außerordentlich hoch zu bezeichnen.

Gefahr durch hybride Akteure

Die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, ihre politischen Institutionen und die Werte ihrer freiheitlichen Gesellschaft sind massiven Angriffen ausgesetzt und so gefährdet wie seit der Zeit des Kalten Krieges nicht mehr. Anders als damals gestalten sich diese Angriffe jedoch komplexer. Die Anzahl hinter ihnen stehender Staaten und staatlicher Akteure ist höher, das methodische Vorgehen vielfältiger. Ausländische Staaten bedienen sich nicht mehr nur des Mittels der klassischen Spionage, sondern treten mit ihren Nachrichtendiensten und weiteren staatlichen und staatsnahen Strukturen als hybride Akteure auf. Neben Spionage werden staatsterroristische Mittel, massive illegitime Einflussnahme und Sabotage auch über den Cyberraum genutzt.

Russische Föderation

Die größte Bedrohung geht nach wie vor von der Russischen Föderation aus. Der fortgesetzte völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen die Ukraine, die nachfolgende diplomatische Eskalation und die deutliche Positionierung Deutschlands an der Seite der Ukraine führen dazu, dass Russland Deutschland als feindlichen Akteur begreift. Im Berichtsjahr konnte vor diesem Hintergrund eine nochmalige Eskalation russischer hybrider Aktivitäten gegen Deutschland und in ganz Europa festgestellt werden. Neben allen Aufklärungsvektoren klassischer Spionage und Cyberangriffen hat die von Russland ausgehende Sabotagegefahr deutlich zugenommen. Diverse Vorfälle im Berichtsjahr sind eindeutig russischen Nachrichtendiensten zuzurechnen, viele weitere Sachverhalte weisen zumindest auf eine russische Urheberschaft hin. In der Folge ist es nicht nur zu Strafverfolgungsmaßnahmen in Deutschland und anderen europäischen Staaten gekommen, der Verfassungsschutzverbund hat auch mehrfach im Berichtsjahr öffentlich konkrete Warnhinweise ausgesprochen. Besonders hoch ist die

Sabotagegefahr im Bereich der Kritischen Infrastruktur (KRITIS) und gegen Strukturen und Maßnahmen zur militärischen Unterstützung der Ukraine. Wie weitreichend weiterhin zudem illegitime Einflussnahmeversuche Russlands gegen Europa und die NATO sind, indizieren nicht zuletzt die Wahlen in Rumänien. Dort erklärte Presseberichten zufolge das rumänische Verfassungsgericht basierend auf Nachrichtendienstlerkenntnissen am 6. Dezember 2024 die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen wegen eines „aggressiven russischen hybriden Angriffs“ für ungültig.

Auswirkungen der Situation im Nahen und Mittleren Osten

Neben dem Krieg in der Ukraine hat die Situation im Nahen und Mittleren Osten Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Der Israel-Palästina-Konflikt, der in Folge des terroristischen Angriffs auf den Staat Israel am 7. Oktober 2023 bereits deutlich eskaliert war und Militäreinsätze der israelischen Armee zunächst insbesondere im Gaza-Streifen nach sich zog, weitete sich im Laufe des Berichtsjahrs auch auf direkte militärische Auseinandersetzungen zwischen Israel und der libanesischen Hisbollah sowie Israel und Iran aus. Höhepunkte dieser Eskalation waren unter anderem die Tötungen des **HAMAS**-Anführers Ismail Hanija in Teheran und des Hisbollah-Anführers Hassan Nasrallah sowie direkte iranische Raketen- und Drohnenangriffe auf Israel. Eine weitere Destabilisierung der Region könnte der Sturz des Assad-Regimes in Syrien im Dezember 2024 nach sich ziehen. Hier wird abzuwarten bleiben, wie sich die Machtverhältnisse zwischen den aktuell aktiven Gruppen in Syrien und damit die künftige Verfasstheit des Staates entwickeln. Zu beobachten bleibt zudem, wie diverse internationale Mächte auf die neue Situation reagieren, die in Syrien in den letzten Jahren ihre teils sehr gegensätzlichen Interessen verfolgt haben. Auswirkungen für die nachrichtendienstliche Bedrohungslage in Nordrhein-Westfalen können Eskalationen in der Region vor allem im Bereich iranischer Nachrichtendienste und möglicher staatsterroristischer Aktivitäten zum Beispiel gegen (pro-)israelische oder (pro-)jüdische Ziele haben. Vor dem Hintergrund der letzten Entwicklungen in Syrien ist zudem verstärkt zu betrachten, ob weitere Staaten der Region veränderte nachrichtendienstliche Aktivitäten entfalten.

Nachrichtendienstliche Aktivitäten weiterer Staaten

Neben unmittelbar mit aktuellen internationalen Konflikten verknüpften Aktivitäten ausländischer Mächte beobachtet die Spionageabwehr in Nordrhein-Westfalen unverändert intensive nachrichtendienstliche Aktivitäten weiterer Staaten. Neben Russland und Iran sind weiterhin China und die Türkei, aber auch verschiedene arabische, nordafrikanische und asiatische Staaten feststellbar. Diverse Nachrichtendienste werden

in Deutschland dazu eingesetzt, im Rahmen der sogenannten Transnationalen Repression (TNR) Auslandsopposition aufzuklären und zu bekämpfen. Darüber hinaus interessieren sich ausländische Mächte in Deutschland für politische, wirtschaftliche, militärische und wissenschaftlich-technologische Informationen und Güter. Sanktionierte Staaten wie Russland und Iran sind nach wie vor bestrebt, verbotene Technologie unter Umgehung der für Deutschland geltenden Exportkontrollregelungen zu beschaffen (Proliferation).

Cyberspionage, Cybersabotage und illegitime Einflussnahme

Im Fokus der Arbeit der nordrhein-westfälischen Cyberabwehr standen unverändert die Länder China, Iran, Nordkorea und Russland. Deren nachrichtendienstliche Tätigkeit im Cyberraum orientiert sich primär an ihren aktuellen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zielen. Zum Einsatz kamen je nach Land und Auftrag ein breites Spektrum an Angriffsmethoden aus den Bereichen Cyberspionage, Cybersabotage und illegitimer Einflussnahme.

Insgesamt konnte in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024 eine weitere Intensivierung (Quantität) und Professionalisierung (Qualität) von staatlich gesteuerten Cyberangriffen festgestellt werden. Wichtige Faktoren bei dieser Zunahme von Cyberangriffen spielten insbesondere eine fortgeschrittene Arbeitsteilung der Akteure, technologische Entwicklungen wie der Einsatz von Künstlicher Intelligenz und unterstützende nationale Gesetzgebungen.

Das Schutzniveau deutscher Unternehmen, Personen und Institutionen ist durchgewachsen und verbesserungsfähig. Große Organisationen haben die Risiken durch (staatliche) Cyberangriffe mittlerweile erkannt und schützen sich und ihre IT-Systeme zunehmend erfolgreich. Kleine und mittlere Firmen sowie Privatpersonen und Politiker haben im Gegensatz dazu häufig nicht die Aufmerksamkeit für das Thema und häufig nicht die Mittel für eine erfolgreiche Prävention.

Weitere Verstärkung des Wirtschaftsschutzes

Auf die sich dynamisch entwickelnden geopolitischen Herausforderungen und die steigende Bedrohungslage mit immer neuen Angriffsmustern hat der nordrhein-westfälische Wirtschaftsschutz reagiert. In seinen eigenen Veranstaltungen des Berichtsjahres hat er Themen wie die Zusammenarbeit mit China und Reisesicherheit in den Fokus genommen. Zudem wurden die Information und Sensibilisierung der NRW-Kommunen konsequent fortgesetzt. Der Wirtschaftsschutz engagierte sich aber auch

intensiv in der „Bund-Länder-offenen-Arbeitsgruppe Hybride Bedrohungen“ und bei der daraus abgeleiteten Erarbeitung eines gemeinsamen Aktionsplans von Bund und Ländern gegen Desinformation.

Wie wichtig die Arbeit des Wirtschaftsschutzes von Unternehmen eingeschätzt wird, zeigt die gegenüber dem Vorjahr erheblich gestiegene Nachfrage nach Sensibilisierungsvorträgen und Beratungsgesprächen. Wirtschaftsschutz, Spionage- und Cyberabwehr erreichten bei 104 Online- und Präsenz-Veranstaltungen rund 5.200 Personen.

Im Fokus: Sabotagegefahr durch russische Stellen

Seit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine hat sich das Risiko russischer Sabotage auch in Deutschland weiter erhöht. Mögliche Sabotageangriffe insbesondere auf kritische Infrastrukturen (KRITIS) und ähnlich wichtige Ziele können erhebliche Schäden zur Folge haben.

Seit ihrem Bestehen unterhielten die Geheimdienste der früheren Sowjetunion (UdSSR), im Wesentlichen KGB und GRU, Arbeitseinheiten zur Vorbereitung und Durchführung von Sabotageoperationen im westlichen Ausland. Bereits zu Zeiten des Kalten Krieges waren diese bestrebt, im Westen Verunsicherung zu schüren und die NATO-Staaten zu spalten.

Tradition russischer Sabotageaktivitäten

Im Wege von gemeinsam verfolgten Vorhaben mit anderen Geheimdiensten des ehemaligen kommunistischen Machtbereichs bedienten sich die Geheimdienste der früheren UdSSR bereits zum damaligen Zeitpunkt organisatorischer Stellvertreter zur Operationsdurchführung. Nach mittlerweile auch öffentlich zugänglichen Quellen wurden insbesondere militärische Liegenschaften, Objekte der Energie- und Wasserversorgung sowie die sonstige Rohstoffversorgung in Westeuropa ins Auge gefasst. Für den Krisenfall wurden von sowjetischer Seite umfangreiche Vorbereitungsmaßnahmen umgesetzt. Dies sollte auch im Falle der Schließung von Botschaften und Generalkonsulaten die Fortführung von Sabotagenetzwerken und -aktivitäten sichern.

Die heutigen russischen Geheimdienste SWR und FSB sind aus dem früheren KGB hervorgegangen und auch der militärische Geheimdienst GRU hat seine Strukturen, Arbeitsweisen sowie sein Selbstverständnis über den Zusammenbruch der Sowjetunion hinweg bewahrt. Mit der Präsidentschaft des früheren KGB-Offiziers und FSB-Direktors Wladimir Putin haben die russischen Geheimdienste nochmals einen erheblichen Bedeutungszuwachs erfahren.

Bereits vor der ersten Eskalation auf der Krim im Jahr 2014 unter Beteiligung von GRU-Spezialeinheiten wurden Beispiele bekannt, die darauf hindeuteten, dass Russland offensiver gegen Ziele im sogenannten „nahen Ausland“ vorgehen könnte. So waren 2006 gezielte Angriffe auf die Stromversorgung in Georgien und 2007 Cyberattacken mit dem Ziel der massiven Beeinträchtigung des öffentlichen Lebens in Estland zu verzeichnen.

„Nahes Ausland“

Russland betrachtet die weiteren Nachfolgestaaten der UdSSR als ureigenes Interessensgebiet und bezeichnet sie dem folgend häufig als „nahes Ausland“. Dieser Begriff wird vor allem auch vom russischen Sicherheitsapparat verwendet.

Entwicklung seit 2014



Wappen des Militärgeheimdienstes GRU

Im Zuge der kriegerischen Auseinandersetzung im Donbass wurde deutlich, dass die russischen Geheimdienste weiterhin über umfassende Fähigkeiten zur Durchführung von Sabotageoperationen verfügen. Überdies zeichnete sich die zunehmende Bereitschaft ab, solche Operationen auch im westlichen Ausland durchzuführen.



Von den tschechischen Behörden veröffentlichte Fotos der beiden Tatverdächtigen

Exemplarisch hierfür stehen die Sabotageangriffe auf ein Munitionsdepot im tschechischen Vrbtice im Oktober und Dezember 2014, bei denen zwei Menschen getötet wurden. Die Instandsetzung der Örtlichkeit dauerte bis Ende 2020 an. Nach gemeinsamer Mitteilung der tschechischen Polizei und des tschechischen Inlandsnachrichtendienstes konnten zwei

hauptamtliche Mitarbeiter der GRU-Einheit 29155 als dringend tatverdächtig ausgemacht werden.

GRU-Einheit 29155

Die GRU-Einheit 29155 wird immer wieder mit Sabotage- und Einflussoperationen sowie Cyberattacken in Zusammenhang gebracht. So versuchte die Einheit beispielsweise, den früheren GRU-Offizier Skripal im englischen Exil zu liquidieren.

Der frühere Vorsitzende des NATO-Militärausschusses und derzeitige tschechische Staatspräsident Petr Pavel stellte im April 2024 heraus, dass es sich um den brutalsten Angriff auf die tschechische Souveränität seit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Folge des Prager Frühlings 1968 gehandelt habe. Bereits im April 2021 hatte die tschechische Regierung als Reaktion auf die Ermittlungsergebnisse mitgeteilt, dass sämtliche der als solche erkannten russischen Nachrichtendienstoffiziere an der Botschaft in Prag aufgefordert wurden, binnen 48 Stunden das Land zu verlassen. Im Zuge dessen veröffentlichte die tschechische Polizei Namen und Ablichtungen der beiden Hauptverdächtigen.

Im angegriffenen Munitionsdepot lagerten unter anderem Waren zur Lieferung an die Ukraine, in die der bulgarische Rüstungsunternehmer Emilian Gebrew eingebunden gewesen sei soll. Gebrew soll seinerseits 2015 Ziel eines Tötungsversuchs russischer Urheber schaff gewesen sein. Die bulgarischen Behörden erließen im Januar 2024 Haftbefehle gegen sechs russische Staatsangehörige, die beginnend im Jahr 2011 in Angriffe auf Munitionsfabriken in Bulgarien involviert gewesen sein sollen. Der letzte Angriff dieser Art habe sich im Juni 2023 ereignet.

Jüngste Vorfälle

Die folgenden weiteren Vorfälle belegen die aktuellen Aktivitäten Russlands im Bereich der Sabotage und Sabotagevorbereitung:

- Anfang Januar 2024 konnten die polnischen Behörden einen 51-Jährigen Mann im polnischen Breslau festnehmen, der einen Brandanschlag geplant haben soll. Der Berichterstattung zufolge habe der Mann mit Verbindungen nach Russland erklärt, er sei über die Online-Plattform Telegram kontaktiert worden. Nachdem er sich bereit erklärt habe, Aktionen durchzuführen, sei ihm hierfür eine monetäre Ent-

lohnung in Aussicht gestellt worden. Die polnische Regierung nahm diesen Vorfall im Oktober 2024 zum Anlass, die Schließung des russischen Generalkonsulats in Posen zu verfügen. Ein Sprecher des polnischen Außenministeriums teilte zudem mit, dass im Zusammenhang mit russischer Sabotage zu diesem Zeitpunkt Verfahren gegen etwa zwanzig Personen anhängig gewesen seien.

- Am 17. April 2024 nahmen Kräfte des Bundeskriminalamtes (BKA) im Auftrag der Generalbundesanwaltschaft (GBA) die beiden deutsch-russischen Staatsangehörigen Dieter S. und Alexander J. fest. Nach Mitteilungen des GBA sind die Beschuldigten dringend verdächtig, in einem besonders schweren Fall für einen ausländischen Geheimdienst tätig gewesen zu sein. Dieter S. werden zudem die Verabredung zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion sowie zur Brandstiftung, Agententätigkeit zu Sabotagezwecken und sicherheitsgefährdendes Abbilden militärischer Anlagen vorgeworfen. Er soll in Kontakt zu einer Person gestanden haben, die an einen russischen Geheimdienst angebunden ist. Nach weiterer Mitteilung des GBA habe sich der Beschuldigte seit Oktober 2023 über mögliche Sabotageaktionen in Deutschland ausgetauscht. Die Aktionen hätten insbesondere dazu dienen sollen, die aus Deutschland für die Ukraine geleistete militärische Unterstützung zu unterminieren. Vor diesem Hintergrund habe sich der Beschuldigte gegenüber seinem Gesprächspartner bereiterklärt, Sprengstoff- und Brandanschläge vor allem auf militärisch genutzte Infrastruktur und Industriestandorte in Deutschland zu begehen. Zur Vorbereitung habe Dieter S. offenbar Informationen über potentielle Anschlagziele, darunter auch Einrichtungen der US-Streitkräfte, gesammelt. Alexander J. habe ihm dabei geholfen. Die gesammelten Informationen habe Dieter S. an seinen russischen Kontakt übermittelt.

- Im Mai 2024 benannte der polnische Ministerpräsident Donald Tusk, bezogen auf den Großbrand eines Einkaufszentrums in Warschau, deutliche Hinweise auf eine Involvierung russischer Geheimdienste. In diesem Zusammenhang wurde ein ähnlicher Vorfall in litauischen Vilnius erwähnt.



Abgebranntes Einkaufszentrum im polnischen Warschau

- Anfang Juni 2024 teilten die tschechischen Behörden mit, dass ein 26-Jähriger wegen des Verdachts des Terrorismus festgenommen worden sei. Der tschechische Ministerpräsident Petr Fiala hob in diesem Zusammenhang hervor, dass laut Verdachtslage ein Brandanschlag aus Russland organisiert und finanziert worden sei. Ziel sei offenbar ein Busdepot in der tschechischen Hauptstadt Prag gewesen.

- Im Juni 2024 wurde zudem eine Festnahme in einem Hotel nahe des Pariser Flughafens bekannt. Ein ukrainisch-russischer Staatsangehöriger hatte ausweislich der Presseberichterstattung einen selbstgebauten Sprengsatz versehentlich gezündet. Er soll im Auftrag russischer Stellen einen Anschlag auf einen Baumarkt geplant haben. Der 26-Jährige aus dem Donbass stammende Verdächtige sei erst kurz zuvor in Frankreich eingereist und dem Vernehmen nach in Kampfhandlungen auf Seiten der prorussischen Separatisten verwickelt gewesen.
- Im Juli 2024 wurde öffentlich zu einem mutmaßlichen russischen Anschlagsvorhaben zum Nachteil des Vorstandsvorsitzenden des Düsseldorfer Rüstungsunternehmens Rheinmetall berichtet.
- Im August 2024 wurden nachrichtendienstliche Informationen bekannt, die auf eine Gefährdung der NATO Air Base im nordrhein-westfälischen Geilenkirchen hindeuteten.
- Im Oktober 2024 nutzte der damalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) die öffentliche Anhörung der Leiter der Nachrichtendienste des Bundes, um mutmaßliche russische Sabotageoperationen anzusprechen. Dabei verwies er auf von Dritten über entsprechende Vorrichtungen verzögert in Brand gesetzte Luftfrachtsendungen der DHL und bezeichnete es als „glücklichen Zufall“, dass diese noch am Boden in Brand geraten seien und sich nicht während des Fluges der Maschine entzündet hätten.



Internationale Warnung vor Cyberaktivitäten der russischen Militäreinheit 29155 gegen Einrichtungen der kritischen Infrastruktur

- Ende Oktober 2024 gestand ein britischer Staatsangehöriger vor einem Gericht in Woolwich, im Auftrag russischer Stellen eine Brandstiftung in einem Warenlager in Leyton, Vereinigtes Königreich, begangen zu haben. Den Mitteilungen der britischen Strafverfolgungsbehörden zufolge stand das Gewerbeobjekt in Zusammenhang mit der Ukraine.

Cybersabotage

Russische Geheimdienste nutzen ihre Cyber-Fähigkeiten auch zum Zwecke der Sabotage. So warnte im September 2024 das Bundesamt für Verfassungsschutz gemeinsam mit internationalen Partnern vor Cyberaktivitäten der russischen GRU-Einheit 29155. Die Warnung bezog sich auf Cyber-

angriffe gegen kritische Infrastrukturen, Spionage, Sabotage und die Verbreitung rufschädigender Inhalte.

Vorbereitung von Cyber-Sabotage durch staatliche Hackergruppierungen

Hackergruppierungen der russischen Geheimdienste werden dazu genutzt, im Ausland kritische Infrastrukturen aufzuklären. Zahlreiche Beispiele verdeutlichen, dass die Russland zugeordneten staatlichen Cyberakteure auch vor destruktiven Handlungen nicht zurückschrecken.

Zu den Schlüsselmethoden der modernen Cyberkriegsführung gehört das sogenannte Prepositioning. Dabei handelt es sich um eine wirksame Taktik, die es staatlichen Hackerguppen ermöglicht, ihre Angriffe für einen späteren Zeitpunkt vorzubereiten. Die Angreifer versuchen, im Hintergrund zu bleiben und schrittweise die Kontrolle über Systeme oder Netzwerke zu gewinnen. Die vorbereitete Infrastruktur kann dann schnell aktiviert werden, falls eine politische Krise oder eine militärische Eskalation eintritt und darauf mit einer aggressiven Cyberstrategie geantwortet werden soll.

Ein Beispiel hierfür wäre das Einpflanzen von Schadsoftware in kritische Infrastruktursysteme wie Energieversorger, Banken oder Kommunikationsnetzwerke. Diese könnten zu einem späteren Zeitpunkt deaktiviert oder manipuliert werden, um maximalen Schaden zu verursachen. Hintertüren, sogenannte Backdoors, sorgen dafür, dass Angreifer auch nach Versuchen der Bereinigung wieder in die Zielnetzwerke eindringen können. Dies ermöglicht eine verborgene, aber dauerhafte Präsenz im Netzwerk. Die Angreifer können darüber zu jeder Zeit und bei Bedarf erneut Zugriff erlangen, um weitere Cyberoperationen durchzuführen. Im Zuge anhaltender Spannungen muss auch in Deutschland mit vorbereitenden Handlungen im Sinne eines Prepositioning gerechnet werden.

Bedrohung durch Hacktivismus

Im Zuge des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine haben sich vermehrt hacktivistische Gruppierungen positioniert. Ursprünglich ist Hacktivismus eine Form des politischen oder sozialen Aktivismus, bei dem Hacker ihre Fähigkeiten und digitalen Mittel einsetzen, um auf politische, gesellschaftliche oder Umweltfragen aufmerksam zu machen. Es besteht der Verdacht, dass manche Staaten hacktivistische Gruppen für getarnte Cyberangriffe nutzen. Bei diesen Stellvertreter- oder Proxy-Angriffen führen Dritte Angriffe so durch, dass es schwierig ist, die wahre Quelle des Angriffs zu identifizieren und Rückschlüsse auf staatliche Akteure zu ziehen. Staatliche Stellen könnten zudem stets glaubhaft behaupten, nichts über die Handlungen der Hacktivist:innen gewusst zu haben. Hacktivismus kann kurzfristige Störungen verursachen, aber

auch langfristig das Vertrauen und Sicherheitsgefühl in der Gesellschaft negativ beeinflussen.

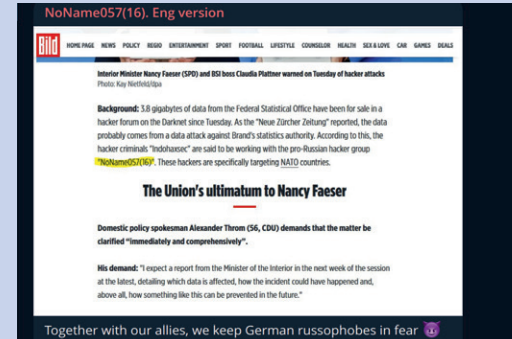
Überlastungsangriffe, Datenlecks und Sabotage-Drohungen

Im Kontext des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine sind in Deutschland und Nordrhein-Westfalen insbesondere prorussische Hacktivist:innen durch sogenannte DDoS-Angriffe (Distributed Denial of Service) in Erscheinung getreten. Diese Angriffe zielen darauf ab, Server oder Netzwerke durch massenhafte Anfragen zu überlasten und damit zumindest zeitweise unbrauchbar zu machen. Zwar führen DDoS-Angriffe in der Regel nicht zu langanhaltenden Schäden, können jedoch die öffentliche Ordnung stören, das Vertrauen in die digitale Infrastruktur untergraben oder politische Botschaften senden. Mit dem gleichen Ziel nutzen prorussische Hacktivist:innen sogenannte Hack-and-Leak-Operationen. Angreifer stehlen dabei zunächst vertrauliche oder geheime Informationen aus einem Zielsystem und veröffentlichen diese dann über bestimmten Medien. Ebenso können Angreifer behaupten, in die Steuerung industrieller Anlagen eingedrungen zu sein und diese sabotieren zu können. Beispiele wären Angriffe auf Wahlen, Behörden oder kritische Infrastrukturen wie die Energie- und Wasserversorgung.

Veröffentlichungen in den sozialen Medien

Prorussische Hacktivist:innen nutzen oftmals ihre Kanäle auf Telegram, um auf ihre Angriffe aufmerksam zu machen. Ein Beispiel ist die prorussische Hacktivistengruppe NoName057(16), die sich nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Jahr 2022 gegründet hat. Die Gruppierung führt DDoS-Angriffe gegen verschiedene Ziele weltweit durch und nutzt hierfür ein eigenes Angriffsnetz. NoName057(16) stellt dafür eine Software mit dem Namen DDoSia zur Verfügung, die von Sympathisanten heruntergeladen und für Angriffe verwendet werden kann. NoName057(16) stellt den Mitgliedern der DDoSia-Gruppe für Angriffe eine Belohnung in Kryptowährung in Aussicht.

In einigen Fällen enthalten die von Hacktivist:innen lancierten Veröffentlichungen auch Übertreibungen oder sie beziehen sich auf längst verjährte Angriffe, die als neu dargestellt werden. Insbesondere in diesen Fällen scheinen die Angreifer zu versuchen, das Vertrauen in die Integrität technischer Systeme zu untergraben. Ein Beispiel ist der vermeintliche Angriff auf das Statistische Bundesamt (Destatis). Die Hackergruppierung Indonesian Cyber Attack (Indohaxsec) hatte am 14. November 2024 behauptet, ein Datenpaket von Destatis in einer Größe von 3,8 Gigabyte erbeutet zu haben. Nach Abschluss der Untersuchungen stellte Destatis jedoch klar, dass die Hinweise auf eine mögliche Sicherheitslücke nicht bestätigt werden könnten.



NoName057(16) reklamiert auf Telegram, für ein vermeintliches Datenleck verantwortlich zu sein

Vielmehr seien vermutlich die Nutzerdaten einzelner meldernden Unternehmen abgegriffen worden. Nach Angaben von Destatis führte die aus Vorsichtsgründen durchgeführte zeitweise Abschaltung des betroffenen Eingabe-Systems lediglich bei einzelnen Statistiken zu einer Verzögerung oder zu Qualitätseinschränkungen. Gleichwohl führte die Veröffentlichung zu einem erheblichen Presse-Echo.

Internationaler Schlag gegen die Betreiber von DDoS-Netzwerken

Am 11. Dezember 2024 gab Europol bekannt, im Rahmen der internationalen Operation PowerOFF insgesamt 27 der populärsten Plattformen zum Ausführen von DDoS-Angriffen abgeschaltet zu haben. Die Plattformen seien auch als Booters oder Stresser bekannt und hätten es Nutzern ohne Vorkenntnisse ermöglicht, gegen Bezahlung DDoS-Angriffe durchzuführen. Die Maßnahme gilt als wichtiger Erfolg im Kampf gegen die zunehmende Bedrohung durch organisierte Hackergruppen.

In diesem Zusammenhang meldeten die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main (ZIT) und das Hessische Landeskriminalamt die Festnahme eines mutmaßlichen Unterstützers des prorussischen Hacktivist:innen-Kollektivs KillNET. Dem 24-jährigen Beschuldigten aus Schleswig-Holstein wird unter anderem vorgeworfen, seine kriminellen Dienstleistungen bewusst auch innerhalb des Hacktivist:innen-Kollektivs KillNET beworben und bundesweite DDoS-Angriffe dieses Kollektivs auf Internetpräsenzen in den Bereichen Sicherheit, Infrastruktur und Finanzen ermöglicht zu haben. Gegen den Beschuldigten besteht daher unter anderem der Verdacht der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung im Ausland gemäß §§ 129, 129b Strafgesetzbuch sowie der Computersabotage in besonders schwerem Fall und der Beihilfe zur Computersabotage im besonders schweren Fall gemäß § 303b Strafgesetzbuch.

Bei KillNET handelt es sich mutmaßlich um ein ideologisch geprägtes Kollektiv von Hacktivist:innen. Es hat sich im Kontext des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine als Unterstützer Russlands positioniert. Bereits im Jahr 2022 bekannte sich die Gruppierung zu DDoS-Angriffen, von denen unter anderem auch Unternehmen und

Institutionen in Nordrhein-Westfalen betroffen waren, darunter auch die Webseite der nordrhein-westfälischen Polizei.

Erhöhtes Risiko für russische Sabotage in Deutschland

Zusammenfassend sieht die Spionage- und Cyberabwehr im Zuge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ein erhöhtes Risiko für russische Sabotage auch in Deutschland. Der potentielle, durch Sabotageangriffe gegen KRITIS und andere wichtige Ziele erzeugte Schaden kann erheblich sein. Im Berichtsjahr ist das diesbezügliche Meldungsaufkommen noch einmal deutlich angestiegen. Die Konkretheit und Vielschichtigkeit der Hinweislage indiziert, dass dieser Anstieg nicht allein auf die erhöhte Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden zurückzuführen ist. Er spiegelt vielmehr auch ein verstärktes, offensiveres und aggressiveres Vorgehen der russischen Seite wider. Diese Einschätzung wird durch die Bewertungen europäischer Partner gestützt.

Vor dem Hintergrund des Angriffskrieges gegen die Ukraine ist zudem ein veränderter Modus Operandi zu erkennen. Die Geheimdienste Russlands gehen derzeit unkonventioneller, risikobereiter und aggressiver vor. Während für die Sabotageaktivitäten 2014 in Tschechien offenbar noch hauptamtliche GRU-Mitarbeiter verantwortlich waren, wird aus den jüngeren Beispielen ersichtlich, dass ein operatives Umdenken der russischen Dienste stattgefunden hat. Aktuell werden vor allem sogenannten Low-Level-Agents tätig. Es ist plausibel, dass diese Umorientierung auch dem erheblichen „Erfolgsdruck“ russischer Dienste geschuldet ist, kurzfristig Schadensereignisse und Verunsicherung im westlichen Ausland herbeizuführen.

Idealtypisches Bild eines Low-Level-Agents

Aus dem Sicherheitshinweis des BfV vom 26. Juli 2024:
Die zum Zwecke der Sabotage angeworbenen „Low-Level-Agents“ scheinen überwiegend jung, russischsprachig, ideologisch prorussisch und ungeschult zu sein sowie Interesse daran zu haben, durch die Ausübung einfacher Tätigkeiten schnell Geld zu verdienen. Dementsprechend werden offenbar Aufträge vergeben und deren Umsetzung auch kurzfristig entlohnt. Die Rekrutierung erfolgt über soziale Medien und Messenger-Dienste.

Die Entwicklung verdeutlicht, dass russische Dienste bereit sind, die operativen Risiken einer solchen, weniger professionellen Operationsführung zugunsten des kurzfristigen Nutzens von Schnelligkeit und Auftragsumsetzung einzugehen. Sabotageaktivitäten bei einer Agentenführung über soziale Netzwerke und ohne physisches Zusammentreffen dürften aus russischer Perspektive leichter abstreitbar sein.

In der Gesamtschau der Ereignisse ist erkennbar, dass kritische Infrastrukturen und militärische Liegenschaften - wie bereits zu früheren Zeiten der Sowjetunion - im Fokus möglicher Vorbereitungshandlungen russischer Sabotage stehen. Prioritär geraten dabei solche Ziele ins Visier, die in direktem oder mittelbarem Zusammenhang mit der westlichen Unterstützung der Ukraine stehen.

Die vorgenannten Aktivitäten russischer Geheimdienste ordnen sich dabei in das Konzept Russlands zur hybriden Kriegsführung ein. Es wird als wahrscheinlich betrachtet, dass die russische Seite derzeit noch bewusst unterhalb der Eskalationsschwelle operiert, die einen NATO-Bündnisfalls auslösen könnte. Gleichzeitig versucht sie jedoch offensichtlich die Resilienz des westlichen Verteidigungsbündnisses auszutesten. Russland dürfte darüber hinaus stets darauf zielen, im Zuge mannigfaltiger Aktionen die Ressourcen westlicher Sicherheitsbehörden zu binden und in Deutschland ein Gefühl der Verunsicherung in Politik und Gesellschaft zu verbreiten.

Deutschland ist dabei weiterhin ein herausgehobenes Ziel russischer Nachrichtendienste. Veröffentlichungen aus dem Kreml zeigen, dass im Vergleich zu anderen europäischen Staaten der nachrichtendienstlichen Aufklärung sowie der Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Deutschland die höchste Priorität zukommt. In Nordrhein-Westfalen wird umfangreiches politisches wie zivilgesellschaftliches Engagement zur Unterstützung der Ukraine geleistet. Überdies befinden sich in Nordrhein-Westfalen zahlreiche für die Landesverteidigung herausgehobene militärische Liegenschaften, an denen auch Kräfte der NATO-Bündnispartner stationiert sind. Entsprechend intensiv geht die Spionageabwehr in enger Zusammenarbeit mit den nachrichtendienstlichen und polizeilichen Partnern Hinweisen auf mögliche Sabotagefälle nach. Um Gefahren konkret einschätzen und diesen wirksam begegnen zu können, werden Erkenntnisse kurzfristig im Verbund der relevanten Sicherheitsbehörden ausgetauscht. Mit diesem Maßnahmenportfolio trägt die Spionageabwehr dazu bei, mutmaßliche russische Sabotage aufzuklären beziehungsweise zu unterbinden.

Spionage, Proliferation und sicherheitsgefährdende Aktivitäten für fremde Mächte

Die Arbeit der Spionageabwehr ist schon immer mit den internationalen Beziehungen und somit vor allem mit internationalen Konflikten und ihren Auswirkungen auf Deutschland verknüpft. In den letzten Jahren und insbesondere im Berichtsjahr haben sich einige Konflikte besonders rasant entwickelt und zunehmend miteinander verschränkt. Sie können ebenso wenig isoliert betrachtet werden wie die betroffenen Staaten, deren Interessen und das Agieren ihrer Nachrichtendienste.

Zunehmende Verschränkung internationaler Konflikte

Die Russische Föderation ist beispielsweise mit Belarus verbündet, welches sein Territorium unter anderem als Aufmarschgebiet für russische Truppen beim völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine zur Verfügung gestellt hat. Belarus ist wegen des Krieges insoweit ebenfalls von Sanktionen der Europäischen Union betroffen. Die enge Zusammenarbeit zwischen Moskau und Minsk muss die Spionageabwehr in nachrichtendienstlicher Hinsicht sowie in Bezug auf mögliche Proliferation im Blick behalten. Hinzu kommt, dass nach inzwischen gesicherten Erkenntnissen nordkoreanische Soldaten durch Russland im Kampfgebiet eingesetzt werden, Iran Russland unter anderem mit Drohnen beliefert und eine aktive chinesische Unterstützung

für den russischen Krieg im Raum steht. All dies stellt beziehungsweise würde weitere Eskalationsstufen nicht nur im Kampfgeschehen, sondern auch in der diplomatischen Auseinandersetzung zwischen Russland und seinen Verbündeten mit Europa und der NATO darstellen. Entsprechende Bündnisse und Kooperationen müssen von der Spionageabwehr in den Blick genommen werden, da wirtschaftliche und militärische Kooperationen auf den nachrichtendienstlichen Sektor ausgeweitet werden könnten.

Dies gilt ebenfalls für die weiteren Entwicklungen in Ländern wie Syrien, Libanon und Afghanistan sowie im Konflikt zwischen Iran und Israel. Hier haben unterschiedliche Staaten in der Vergangenheit aktiv und robust ihre Interessen vertreten und tun dies weiterhin. Entsprechende Konflikte können ihren Widerhall in Deutschland und Nordrhein-Westfalen finden und müssen daher fortwährend betrachtet werden. Darüber hinaus ist anzunehmen, dass diverse Staaten versuchen werden, sich im Zuge der weiteren Aufbau- und Konsolidierungsprozesse in den genannten Ländern zu positionieren, dortige Nachrichtendienste gegebenenfalls mit aufzubauen oder zu unterstützen. Dies könnte wiederum nachrichtendienstliche Aktivitäten in Deutschland begünstigen.

Es ist daher zu erwarten, dass die Aufgabe der Spionageabwehr künftig noch umfassender, komplexer und vielschichtiger wird, da manche nachrichtendienstliche Bedrohungslagen zunehmend schwerer einem konkreten Staat zuzurechnen sind beziehungsweise sein werden.

2024 ►►

1. März
Veröffentlichung des Mitschnitts eines abgehörten Gesprächs von Bundeswehrangehörigen („Taurus-Leak“) durch Russland

14. April
Iran greift Israel erstmals direkt mit Raketen und Drohnen an

18. April
Festnahme von Dieter S. und Alexander L. wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit und Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung (Sabotageplanungen)

27. März
Sanktionierung des pro-russischen Nachrichtenportal „Voice of Europe“ durch die tschechische Regierung

22. April
Festnahme von Jian G. (Mitarbeiter des Mitglieds des Europäischen Parlaments Maximilian Krah) wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit für einen chinesischen Nachrichtendienst

Steigende Bedeutung von Proxies

Das Phänomen der Attribuierung nachrichtendienstlicher Aktivitäten ist nicht neu. Insbesondere Iran hat sich in den letzten Jahren wiederholt verschiedener Proxies bedient, um in Europa und Deutschland insbesondere staatsterroristische Maßnahmen zu verfolgen. Erste Ausforschungsmaßnahmen, aber auch Entführungen oder Tötungen können beispielsweise bei kriminellen Gruppen oder bei Personen anderer Staatsbürgerschaft oder religiöser Ausrichtung in Auftrag gegeben werden, um vom eigentlichen staatlichen Drahtzieher abzulenken.

Neben Iran hat Russland diese Taktik im Berichtsjahr verstärkt im Bereich der Sabotage genutzt. Russische Stellen bedienen sich zwar vielfach russischsprachiger Akteure, diese sind jedoch oftmals keine russischen Staatsangehörigen. Sie werden niedrigschwellig über das Internet angeworben, entstammen mitunter dem allgemein-kriminellen Milieu und sind nachrichtendienstlich nicht geschult. Mit dieser Praxis lässt sich die Urheberschaft bei Sabotageoperationen durch Russland nicht nur leichter abstreiten, es beschleunigt mögliche Aktionen zudem im Vergleich zu aufwendig geplanten Maßnahmen mit eigenem Personal oder langfristig aufgebauten Agentennetzen. Bei anderen Staaten ergaben sich im Berichtsjahr ebenfalls konkrete Einzelhinweise, nach denen Nachrichtendienste ihre Verbindungen zu kriminellen oder nationalistischen Strukturen genutzt oder sich solche Akteure den Diensten freiwillig zur Unterstützung angeboten haben.

Risiko illegitimer Einflussnahme auf Wahlen

Wichtige Wahlen können stets Ziel illegitimer Einflussnahmeversuche ausländischer Mächte werden. Die US-Regierung warf beispielsweise Russland nach der US-Präsidentenwahl eine Desinformationskampagne vor und sanktionierte unter anderem den staatlichen russischen Sender RT. Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament wurden russische Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Projekt „Voice of Europe“ (VoE) bekannt. Gegen dieses Nachrichtenportal wurden im März 2024 seitens der tschechischen Regierung Sanktionen verhängt. VoE verbreitete (pro-)russische Propaganda und Desinformation, stellte sich jedoch als legitimes Nachrichtenportal dar. Welche massiven Auswirkungen Einflussnahmeversuche haben können, scheint die rumänische Präsidentenwahl vom Dezember 2024 zu zeigen. Das rumänische Verfassungsgericht annullierte das Ergebnis des ersten Wahlgangs wegen einer massiven Einflusskampagne in sozialen Medien. Die weiteren Ermittlungen hierzu laufen noch. Auch Versuche ausländischer Mächte, Einfluss auf die Bundestagswahl 2025 zu nehmen, konnten bereits festgestellt werden.

Gerade Wahlen eignen sich für ausländische Mächte, um mit Hilfe illegitimer Einflussnahme zu versuchen, das Vertrauen der Bevölkerung in den Wahlprozess, die demokratischen Institutionen, die politischen Parteien oder die Unabhängigkeit der Medien zu erschüttern. Über Desinformation und Propaganda können eigene Narrative und Interessen verbreitet, präferierte Parteien und Kandidierende unterstützt und wiederum andere attackiert werden. Solche Angriffe können durch Einsatz sogenannter „Hack

2024 ►►

27. Mai
Verurteilung des Bundeswehroffiziers
Thomas H. vor dem OLG Düsseldorf

2. August
Gefangenenaustausch
mit Russland

3. Mai
Die Bundesregierung ordnet Cyberangriffe gegen
SPD-Parteizentrale, Unternehmen, Stiftungen
und Verbände dem russischen Militärgheim-
dienst GRU zu

30. Mai
Schwerwiegender Cyberangriff auf das Netzwerk
der CDU mit der Folge, dass Teile der IT-Infra-
struktur vom Netz genommen werden

and Leak“ beziehungsweise „Hack and Publish“-Operationen erfolgen. Prank-Anrufe oder Deepfake-Videos können ebenfalls zur Täuschung von Wahlberechtigten genutzt werden. Schließlich versuchen verschiedene Staaten, über ihre zumeist staatlichen oder staatsnahen Medien Einfluss auf die Wahlbevölkerung, insbesondere die jeweilige Auslandsdiaspora in Deutschland zu nehmen. Anzunehmen ist bei einem derartig bedeutsamen Ereignis wie den Bundestagswahlen, dass ausländische Mächte Sabotageakte in Erwägung ziehen. Sie verursachen konkrete Schäden und haben zugleich eine psychologisch-verunsichernde Dimension.

Die Spionageabwehr sensibilisiert im Zuge der Wahlen relevante Akteure in Nordrhein-Westfalen und steht in intensivem Austausch mit den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern.

Russische Föderation

Neben der zunehmenden Gefahr durch russische Sabotageoperationen sind die russischen Geheimdienste in Deutschland und NRW weiterhin auch umfassend im Bereich der klassischen nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung tätig. Diese Aktivitäten sind wie bereits in den vergangenen beiden Berichtsjahren vor dem Hintergrund der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine zu sehen. Nach verfestigter Hinweislage der Spionageabwehr sind die drei wesentlichen russischen Dienste dabei auch in Nordrhein-Westfalen aktiv.

Die Geheimdienste der Russischen Föderation

Nachrichtendienstlich stützt sich die Russische Föderation im Wesentlichen auf

- ▶ den für die Tätigkeitsfelder Spionageabwehr, Terrorismusbekämpfung und organisierte Kriminalität zuständigen Inlandsdienst Federalnaja Slushba Besopasnosti (FSB),
- ▶ den zivilen Auslandsdienst Slushba Wneschnej Raswedki (SWR), vorrangig konzentriert auf die Themen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, sowie
- ▶ den Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije (GRU) als militärischen Auslandsdienst.

Durch gezielte Abwehrmaßnahmen der europäischen Staatengemeinschaft sahen sich die russischen Dienste auch im Berichtsjahr wieder mit erheblich erschwerten Bedingungen konfrontiert.

Nachrichtendienstliche Tätigkeiten aus diplomatischen Vertretungen

Beispielhaft hierfür steht unter anderem die Ausweisung von über 600 russischen Diplomaten aus Europa sowie die Schließung von vier der insgesamt fünf russischen

28. August
Hinrichtung des deutschen und iranischen Staatsangehörigen Jamshid Sharmad in Teheran

1. Oktober
Zweiter iranischer Raketen- und Drohnenangriff gegen Iran

8. Dezember
Zusammenbruch des Assad-Regimes in Syrien

2024 ▶▶

27. September
Tötung von Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah durch das israelische Militär

14. November
Anklage des Generalbundesanwalts gegen Mehmet K. wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit für einen türkischen Nachrichtendienst

Generalkonsulate im Bundesgebiet. Bei der einzig verbliebenen russischen Vertretung neben der Botschaft in Berlin entschied sich die russische Seite für den Standort in Bonn. Dem Russischen Generalkonsulat in Bonn kommt damit in nachrichtendienstlicher Hinsicht eine gestiegene Bedeutung zu. Dafür spricht einerseits schon die Entscheidung an sich, diesen Standort beizubehalten. Aufgrund ihrer geografischen Lage und Bauart bietet die frühere sowjetische Botschaft für russische Dienste zudem erhebliche operative Vorteile. Unter anderem können von Bonn aus kurzfristig nachrichtendienstliche Ziele im direkt benachbarten europäischen Ausland bedient werden.

Legalresidentur

Legalresidenturen sind getarnte Stützpunkte eines ausländischen Nachrichtendienstes, die sich in einer offiziellen oder halboffiziellen Vertretung (beispielsweise Botschaft, Handelsvertretung, staatliche Fluggesellschaft) befinden.

Belegt wird die Bedeutung des Russischen Generalkonsulats in Bonn durch das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 27. Mai 2024. Ein 54-jähriger Bundeswehrangehöriger aus Rheinland-Pfalz wurde wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit in Tateinheit mit einer Verletzung von Dienstgeheimnissen zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Der beim Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr beschäftigte Soldat übermittelte dem russischen Generalkonsulat in Bonn am 4. Mai 2023 aus eigenem Antrieb mehrere Dokumente der Bundeswehr, die dem Verschlusssachengrad „Nur für den Dienstgebrauch“ unterlagen, um diese an einen russischen Nachrichtendienst weiterzuleiten. Darüber hinaus bot er eine nachrichtendienstliche Zusammenarbeit und die Lieferung weiterer Dokumente der Bundeswehr an. Der nicht vorbestrafte Angeklagte war weitgehend geständig. Der Senat berücksichtigte bei der Strafzumessung unter anderem zu seinen Gunsten, dass der Angeklagte keine Vorteile aus seiner Tätigkeit gezogen und zum Tatzeitpunkt erhebliche gesundheitliche Probleme hatte sowie durch die Verurteilung seine Stellung als Berufssoldat verlor. Zu Lasten des Angeklagten betonte das Gericht jedoch, dass er eine geheimdienstliche Agententätigkeit für ein Land ausgeübt habe, von dem aktuell eine militärische Bedrohung für die Bundesrepublik Deutschland ausgehe. Die von ihm übergebenen Dokumente waren nach Mitteilung des Senats geeignet, einer fremden Macht Kenntnisse zu verschaffen, deren Offenlegung einen Nachteil für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland bedeuten könne.

Zentralgesteuerte Operationen

In die Bedrohungsanalyse zu nachrichtendienstlichen Tätigkeiten Russlands muss ergänzend einbezogen werden, dass die russischen Dienste weiterhin in der Lage sind, zentralgesteuerte Operationen im westlichen Ausland umzusetzen. Die Bedeutung dieser Operationsführung wurde unter anderem durch einen Gefangenenaustausch mit Russland im August 2024 deutlich. Dabei wurden unter anderem in Russland inhaftierte deutsche Staatsbürger und russische Dissidenten gegen in Europa und den USA vor allem wegen Spionage, Sabotage und Staatsterrorismus inhaftierte Russen ausgetauscht. Der ehemalige russische Präsident und Ministerpräsident Medwedew erklärte zu dem Austausch: „Ich würde mir natürlich wünschen, dass diese Verräter Russlands in einem Zuchthaus verrotten oder in einem Gefängnis sterben. Aber es ist sinnvoller, unsere eigenen Leute herauszuholen, die für das Land, für das Vaterland, für uns alle gearbeitet haben. Ich empfehle den Verrätern, sich neue Namen zulegen und sich aktiv im Rahmen des Zeugenschutzprogramms zu tarnen.“ Hieraus ist eine grundsätzliche Drohung gegen als Staatsfeinde definierte Personen abzuleiten. Die Aussage belegt aber auch die hohe Bedeutung russischer Nachrichtendienst-Angehöriger für die russische Regierung. So empfing der russische Präsident Putin nach dem Austausch unter anderem ein in Slowenien inhaftiertes Ehepaar, welches aus Russland gesteuert als sogenannte „Illegale“ aktiv war.



Gefangenenaustausch mit Russland: Putin empfängt persönlich ein Ehepaar, das zuletzt von Slowenien aus als sogenannte „Illegale“ aktiv war

„Illegale“

Für den Einsatz als sogenannte „Illegale“ werden in Russland Personen gezielt ausgesucht. Sie werden über meist mehrjährige Umwege und den Aufbau einer Aliasidentität ins westliche Ausland geschleust. „Illegale“ bieten den Vorteil, dass bei ihnen grundsätzlich kein Bezug zu Russland erkennbar ist und sie sich mit einem scheinbar unverfänglichen, bürgerlichen Lebenslauf ihren Aufklärungsfeldern nähern können. Diese über den Zusammenbruch der UdSSR hinaus betriebene Praxis verdeutlicht den massiven Ressourceneinsatz Russlands zur nachrichtendienstlichen Aufklärung Europas.

Die Eheleute sollen sich unter anderem als in Namibia geborene, argentinische Staatsangehörige ausgegeben haben. Von den slowenischen Behörden aufgefundene hohe Bargeldbeträge deuten auf umfangreiche operative Tätigkeiten hin.

Staatsterrorismus

Im Zusammenhang mit dem Gefangenenaustausch ist der Empfang des Verurteilten im sogenannten „Tiergartenmord“ ebenfalls als besonders bedeutsam zu bewerten. Das Kammergericht Berlin hatte es mit Urteil aus Dezember 2021 als erwiesen angesehen, dass der unter einer Aliasidentität agierende Täter einen georgischen Staatsbürger tschetschenischer Abstammung im Auftrag staatlicher russischer Stellen



Putin begrüßt den für den sogenannten Tiergartenmord verantwortlichen russischen Spion bei seiner Rückkehr

getötet hatte. Mit der öffentlichen Würdigung des Attentäters durch den Staatspräsidenten persönlich wurde die entschiedene Unterstützung der eigenen Sicherheitsdienste unterstrichen und ein Zeichen des anhaltenden Verfolgungsinteresses des russischen Staates gegenüber sich im Ausland aufhaltenden

Dissidenten gesetzt. Bis zur Verurteilung 2021 wurde eine russische Beteiligung an dem Attentat vehement abgestritten. Unmittelbar nach dem Austausch verkündete der Kreml-Pressesprecher Dimtri Peskow jedoch, dass es sich beim Tiergartenmörder um ein Mitglied des FSB handele. Damit unterstreicht die russische Regierung ein weiteres Festhalten an der Verfolgung staatsterroristischer Aktivitäten.

Für die Bedrohungsanalyse ist überdies von Bedeutung, dass der nominell als Inlandsdienst fungierende und eher für das „Nahe Ausland“ zuständige FSB staatsterroristische Aufträge sogar auf deutschem Boden vollzieht. Für das Tätigkeitsfeld russischer Dienste ist davon auszugehen, dass überschneidende Zuständigkeiten bewusst implementiert sind, um den Konkurrenzgedanken zu fördern. Die Aktivitäten der Dienste sind dadurch nochmals schwerer zu kalkulieren.

Einflussnahme und Desinformation

Klassische Bestätigungsfelder russischer Dienste sind zudem illegitime Einflussaktivitäten. Diese stehen ebenfalls in der Tradition „Aktiver Maßnahmen“ früherer sowjetischer Geheimdienste, insbesondere des KGB.

Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine war im Berichtsjahr weiterhin ein anhaltend hohes Niveau illegitimer Einflussbemühungen im Sinne einer hybriden Kriegsführung zu beobachten. Geopolitische und geoökonomische Verschiebungen wurden durch russische Akteure für Desinformation und Propaganda genutzt, um Menschen vorsätzlich zu täuschen, zu beeinflussen und die Verbreitung (pro-)russischer und antiwestlicher Narrative offensiv zu forcieren.

Russische Staatsmedien übernahmen dabei eine zentrale Rolle und griffen entsprechende Ereignisse auf, um diese in bekannte propagandistische Metaerzählungen einzubetten. Unter dem Vorwand, eine alternative Sichtweise zu den angeblich regierungshörigen deutschen „Mainstream-Medien“ zu bieten, verbreitete vor allem der unter direkter staatlicher Kontrolle stehende Sender RT DE Propaganda und pro-russische Narrative. Neben scharfer Kritik an der NATO und den USA wurden in der Berichterstattung innenpolitische und soziale Spannungsfelder in Deutschland und der EU aufgegriffen, um Unsicherheiten und Spaltungslinien in der deutschen Gesellschaft zu erzeugen oder diese zu vertiefen. Die dahinterstehenden Akteure verfolgten darüber hinaus das Ziel, die politische und gesellschaftliche Bereitschaft zur Unterstützung der Ukraine zu mindern und in diesem Sinne Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen.

Am 1. März 2024 veröffentlichte die Chefredakteurin der russischen staatlichen Nachrichtenagentur Rossija Segodnja, Maria Simonyan, auf ihrem über 500.000 Abonnenten starken Telegram-Kanal den Mitschnitt einer internen, teilweise über nicht sichere Leitungen geführten Telefon-Besprechung mehrerer hochrangiger Luftwaffenoffiziere der Bundeswehr. In dem Gespräch diskutieren Bundeswehrangehörige zur Vorbereitung eines Briefings für den Verteidigungsminister die technische und zeitliche Umsetzbarkeit einer etwaigen Lieferung des deutschen Marschflugkörpers Taurus an die Ukraine sowie denkbare Einsatzszenarien. Kurz nach der Veröffentlichung des Mitschnitts wurde dieser umfassend durch den gesamten (pro-)russischen Propaganda- und Desinformationsapparat aufgegriffen und thematisiert. Russische Staatsmedien wie RT DE und bekannte prorussische Akteure auf Telegram thematisierten den Sachverhalt ausgiebig. Das Kernnarrativ war dabei eine angebliche direkte Kriegsbeteiligung Deutschlands neben den USA und Großbritannien durch mögliche Taurus-Lieferungen.

Die Veröffentlichung des offensichtlich mit nachrichtendienstlichen Mitteln aufgezeichneten Gesprächs entspricht dem von Russland bekannten Modus Operandi des „Hack and Leak“. Beschaffte Informationen werden dabei gezielt veröffentlicht, um eigene Interessen zu verfolgen. Der „Taurus-Leak“ dürfte primär darauf abgezielt haben, Unruhe zu verbreiten sowie Angst vor Russland und insbesondere vor möglichen Folgen einer zu intensiven deutschen Unterstützung der Ukraine zu schüren. Auf diese Weise könnten Bedenken gegen eine Taurus-Lieferung verstärkt, mediale Berichterstattung forciert und zugespitzt sowie unter Umständen Entscheidungsprozesse in der Sache beeinflusst werden. Der Leak zielte wahrscheinlich auch darauf, Streitpunkte unter den NATO-Mitgliedern zu verstärken, sowie das Vertrauen in die Bundeswehr zu erschüttern und die Informationssicherheit in Deutschland in Frage zu stellen. All dies entspricht den auch in anderen Zusammenhängen beobachteten russischen Destabilisierungsaktivitäten.

Noch auf anderen Wegen wurde illegitim Einfluss auf den politischen Raum genommen. Im Vorfeld der Wahl zum Europaparlament am 9. Juni 2024 wurden russische Einflussbemühungen des zuletzt in Prag angesiedelten Projektes „Voice of Europe“ medial bekannt. Das vorgebliche Nachrichtenportal verbreitete seit Juni 2023 aktiv (pro-)russische Propaganda und Desinformation. Das in unterschiedlichen Sprachen agierende Projekt war dabei in die Verbreitung von Narrativen und politischen Forderungen involviert, die in Einklang mit der Außenpolitik Russlands standen. Es wurde insbesondere Politikerinnen und Politikern ein Forum geboten, die aktiv ein Ende der EU-Hilfe für die Ukraine forderten und sich entlang prorussischer Narrative äußerten. Gegen das Nachrichtenportal wurden im März 2024 durch die tschechische Re-

gierung und im Mai 2024 durch die Europäische Union Sanktionen verhängt. Einzelne deutsche Politiker stehen im Verdacht einer Vereinnahmung durch „Voice of Europe“.

Illegitime Einflussnahme kann schließlich auch über eine gezielte Förderung und Unterstützung von Personen, Parteien und Bewegungen in Deutschland ausgeübt werden. Dabei kommen kommunikative Unterstützung und materielle Anreize zum Einsatz. Es werden bilaterale Gesprächskanäle und Experten, aber auch Thinktanks und wirtschaftliche sowie wissenschaftliche Kooperationen genutzt.

Fazit

Die nachrichtendienstlichen Interessen Russlands richten sich weiterhin eng an den klassischen Aufklärungsfeldern Politik, Wirtschaft, Militär, Wissenschaft und Technik aus. Besondere Bedeutung für die russischen Nachrichtendienste hat dabei die Aufklärung sämtlicher mit der Unterstützung der Ukraine in Zusammenhang stehender Akteure und Aktivitäten. Hinzu kommen aktuell zudem grundsätzlich ernstzunehmende Sabotagerisiken. Eine besondere Gefahr besteht darüber hinaus für Einzelpersonen, die von russischen Diensten als „Verräter“ oder herausgehoben staatsfeindlich klassifiziert werden. Für diesen Personenkreis kann die Gefährdungslage über die nachrichtendienstliche Aufklärung hinausreichen und unter Umständen staatsterroristische Risiken implizieren. Bei solchen Gefahrensachverhalten wirkt die nordrhein-westfälische Spionageabwehr im Verbund der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern an der Gefahrenabwehr mit.

Volksrepublik China

Bereits seit über 10 Jahren ist Xi Jinping Staatspräsident der Volksrepublik China. Er führt neben dem Staatsapparat und der Volksbefreiungsarmee (VBA) auch die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) an. Insbesondere in den letzten Jahren wurde unter seiner Führung die Kontrolle der KPCh über fast alle Lebensbereiche der chinesischen Gesellschaft noch stärker ausgebaut.

Ziele der chinesischen Staatsführung

Als Staatspräsident formulierte Xi bereits früh den „chinesischen Traum von der Wiederauferstehung der chinesischen Nation“. Damit gab er das Ziel vor, China bis spätestens zum 100. Geburtstag der KPCh im Jahr 2049 als wirtschaftliche, technologische und militärische Führungsmacht weltweit zu etablieren. Zur Erreichung des „chinesischen Traums“ wurden zahlreiche Konzepte und Strategien entwickelt, Zu-

ständigkeiten verschiedener Ministerien neu zugeschnitten und eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Außenpolitisch versucht China immer stärker, sich von äußeren Einflüssen abzuschotten, eigene Abhängigkeiten zu reduzieren und so weit wie möglich zu diversifizieren. Dabei verfolgt es seine außenpolitischen Ziele im Bedarfsfall auch konfrontativ wie insbesondere Konflikte im südchinesischen Meer oder in Bezug auf Taiwan immer wieder zeigen.

Wichtigste Grundlage auf dem oben beschriebenen Weg der Etablierung Chinas als führende Weltmacht ist eine langfristig angelegte und auf Expansion ausgerichtete, strategische Außen- und Außenwirtschaftspolitik. Dazu gehören unter anderem wirtschaftliche und außenpolitische Initiativen und Pläne wie beispielsweise „Made in China 2025“ (MIC25) oder die „Neue Seidenstraße“ genannte „Belt-and-Road-Initiative“ (BRI). Diese Initiativen und Pläne sind dabei zeitlich nicht abgeschlossen und immer als Roadmaps auf dem Weg zur Erfüllung des chinesischen Traums bis zum Jahr 2049 zu verstehen.

Grundsätzlich nutzt China weiterhin alle ihm zur Verfügung stehenden Einflusspotentiale, mit denen Dritte für sich eingenommen oder zu einer im eigenen Interesse stehenden Entscheidung bewegt werden können. Dazu zählen neben diversen Kooperations- und Austauschformaten auch die explizite Nutzung der eigenen wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Macht als Druckmittel. Aber auch staatliche Cyberstrukturen und klassische nachrichtendienstliche Aktivitäten werden bewusst zur Beschaffung relevanter Informationen genutzt und dienen damit den eigenen ehrgeizigen Leitstrategien.

Aufgrund der daraus resultierenden besonderen Herausforderungen im deutsch-chinesischen Verhältnis sieht die Bundesregierung die Volksrepublik China in ihrer China-Strategie aus dem Jahr 2023 gleichzeitig als Partner, Wettbewerber und als systemischen Rivalen.

Föderale Herausforderungen im deutsch-chinesischen Verhältnis

Die Bundesrepublik Deutschland gehört nach den USA und China weiterhin zu den größten Volkswirtschaften weltweit und unterhält umfangreiche Handelsbeziehungen mit China. Deshalb ist Deutschland auch unverändert eines der bedeutendsten Zielländer für die Volksrepublik China. Deutschland und China unterscheiden sich hinsichtlich der staatlichen Organisation grundlegend. Während Deutschland dezentral und föderal organisiert ist, wird China zentral von Beijing aus regiert. In Deutschland können Kommunen beispielsweise weitestgehend unabhängig agieren und eigene

politische Schwerpunkte setzen, zu denen auch internationale Vernetzungen, Städtepartnerschaften und Austausche zählen. In China hingegen sind Regionalregierungen und Kommunen an die Vorgaben der Zentralregierung gebunden. Das Agieren aller chinesischen Akteure muss im Einklang mit den übergeordneten Strategien der Staatsführung stehen, deren direkte Steuerungsmöglichkeiten sich auf jede Ebene des Staates erstrecken.

Diese unterschiedliche Ausgangslage bietet dem chinesischen Staat gegenüber einem demokratischen, föderalen System viele Möglichkeiten, erforderliche Abstimmungs- und Koordinierungsprozesse, Informationsverluste sowie divergierende Interessen unterschiedlicher föderaler Ebenen und Akteure zu seinen Gunsten auszunutzen. China setzt dabei auf umfangreiche Vernetzungen und entsprechende Vereinnahmungsversuche insbesondere auch auf lokaler Ebene. Dabei sind kommunale Austauschformate oder Städtepartnerschaften nicht grundsätzlich als problematisch anzusehen. Bei deutsch-chinesischen Städte- und Regionenpartnerschaften treffen jedoch zumeist Partner mit sehr unterschiedlichen personellen, finanziellen und sachlichen Ressourcen aufeinander. Zudem agieren sie auf der Grundlage unterschiedlicher Entscheidungswege und Gestaltungsspielräume. Dabei können Ungleichgewichte und faktische Machtgefälle zulasten der deutschen Seite entstehen, die in konkreten Zahlen gegebenenfalls deutlich weniger von dem Austausch profitiert oder sich sogar in einseitige Abhängigkeiten begibt. Dieses Risiko besteht insbesondere bei eher strukturschwachen Städten und Regionen. Die Spionageabwehr sensibilisiert und berät daher Akteure auf kommunaler und Landesebene und steht bei Fragen als Ansprechpartner zur Verfügung.

Herausforderungen bei deutsch-chinesischen Forschungsk Kooperationen

In der Forschung ist China vor allem an Schlüsseltechnologien wie beispielsweise Künstlicher Intelligenz (KI), Robotik, neue Werkstoffe, Schiffbau, Luft- und Raumfahrt- sowie High-End-Medizintechnik interessiert. Das Land bemüht sich in diesen Bereichen intensiv um Forschungsk Kooperationen mit Deutschland. Die Bündelung aller Maßnahmen der Wissensbeschaffung zum Zwecke des Machtzuwachses lässt sich besonders deutlich am Konzept der „zivil-militärischen Fusion“ erkennen. Dieses steht der im Grundgesetz verankerten Freiheit von Forschung und Lehre diametral gegenüber. Jede Art von Forschung muss sich an den von der KPCh formulierten Staatszielen orientieren. Forschungsk Kooperationen und -stipendien werden insbesondere dann unterstützt, wenn sie explizit den Staatszielen dienen. Gleichzeitig werden sämtliche im In- und Ausland erlangten Forschungsergebnisse auf ihre militärische Nutzbarkeit hin überprüft (Dual-Use).

Dies birgt beispielsweise mit Blick auf deutsch-chinesische Forschungskooperationen die Gefahr eines illegitimen, über das akzeptable Maß hinausgehenden Wissens- und Technologietransfers. Hinzu kommt, dass viele Universitäten in China Bezüge zum Militär aufweisen. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die National University of Defence Technology (NUDT) sowie die sogenannten „Seven Sons of National Defence“ zu nennen. Dies sind sieben Hochschulen, die als zivil deklariert werden, jedoch mit dem Militär und der Rüstungsindustrie eng verbunden sind. Besonders kritisch können sich deutsch-chinesische Forschungskooperation entwickeln, wenn ein wesentlicher Teil der Forschungsgelder für Lehrstühle nordrhein-westfälischer Universitäten und mit diesen unmittelbar verbundenen Unternehmen aus China stammt. Mangelnde Diversifizierung kann in einseitige und sogar existentielle Abhängigkeiten einzelner Lehrstühle und Fakultäten führen. Damit wäre nicht nur die Freiheit von Forschung und Lehre beeinträchtigt, sondern es würde entsprechende Stellen auch anfälliger für sensiblen Wissens- und Technologietransfer machen.

Herausforderungen in den deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen

Den stringenten Vorgaben der chinesischen Zentralregierung müssen neben der chinesischen Verwaltung auch chinesische Unternehmen, Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie die Diaspora folgen. Alle Bereiche sind oftmals eng in die strategischen Konzepte der KPCh eingebunden. Viele Unternehmen in China befinden sich in Staatsbesitz. Privatunternehmen - auch im Ausland - sind unter gewissen Voraussetzungen verpflichtet, unternehmensinterne Parteizellen einzurichten. Sie ermöglichen der KPCh damit, Einfluss in scheinbar privatwirtschaftliches Handeln zu nehmen. Aufgrund des nationalen Geheimdienstgesetzes können sie zudem verpflichtet sein, mit den chinesischen Nachrichtendiensten zu kooperieren.

Auf die enge Anbindung chinesischer, privatwirtschaftlich organisierter Firmen an den chinesischen Staat hat die Bundesregierung in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie im Sommer 2024 reagiert. Sie hat beschlossen, dass ab dem Jahr 2026 keine Komponenten der chinesischen Firmen Huawei und ZTE mehr in den 5G-Mobilfunknetzen verbaut werden dürfen und bereits verbaute Komponenten bis zum Jahr 2029 zu ersetzen sind. Die Mobilfunknetze gehören zur Kritischen Infrastruktur in Deutschland und sind daher besonders vor hybriden Angriffen und Cyberattacken zu schützen. Bei cloudbasierten Speicherlösungen, die Komponenten chinesischer Hersteller nutzen, besteht nach Einschätzung der Spionageabwehr ebenfalls die Gefahr, dass sensible Daten unkontrolliert abfließen oder durch einen Cyberangriff unbrauchbar gemacht werden.

Abgesehen davon besteht für die deutsche Wirtschaft ein unverändert hohes Spionagerisiko insbesondere in Hochtechnologie-Sektoren. Dieses kann sich über Joint-Ventures, gesetzliche Vorgaben für deutsche Niederlassungen in China, Investitionen und Firmenübernahmen sowie die Entsendung von Besuchsdelegationen, den Empfang deutscher Firmenvertreter in China oder Cyberangriffe manifestieren. Eine robust abgesicherte Firmen-IT und ausreichende Sensibilität bei Geschäften mit chinesischen Partnern sowie bei Reisen nach China sind wichtige Maßnahmen zur Risikominimierung.

Aktivitäten chinesischer Nachrichtendienste in Deutschland und NRW

Neben der Beschaffung politischer, wirtschaftlicher oder wissenschaftlicher Informationen bildet die Aufklärung und Bekämpfung oppositioneller Organisationen und Einzelpersonen in Nordrhein-Westfalen weiterhin einen Arbeitsschwerpunkt chinesischer Nachrichten- und Sicherheitsdienste. Dabei gilt bereits als oppositionell, wer aus Sicht des chinesischen Staates das Machtmonopol der KPCh in Frage stellt und somit die „nationale Einheit“ bedroht. Dazu zählt für die chinesische Führung insbesondere jegliche Unterstützung der Protestbewegung in Hongkong sowie der durch China als „Fünf Gifte“ bezeichneten Gruppen. Dies sind die ethnischen Minderheiten der Tibeter und Uiguren, die Befürworter der Eigenstaatlichkeit Taiwans, die Demokratiebewegung sowie die Anhänger der Falun-Gong-Bewegung.

Zur Bekämpfung der Opposition in Deutschland nutzen chinesische Sicherheitsbehörden sowohl offene als auch verdeckte Methoden. Sie bedienen sich unterschiedlicher Möglichkeiten, Personen beispielsweise unter Verweis auf Angehörige in China unter Druck zu setzen, einzuschüchtern, auszuspähen, zu diskreditieren und gegeneinander auszuspielen. Ergänzend werden häufig finanzielle Anreize, Unterstützung von Angehörigen in China oder lukrative berufliche Perspektiven angeboten. Betroffene Personen sollen zu einer nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit bewegt oder zumindest davon überzeugt werden, ihre politischen Aktivitäten einzustellen.

Die chinesischen Nachrichtendienste

Zur Durchsetzung der beschriebenen Regierungsziele sowie zum Machterhalt der Staatsführung im Allgemeinen sind die chinesischen Nachrichtendienste von essentieller Bedeutung. Im Einzelnen sind dies das Ministry of State Security (MSS), das Military Intelligence Directorate (MID) als militärischer Nachrichtendienst, der polizeiliche Nachrichtendienst Ministry of Public Security (MPS) sowie das International Department of the Central Committee of the Communist Party of China (IDCPC) als Nachrichtendienst der KPCh. Sie alle profitieren auf chinesischem Territorium von umfangreichen Befugnissen, Datenzugriffsmöglichkeiten und dem „Nationalen Geheimdienstgesetz“, welches ihnen vielfältige Sonderrechte einräumt und ein rechtlich nahezu unbeschränktes Tätigwerden im In- und Ausland ermöglicht. Das Gesetz verpflichtet zudem alle chinesischstämmigen Einzelpersonen - ungeachtet ihrer tatsächlichen Staatsangehörigkeit - sowie chinesische Firmen, staatliche Strukturen und sonstige Organisationen (zum Beispiel Vereine) im In- und Ausland zur Zusammenarbeit mit chinesischen Sicherheitsbehörden und somit auch zur Informationsweitergabe an diese.

Wie vielfältig und umfangreich das von chinesischen Nachrichtendiensten in Deutschland und NRW ausgehende Spionagerisiko ist, zeigen die im Berichtsjahr betriebenen Ermittlungsverfahren in diesem Bereich.

Der Generalbundesanwalt nahm am 22. April 2024 drei deutsche Staatsangehörige in Düsseldorf und Bad Homburg fest, die dringend verdächtig sind, für einen chinesischen Geheimdienst tätig gewesen zu sein und in diesem Zusammenhang auch einen Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz begangen zu haben. Ein Beschuldigter habe als Agent für einen Mitarbeiter des chinesischen Ministeriums für Staatssicherheit (MSS) fungiert und in dessen Auftrag Informationen zu militärisch nutzbaren Technologien beschafft. Hierzu habe er sich eines Ehepaars bedient, welches in Düsseldorf eine Firma betrieben habe. Das Unternehmen habe als Medium zur Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit Personen aus der deutschen Wissenschaft und Forschung gedient. Den Ermittlungen zufolge lag der primäre Fokus auf Ko-

operationen und Forschung, die für die maritime Kampfkraft Chinas, etwa im Bereich chinesischer Kampfschiffe, nutzbar gemacht werden könnte. Darüber hinaus schafften die Beschuldigten im Auftrag des MSS einen Speziallaser an und führten diesen ohne Genehmigung nach China aus.

Am 23. April 2024 nahm die Generalbundesanwaltschaft den deutschen Staatsangehörigen Jian G. in Dresden wegen des Vorwurfs der geheimdienstlichen Agententätigkeit in einem besonders schweren Fall fest. Demnach sei der Mitarbeiter eines chinesischen Geheimdienstes seit 2019 für ein deutsches Mitglied des Europäischen Parlaments tätig gewesen. Der Beschuldigte habe wiederholt Informationen über Verhandlungen und Entscheidungen im Europäischen Parlament an den chinesischen Nachrichtendienst weitergegeben und in dessen Auftrag chinesische Oppositionelle ausgespäht.

Im weiteren Verlauf dieses Verfahrens wurde am 30. September 2024 die chinesische Staatsangehörige Yaqi X. in Leipzig festgenommen. Sie ist nach Angaben der Generalbundesanwaltschaft ebenfalls der geheimdienstlichen Agententätigkeit dringend verdächtig, da sie Jian G. in ihrer Tätigkeit für ein Logistikunternehmen am Flughafen Leipzig/Halle mehrfach Informationen zu Flügen, Fracht und Passagieren insbesondere mit Bezug zum Rüstungssektor übermittelt haben soll.

Am 7. November 2024 nahm das Bundeskriminalamt zudem den US-amerikanischen Staatsangehörigen Martin D. in Frankfurt am Main fest. Dieser habe zuvor für die amerikanischen Streitkräfte in Deutschland gearbeitet und soll so erlangte Informationen chinesischen Stellen angeboten haben.

Islamische Republik Iran

Die intensivsten nachrichtendienstlichen Aktivitäten Irans gehen in Nordrhein-Westfalen vom Ministry of Information and Security (MOIS) aus. Das MOIS ist als ziviler In- und Auslandsnachrichtendienst der wichtigste Nachrichtendienst der Islamischen Republik Iran. Es stellt ein zentrales Instrument der politischen Führung zur Macht-sicherung dar. Seine herausragende Bedeutung wird dadurch unterstrichen, dass der Leiter des MOIS mit Ministerrang dem Kabinett angehört. Das MOIS agiert sowohl von der Zentrale in Teheran aus, indem Mitarbeiter Treffs mit nachrichtendienstlichen Quellen in Drittländern arrangieren, als auch über örtliche Legalresidenturen im Zielgebiet. Daneben sind Angehörige und Unterstützer der sogenannten Quds Force (QF), der iranischen Revolutionsgarde, in Nordrhein-Westfalen tätig. Bei der QF handelt es

sich um eine Spezialeinheit, die auf exterritoriale verdeckte militärische Operationen spezialisiert ist.



Logo der iranischen Revolutionsgarde

Die (geo-)politische Lage im Nahen und Mittleren Osten prägt die nachrichtendienstlichen Aktivitäten Irans. Das Land versteht sich als Regionalmacht und lässt ausgeprägte antiwestliche sowie antiisraelische Stoßrichtungen erkennen. Aufgrund der expliziten Feindschaft Irans zu Israel gehören (pro-)israelische sowie (pro-)jüdische Ziele zu einem zentralen Bearbeitungsfeld iranischer Nachrichtendienste. Dies gilt auch in Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Dabei müssen sich entsprechende Maßnahmen nicht auf die Sammlung von Informationen beschränken. Iranische Nachrichtendienste haben in den letzten Jahren mehrfach bewiesen, dass sie dazu bereit sind, zur Verfolgung ihrer

Interessen auch staatsterroristische Mittel einzusetzen. Entsprechende Vorfälle und Gerichtsverfahren gab es europaweit mehrfach, in Deutschland zuletzt dokumentiert durch das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 19. Dezember 2023 in Zusammenhang mit Anschlägen gegen Synagogen in Nordrhein-Westfalen.

Die entsprechende Bedrohungslage hat sich durch die massive Eskalation zwischen Iran und Israel weiter erhöht. Während Iran Israels Sicherheit bereits seit vielen Jahren über verschiedene Proxies wie **HAMAS**, Hisbollah oder Huthis bedroht, kam es am 14. April 2024 erstmals zu einem direkten, von iranischem Staatsgebiet ausgehenden Raketen- und Drohnen-Angriff auf Israel. Ein zweiter ähnlich angelegter Angriff folgte am 1. Oktober 2024 als offizielle iranische Reaktion auf die Tötung des Hisbollah-Führers Hassan Nasrallah am 27. September 2024 in Beirut durch das israelische Militär. Die militärischen Auseinandersetzungen von **HAMAS** und Hisbollah mit Israel in Gaza und im Libanon haben im Laufe des Berichtsjahres zu einer massiven Schwächung der beiden Terrororganisationen geführt. Mit dem Sturz des Assad-Regimes am 8. Dezember 2024 sowie den nachfolgenden Luftschlägen Israels gegen militärische Infrastrukturen Syriens hat Iran zudem einen sehr wichtigen Verbündeten in der Region und im Kampf gegen Israel verloren. Insgesamt wurde die durch Iran jahrelang gesteuerte anti-israelische Koalition von Proxies im Jahr 2024 somit deutlich geschwächt.

Eine Reduzierung des nachrichtendienstlichen, beziehungsweise staatsterroristischen Risikos in Deutschland ist daraus jedoch nicht abzuleiten. Vielmehr muss damit gerechnet werden, dass Iran und seine verbündeten Akteure sich verstärkt dazu ver-

anlasst sehen könnten, der geschwächten eigenen Position durch asymmetrische terroristische Aktionen zu begegnen. Aufgrund der aktuellen Eskalationsstufe könnte einerseits die Hemmschwelle hierfür sinken, andererseits bedürfen staats-terroristische Maßnahmen weniger Ressourcen und Logistik, als konventionelle militärische Auseinandersetzungen, deren Umsetzung derzeit deutlich schwerer fallen dürfte.

Neben dem beschriebenen Konfliktfeld konzentrieren sich iranische Nachrichtendienste unverändert auf die Aufklärung und Bekämpfung der iranischen Opposition im In- und Ausland. In Nordrhein-Westfalen stehen sämtliche organisierten oppositionellen Strukturen, darunter Regimegegner, Menschenrechtsaktivisten und Journalisten im Fokus. Das nachrichtendienstliche Vorgehen ist dabei teilweise unabhängig von Organisationsgröße, Reichweite oder tatsächlichen Einflussmöglichkeiten der betroffenen Akteure auf politische oder gesellschaftliche Entwicklungen im Iran. Einzelpersonen, die sich beispielsweise offen im Internet negativ über die iranische Regierung äußern, die an regierungskritischen Demonstrationen im Ausland teilnehmen oder sich in oppositionellen Organisationen engagieren, können so in den Blick geraten. Neben der Bekämpfung der iranischen Exil-Opposition sind die Nachrichtendienste des Iran an Informationen aus den Bereichen Politik, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft interessiert.

Die iranischen Nachrichtendienste bedienen sich unterschiedlicher Methoden, um ihre Ziele zu erreichen. Die Rekrutierung und Steuerung menschlicher Quellen wird zur Unterwanderung oppositioneller Strukturen und zur Ausforschung oder Lokalisierung von Einzelpersonen genutzt. Reisen entsprechender Personen in den Iran werden regelmäßig für nachrichtendienstliche Ansprachen genutzt. Aber auch Kontaktaufnahmen in Deutschland, beispielsweise auf elektronischem oder telefonischem Wege, sind ein gängiges Mittel. In solchen Fällen nutzt der iranische Nachrichtendienst oftmals familiäre Verbindungen als Druckmittel, um Zielpersonen zu einer Kooperation zu bewegen. Diese sollen in der Regel ihr oppositionelles Engagement einstellen oder aber Informationen an den iranischen Nachrichtendienst liefern. Bei der Bekämpfung Oppositioneller ist Iran in herausgehobenen Einzelfällen zu staatsterroristischen Aktivitäten wie Mordanschlägen und Entführungen bereit. Diese richten sich vor allem gegen Zielpersonen, denen Iran eine Beteiligung an „terroristischen Anschlägen“ gegen Iran und seine Institutionen vorwirft.

Entführte Personen werden in der Regel in den Iran gebracht, öffentlichkeitswirksam angeklagt und nicht selten zum Tode verurteilt. In einem dieser Fälle wurde beispielsweise der deutsch-iranische Staatsbürger Jamshid Sharmad am 28. August 2024 in

Teheran hingerichtet. Im August 2020 wurde Sharmads Festnahme durch das MOIS im iranischen Staatsfernsehen präsentiert. Er war vom MOIS während einer Reise in die Region nach Teheran verschleppt worden. Als Reaktion auf die Hinrichtung, die eine weitere diplomatische Eskalation zwischen Iran und Deutschland darstellte, verkündete die Bundesaußenministerin am 31. Oktober 2024 die Schließung aller drei Generalkonsulate der Islamischen Republik Iran im Bundesgebiet.

Die im Berichtsjahr zu beobachtende Eskalation zwischen Iran und dem Westen auf den verschiedensten Ebenen verschärft die nachrichtendienstliche Bedrohung durch iranische Stellen in Deutschland und erhöht das Risiko von Iran-Reisen noch weiter. Das Auswärtige Amt weist daher unverändert darauf hin, dass für deutsche Staatsangehörige die konkrete Gefahr besteht, „willkürlich festgenommen, verhört und zu langen Haftstrafen verurteilt zu werden“. Diese sogenannte Geiseldiplomatie nutzt Iran, um eigene im Ausland inhaftierte Akteure freizupressen oder diplomatische Druckmittel zu generieren.

Republik Türkei

Deutschland und Nordrhein-Westfalen zählen innerhalb Europas zu den vorrangigen Aufklärungszielen der türkischen Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden.

Ziele und Aktivitäten türkischer Nachrichtendienste

Ein zentrales Element der türkischen Sicherheitsarchitektur ist der türkische In- und Auslandsnachrichtendienst Millî İstihbarat Teşkilâtı (MIT). Als einer von mehreren Nachrichtendiensten in der Türkei verfügt er über weitreichende Befugnisse und ist unmittelbar dem türkischen Staatspräsidenten unterstellt. Deutschland und Nordrhein-Westfalen zählen zu den wesentlichen Operationsgebieten des MIT in Europa. Als primäre Zielobjekte gelten nach wie vor die Terrororganisation **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)** sowie die sogenannte Gülen-Bewegung. Anders als in Deutschland ist letztere in der Türkei ebenfalls als Terrororganisation eingestuft, da sie von der türkischen Regierung für den Putschversuch im Jahr 2016 verantwortlich gemacht wird. Die Türkei wirft Deutschland indes vor, zu wenig gegen Organisationen wie die **PKK** und die Gülen-Bewegung zu unternehmen. Dies kann aus türkischer Sicht als Rechtfertigung für illegale nachrichtendienstliche Aktivitäten auf deutschem Boden dienen. Darüber hinaus geraten auch sonstige Oppositionelle und Kritiker der türkischen Regierung immer wieder in den Fokus türkischer Sicherheitsbehörden.

Für die türkische Regierung ist Nordrhein-Westfalen wegen seiner großen türkeistämmigen Diaspora von herausgehobenem Interesse. Es zeichnen sich viele Konfliktlinien ab, die in der Türkei zum Teil seit Jahrzehnten bestehen: Neben einer großen Anzahl regierungsnaher türkeistämmiger Menschen haben sich unterschiedlichste Akteure organisiert und institutionalisiert, die in Opposition zur türkischen Regierung stehen und agieren. Sie haben Einfluss auf Diskurse und gesellschaftspolitisches Engagement. Solche personellen und organisatorischen Netzwerke stehen im Aufklärungsinteresse türkischer staatlicher Stellen. Für die Sammlung von Informationen über diese Akteure werden offene Quellen wie Medien oder Webseiten ausgewertet sowie aktiv Erkenntnisse mit nachrichtendienstlichen Mitteln eingeholt. Darüber hinaus denunzieren einzelne Hinweisgeber türkischen staatlichen Stellen gegenüber eigeninitiativ Personen oder Organisationen, die nach persönlicher Einschätzung staatsfeindlich oder regierungskritisch agieren beziehungsweise eingestellt sind. Meldungen erfolgen immer wieder explizit in Richtung türkischer Nachrichtendienste oder der türkischen Polizei. Dabei werden mögliche negative Konsequenzen für die Betroffenen bewusst in Kauf genommen. Solche Denunziationen können unter Umständen den Straftatbestand einer geheimdienstlichen Agententätigkeit nach § 99 StGB verwirklichen.

Neben eigeninitiativ handelnden Hinweisgebern profitiert der MIT davon, dass türkische staatliche Stellen nach Artikel 5 des MIT-Gesetzes dazu verpflichtet sind, Erkenntnisse, die die nationale Sicherheit betreffen, unverzüglich an den MIT zu übermitteln. Diese Pflicht wird durch Berichterstattung in den Medien flankiert, die den „Kampf gegen den Terror“ täglich hervorhebt; der MIT findet beispielsweise lobende Erwähnung, wenn es um die „Rückführung terroristischer Akteure“ aus dem außereuropäischen Ausland in die Türkei geht. Solche Maßnahmen dienen überdies als Mittel türkischer Machtprojektion im Ausland, unter anderem in Deutschland.

Ein Tätigwerden türkischer Behörden kann allein wegen regierungskritischer Inhalte in sozialen Medien ausgelöst werden. Beiträge, die in Deutschland grundrechtlich gedeckt sind, können für eine Strafverfolgung durch türkische Stellen ausreichen. Viele türkische Verfahren und Urteile der letzten Jahre beruhten aus Sicht des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auf einem rechtsstaatswidrig weit gefassten Terrorismusbegriff.

Millî İstihbarat Akademisi (MIA)

Seit Januar 2024 unterhält der MIT eine Nationale Geheimdienstakademie, die sogenannte Millî İstihbarat Akademisi (MIA). Sie soll laut ihres Präsidenten Ausbildung und Forschung in den Bereichen „Geheimdienst“ und „nationale Sicherheit“ ausbauen und optimieren. Die Gründung einer Akademie, die den Schwerpunkt in erheblichem Maße auf die (wissenschaftliche) Aus- und Fortbildung legt, spricht indes für eine Professionalisierung des MIT und für dessen Ressource. Ein erstes Ergebnis der MIA wurde im Januar 2024 vorgestellt: Ein Analysebericht, der von rechts-extremistischen Bewegungen in westlichen Ländern („Batılı Ülkelerde Aşırı Sağ Hareketler“) handelt. Die Analyse der MIA enthält Beispiele aus Nordrhein-Westfalen. Die Konkretisierung der einzelnen Sachverhalte verdeutlicht, wie detailliert der türkische Dienst das Land im Blick hat. Zudem zeigt sie, dass die inhaltliche Ausrichtung der MIT-Akademie den Schwerpunktthemen und -narrativen der türkischen Regierung folgt, denen sich auch türkische Einflussnahmeakteure widmen.

Neben der Terrorabwehr im selbst definierten Sinne und klassischer Auslandsaufklärung ist ein weiteres offizielles Ziel des türkischen Nachrichtendienstes die Aufklärung von Rassismus sowie Türkei- und Islamfeindlichkeit in Europa und insbesondere in Deutschland.

Staatliche Einflussnahme der Türkei

Illegitime Einflussnahme über die regierungsseitige, türkische Diasporapolitik ist langfristig und umfassend angelegt. Ziele dieser Einflussnahme sind die Lenkung der öffentlichen Meinung, die Schaffung von Misstrauen gegenüber der Funktionsfähigkeit etablierter gesellschaftlicher Akteure und Institutionen sowie die Konstruktion eines homogenen Identitätsverständnisses der türkischen Diaspora in Abgrenzung zur deutschen Mehrheitsgesellschaft. Beispielsweise werden Konflikte innerhalb der Türkei nach Deutschland transportiert, um gesellschaftliche Polarisierung voranzutreiben und darüber die Diaspora an die türkische Regierung sowie die eigenen Werte und Vorstellungen zu binden. Die Mobilisierungsfähigkeit der türkeistämmigen Menschen in

Deutschland soll für die Interessen der türkischen Regierung aufrechterhalten werden. Dieser Transfer von Konflikten und die Demonstration des türkischen Machtpotenzials in Nordrhein-Westfalen sind zudem dazu geeignet, bei Oppositionellen und Kritikern der türkischen Regierung Angst vor Repression auszulösen und auf diese Weise den ihnen in Deutschland zustehenden Freiraum – auch für politisches und gesellschaftliches Engagement – einzuengen.

Darüber hinaus zielen die türkische Diasporapolitik und Einflussnahmeaktivitäten auf eine Verbreitung politischer Themen der türkischen Regierung. Dazu gehören die Aufrechterhaltung des Narrativs der deutschen Islam- und Türkeifeindlichkeit sowie die Vermittlung eines positiven Türkei-Bildes. Neben ihrer aktiven Diasporapolitik verfolgen türkische staatliche Stellen politische Einflussnahmeversuche, um die Interessen der türkischen Regierung in Deutschland durchzusetzen.

In den Fokus türkischer Einflussnahmeversuche geraten regelmäßig Einzelpersonen mit besonders anerkannten Biografien oder mit wichtigen beruflichen Positionen, zum Beispiel im Bereich der Sicherheit, Politik oder Verwaltung. Repräsentanten staatlicher Stellen der Türkei nutzen scheinbar neutrale Mittelsleute oder öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, um einen Erstkontakt herzustellen. Für die zu beeinflussenden Akteure ist regelmäßig nicht unmittelbar erkennbar, dass es sich um ausländische Anbahnungs- und Vereinnahmungsversuche handelt. Die Spionageabwehr konnte feststellen, dass Einflussnahmeversuche beispielsweise zum Ziel hatten, politisches Abstimmungsverhalten oder behördliche Entscheidungsprozesse zu beeinflussen, Informationen zu beschaffen, politische und gesellschaftliche Themen in entsprechenden Gremien zu setzen und scheinbar eigeninitiatives Aktionsverhalten türkeistämmiger Akteure im Sinne der türkischen Regierung zu initiieren. Diese Einflussnahme findet verdeckt und damit intransparent statt. Für solche Versuche der Beeinflussung kann die Türkei unter anderem über die vier türkischen Generalkonsulate in Nordrhein-Westfalen auf ein umfassendes Netzwerk an Kontakten und Ansprechpartnern in der türkischen und türkeistämmigen Community zurückgreifen. Dieses Netzwerk besteht aus bereits vereinnahmten Einzelpersonen und staatlichen Organisationen, die zwar ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen haben, aber zugleich zentrale Pendant-Strukturen in der Türkei unterhalten und von ihnen maßgeblich protegiert werden. Solche Akteure können als scheinbar neutrale Mittler türkischer Interessen fungieren.

Die Grenzen zwischen illegitimer Einflussnahme und den Aufklärungsmaßnahmen türkischer staatlicher Stellen in Deutschland sind fließend: Illegitime Beeinflussung von Akteuren und ihre vorausgehende oder nachträgliche nachrichtendienstliche Nutzarmachung liegen oft nah beieinander oder bedingen sich. Vor diesem Hintergrund klärt

die Spionageabwehr regelmäßig Politik und Gesellschaft über die Risiken von Einflussnahmeoperationen staatlicher Stellen der Türkei auf und sensibilisiert auf unterschiedlichen Ebenen im Land.

Proliferation

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW), entsprechender Trägertechnologien und neuartiger Waffensysteme sowie die zu ihrer Herstellung verwendeten Güter einschließlich des dazu notwendigen Know-how werden als Proliferation bezeichnet. Proliferationsrelevante Staaten versuchen, Produkte und Wissen zur Herstellung und Weiterentwicklung von MVW- und Trägerprogrammen (Raketen und Drohnen), anderer Rüstungsgüter oder Elemente neuartiger Waffensysteme und Hochtechnologien in Europa und Deutschland zu beschaffen. Als proliferationsrelevante Staaten werden vom Verfassungsschutzverbund vor allem Iran, Russland, China, Pakistan, Nordkorea und Syrien in den Blick genommen. Bei diesen Staaten wird befürchtet, dass sie MVW in einem bewaffneten Konflikt einsetzen oder einen solchen Einsatz als Druckmittel zur Durchsetzung politischer Ziele nutzen.

Europäische und deutsche Exportkontrollbestimmungen und Sanktionen sollen den Einkauf sensibler Güter auf dem regulären Markt verhindern. Regionale Konflikte und rüstungspolitische Ambitionen treiben jedoch staatliche Beschaffungsaktivitäten von Proliferationsstaaten voran. In den vergangenen Jahren konnten diese zwar erhebliche Fortschritte in relevanten technologischen Bereichen erzielen; sie sind aber dennoch weiterhin auf Produkte und Know-how aus dem Ausland angewiesen. Dabei werden Lieferungen über Drittstaaten, falsch deklarierte Endverwender oder gefälschte Zertifikate über den Endverbleib sowie Tarnfirmen und Netzwerke aus Mittelsleuten und Firmen genutzt, um unter Umgehung der geltenden Exportkontrollbestimmungen die benötigten Produkte zu beschaffen. Die dazugehörigen Finanztransaktionen werden über weit verzweigte Netzwerke aus Firmen und Banken und Finanzdienstleistern verschleiert.

Neben Rüstungsgütern stehen oftmals Produkte, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können (sogenannte Dual-use-Güter), im Fokus der Einkaufsversuche. Seit einiger Zeit beobachtet die Proliferationsabwehr zudem sich intensivierende Beschaffungsbemühungen in weiteren technologischen Feldern, die bei militärischer Nutzung beziehungsweise beim Einsatz im Krisenfall ebenfalls einen mit Massenvernichtungswaffen vergleichbaren Effekt hätten. Dazu gehören die sogenannten Emerging and Disruptive Technologies (EMT), ein Hochtechnologiesektor, der bei zukünftigen Konflikten aufgrund seines Dual-use-Charakters und der sich daraus er-

gebenden hohen militärischen Relevanz von Bedeutung sein wird. EMT unterliegen zu einem Großteil keinen Exportbeschränkungen. Als EMT gelten unter anderem Künstliche Intelligenz (KI), Quantentechnologie oder Hyperschalltechnik.

Gerade bei EMT geht es Proliferationsstaaten nicht nur um die Beschaffung von Gütern, vielmehr ist das Know-how in diesen Forschungsfeldern von mindestens gleich hoher Bedeutung. Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage sowie potentiell sensible Forschungskooperationen stellen Mittel und Einfallstore zur Weiterverbreitung proliferationsrelevanten Wissens dar. Insbesondere China fällt durch sein Interesse an EMT auf und nutzt Wege wie Forschungskooperationen, Firmenübernahmen und Investitionen in Unternehmen, aber auch das Mittel klassischer Spionage.

Der Generalbundesanwalt nahm am 22. April 2024 drei deutsche Staatsangehörige in Düsseldorf und Bad Homburg fest, die dringend verdächtig sind, für einen chinesischen Geheimdienst tätig gewesen zu sein und in diesem Zusammenhang einen Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz begangen zu haben. Ein Beschuldigter habe als Agent für einen Mitarbeiter des chinesischen Ministeriums für Staatssicherheit (MSS) fungiert und in dessen Auftrag Informationen zu militärisch nutzbaren Technologien beschafft. Hierzu habe er sich eines Ehepaars bedient, das in Düsseldorf eine Firma betrieben habe. Das Unternehmen habe als Medium zur Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit Personen aus der deutschen Wissenschaft und Forschung gedient. Den Ermittlungen zufolge lag der primäre Fokus auf Kooperationen und Forschung, die für die maritime Kampfkraft Chinas, etwa im Bereich chinesischer Kampfschiffe, nutzbar gemacht werden könnte. Darüber hinaus schafften die Beschuldigten im Auftrag des MSS einen Speziallaser an und führten diesen ohne Genehmigung nach China aus.

Die intensivsten proliferationsrelevanten Beschaffungsbemühungen gingen im Berichtsjahr aber erneut von Russland und Iran aus. Im Oktober 2024 wurde beispielsweise ein russischer Staatsangehöriger in Nürnberg festgenommen. Der Beschuldigte steht im Verdacht, gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen zu haben. Er soll als Teil eines internationalen Netzwerks in Deutschland ansässige Unternehmen dazu benutzt haben, entgegen der bestehenden Sanktionen maritime Güter für eine Verwendung in Russland beschafft zu haben.

Russland ist auf Grund seines Angriffskrieges in der Ukraine weiterhin mit umfangreichen Sanktionen belegt. Daraus ergibt sich für Russland Handlungsdruck und die fortwährende Notwendigkeit, vielfältige rüstungsrelevante und sonstige Technologien unter Umgehung hiesiger Exportbestimmungen einzukaufen. Eine Intensivierung rus-

sischer Beschaffungsversuche ist mit Fortdauer des Krieges feststellbar. Insbesondere Firmenneugründungen und Exporte in die umliegenden Nachbarstaaten Russlands nehmen weiter zu und indizieren deutlich umfassende Ausweichbewegungen zur Deckung des russischen Bedarfs. Es ist auch künftig mit einem anhaltend hohen Niveau illegaler Einkaufsbemühungen russischer Stellen zu rechnen.

Ebenso können anhaltend hohe Beschaffungsbemühungen der Islamischen Republik Iran festgestellt werden, die darauf ausgelegt sind, das dortige Nuklear- und Raketenprogramm auszubauen und zu modernisieren. Der Iran hat 2024 die russisch-iranische Militärkooperation ausgeweitet und Raketen und Drohnen an Russland geliefert, die im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zum Einsatz kamen. Vor diesem Hintergrund erließ die Europäische Union weitere Sanktionen gegen Iran, unter anderem gegen iranische Luftfahrtunternehmen. Des Weiteren präsentierte Iran im September 2024 bei einer Militärparade eine neue Rakete sowie eine Weiterentwicklung der Shahed-Drohne. Im Rahmen seiner direkten Angriffe auf Israel kamen im Berichtsjahr unterschiedliche Raketen und Drohnen aus dem iranischen Arsenal zum Einsatz. Dies und die langjährige Unterstützung Irans von Terrororganisationen wie der **HAMAS** und der Hisbollah auch mit Raketen zeigen, dass das iranische Raketen- und Drohnenprogramm nicht lediglich eine der Abschreckung dienende abstrakte Bedrohung darstellt.

Die nordrhein-westfälische Spionageabwehr begegnet den Risiken von Proliferationsgeschäften durch umfangreiche Sensibilisierungen bei Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Multiplikatoren. Sie steht Unternehmen für eine individuelle und bedarfsgerechte Beratung zu Verfügung. Im vertraulichen Austausch wird hierbei unter anderem auf Beschaffungsmethoden und Anzeichen für sensible Geschäfte hingewiesen. Darüber hinaus arbeitet der NRW-Verfassungsschutz zur Aufklärung und Abwehr proliferationsrelevanter Aktivitäten eng mit den Sicherheits- und Kontrollbehörden des Bundes zusammen. Im Rahmen nachrichtendienstlicher Verdachtsfallbearbeitung wird Hinweisen auf mögliche illegale Lieferungen aus NRW auch operativ nachgegangen.

Cyberangriffe durch ausländische Staaten

Die Gefahr von Cyberangriffen auf Organisationen und Personen in Deutschland durch Aktivitäten ausländischer Staaten bewegt sich im Jahr 2024 weiter auf anhaltend hohem Niveau. Der NRW-Verfassungsschutz registriert unvermindert zahlreiche illegale Übergriffe von staatlichen Akteuren, die versuchen, ihre Auftragsziele in Deutschland umzusetzen. Sofern sich Hinweise auf Cyberangriffe ausländischer Staaten in Nordrhein-Westfalen ergeben, informiert und sensibilisiert die Cyberabwehr des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz die betroffenen Unternehmen und Institutionen. Durch die Bereitstellung technischer Indikatoren hilft die Cyberabwehr, die Angriffe zu erkennen und abzuwehren.

Gefahren und Chancen durch künstliche Intelligenz

Auch wenn die vollständige Automatisierung von Cyberangriffen bisher nicht möglich scheint, sind zunehmend die Auswirkungen der Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) bei Cyberangriffen spürbar. Dies gilt insbesondere im Bereich des Social Engineering und der Generierung und Mutation von Schadsoftware. Weitere Fortschritte auf dem Gebiet der KI werden perspektivisch dazu führen, dass Angriffe noch effizienter, skalierbarer und gezielter durchgeführt werden, während herkömmliche Abwehrmaßnahmen zunehmend umgangen werden. Umgekehrt kann künstliche Intelligenz aber auch zu einem höheren Schutzniveau beitragen, wenn sie zur Erkennung und Abwehr neuer Angriffsmethoden eingesetzt wird.

Staatlich gesteuerte Cyberoperationen mit fatalen Konsequenzen

Cyberangriffe sind ein beliebtes und attraktives Mittel für ausländische Staaten, um ihre Interessen im Ausland zu verfolgen. Sie können im Vergleich zu Operationen in der Realwelt, mit geeigneter Technik und qualifiziertem Personal, oftmals risikoärmer und effizienter durchgeführt werden. Gleichzeitig können sie deutlich ertragreicher und für die Zielverfolgung erfolgreicher sein. Insbesondere bei sogenannten Hochwertzielen, englisch auch Big Game Hunting genannt, werden von ausländischen Staaten erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen für die Erreichung der Ziele eingesetzt.

Dies kann die Wahrscheinlichkeit für eine erfolgreiche Infiltration der technischen Infrastruktur der Opfer deutlich steigern. Die ausländischen Akteure beabsichtigen oft-

mals, einen langfristigen Zugang zu potenziellen Zielen zu etablieren, was fatale Konsequenzen für die Betroffenen bergen kann.

Unternehmen	• Spionage (Fertigungsmethoden und -techniken), Sabotage, Erpressung
Wissenschaft	• Technologien, wissenschaftliche Erkenntnisse, Forschungsdaten
Kritis	• Etablieren von Netzzugängen, Sabotage
Politiker und Parteien	• Desinformation und Diskreditierung, Anbahnung, Vereinnahmung, Positionspapiere
Bürger	• Desinformation, Deligitimierung des Staates, Akquise von Drittgeräten für Angriffe
Verwaltung	• Spionage, Sabotage
Militär	• Spionage, Sabotage

Mögliche Zielgruppen und operative Ziele ausländischer Cyberakteure

Wirtschaftliche, militärische und politische Spionage

Durch den Diebstahl von Geschäftsgeheimnissen und geistigem Eigentum, etwa Patente, Forschungsergebnisse, Designs oder Produktinnovationen, können Wettbewerbsvorteile der Konkurrenz erheblich vermindert werden. Diese Form der Spionage kann nicht nur die betroffenen Unternehmen finanziell und strategisch schädigen, sondern auch die Wettbewerbslandschaft erheblich verändern. Zusätzlich kann Spionage betroffene Staaten auf verschiedenen Ebenen schwächen politisch, wirtschaftlich, militärisch, sicherheitstechnisch und diplomatisch.

Illegitime Einflussnahme

Neben dem Ziel der Spionage führen ausländische Staaten Cyberoperationen auch zum Zweck der Sabotage und illegitimen Einflussnahme, etwa durch Desinformation, durch. Ausländische Staaten versuchen, demokratische Prozesse in ihrem Sinne zu lenken und zu manipulieren:

- ▶ Sogenannte „Hack and Leak“ Operationen sollen Zweifel an politischen Kandidaten oder politischen Institutionen wecken.
- ▶ Schon kleinere Sabotageangriffe können das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung negativ beeinflussen.
- ▶ Die gezielte und massenhafte Verbreitung von Falschnachrichten über soziale Medien soll die politische Meinungsbildung in eine bestimmte Richtung lenken und die Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft fördern.

Die beschriebenen Maßnahmen angreifender Staaten sind dazu geeignet, Demokratien langfristig zu schwächen und demokratische Prozesse zu stören.

Zwiespalt zwischen Zensur und Meinungsfreiheit

Es besteht die Gefahr, dass staatlich gesteuerte Cyberakteure unzureichende Transparenz- und Aufsichtsregeln ausnutzen, um großflächig Falschnachrichten in öffentlichen sozialen Medien und digitalen Plattformen zu verbreiten. Hierdurch soll das öffentliche Meinungsbild zu einem Thema geprägt werden. Dabei werden vom Verfassungsschutz regelmäßig folgende Methoden und Ansätze beobachtet:

- ▶ Social Media Bots und Botnetzwerke,
- ▶ Desinformation-Agenturen, auch Trollfarmen genannt,
- ▶ gefälschte Bilder, Videos, Audios, teilweise durch KI erzeugt,
- ▶ bezahlte Werbeanzeigen,
- ▶ Webseiten, Online-Radio-Kanäle und TV Sender, beispielsweise RT DE.

Eine wichtige Rolle im Kampf gegen Desinformationskampagnen ausländischer Staaten spielen nach wie vor die privaten Betreiber von Online-Plattformen und sozialen Netzwerken. Gesteuerte illegitime Versuche der Einflussnahme, etwa mit gefälschten Nutzerprofilen, sollten von den Betreibern der Plattformen detektiert und unterbunden werden. Zusätzlich können gegen gefälschte Nachrichten eine öffentliche Richtigstellung, eine Aufklärung der Zusammenhänge und eine Sensibilisierung der Bevölkerung helfen. Angreifer versuchen jedoch die Richtigstellung von Falschnach-

richten zu erschweren, indem sie die sogenannten Faktenchecker mit einer großen Anzahl von Falschnachrichten überfluten.

Cybersabotage

Als Cybersabotage werden Sabotageakte bezeichnet, die mit Hilfe von Computernetzwerken vollzogen werden. Sie unterscheiden sich von physischen Sabotageakten, bei denen Angreifende vor Ort agieren. Das Ziel von Sabotageakten ist im Allgemeinen, die Handlungsfähigkeit der betroffenen Organisation dauerhaft oder temporär einzuschränken, um beispielsweise Zeit zu gewinnen, Chaos und Verwirrung zu stiften, Vergeltung zu üben, die Güterversorgung zu beschränken oder andere strategische Vorteile zu erhalten. Betroffene von Cybersabotage könnten je nach Auftrag und Situation zum Beispiel die kritischen Infrastrukturen eines Landes (insbesondere Gas-, Wasser-, Stromversorgung, Brücken, Verkehrsbetriebe, Kommunikationseinrichtungen), Rüstungsunternehmen (Munitionshersteller), Pharmaunternehmen (Impfstoffhersteller) oder Teile der öffentlichen Verwaltung sein. Akte der Cybersabotage können sowohl wirtschaftlich, militärisch und politisch schwerwiegende Folgen entfalten. Sie werden von staatlich gesteuerten Cyberakteuren für ihre jeweiligen Zwecke instrumentalisiert. Wie das Kriegsgeschehen in der Ukraine zeigt, werden konventionelle Angriffe oftmals von Cyberangriffen begleitet. Auf dem NATO-Gipfeltreffen 2014 in Wales wurde festgelegt, dass ein schwerwiegender Cyberangriff den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages auslösen könnte. Damit sollen ausländische Staaten von der Durchführung schwerwiegender Cyberangriffe abgeschreckt werden.

Ransomware-Angriffe

In Zusammenhang mit Cybersabotage werden auch häufig Cyberangriffe zur Erpressung, sogenannte Ransomware-Angriffe, genannt. Erpressungsversuche mit Hilfe von Ransomware stellen eine der größten IT-Bedrohungen weltweit und damit auch in Nordrhein-Westfalen dar. Für das Jahr 2024 wird erneut von einem immensen wirtschaftlichen Schaden für Institutionen und Organisationen in NRW ausgegangen. Cyberangriffe mit Ransomware werden in Deutschland bisher überwiegend kriminellen Akteuren und nur in seltenen Fällen Nachrichtendiensten zugeschrieben.

APT: Professionelles Vorgehen, umfassende Ressourcen, schwer zu identifizieren

Ausländische Staaten unterhalten hochspezialisierte Teams, die gezielte und fortgeschrittene Cyberangriffe durchführen und somit eine anhaltende (persistente) Bedrohung darstellen. Angriffe staatlich gesteuerter Hackergruppierungen werden deshalb verbreitet als „Advanced Persistent Threat“ (APT) bezeichnet.

Unauffälliges Festsetzen

Staatliche Akteure gehen bei ihren Cyberangriffen im Allgemeinen „leise“ vor: Die Hacker möchten mit ihren Angriffen möglichst unauffällig in ein Opfernnetz eindringen, sich dort bewegen, ausbreiten und manifestieren (englisch als Lateral Movement bezeichnet). Sie haben das Ziel, über einen möglichst langen Zeitraum handlungsfähig zu bleiben und möglichst viele Informationen über das System zu sammeln, um sensible Informationen auszuspähen, Angriffe vorzubereiten oder Schaden anzurichten. Staatliche Akteure arbeiten dabei zur Steigerung ihrer Effizienz häufig arbeitsteilig, wobei jede Phase eines Angriffs von unterschiedlichen Spezialisten durchgeführt werden kann.

Gängige Angriffspunkte und Methoden staatlicher Akteure

- ▶ Erraten von Passwörtern: Schwache Passwörter oder gängige Buchstabenkombinationen werden systematisch ausprobiert und führen nicht selten zum Erfolg.
- ▶ Fehlende Sicherheitsupdates: IT-Systeme sind nicht auf dem neusten Software-Stand, längst bekannte Sicherheitslücken ermöglichen den Zugang.
- ▶ Social Engineering: Täuschung von Personen, um vertrauliche Informationen zu erhalten oder Sicherheitsvorkehrungen zu umgehen.
- ▶ Versteckte Hintertüren: Absichtlich in Software eingebaute Mechanismen, um auf fremde IT-Systeme zuzugreifen.
- ▶ Zero-Day-Exploits: Ausnutzung von bislang unbekannten oder nicht veröffentlichten Sicherheitslücken in Software, die vom Hersteller noch nicht geschlossen wurden.

Botnetze zur Verschleierung von Spuren

Angrifer versuchen, ihren Ursprung zu verschleiern und Schutzmaßnahmen zu umgehen. Dazu gehören die Verwendung von Proxy-Servern sowie das Kapern von legitimen Netzwerkkomponenten. Veralterte oder schlecht geschützte Geräte von Dritten werden unbemerkt mit Schadsoftware unter Kontrolle gebracht und für Angriffe missbraucht. Auf diese Weise können große Angriffsnetzwerke entstehen, die auch als Botnetze bezeichnet werden. Bei der Abwehr von Cyberangriffen stellen diese Botnetze eine große Herausforderung dar. Da die Geräte auf eine Vielzahl von kleinen Büros und Privathaushalten verteilt sind, ist es nicht immer möglich, alle Betreiber zu identifizieren und zum Beseitigen der Kompromittierung zu bewegen. In der Folge verbleibt über einen langen Zeitraum eine umfangreiche Infrastruktur für die Angreifer.

USA: Säuberung von Routern durch das FBI

In den USA verfolgte das FBI Anfang 2024 einen differenzierten Ansatz bei der Zerschlagung eines Botnetzes. Nach richterlichem Beschluss entfernte das FBI aus der Ferne die Schadsoftware der Angreifer von einer Vielzahl betroffener Geräte, ohne dass deren Besitzer explizit zustimmen mussten. Die Maßnahme betraf bestimmte Gerätetypen, die insbesondere im Bereich von Heimanwendern und Kleinbüros eingesetzt werden und die aufgrund ihres Alters vom Hersteller nicht mehr mit Sicherheitsupdates versorgt werden. Der richterliche Beschluss setzte voraus, dass die Maßnahme für die Nutzer keine funktionalen Einschränkungen mit sich bringen, und legte fest, dass durch das FBI keinerlei Daten der Nutzer gesammelt werden durften. Durch die Maßnahme gelang es, die Kommunikation der Geräte mit dem Botnetz zu unterbinden. Das Botnetz wurde dem mutmaßlich staatlichen chinesischen Akteur „Volt Typhoon“ zugeordnet und diente der Gruppierung dazu, insbesondere Angriffe auf kritische Infrastrukturen in den USA zu verschleiern und Abwehrmaßnahmen zu umgehen.

Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren

Neben Personen (zivil und militärisch), die offiziell im Staatsdienst angestellt sind, setzen ausländische Nachrichtendienste oftmals auf private Firmen, die im Wettbewerb um die Gunst der Auftraggeber stehen. In einigen Fällen besteht der Verdacht, dass ausländische Staaten hacktivistische Netzwerke instrumentalisieren oder sich selbst als diese ausgeben. Zwischen den verschiedenen Akteuren lässt sich häufig ein koordiniertes Vorgehen beobachten. Dies ist ein Indiz für eine zentrale staatliche Steuerung.

Hacktivismus

Bei Hacktivismus handelt es sich ursprünglich um eine Form des Aktivismus, bei der Hacker digitale Mittel und Techniken nutzen, um ihre politischen oder sozialen Ziele zu verfolgen. Hacktivist*innen verwenden häufig DDoS-Attacken, Website-Defacements oder Datenlecks, um auf die aus ihrer Sicht bestehenden Missstände aufmerksam zu machen. Sie wollen damit in der Regel öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen und politischen Druck im Sinne der Sache aufbauen. In einigen Fällen kann es jedoch schwierig sein, zwischen dieser Form des Hacktivismus und staatlich gesteuertem zu unterscheiden. Im Zusammenhang mit hybrider Kriegsführung können ausländische Staaten Hacktivismus als Mittel der Tarnung einsetzen oder auf hacktivistische Gruppierungen Einfluss nehmen. In Deutschland und Nordrhein-Westfalen konnten im Jahr 2024 entsprechend motivierte Angriffe beobachtet werden, die sich insbesondere gegen die westliche Unterstützung der Ukraine richteten.

Zuordnung von Cyberangriffen

Aufgrund der ausgeprägten Fähigkeit staatlich gesteuerter Hacker zur technischen Verschleierung von Angriffen, können ausländische Staaten oftmals jegliche Involvement bei Cyberangriffen „glaubhaft“ abstreiten und die Schuld von sich weisen (Plausible Deniability). Sie operieren damit in einer Grauzone: Auf der einen Seite nutzen sie Cyberangriffe gezielt und systematisch aus, auf der anderen Seite können sie aber oftmals durch fehlende Beweise nicht belangt oder offiziell angeklagt werden.

Die Arbeitsweise einzelner APT-Gruppierungen wird in der Fachsprache unter dem Begriff „Techniken, Taktiken und Prozeduren“ (Techniques, Tactics and Procedures, abgekürzt TTP) zusammengefasst. Die konkrete Auswahl der TTP durch staatliche Cyberakteure variiert abhängig von den strategischen Zielen und Zielgruppen sowie vom Schutzniveau der potenziellen Opfer.

Die genaue Attribution (Zuschreibung) von APT-Angriffen zu einem Land, einem Urheber oder einer Cybergruppierung ist in der Regel schwierig und erfordert eine detaillierte Analyse. APT-Gruppen nutzen ausgefeilte Methoden, um ihre Spuren zu verwischen. Oftmals werden Schadsoftware und Sicherheitslücken verwendet, für die es bis dato keine Erkennungsmechanismen gibt (Zero-Day-Exploits). Dennoch ist es möglich, anhand von technischen Indikatoren und den TTP ein Angriffsmuster oder einen „digitalen Fingerabdruck“ zu erzeugen, mit vergangenen Mustern zu vergleichen und daraus Hinweise auf die Urheberschaft zu gewinnen. Eine öffentliche Zuschreibung eines Cyberangriffs muss stets mit äußerster Sorgfalt und Vorsicht vorgenommen werden, da sie diplomatische Auswirkungen haben kann. Eine entsprechende Zuordnung wird häufig von politischen, wirtschaftlichen oder diplomatischen Maßnahmen begleitet. In Deutschland wird seit 2021 ein nationales Attributionsverfahren genutzt, das eine technische Analyse, nachrichtendienstliche Erkenntnisse sowie politische und diplomatische Erwägungen berücksichtigt.

Russland

Russland nutzt seine umfangreichen Cyberkapazitäten intensiv und gezielt für Operationen gegen Schutzziele in Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Russische Nachrichtendienste (GRU, SWR, FSB) bedienen neben der Realwelt nahezu das gesamte Spektrum geheimdienstlicher Tätigkeit auch im Cyberraum in alarmierendem Ausmaß. Dazu zählen Spionage, Sabotage, Staatsterrorismus, Proliferation, Repression von Oppositionellen sowie politische Einflussnahme- und Desinformationskampagnen. Es ist davon auszugehen, dass Russland sein Potenzial in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut hat. Aufgrund verschiedener Maßnahmen der Bundesregierung, etwa der Ausweisung von Mitarbeitern von Botschaften, sind nachrichtendienstliche Operationen mit menschlichen Quellen in Deutschland für Russland schwieriger geworden. Es liegt daher nahe, dass Cyberangriffe für die russischen Nachrichtendienste eine zunehmende Bedeutung erlangen.

Cybereinheiten russischer Nachrichtendienste

- ▶ APT28 (Fancy Bear), wird dem Militärischen Nachrichtendienst (GRU) zugeordnet.
- ▶ SANDWORM, vermutlich ebenfalls eine Gruppierung der GRU, werden zahlreiche schwerwiegende Sabotageangriffe zugeordnet.
- ▶ APT29 (Cozy Bear), vermutlich eine Einheit des russischen Auslandsgeheimdienstes (SWR).
- ▶ NOBELIUM, weist Bezüge zu APT29 auf, der Einheit wird der ausgefeilte Supply-Chain-Angriff auf die Firma SolarWinds zugerechnet.
- ▶ SNAKE (TURLA), bekannt für komplexe Spionageoperationen, wird dem Inlandsgeheimdienst FSB zugeordnet.
- ▶ BERSERK BEAR (ENERGETIC BEAR), vermutlich im FSB angesiedelt, fokussiert auf Industriespionage und -sabotage, Angriffe auf die Energieversorgung.

Im Zusammenhang mit dem seit 2022 geführten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine werden beispielsweise umfangreiche Cyberspionage- und Cybersabotageakte gegenüber der Ukraine festgestellt. Die Cyberangriffe sind Teil der russischen hybriden Kriegsführung, bei der neben militärischen Operationen auch Cyberangriffe zur Destabilisierung oder Sabotage eingesetzt werden (siehe Kapitel „Im Fokus: Sabotagegefahr durch russische Stellen“).

Beeinflussung der Unterstützung für die Ukraine

Indizien deuten darauf hin, dass in Deutschland beobachtete Cyberangriffe das Ziel hatten und haben, Informationen über den politischen Kurs Deutschlands in Bezug auf die Unterstützung der Ukraine zu gewinnen und entsprechende Reaktionen oder Einflusskampagnen daraus abzuleiten. Auf dieser Grundlage könnte versucht werden, die öffentliche und politische Ausrichtung in Deutschland mit Blick auf eine weitere finanzielle und militärische Unterstützung negativ zu beeinflussen. Darüber hinaus stehen Informationen über konkrete oder mögliche Waffen- oder Hilfsgüterlieferungen und deren Transportwege im Fokus der russischen Nachrichtendienste. Zudem ist damit zu rechnen, dass kritische Infrastrukturen von staatlichen Cyberakteuren für mögliche spätere Sabotageangriffe abgeklärt werden.

Im Mai 2024 hat die Bundesregierung Cyberangriffe der Gruppierung APT28, die dem russischen Militärgeheimdienst GRU zuzurechnen ist, auf *das Schärfste* verurteilt. Hierzu zählten der Cyberangriff auf die SPD-Parteizentrale, der im Juni 2023 bekannt wurde, sowie weitere Cyberangriffe gegen Unternehmen, Stiftungen und Verbände im In- und Ausland.

Desinformation und die „Doppelgänger-Kampagne“

Russland werden Operationen von illegitimer Einflussnahme zugeordnet, mittels derer das Vertrauen in demokratische Institutionen in Deutschland und anderen Ländern untergraben werden soll. In Deutschland zielen sie insbesondere darauf ab, Unmut über die deutsche Bundesregierung zu schüren, vor allem in Bezug auf deren Unterstützung der Ukraine. Der Umfang und die mutmaßlich von Russland eingesetzten finanziellen Mittel sind dabei bemerkenswert.

Im Jahr 2024 haben investigative Journalisten, das Auswärtige Amt und Sicherheitsbehörden, darunter das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, Details zur sogenannten Doppelgänger-Kampagne aufgedeckt. Die Kampagne ist auf die Verbreitung gefälschter Nachrichten ausgerichtet, die über täuschend echte Kopien renommierter westlicher Nachrichtenseiten, wie zum Beispiel von Spiegel, Welt und F.A.Z., verbreitet werden. Echte Nachrichtenseiten werden ebenfalls in die Kampagne einbezogen, indem Teile ihrer Berichterstattung, teils aus dem Kontext gezogen, in das Narrativ eingebettet werden. Die Kampagne hat neben Deutschland die Länder Frankreich, USA und Ukraine im besonderen Fokus. Die Kampagne zielt offensichtlich darauf ab, das Vertrauen in westliche Institutionen zu untergraben und prorussische Narrative, die gegen eine Unterstützung der Ukraine sprechen, zu fördern. Der abgebildete gefälschte Welt-Artikel legt beispielsweise dar, dass die Unterstützung der Ukraine angeblich den Interessen Deutschlands schade und zu einer Spaltung der Gesellschaft führe.

Entsprechende Inhalte werden über soziale Medien wie X, Facebook und TikTok verbreitet. Im Januar 2024 deckte das Auswärtige Amt die vorgenannte Kampagne und ihr Ziel in Bezug auf Deutschland auf. Entdeckt wurden mehr als 50.000 gefälschte Konten, die über eine Million deutschsprachige Beiträge verbreiteten. Entsprechende Beiträge enthalten oft Links auf gefälschte und echte Nachrichtenseiten, die in den Kontext der Narrative eingebettet sind. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes wurde nach der Berichterstattung zwar ein großer Teil der Accounts deaktiviert, jedoch entstanden in kurzer Zeit zehntausende neue Accounts. Die Kampagne verwendet dynamische und tagesaktuelle Themen. Dies lässt vermuten, dass generative künstliche In-



Beispiel für eine gefälschte Nachrichtenseite der sogenannten Doppelgänger-Kampagne

telligenz unter anderem für die Erstellung der gefälschten Seiten eingesetzt wird. Zwar hat das US-Justizministerium im September 2024 zahlreiche Internetseiten der Kampagne abgeschaltet, jedoch scheinen die Akteure stetig neue Seiten online zu schalten.

Verschiedene Untersuchungen, unter anderem ein Bericht des Social-Media-Konzerns META, deuten auf die russischen Firmen Structura National Technologies (STRUCTURA) sowie auf die russische Social Design Agency (SDA) als Urheber der Kampagne hin. Gegen beide Firmen bestehen Sanktionen der Europäischen Union und der USA. Das US-Justizministerium geht davon aus, dass die Kampagne von der russischen Regierung finanziert wird.

China

Die Aktivitäten mutmaßlich chinesischer APT-Gruppierungen können bis in das Jahr 2006 zurückverfolgt werden. Die zahlreichen Gruppierungen zählen zu den hochentwickeltesten und aktivsten Gruppierungen dieser Art weltweit. Sie weisen oftmals Bezüge zum Ministerium für Staatssicherheit (MSS) oder zur Volksbefreiungsarmee (PLA) auf. Chinesische APT-Gruppierungen legen großen Wert darauf, unsichtbar und möglichst lange im Netz ihrer Opfer zu verbleiben. Ihre mutmaßlichen Schwerpunkte sind an Staatszielen wie der weltweiten Führung in Wirtschaft, Technologie und Politik bis zum Jahr 2049 ausgerichtet. Ihnen zugeordnete Aktionsfelder sind daher illegitimer Wissens- und Technologietransfer, die Vorbereitung einer hybriden Kriegsführung (Ausspähen der KRITIS für den militärischen Konfliktfall), die Ausspähung von politischen Positionen gegenüber China sowie die Ausspähung und Kontrolle von Dissidenten und china-kritischen Organisationen im Ausland.

Das Data Security Law - ein quasi-Monopol auf Zero-Day-Exploits

Es kann beobachtet werden, dass Cyberakteure, die China zugeordnet werden, häufig sogenannte *Zero-Day-Exploits* für die Erreichung ihrer Ziele einsetzen. Diese Sicherheitslücken sind den Herstellern von Hard- und Software bislang unbekannt, so dass kein unmittelbarer Schutz in Form von Sicherheitsupdates möglich ist. Die Ausnutzung dieser Sicherheitslücken räumt den Angreifern oftmals weitreichende Zugriffsmöglichkeiten ein. Das Interesse der chinesischen Regierung an Zero-Day-Exploits ist so groß, dass sie im Jahr 2021 ein Gesetz zur Datensicherheit (Data Security Law, DSL) verabschiedet hat. Es regelt unter anderem die Vorgabe an Firmen und Sicherheitsforscher, neu entdeckte Sicherheitslücken innerhalb von zwei Tagen an das Ministry of Industry and Information Technology (MIIT) zu melden. Teams internationaler Sicherheitsforscher befürchten, dass chinesische beziehungsweise staatsnahe Hackergruppierungen derartig kritische Sicherheitslücken systematisch für ihre Cyberangriffe verwenden.

Cyberspionage durch private Unternehmen im staatlichen Auftrag



Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz über die Aktivitäten des Unternehmens i-Soon

Obwohl die Arbeitsweise von staatlichen Cyberakteuren strengster Geheimhaltung unterliegt, können gewissen Strukturen und Auffälligkeiten durch Sicherheitsbehörden analysiert werden. Wichtige Erkenntnisse dazu lieferten die Daten des sogenannten i-Soon-Leaks. Der von Unbekannten veröffentlichte Datensatz enthält mutmaßlich Informationen über die Arbeitsweise und Arbeitsteilung von privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen, die im staatlichen Auftrag Cyberangriffe verüben. Der abgebildete Bericht „BfV Cyber Insight“ spricht in diesem Zusammenhang von Belegen für „eine Industrialisierung von Cyberspionage durch privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen, die im staatlichen Auftrag Cyberangriffe verüben“.

Die ambitionierten Ziele der chinesischen Staatsführung in Kombination mit dem langfristigen Auf- und Ausbau von Cyberfähigkeiten (beispielsweise das Data Security Law und Public-Private-Partnerships) legen nahe, dass sich staatlich betriebene Spionage- und Einflussnahmeaktivitäten durch China weiter auf hohem Niveau bewegen werden.

Cyberangriffe auf das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG)

Im Juli 2024 veröffentlichte das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) eine Pressemitteilung, in der der Cyberangriff auf das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie im Jahr 2021 chinesischen Akteuren zugeordnet und scharf verurteilt wurde. Bei dem Angriff nutzten chinesische Akteure Verschleierungsnetzwerke. Diese wurden aus gekaperten Netzwerkgeräten in Kleinbüros und Privathaushalten gebildet. Unter Federführung des Auswärtigen Amtes und in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowie dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie konnte der Cyberangriff als Spionageaktivität mit chinesischer Urheberschaft eingeordnet werden. Das Auswärtige Amt sieht es als erwiesen an, dass chinesische Akteure einen Teil der IT-Infrastruktur des BKG zu Spionagezwecken infiltriert hatten. Das BKG ist der zentrale Dienstleister des Bundes für topographische Grundlegendaten, Kartographie und geodätische Referenzsysteme. Es kann für ausländische Akteure als Quelle für wichtige Informationen über Aufklärungsziele, beispielsweise kritische Infrastrukturen, in Deutschland dienen. Die politische Zuordnung und Anprangerung von Cyberangriffen ist ein schwieriger Balanceakt, der zu politischen Zerwürfnissen oder Gegenreaktionen führen kann. Dennoch ist es wichtig, dieses gesetzwidrige Verhalten öffentlich zu verurteilen und zu unterbinden.

Skalierbarkeit von Cyberangriffen

Der im Oktober 2024 in den USA entdeckte Hack mehrerer Telekommunikationsanbieter zeigt den Umfang und die Gefährlichkeit großflächiger Cyberangriffe auf. Die

Angriffeur hatten mutmaßlich weitreichenden Zugang zu privaten Telefonverbindungen, Telefongesprächen und Textnachrichten, die sie teilweise live mitverfolgen konnten. Zudem hatten die Angreifer in den USA vermutlich auch Zugang zu Systemen, die Überwachungsanforderungen der Strafverfolgungsbehörden umsetzen. Dadurch hätten die Angreifer Überwachungsdaten einsehen, abfangen und manipulieren können. Im Dezember 2024 wirft die US-Regierung China vor, für die Angriffe verantwortlich zu sein. China bestreitet die Vorwürfe. Ein vergleichbarer Angriff würde auch in Deutschland umfangreiche Möglichkeiten zur Spionage eröffnen.

Iran

Die Islamische Republik Iran ist ein weiterer zentraler Akteur im Cyberraum, der in Deutschland seine politischen Interessen mit Hilfe von Cyberangriffen gegen Personen und Organisationen verfolgt. Diese Operationen werden durch verschiedene geheimdienstliche Einheiten, beispielsweise die iranischen Revolutionsgarden, gesteuert. Zu den Zielen in Deutschland gehören insbesondere die Aufklärung, Überwachung und Beeinflussung iranischer Dissidenten, Kritiker, Minderheiten und Aktivisten.

Ausspähung, Überwachung und Beeinflussung von Kritikern und Minderheiten

Ein regelmäßiges Thema iranischer Cyberakteure in Deutschland ist die Ausforschung, Verfolgung und Beeinflussung von namhaften Oppositionellen, Regimekritikern und Aktivisten, bei denen es sich häufig um Wissenschaftler, Juristen oder Journalisten handelt. Die Cyberoperationen haben das Ziel, den öffentlichen Diskurs über Missstände im Iran zu beeinflussen oder zu beugen sowie öffentlichkeitswirksame Äußerungen von Kritikern zu unterbinden oder zu unterdrücken. Die Beeinflussung erstreckt sich unter anderem auf Themen wie Landwirtschaft (beispielsweise Wasserknappheit), Menschen- und Frauenrechte und Regierungskritik.

Mit ausgefeilten Techniken des Social Engineering, des Spear-Phishing und des E-Mail-Spoofing erstellen die Angreifer auf die Opfer zugeschnittene Online-Identitäten, über die sie zunächst scheinbar harmlose Kontakte zur Zielperson auf- und ausbauen. Köder sind dabei beispielsweise Job-Angebote, Interview-Anfragen oder andere für die Zielperson relevante Themen. Im Zuge der Intensivierung des Kontakts zwischen Angreifer und Opfer werden dann irgendwann Dokumente und Links versendet, über die Schadsoftware und Hintertüren (Backdoor) auf den Endgeräten der Opfer platziert werden können. Diese ermöglichen schließlich den Zugriff auf Onlinedienste wie E-Mail-Konten, Messenger-Dienste oder Cloudspeicher. Die dort erbeuteten Daten und Informationen können Ansatzpunkte zur thematischen Beeinflussung, De-

legitimierung, Bedrohung, Folter, Verschleppung, gezielte Tötung oder Sippenhaft des Opfers liefern.

Nordkorea

Nordkorea ist seit Jahren für seine aktiven und ausgesprochen strategisch handelnden Cyberakteure bekannt. Aufgrund seiner isolierten wirtschaftlichen und politischen Situation nutzt das Land Cyberangriffe, um sich industrielles Know-how zu verschaffen, wirtschaftliche Vorteile zu erzielen, strategische Informationen zu erlangen und politische Gegner zu schädigen. Nordkoreanische Cyberakteure treten über Social-Engineering-Taktiken oft auch direkt mit ihren Opfern in Kontakt.

Der Verfassungsschutz warnte im Jahr 2024 deutsche Unternehmen vor nordkoreanischen IT-Arbeitern, die sich als Freelancer tarnen. Diese Personen arbeiten oft über Online-Plattformen, um Aufträge im Ausland zu erhalten. Sie verschleiern dabei ihre Herkunft durch gefälschte Identitäten oder Standorte. Ein Ziel der Kampagne ist vermutlich die Beschaffung von Geldmitteln für das nordkoreanische Regime. Die Freelancer könnten aber auch zum Zwecke der Spionage eingesetzt werden oder Schadsoftware in Unternehmen einschleusen. Bei der IT-Worker-Kampagne besteht die Gefahr, dass darüber generierte Devisen oder Erkenntnisse bei Programmen zur Waffenentwicklung eingesetzt werden. Um potenzielle Sicherheitsrisiken und Sanktionsverstöße zu vermeiden, sollten Unternehmen in Deutschland die Zusammenarbeit mit Freelancern vor Vertragsabschluss genau prüfen.

Das IT-Schutzniveau in Deutschland ist ausbaufähig

Die technische Komplexität, der gewählte Zeitpunkt eines Angriffs und das vom Angreifer ins Visier genommene Opferspektrum erschweren die Detektion und Abwehr für Unternehmen, Personen und Behörden. Es ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer bei Cyberangriffen vielfach höher liegt, als die Zahl der erkennbaren Angriffe und Angriffsversuche durch staatlich gesteuerte Cyberakteure. Zudem könnte es möglich sein, dass verschiedenste IT-Systeme deutschlandweit kompromittiert sind und unbefugte Zugriffe dauerhaft unbemerkt erfolgen.

Die Gefahren durch Cyberangriffe staatlicher Akteure sollten von den potentiellen Opfern nicht unterschätzt werden. Zur Erhöhung des eigenen Schutzniveaus empfiehlt der NRW-Verfassungsschutz daher dringend, verstärkt in die eigene IT-Sicherheit zu investieren, möglichst schnell Software-Patches einzuspielen, die eigene Reaktionsfähigkeit zu bewerten, Notfallpläne vorzubereiten sowie sensible Daten gesondert zu

schützen. Für eine bestätigte Rundum-Sicherheit sollte gegebenenfalls eine BSI-Zertifizierung angestrebt werden.

Das Schutzniveau von Organisationen und Personen in Deutschland und Nordrhein-Westfalen ist im Bereich der IT-Sicherheit stellenweise unzureichend, insbesondere unter Berücksichtigung der Professionalität und der Ausstattung der Angreifer. Große Organisationen (Unternehmen, Staat, Wissenschaft) besitzen in der Regel die Ressourcen und die Aufmerksamkeit (Awareness), um sich und ihre Computersysteme zu schützen. Sie investieren massiv in ihre Abwehrmechanismen. Im Gegensatz dazu



Broschüre des BSI mit Empfehlungen zur Verbesserung des Schutzniveaus kleiner und mittlerer Unternehmen

haben kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Einzelpersonen teilweise große Schwierigkeiten, sich umfassend gegen professionelle und zahlenmäßig überlegene Angreifer zu schützen. Neben finanziellen und personellen Ressourcen fehlt diesen Zielgruppen häufig das Bewusstsein für die Gefahren aus dem Cyberraum und sie können sich nicht vorstellen, selbst als Primär- oder Sekundärziel in den Fokus einer staatlich gesteuerten Angriffskampagne zu geraten.

Die nordrhein-westfälische Cyberabwehr, als Teil der nationalen IT-Sicherheitsarchitektur, ist spezialisiert auf die Detektion, Attribution und Prävention von staatlich gesteuerten Cyberakteuren. Die Aufgaben der Cyberabwehr sind vielfältig und folgen der dynamischen technischen Entwicklung.

Wirtschaftsschutz und Geheimchutz in der Wirtschaft

Die auch in Wirtschaftskreisen verbreitete Hoffnung, nach dem Ende der Corona-Pandemie in eine „alte“ Normalität zurückzukehren, hat sich angesichts einer sich rasant verändernden Welt nicht erfüllt. Die wirtschaftlichen Märkte sind stetig von neuen Krisen geprägt wie dem russischen Überfall auf die Ukraine, einer drohenden Energiekrise und Inflation, dem eskalierten Nahost-Konflikt sowie steigenden Spannungen zwischen den USA und China unter anderem rundum Taiwan. Die Zunahme und Komplexität gegenwärtiger Krisen stellen hohe Anforderungen an den Wirtschaftsschutz und erfordern ein hohes Maß an Flexibilität. Insgesamt zeigt sich, dass verschiedene Akteure die starke Vernetzung der deutschen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft für ihre nachrichtendienstlichen Aktivitäten entschlossen und aggressiv ausnutzen.

Die rasanten politischen und technischen Entwicklungen werden in der Präventionsarbeit aufgegriffen und prägen diese. Sensibilisierungen für einen besseren Schutz auf Geschäftsreisen und für den ganzheitlichen Schutz von Unternehmen gehören seit langem zum vielgenutzten Angebotsspektrum des Wirtschaftsschutzes. Inhaltlich neue Schwerpunkte ergeben sich für die geheimchutzbetreute Wirtschaft sowie in Bezug auf die zunehmenden Bedrohungen einer hybriden Kriegführung wie etwa Cyberangriffe oder Drohnenüberflüge im Bereich der Kritischen Infrastrukturen.

Weitere Sensibilisierung der NRW-Kommunen

Nachdem bereits im ersten Quartal 2023 eine Sensibilisierungskampagne mit dem Titel „Kommunale Notfallplanung und Geheimchutz in der Kommunalverwaltung“ durchgeführt worden ist, intensivierte der Verfassungsschutz im Jahr 2024 erneut sein Präventionsangebot in Richtung der nordrhein-westfälischen Kommunen. Der erfolgreiche Cyberangriff im Oktober 2023 auf einen IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen, in dessen Folge mehr als 70 Kommunen ganz oder teilweise IT-technisch arbeitsunfähig waren, zählt mit zu den Impulsen, die zu einer weiteren Sensibilisierung der Kommunen im Februar 2024 führten. Unter der Überschrift „Sicherheit in Wirtschaft und Verwaltung“ wurden Informationen und Hinweise mit den Kommunen geteilt, die deutlich machen, dass auch sie sich im Fokus von Spionage, Sabotage und Cyberangriffen befinden. Das damit verbundene Beratungs- und Sensibilisierungsangebot wurde gut angenommen.

Tagung „Chinas neue Seidenstraße“ in Duisburg

Die Volksrepublik China ist einer der wichtigsten Absatzmärkte für die deutsche Wirtschaft und damit auch für viele nordrhein-westfälische Unternehmen. Chinas sogenannte „neue Seidenstraße“ endet in Duisburg und kaum ein Ort in Nordrhein-Westfalen ist in Bezug auf die Wirtschaft enger mit China verflochten als die Stadt im Westen des Ruhrgebiets. Mehr als 100 chinesische Firmen, kleine und mittelständische Unternehmen, haben sich in den vergangenen Jahren dort angesiedelt.



Bei der Veranstaltung der Sicherheitspartnerschaft Nordrhein-Westfalen im Januar in Duisburg diskutierten die Teilnehmenden über die Chancen und Risiken in der Zusammenarbeit mit China

Das Projekt „Neue Seidenstraße“ dient dabei vorrangig den machtpolitischen Interessen Chinas. Das Land verfolgt das Ziel, bis zum Jahr 2049 in technologischer und militärischer Hinsicht einen Weltmachtstatus zu erlangen. Dabei spielen Projekte wie die Seidenstraße für eine langfristige und auf Expansion ausgerichtete Außen- und

Wirtschaftspolitik Chinas eine wichtige Rolle. China will die Abhängigkeiten anderer Staaten vom chinesischen Markt erhöhen und greift dabei auch auf Mittel klassischer Spionage und auf Cyberangriffe sowie auf gezielte Direktinvestitionen oder Firmenübernahmen zurück.

Vor diesem Hintergrund diskutierten rund 100 Teilnehmende die Möglichkeiten und Grenzen einer Zusammenarbeit bei der Veranstaltung „Chinas neue Seidenstraße - Chance oder Risiko für den Wirtschaftsstandort NRW?“ am 22. Januar 2024 in Duisburg. Veranstalter war das Ministerium des Innern mit den Mitgliedern der Sicherheitspartnerschaft Nordrhein-Westfalen.



Innenminister Herbert Reul betonte, dass auch kleine und mittlere Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen von Interesse seien. Im Zusammenspiel mit chinesischen Partnern sei es deshalb wichtig, die eigenen sicherheitspolitischen Interessen zu wahren und zu verteidigen. Es brauche Spielregeln,

die die wirtschaftlichen Interessen schützen und gleichzeitig sicherstellen, dass ethische Standards und Sicherheitsbelange gewahrt bleiben.

Sichere Geschäftsreisen im Blickpunkt

Im November 2024 veranstaltete der Verfassungsschutz den Wirtschaftsschutztag NRW unter dem Titel „Bleiben Sie nicht auf der Strecke - sichere Geschäftsreisen im In- und Ausland“ im Ministerium des Innern. Ein Vertreter des Metis Instituts für Strategie und Vorausschau der Universität der Bundeswehr in München bot den Teilnehmenden einen Überblick über aktuelle und zukünftige Konflikte, potenzielle Krisen und globale Herausforderungen. Im Anschluss referierten Vertreter des Bundesnachrichtendienstes zu einzelnen Staaten wie Kirgisistan, Mexiko und Marokko sowie staatlichen Maßnahmen und den nationalen Sicherheitslagen und deren Einfluss auf deutsche Unternehmen. Im Dialogformat wurden Erfahrungen mit kritischen Situationen im Ausland geschildert und dem Publikum entsprechende Handlungsansätze präsentiert. Nach einer Podiumsdiskussion mit zwei mittelständischen Unternehmen und dem Verfassungsschutz gab der Wirtschaftsschutz konkrete Hinweise für die Vor- und Nachbereitung sowie Durchführung geschäftlicher Reisen.

Bund-Länder-offene-Arbeitsgruppe Hybride Bedrohungen

Im Zuge des Beginns des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine wurde die „Bund-Länder-offene-Arbeitsgruppe (BLoAG) Hybride Bedrohungen“ eingesetzt. Ziel war es, die verschiedenen Bedrohungen zu betrachten, zu benennen und ihre Auswirkungen auf verschiedene Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu bewerten sowie grundsätzliche Möglichkeiten aufzuzeigen, diesen zu begegnen.

In der BLoAG sind Vertreterinnen und Vertreter der Bundesressorts Inneres, Verteidigung und Äußeres, die vier Bundessicherheitsbehörden sowie die Innenbehörden der beteiligten Bundesländer (wahlweise durch die Polizei oder den Verfassungsschutz) vertreten. Das Gremium identifizierte die vier priorisierten gesellschaftlichen Bereiche Staat und Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft sowie Gesellschaft und Medien. Unterarbeitsgruppen erarbeiteten für diese Bereiche entsprechende Konzepte. Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsschutz hatte dabei die Leitung der Unterarbeitsgruppe Wirtschaft inne, deren Arbeitsergebnis Eingang in den Gesamtbericht der BLoAG fand.

Aktionsplan gegen Desinformation

Als eine spezielle Art der hybriden Bedrohungen fand das Thema „Desinformation“, explizit staatlich gesteuerte oder gestützte Desinformationskampagnen, die besondere Aufmerksamkeit der BLoAG Hybride Bedrohungen. Zusammen mit weiteren relevanten Behörden wie der Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung sowie weiteren Fachressorts wurde der „Gemeinsame Aktionsplan von Bund und Ländern gegen Desinformation“ erarbeitet.

Neben dem Aktionsplan richteten alle Länder Single-Points-of-Contact (SPOC) für das Thema Desinformation ein. Diese sollen in Zusammenarbeit mit der im BMI neu geschaffenen Zentralstelle zur Erkennung von Desinformationskampagnen entsprechende Einflussnahmeversuche fremder Staaten erkennen und bewerten sowie bei Bedarf unterbinden beziehungsweise bewusste Fehlinformationen in diesem Zusammenhang richtigstellen.

Im Jahre 2024 hat das Referat Wirtschaftsschutz die Aufgabe des SPOC übernommen und zusammen mit der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei sowie dem von dort geführten „Ressortarbeitskreis Desinformation“ den Aktionsplan mit erarbeitet.

Intensivierung von Vernetzung, Zusammenarbeit und Sensibilisierung

Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsschutz hat auch im Jahr 2024 seine Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen relevanten Akteuren der Prävention ausbauen können. Bewährt haben sich dabei vor allem Formate eines niederschweligen, unmittelbaren Austauschs. Auf diese Weise konnten beispielsweise auf kurzem Wege Informationen geteilt sowie gemeinsame Aktivitäten koordiniert und umgesetzt werden. Hervorzuheben sind hier insbesondere die enge Zusammenarbeit mit DIGITAL.SICHER.NRW, dem nordrhein-westfälischen Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in der Wirtschaft, sowie mit den Mitgliedern der Sicherheitspartnerschaft gegen Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität Nordrhein-Westfalen.

Die Nachfrage nach Vorträgen und Beratungsgesprächen des Wirtschaftsschutzes ist gegenüber dem Vorjahr erheblich gestiegen. In Online- und Präsenzformaten konnten in den Bereichen Wirtschaftsschutz, Spionage- und Cyberabwehr bei 104 Veranstaltungen rund 5.200 Personen direkt erreicht und sensibilisiert werden.

Kontakt zum Wirtschaftsschutz

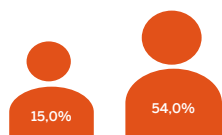
Bei Interesse an den kostenlosen Angeboten des Verfassungsschutzes zur Sensibilisierung und Initialberatung oder beim Verdacht auf Spionage- oder Sabotageaktivitäten können Unternehmen telefonisch unter 0211 8712821 und per E-Mail an wirtschaftsschutz@im1.nrw.de Kontakt zum Wirtschaftsschutz aufnehmen. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen kann ein Maximum an Vertraulichkeit zusichern.

GeheimSchutzbetreute Wirtschaft

In 2024 war der Wirtschaftsschutz in Nordrhein-Westfalen weiterhin ein wichtiger Ansprechpartner für die geheimSchutzbetreute Wirtschaft, also jenen Unternehmen mit Sitz in Nordrhein-Westfalen, die mit staatlichen Verschlusssachen zu tun haben oder in besonders sensiblen Bereichen Dienstleistungen erbringen. Es handelt sich dabei ausschließlich um Unternehmen, die mit sicherheitsempfindlichen Aufträgen und Projekten betraut werden oder schon betraut sind und damit den Sicherheitsüberprüfungsgesetzen des Bundes oder des Landes unterliegen sowie die jeweiligen Verschlusssachenanweisungen beachten müssen. Der Verfassungsschutz arbeitet in diesem Aufgabenfeld in besonderem Maße mit den für die geheimSchutzbetreute Wirtschaft federführenden Ministerien für Wirtschaft auf Bundes- und Landesebene (BMWK und MWIKE NRW) zusammen. Insgesamt fanden 69 gesonderte Einzelfallberatungen und vertrauliche Sensibilisierungsgespräche vor Ort statt.



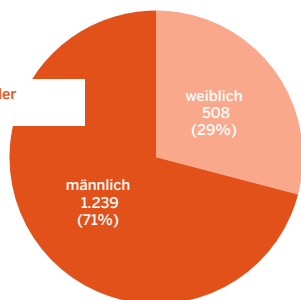
Regionale
Beratungsstellen



bis 14 Jahre

14-17 Jahre

Personen in der
Beratung
1.747

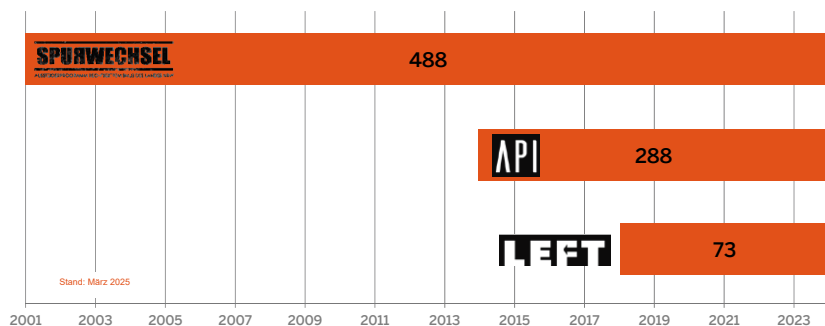


Allgemeine Anfragen 44.304

Sensibilisierungsmaßnahmen 9.862

Stand: 4. Quartal 2024

Präventionsprogramm Wegweiser im Überblick



Fallzahlen seit Einrichtung der Aussteigerprogramme

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme

Zusammenfassung

Mit Blick auf die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen stellt die Präventionsarbeit des Verfassungsschutzes einen wesentlichen Baustein zur Bekämpfung von Extremismus jeglicher Ausrichtung dar. Die Zusammenarbeit mit Behörden, Politik und Zivilgesellschaft ist dabei unabdingbar, weil der Schutz der Demokratie stets eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Der Verfassungsschutz bietet in einem breiten Ansatz individuelle Hilfestellung zur Deradikalisierung von Betroffenen an. Die Arbeit mit ihnen bietet zugleich wertvolle Möglichkeiten, zu lernen und die Präventionsarbeit noch gezielter ausrichten zu können.

Präventionsprogramme

Der NRW-Verfassungsschutz betreibt das Präventionsprogramm Wegweiser und drei Aussteigerprogramme. Wegweiser feierte im Jahr 2024 sein zehnjähriges Jubiläum. Das Programm arbeitet damit seit nunmehr einer Dekade daran, den Einstieg junger Menschen in den Islamismus zu verhindern. Die neue Website des Programms mit Online-Chat gibt es seit einem Jahr. Vom Start im November 2023 bis zum 31. Dezember 2024 haben über diesen Weg bereits 469 Beratungen stattgefunden. Der Zugang zum Chat ist anonym, vertraulich und kostenlos. Dieses Angebot einer schnellen und vertraulichen Hilfe im Netz soll sich vorrangig an Jugendliche und junge Erwachsene richten und die Zahlen zeigen, dass die angesprochene Zielgruppe erreicht wird.

Ebenfalls seit zehn Jahren gibt es das Aussteigerprogramm Islamismus (API), das neben den beiden Programmen Spurwechsel (Rechtsextremismus) und Left (Links- und auslandsbezogener Extremismus) Ausstiegswillige auf ihrem Weg aus der jeweiligen Szene unterstützt. Die Programme leisten damit einen wichtigen Beitrag im Bereich der Tertiärprävention. Freiwilligkeit und Eigenverantwortung zur Verhaltens- und Einstellungsänderung der Ausstiegswilligen sind dabei immer die Grundvoraussetzung für eine Zusammenarbeit und Teilnahme an den Programmen.

Das Dialogformat PRISMA bietet moderierte Aussteigergespräche an. Im Jahr 2024 fanden 50 Gespräche unter anderem in Schulen und Sicherheitsbehörden sowie für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren statt.

Fortbildungen und Tagungen

Im Bereich der Primär- und Sekundärprävention bietet der Verfassungsschutz laufend Fortbildungen und Tagungen an beziehungsweise beteiligt sich an diesen. Das Angebot reichte im Berichtsjahr von der Ausbildung qualifizierter Trainerinnen und Trainer über Fortbildungen für Angehörige der Justiz bis hin zu Informationsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen (IdF NRW).

Das Programm VIR (Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen) qualifiziert Personen im Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Es sollen gezielt dort Impulse gesetzt werden, wo eine Annäherung an den Rechtsextremismus erkennbar ist. Bislang gibt es rund 210 lizenzierte VIR-Trainerinnen und -Trainer. Im August 2024 fand eine Vernetzungstagung für die Trainerinnen und Trainer statt, welche das Thema „Kindheit und Jugend. Entwicklungsphasen - Lebenslagen - Radikalisierung“ im Fokus hatte.

Unter dem Motto „Rechtsextremismus und Kampfsport“ fand im Oktober 2024 gemeinsam mit dem Extremismusbeauftragten der Kreispolizei Siegen-Wittgenstein ein Fachworkshop statt.

Im November 2024 nahmen rund 140 Teilnehmende am Fachtag „Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus und Islamismus“ teil. Ein Großteil von ihnen stammte aus dem Bereich der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit. Da auch ein moderiertes Aussteigergespräch Teil des Programms war, zeigte dieser Tag, dass vor allem die Zusammenarbeit verschiedener Akteure ein wichtiger Bestandteil erfolgreicher Präventionsarbeit ist.

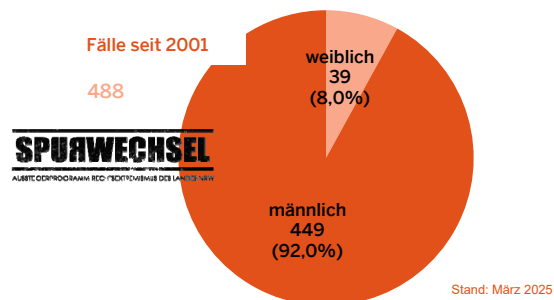
Teilnahme an Veranstaltungen

Der Verfassungsschutz hat in 2024 weiterhin zahlreiche, zielgruppengerechte Formate bedient. Dazu zählen Vorträge bei Veranstaltungsreihen sowie Workshops für Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte. Plattformen bieten zudem Messen, wie beispielsweise die Gamescom oder der Deutsche Präventionstag, der im Juni 2024 in Cottbus stattfand. Der thematische Fokus bei Teilnahme an Veranstaltungen lag im Berichtsjahr auf den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus.

Im November 2024 fand der jährliche Austausch des Programms „Kommunen gegen Extremismus“ im Innenministerium statt. Vorträge bezogen sich auf die Themen **Graue Wölfe**, Rechtsextremismus und Reichsbürgerbewegungen.

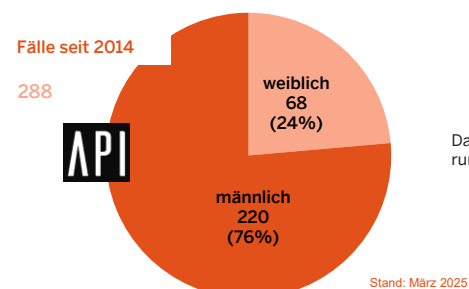
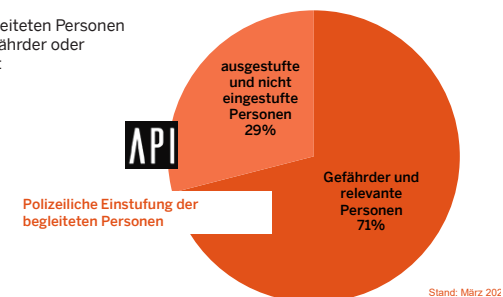
Erstmals fand in diesem Jahr auf Einladung des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes ein Vernetzungstreffen zum Thema primäre und sekundäre Prävention statt. Der Einladung folgten im Dezember 2024 Vertreterinnen und Vertreter von Landesämtern für Verfassungsschutz, des Bundesamts für Verfassungsschutz, des Bundeskriminalamts und des Militärischen Abschirmdienstes.

Bei insgesamt rund 240 Veranstaltungen zu den Themenfeldern Extremismus und Prävention im Jahr 2024 konnte der Verfassungsschutz über 10.300 Personen aus den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft unmittelbar erreichen.



Acht Prozent der Spurwechsel-Fälle betrafen Frauen

Über siebzig Prozent der im API begleiteten Personen sind dem Verfassungsschutz als Gefährder oder zumindest relevante Person bekannt



Das Aussteigerprogramm API befasst sich in rund einem Viertel der Fälle mit Frauen



In über der Hälfte der Fälle hat Left die in das Programm aufgenommenen Personen aktiv angesprochen

Im Fokus: 10 Jahre API und Wegweiser erfolgreiche Islamismus-Prävention in Nordrhein-Westfalen

Das Präventionsprogramm „Wegweiser - Stark ohne islamistischen Extremismus“ und das „Aussteigerprogramm Islamismus“ (API) feierten im Berichtsjahr ihr 10-jähriges Bestehen. Ein guter Anlass, die Personen zu Wort kommen zu lassen, die in den Programmen eng zusammengearbeitet haben und arbeiten - als Begleitende auf der einen und Klientinnen und Klienten auf der anderen Seite.

Wegweiser und API sind zwei fest in Nordrhein-Westfalen etablierte und bundesweit renommierte Programme. Mit viel Leidenschaft und Fachkompetenz begegneten Ausstiegsbegleitende und Beratende den Herausforderungen im Islamismus in der vergangenen Dekade und sind daran kontinuierlich gewachsen. Die positive Einschätzung wird von vielen Klientinnen und Klienten geteilt, die gemeinsam mit dem Verfassungsschutz auf die Erfolge zurückblicken und die erreichten Ziele würdigen.

Rasanter Anstieg des gewaltbereiten Salafismus in den 2010er-Jahren

Zu Beginn des letzten Jahrzehntes hatte sich die Gefährdungslage im Bereich des islamistisch-motivierten Extremismus auch in Deutschland und Nordrhein-Westfalen dramatisch zugespitzt. 2012 gab es beispielsweise Ausschreitungen durch gewalttätige Islamisten in Solingen und Bonn. Diese richteten sich gegen Demonstrationen von Rechtsextremisten. Polizisten wurden mit Messern angegriffen. Auslöser dieser und weiterer Vorfälle waren insbesondere das damalige Aufflammen des Nahost-Konflikts, der Bürgerkrieg in Irak und Syrien und das Erstarken des Islamischen Staats (IS). Immer mehr Personen in Europa reisten in dieser Zeit aus, um sich dort dem Kampf gegen das syrische Regime und für einen Scharia-basierten Staat anzuschließen. Darunter auch über 160 Personen aus Nordrhein-Westfalen.

2014 gab es einen Brandanschlag auf die Synagoge in Wuppertal. Die Aktivitäten von Missionierungsnetzwerken nahmen rasant zu. So waren Stände der später verbotenen Liesl-Kampagne in den Fußgängerzonen sichtbar. Islamisten rekrutierten dort junge Menschen für den Jihad. Es gab zahlreiche Spendensammlungen für vermeintliche Hilfsaktionen für Syrien, deren Gelder jedoch häufig in die Kanäle von Terroristen flossen. Personen wie Mohamed Mahmoud und Dennis Cuspert entwickelten sich zu Vorbildern der immer gewaltbereiteren islamistischen Szene. Millatu Ibrahim in Solingen war damals zentraler Anlaufpunkt der deutschsprachigen Jihadisten-Szene. Insgesamt war eine immer weitere Zuspitzung der Lage zu erkennen.

„Sie waren da, als ich Unterstützung brauchte“

Dank des APIs konnte ich den Ausstieg aus der extremistischen Szene erfolgreich bewältigen und mein Leben in eine positive Richtung lenken. Ich habe es geschafft, neue Perspektiven zu entwickeln und wieder in die Gesellschaft integriert zu werden beziehungsweise mich selber zu integrieren. Heute stehe ich selbständig auf eigenen Beinen, habe Kontakt zu meiner Familie und bin beruflich auf einem guten Weg. Meine beiden Ausstiegsbegleiter haben mir wirklich sehr geholfen, indem sie mich animiert haben, mein eigenes Verhalten zu hinterfragen und kritische Handlungsweisen von mir selber zu hinterfragen und auch ein System zu entwickeln, wie ich damit umgehen kann. Ich habe mich niemals verurteilt gefühlt, sondern immer als Menschen gesehen, der einen Weg aus seinen Fehlern sucht. Sie waren da, als ich Unterstützung brauchte.

Syrienrückkehrerin mit Kindern nach Rückkehr inhaftiert, heute eigene Wohnung, erfolgreiche Berufsausbildung, Übernahme durch den Ausbildungsbetrieb

Gezielte Präventionsarbeit als Antwort

Der Verfassungsschutz hat in seiner Rolle als Frühwarnsystem diese Entwicklungen damals sehr frühzeitig erkannt und beschrieben. Es wurde die Notwendigkeit gesehen, kurzfristig gegenzusteuern. Anders als beim Rechtsextremismus gab es im Bereich des Islamismus jedoch keine historisch gewachsenen und zivilgesellschaftlichen Strukturen. Um schnell reagieren zu können, entstand auf Grundlage des damaligen Koalitionsvertrags die Idee für ein staatliches „Programm zum Ausstieg aus dem gewaltbereiten Salafismus“. Der Verfassungsschutz konnte dabei auf seine Erfahrungen aus dem Aussteigerprogramm Rechtsextremismus zurückgreifen. Ziel war und ist es, stark in der islamistischen Szene verwurzelte Personen aus dieser herauszulösen.

„Die helfen einem echt ... zurück ins Leben zu finden.“

Die Mitarbeiter vom API, die ich bisher getroffen habe, sind sehr offen und authentisch. Man kann ehrlich in den Dialog gehen, muss sich nicht aus Angst verstellen ... und die helfen einem echt wieder anzukommen und zurück ins Leben zu finden.

Syrienrückkehrerin mit Kindern mehrjährige Haftstrafe, vorzeitige Entlassung aufgrund positiver Prognose, aktuell soziale Stabilisierung

Gleichzeitig sollte aber auch verhindert werden, dass sich immer mehr junge Menschen radikalisierten und sich dieser Szene annähern. Unter dem Motto „Ausstieg vor dem Einstieg“ wurde das Präventionsprogramm Wegweiser entwickelt. Das Programm sollte breit angelegt, dezentral und flächendeckend in Nordrhein-Westfalen vertreten sein. Das war im Bereich des Islamismus Neuland. Im Rückblick kann Wegweiser als Erfolgsprojekt bezeichnet werden: Nach dem Start mit drei Beratungsstandorten wurde das Programm nach und nach auf ganz Nordrhein-Westfalen ausgerollt. Seit 2020 ist es mit 24 Beratungsstellen flächendeckend im Land vertreten. Wegweiser hat funktionierende und umfangreiche Netzwerke aufgebaut und ist vor allem an Schulen nicht mehr wegzudenken.

Zahlen belegen den Erfolg

An den folgenden Zahlen wird deutlich, wie hoch der Bedarf nach und wie intensiv die Arbeit in den Programmen Wegweiser und API ist. Seit Beginn der im November 2023 gestarteten Online-Komponente von Wegweiser wurden in 469 Fällen Betroffene oder Personen aus ihrem Umfeld per Chat beraten oder informiert. Darüber hinaus hat Wegweiser mit Offline-Angeboten vom Start 2014 bis zum 31. Dezember 2024 insgesamt 1.747 Personen direkt beraten, über 44.000 Anfragen (zum Beispiel mit Einzelfallbezug aber auch nach Infomaterialien, Vorträgen, Infos Presseanfragen) zum Themenkomplex Islam und Islamismus entgegengenommen und beantwortet sowie vor allem in Schulen über 9.800 Sensibilisierungsmaßnahmen (Veranstaltungen, Vorträge und Workshops) durchgeführt.

„Durch meine Biografie habe ich auch viel mitzunehmen in meine Arbeit.“

Ich bin als Migrantenkind hier aufgewachsen. Durch meine Biografie habe ich auch viel mitzunehmen in meine Arbeit ... Ich kann bei Wegweiser immer noch zwischen den Kulturen arbeiten und für kulturelle Verständigung.

Wegweiser-Beraterin

Im API wurden über die Jahre im Schnitt stets rund 50 Personen gleichzeitig begleitet. Ein hoher Prozentsatz davon war als Gefährder und relevante Personen eingestuft. In 50 Prozent der aktuell begleiteten Fälle sind die Klienten des Programms inhaftiert - unter anderem wegen Anschlagplanungen.

In der Statistik wird jeder Fall als bloße Zahl sichtbar, tatsächlich stehen dahinter jedoch zum Teil komplexe Beratungs- und Ausstiegsprozesse, die häufig mehrere Monate und Jahre in Anspruch nehmen.

„Die beiden haben immer mehr in mir gesehen.“

Ich konnte mich selbst reflektieren, selbst in Situationen in denen meine Religion das überhaupt nicht von mir verlangt. Aber nicht nur wie ein Aufzuehmännchen Dingen zu folgen, die man von anderen hört, sondern Menschlichkeit zurückerlangen, Mitleid haben können, weiter zu schauen als auf die Belange der eigenen Leute, das habe ich gelernt. Und die vielleicht wichtigste Lektion war vermutlich, dass Nichtmuslime nicht meine Feinde sind. ... Die beiden haben immer mehr in mir gesehen, als die Ex Hure, IS-Anhängerin, Alkoholikerin, Versagerin. Die haben an mich geglaubt, als ich in Wahrheit schon nicht mehr damit rechnete, dem Alkohol lebendig davon zu kommen. Heute sind es 717 Tage, an denen ich geschafft habe „Nein“ zu sagen. Und zu einem großen Anteil dürfen sich das die Ausstiegsbegleiter auf die Fahne schreiben. Danke dafür, ich vergesse euch das nicht.

Konvertitin Suchtmittelabhängigkeit, Hafterfahrung

„ganz unterschiedliche Wege ... zu Wegweiser“

Unterschiedliche Perspektiven sind in unserer Arbeit total hilfreich, die ergänzen sich sehr gut und das ist alles einfach bereichernd, diese verschiedenen Betrachtungsweisen und Expertisen, die wir alle mitbringen. Deshalb reicht ja auch das Spektrum von uns Wegweiser-Beratern von Sozialer Arbeit bis Islamwissenschaftler, da hast du alles dabei.

Wegweiser-Beraterin

„Suche nach Sinn und Identität, das können wir als Wegweiser bieten.“

Wir sprechen da nicht von Leuten, die schon radikalisiert sind, sondern wir können dazu beitragen, dass sie gar nicht erst auf die Idee kommen, da sie ein Standing haben, etwas gefunden haben, was ihnen Halt gibt. Suche nach Sinn und Identität, das können wir als Wegweiser bieten.

Wegweiser-Beraterin

„Es ist wertvoll, eine Art Vermittlungsmitglied am Tisch zu haben.“

[zum Thema Wolfsgruß in der Schule] Ich hatte gemerkt, es ist schwierig, mit denen auf einer Lehrer-Eltern-Ebene sachlich zu reden ... da ist es wertvoll, eine Art Vermittlungsmitglied am Tisch zu haben ... wie ich es am Telefon von den Wegweisern erfahren habe, als eine Art Mediator.

Lehrer

„Es gibt sehr viel auf Social-Media.“

Es ist aktuell eine sehr schwierige Zeit für junge Menschen. Es gibt sehr viel auf Social-Media, was einen sehr bewegt ... sie brauchen Raum um darüber zu sprechen und das wollen wir ihnen auch anbieten.

Wegweiser-Beraterin

„Es hat schon sehr beruhigt.“

Das Erstgespräch ... das war sehr gut ... es hat schon sehr beruhigt, wir waren damals sehr aufgelöst.

Mutter, die Hilfe bei Wegweiser gesucht hat

Übergreifende Konzepte und Vernetzung

In der Extremismusprävention arbeitet der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz eng mit öffentlichen Stellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen. Gemeinsam werden gesamtgesellschaftliche Herausforderungen unter verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Auf diese Weise fließen unterschiedliche Sichtweisen in die Konzepte und deren Umsetzungen ein. Der Verfassungsschutz ist mit seiner Expertise im regelmäßigen Austausch unter anderen mit Behörden auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene sowie mit der Wissenschaft.

Rückkehrkoordination als dauerhafte Aufgabe etabliert

Im Herbst 2019 startete im nordrhein-westfälischen Innenministerium das Projekt Rückkehrkoordination (RKK), das bis Ende 2023 durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gefördert wurde. Im Jahr 2024 wurde diese Aufgabe ohne Fortsetzung der Bundesförderung in das Portfolio des Präventionsreferates überführt. Die Erkenntnisse der nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden zu Personen, die in die Kampfgebiete des sogenannten **Islamischen Staates (IS)** in Syrien und dem Irak ausgereist waren und nach Nordrhein-Westfalen zurückkehren, laufen bei der RKK zusammen. Gemeinsam mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Grüner Vogel e. V. und Grenzgänger arbeitet die RKK als Bündelungsstelle daran, eine Deradikalisierung, gesellschaftliche Reintegration und dauerhafte Stabilisierung der Rückkehrenden zu erreichen. Gleiches gilt für Fälle, in denen Zurückgekehrte ihren Wohnsitz aus anderen Bundesländern nach Nordrhein-Westfalen verlegen oder aus der Haft entlassen werden.

Durch eine enge Kooperation mit dem Aussteigerprogramm Islamismus (API) können Rückkehrende nach eigenem Wunsch in das Programm aufgenommen und unter anderem mit Blick auf Sicherheit, ideologische Aufarbeitung und Stabilisierung der Lebensverhältnisse begleitet werden.

Eine frühzeitige Information durch die RKK ermöglicht es Kommunen, sich auf Rückkehrfälle einzustellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Möglichkeit, sich rechtzeitig mit zusätzlichem Fachwissen auszustatten und sich erforderlichenfalls mit weiteren Stellen zu vernetzen. Die Information und Sensibilisierung der örtlichen Jugendämter für die besonderen Herausforderungen und Bedürfnisse der aus dem

Kriegsgebiet zurückkehrenden Kinder und Jugendlichen ist ebenfalls ein elementarer Bestandteil des Konzepts der Rückkehrkoordination in Nordrhein-Westfalen.

Im Umgang mit zurückgekehrten und zurückkehrenden Personen aus (ehemaligen) jihadistischen Kriegsgebieten gilt die RKK mittlerweile europaweit als Vorbild. Durch den politischen Umbruch in Syrien Ende 2024 ist möglicherweise noch mit einer weiteren Zunahme an zu behandelnden Fällen zu rechnen. Der RKK kommt daher weiterhin eine hohe Bedeutung als Schnittstelle zwischen den behördlichen und den zivilgesellschaftlichen Akteuren zu.

Programm „Kommunen gegen Extremismus“

Kommunen sowie gesellschaftliche und politische Akteure werden unmittelbar vor Ort mit Extremismus, Radikalisierung und Terrorismus konfrontiert. Aus diesem Grund ist 2014 das Präventionsprogramm „Kommunen gegen Extremismus“ ins Leben gerufen worden, das zunächst als Pilotprojekt im Kreis Mettmann gestartet wurde. In diesem Format der Zusammenarbeit wollen der polizeiliche Staatsschutz und der Verfassungsschutz Gemeinden, Kreise und kreisfreie Städte bei der Auseinandersetzung mit sämtlichen Formen von Extremismus unterstützen und ihnen bei Unsicherheiten und Fragen helfen. Bis heute gab es über 430 Hinweise und Anfragen aus den teilnehmenden Kommunen.

Im Jahr 2023 ist das Programm neu ausgerichtet worden, um mehr Struktur und Nachhaltigkeit in der Zusammenarbeit zu erreichen. Ein wichtiges Element ist seit 2023 der jährliche fachliche Austausch mit allen teilnehmenden Kommunen, Kreisen und kreisfreien Städten und den zuständigen polizeilichen Staatsschutzstellen. Das zweite Treffen fand am 26. November 2024 statt. Auf der Agenda standen die Vorstellung des Antisemitismusbüros durch die nordrhein-westfälische Antisemitismusbeauftragte Sylvia Löhrmann sowie Fachvorträge zu den Themen **„Reichsbürgerbewegungen“** und **„Graue Wölfe“**. Zudem tauschten sich die Teilnehmenden zu Themen wie „Prävention und Sensibilisierung“, „Zusammenarbeit und Netzwerke“, „Umgang mit aktuellen Herausforderungen“ und „Zusammenarbeit“ aus.

Mittlerweile sind acht Kreise und drei kreisfreie Städte Teil des Präventionsangebots. Eine Ausdehnung des Programms auf weitere Kommunen, Kreise und kreisfreie Städte wird angestrebt.

Ressortübergreifende Zusammenarbeit

Im Jahr 2024 haben vor allem zwei Ereignisse die Arbeit der interministeriellen Arbeitsgruppe „Islamismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ (IMAG) geprägt: der terroristische Angriff auf den Staat Israel am 7. Oktober 2023 und der mutmaßlich islamistische Terroranschlag in Solingen am 23. August 2024. Beide Vorfälle unterstreichen die dringende Notwendigkeit, Präventionsmaßnahmen im Bereich Islamismus und Antisemitismus ressortübergreifend und effizient zu gestalten.

Die bestehenden Unterarbeitsgruppen (UAG) Antisemitismus, Digitalisierung, Geflüchtete und Vernetzung wurden vor diesem Hintergrund gestärkt und intensiv in die Arbeit eingebunden. Regelmäßige Sitzungen ermöglichten es, aktuelle Themen zeitnah zu behandeln und spezifische Präventionsmaßnahmen zu entwickeln.

Die UAG Antisemitismus fokussierte sich auf die Vernetzung bestehender Präventionsstrukturen in Nordrhein-Westfalen, um Antisemitismus als zentralen Aspekt der Islamismusprävention stärker in den Fokus zu rücken. Parallel hat die UAG Digitalisierung eigene Maßnahmen entwickelt und hierbei unter anderem die Erfahrungen mit der im November 2023 implementierten Online-Komponente des Präventionsprogramms Wegweiser einbezogen. Dieses Angebot ermöglicht es Ratsuchenden, sich anonym und vertraulich in einem Live-Chat beraten zu lassen. Die UAG Geflüchtete erarbeitete spezifische Ansätze für diese Zielgruppe, die sowohl Integrationsförderung als auch Prävention von Radikalisierung umfassen. Die UAG Vernetzung arbeitet an der Etablierung einer landesweiten Plattform, die Akteure aus Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenbringt und den Austausch sowie die gemeinsame Strategieentwicklung ermöglicht.

Der wissenschaftliche Beirat der IMAG spielte auch 2024 eine tragende Rolle bei der strategischen Weiterentwicklung der Islamismusprävention. Durch fundierte Handlungsempfehlungen des interdisziplinär zusammengesetzten Gremiums konnten die Unterarbeitsgruppen ihre Maßnahmen gezielt an wissenschaftlichen Erkenntnissen ausrichten. Besonders hervorzuheben ist die zeitnahe Einbringung von Vorschlägen, die auf die Herausforderungen im Nachgang der genannten, das Berichtsjahr prägenden Ereignisse abgestimmt waren.

Die Arbeit der IMAG wird sich zukünftig maßgeblich am Sicherheitspaket des Landes Nordrhein-Westfalen ausrichten, das am 10. September 2024 beschlossen wurde. Mit den über das Paket bereitgestellten Mitteln können weitere Präventionsangebote

finanziert werden, bei denen auch weiterhin die Expertise des Verfassungsschutzes gefragt sein wird.

Die IMAG wird darüber hinaus ihre ressortübergreifenden Strukturen weiter stärken und die Präventionsmaßnahmen konsequent ausbauen. Die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse, eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft sowie der Ausbau digitaler Kompetenzen bleiben zentrale Pfeiler der Strategie. Ein besonderes Augenmerk wird weiterhin auf der engen Zusammenarbeit der Unterarbeitsgruppen liegen, um Herausforderungen frühzeitig zu identifizieren und gemeinsam zu bewältigen.

Aufbauend auf der vorangegangenen Evaluation erfolgt gegenwärtig die Weiterentwicklung des „Integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ (InHK REX) und der Ausgestaltung der Kooperation der beteiligten Ressorts der Landesregierung innerhalb der IMAG InHK REX. Der Verfassungsschutz begleitet diese Neuausrichtung mit Blick auf die Herausforderungen der Extremismusprävention in Zeiten der Polykrise.

CoRE NRW verbindet Wissenschaft und Praxis

Um Extremismus auf evidenzbasierter Grundlage effektiv bekämpfen zu können, ist ein kontinuierlicher Austausch zwischen Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft notwendig. Das für diesen Austausch im Jahr 2016 gegründete Wissenschaftsnetzwerk „Connecting Research on Extremism in North Rhine-Westphalia“ (CoRE NRW) wird vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft (MKW) des Landes Nordrhein-Westfalen geleitet und durch eine Koordinierungsstelle am Friedens- und Konfliktforschungsinstitut BICC in Bonn unterstützt. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz bringt auf der einen Seite seine Erkenntnisse aktiv in das Netzwerk ein und profitiert bei seiner Arbeit auf der anderen Seite von aktuellen wissenschaftlichen Ergebnissen der Netzwerkpartner.

Das Netzwerk untersucht die Ursachen und Erscheinungsformen extremistischer Radikalisierung sowie Maßnahmen zur Prävention und bringt die relevanten Akteure aus Forschung und Extremismusprävention zusammen. Von 2016 bis 2020 lag der Fokus auf der Untersuchung des gewaltbereiten Salafismus. In den letzten Jahren hat das Netzwerk seine Forschung auf andere Formen des Extremismus ausgeweitet, wie etwa den Rechtsextremismus.

Das jährliche CoRE NRW Netzwerktreffen bietet eine Plattform, um Ergebnisse, Themen und Thesen sowie zukünftige Forschungsfragen in einem größeren Rahmen zu präsentieren und zu diskutieren. Im Jahr 2024 stand die Tagung unter dem Motto „Krisen als Gelegenheitsstrukturen und Motor für Radikalisierung“ und beschäftigte sich unter anderem mit den folgenden Themen:

- ▶ die Radikalisierung der Umweltbewegung,
- ▶ die Neukonsolidierung und Veränderung der islamistischen Szenen seit dem Gaza-Krieg,
- ▶ die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die rechte Szene.

Es wurde aufgezeigt, wie Krisen neue Diskurs-, Strategie- und Aktionsräume für radikale und extremistische Gruppierungen eröffnen und wie sich diese Gruppierungen sowie ihre Milieus unter dem Einfluss dieser Krisen verändert haben.

Präventionsprogramm Wegweiser - Stark ohne islamistischen Extremismus



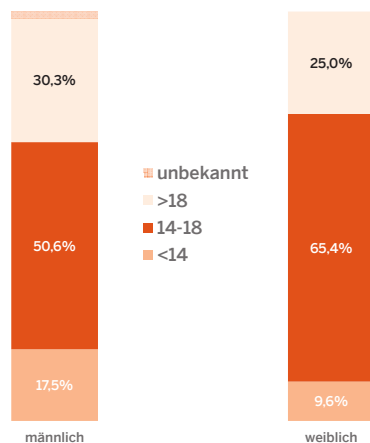
→ Stark ohne
islamistischen
Extremismus

Das Programm Wegweiser konnte in 2024 sein zehnjähriges Jubiläum feiern und auf eine erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Die vergangene Dekade hat gezeigt, wie anpassungsfähig Prävention gestaltet sein muss, um den Entwicklungen im Bereich Islamismus und den vielfältigen Herausforderungen begegnen sowie den Bedarfen der Ratsuchenden gerecht werden zu können.

Um die wichtige Arbeit der Wegweiser fortführen zu können, wurden im Berichtsjahr 19 Wegweiser-Standorte erneut ausgeschrieben. Damit bietet Wegweiser mit insgesamt 24 Standorten in Nordrhein-Westfalen bis ins Jahr 2028 eine flächendeckende Präsenz des Beratungsangebots für junge Menschen und deren Umfeld.

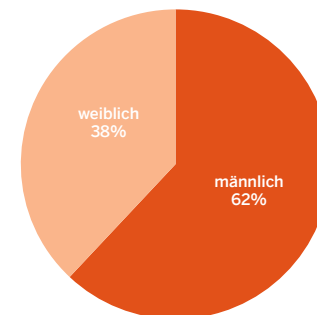
Anhaltend hoher Beratungsbedarf

Nach dem Anstieg der Zahlen im Vorjahr konnte in 2024 erneut eine erhöhte Nachfrage an Beratungen und Informationen beim Programm Wegweiser verzeichnet werden. Insbesondere die Situation im Nahen Osten nach dem 7. Oktober 2023 hat zu vielen Fragen und Unsicherheiten geführt, die an die Beratungsstellen herangetragen wurden.



Altersverteilung der in 2024 beratenen Personen

Seit dem Start des Programms 2014 wurden 1.747 direkt Betroffene beraten. In 2023 gab es im Mittel 94 Direktberatungen im Quartal. In 2024 waren es 102. In 15 Prozent aller Beratungen waren Kinder bis 14 Jahre und in 54 Prozent Kinder und Jugendliche von 14 bis 17 Jahren betroffen.



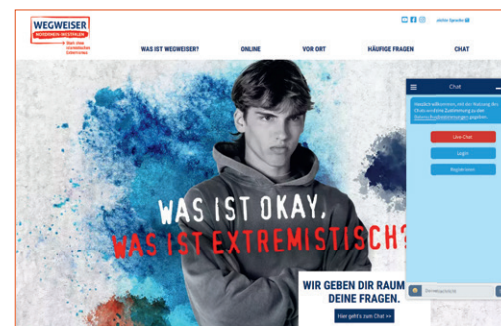
Geschlecht der in 2024 beratenen Personen

9.800 Sensibilisierungsmaßnahmen durchgeführt.

In der Anfangszeit von Wegweiser lag der Anteil der Direktberatungen von Mädchen und Frauen bei 20 Prozent und stieg langsam und kontinuierlich auf 25 Prozent bis 2021. Für 2024 haben weibliche Ratsuchende bereits einen Anteil von 38 Prozent und in einzelnen Standorten bilden sie schon die Mehrheit der zu Beratenden.

Wegweiser-Chat seit einem Jahr erfolgreich in Betrieb

Am 15. November 2024 jährte sich der Start des Wegweiser Chats zum ersten Mal. Seitdem können Ratsuchende per Chat auf wegweiser.nrw.de direkten Kontakt zu den Wegweiser-Beratungskräften aufnehmen.



Website des Präventionsprogramms Wegweiser mit Chat-Funktion

Das Angebot ist anonym, vertraulich und kostenlos. Zielgruppen sind insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene, die im Begriff sind, sich islamistischem Gedankengut zuzuwenden, sowie deren Umfeld. So können sich auch besorgte Angehörige oder beispielsweise Lehrkräfte online an das Programm wenden und unkompliziert Beratung oder Informationen erhalten.

Die Gründe für eine Kontaktaufnahme über den Chat waren vielfältig: Beispielsweise wurden allgemeine Fragen zu religiösen Themen und zum Islamismus gestellt. Auch der Nahost-Konflikt war immer wieder Thema. Zudem wurde zu konkreten Problemen in der Familie oder im Schulumfeld im Chat beraten.

Kontakt zu Wegweiser

Informationen zu den Wegweiser-Beratungsstellen sind über den Beratungsstellenfinder unter www.wegweiser.nrw.de verfügbar.

Die zentrale Wegweiser-Hotline ist montags bis freitags von 8 Uhr bis 18 Uhr unter 0211 871-2728 oder per E-Mail unter info@wegweiser.nrw.de erreichbar. Sie vermittelt auf Wunsch Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort.

Wie wichtig es ist, mit einem Präventionsprogramm auch im Netz präsent zu sein und Interessierten dort möglichst niedrigschwellig ein Gesprächsangebot zu unterbereiten, zeigen die Zahlen der ersten Monate: Zwischen dem Start des Wegweiser-Chats am 15. November 2023 und dem Jahresende 2024 waren 469 Chatkontakte zu verzeichnen, in denen eine Beratungs- oder Informationsleistung erbracht werden konnte.

Zur Bekanntmachung des neuen Chat-Angebots wurde durchgängig mit Online-

Werbung sowie im Laufe des Jahres mit Plakaten an zentralen Orten in mehreren Städten Nordrhein-Westfalens geworben, um ein möglichst breites Publikum zu erreichen.

Auch in den sozialen Medien ist Wegweiser seit dem Start der Online-Komponente vertreten, so dass Ratsuchende auf



Wegweiser und der Chat wurden an vielen Standorten in NRW mit Plakaten beworben

den Chat und die neue Homepage mit ihren umfangreichen Informationen zum Thema Islamismus aufmerksam gemacht werden.

Ausweitung von Wegweiser auf den Bereich Graue Wölfe

Im Februar 2024 wurde die Pilotphase der thematischen Ausweitung von Wegweiser auf den Bereich **Graue Wölfe** mit sechs Standorten erfolgreich beendet. Mit den Wegweisern Hochsauerlandkreis und Soest, Vest, Krefeld, Kreis Kleve und Kreis Wesel sowie Düren und Heinsberg wurden vier weitere Beratungsstellen in mehreren Fortbildungen auf die inhaltliche Arbeit im Bereich **Graue Wölfe** vorbereitet. Inzwischen können insgesamt zehn Beratungsstellen dieses Themenfeld neben dem Schwerpunkt Islamismus bearbeiten.

Zugang zum Wegweiser-Chat

Der ist unter www.wegweiser.nrw.de montags bis freitags von 10 Uhr bis 22 Uhr und am Wochenende von 14 Uhr bis 20 Uhr erreichbar.

Außerhalb dieser Zeiten besteht jederzeit die Möglichkeit, sich zu registrieren und eine Anfrage zu stellen.

Unterstützung durch die Fachstelle Islamismusprävention

Die im Verfassungsschutz eingerichtete Fachstelle Islamismusprävention (FSI) hat Wegweiser in 2024 verstärkt mit fundierter fachlicher Expertise unterstützt und sowohl eigenständig als auch in Zusammenarbeit mit externen Referenten Fortbildungen für die Beratungskräfte organisiert. Für neue Mitarbeitende wurden Einführungsveranstaltungen zum Thema Islamismus angeboten. Einen Höhepunkt stellte der Fachtag „Der Nahostkonflikt im Klassenzimmer - wie darüber sprechen?“ dar. Weitere Fortbildungen beschäftigten sich unter anderem mit dem Thema „Jugendlicher Medienkonsum im Kontext des Nahostkonflikts“ und der **HAMAS** sowie mit den Grundsätzen des schulischen Krisenmanagements und Präventionsmaßnahmen.

Darüber hinaus informierte die FSI alle Beratungsstellen regelmäßig mit einem Newsletter über aktuelle Entwicklungen, Veranstaltungen und Fortbildungsmöglichkeiten im Phänomenbereich Islamismus. Schwerpunktthemen waren im Berichtsjahr der Nahe Osten, Antisemitismus und Antimuslimischer Rassismus. Die FSI wirkte bei

der Erstellung von Informationsmaterialien mit und fungierte als Schnittstelle zur Wissenschaft.

Im Jahr 2024 konnte die FSI in rund 30 Online- und Präsenzveranstaltungen in ganz Nordrhein-Westfalen etwa 670 Personen erreichen. Ein Schwerpunkt lag auf dem Nahostkonflikt sowie den Entwicklungen nach dem 7. Oktober 2023 und den daraus resultierenden Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen. Am 11. Juni 2024 fand beispielsweise eine ganztägige Fortbildung mit externen Dozenten statt, an der rund 50 Beratungskräfte des Wegweiser-Programms teilnahmen. Themenschwerpunkte waren Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus sowie der pädagogische Umgang mit dem Nahostkonflikt. Die „Neukonsolidierung und Veränderung der islamistischen Szene seit dem Gaza-Krieg“ war Thema eines Fachvortrags bei der Jahrestagung des Netzwerkpartners CoRE NRW.

Aussteigerprogramme

Personen, die ihre extremistische Vergangenheit hinter sich lassen und ihr Leben ohne die Szene wieder eigenständig und ohne extremistische Denk- und Aktionsstrukturen gestalten möchten, können sich in Nordrhein-Westfalen an drei Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes wenden. Seit 2001 begleitet Spurwechsel ausstiegswillige Extremistinnen und Extremisten der rechten Szene, API arbeitet seit 2014 mit Islamistinnen und Islamisten und Left richtet sich an Personen aus dem Linksextremismus oder dem auslandsbezogenen Extremismus.

Die Programme unterstützen bei der psychosozialen Stabilisierung und arbeiten gemeinsam mit den Ausstiegswilligen ihre extremistischen Einstellungen auf. Voraussetzung für eine gemeinsame Arbeit an einer nachhaltigen Distanzierung vom Extremismus ist die freiwillige Bereitschaft, sich auf den Ausstiegsprozess einzulassen. In persönlichen Gesprächen wird eine individuelle Hilfestellung zur eigenständigen Bewältigung des Alltags angeboten sowie an der extremistischen Vergangenheit und dazugehörigen Einstellungsmustern gearbeitet. Die Ausstiegsbegleitung regt dabei lediglich zu einer Veränderung an und zeigt mögliche andere Wege auf. Die Veränderung des Verhaltens und der Einstellungen bleibt in der Verantwortung des jeweiligen Ausstiegswilligen.



Die Aussteigerprogramme sind wichtige Bausteine im Bereich der Tertiärprävention. Der Verfassungsschutz kommt darüber in einen direkten Kontakt zu den Ausstiegswilligen. Spurwechsel hat sich im Jahr 2024

neben der Klientenarbeit besonders in der Begleitung von Studierenden bei ihren wissenschaftlichen Arbeiten sowie bei Interviews und Vorträgen zur Ausstiegsarbeit eingebracht.



Das API hat im Berichtsjahr an die Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation des Programms angeknüpft und die Handlungsempfehlungen weiter umgesetzt. Mit wissenschaftlicher Begleitung konnte die Dokumentation der Klientenarbeit mit dem Ziel der Ver-

deutlichung von Wirkungszielen strukturell umgestellt werden. Von dieser Arbeit profitieren alle drei Aussteigerprogramme gleichermaßen.



Für das Programm Left wurde im Jahr 2024 ein Schulungsfilm produziert, in dem ein ehemaliger Linksextremist beispielhaft die Stationen seiner Radikalisierung und die Beweggründe seiner Deradikalisierung darstellt. Der Film macht die Besonderheiten des Phänomenbereichs deutlich. Er wird bei Netzwerkpartnern unter anderem zu Akquisiezwecken eingesetzt.

Kontakt zu den Aussteigerprogrammen

- ▶ Spurwechsel - Aussteigerprogramm Rechtsextremismus
E-Mail: kontakt@spurwechsel.nrw.de
Telefon: 0211 837-1906
Website: www.spurwechsel.nrw.de
- ▶ API - Aussteigerprogramm Islamismus
E-Mail: kontakt@api.nrw.de
Telefon: 0211 837-1926
Website: www.api.nrw.de
- ▶ Left - Aussteigerprogramm Linksextremismus und auslandsbezogener Extremismus
E-Mail: kontakt@left.nrw.de
Telefon: 0211 837-1931
Website: www.left.nrw.de

Veranstaltungen, Fortbildungen und Tagungen

In der Vorstellung vieler Bürgerinnen und Bürger arbeitet der Verfassungsschutz im Verborgenen, um Informationen zu sammeln und auszuwerten. Tatsächlich sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jedoch nahezu jeden Tag in ganz Nordrhein-Westfalen unterwegs, um in den direkten Austausch mit der Bevölkerung zu treten, zu informieren und zu sensibilisieren.

Gezielte Fortbildungen und Tagungen häufig im beruflichen Kontext angesiedelt sind dabei eine wichtige Säule der Extremismusprävention des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes. Bei entsprechenden Veranstaltungen im Jahr 2024 wurden im Bereich der Primär- und Sekundärprävention sowohl die Hintergründe und Motive einer Radikalisierung in den Blick genommen als auch der Umgang mit Personengruppen, die sich durch extremistische Ideologien angesprochen fühlen, thematisiert.

Die Mitarbeitenden der Prävention diskutierten beispielsweise unmittelbar mit Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften, suchten den direkten Austausch mit Messebesuchern und tauschten sich intensiv in unterschiedlichen Formaten mit dem jeweiligen Fachpublikum aus.

Im Jahr 2024 lag der Schwerpunkt auf den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und Islamismus. Insgesamt fanden im Jahr rund 240 Informationsveranstaltungen des NRW-Verfassungsschutzes zu Aspekten des politischen Extremismus und zu Fragen der Prävention statt. Damit wurden über 10.300 Personen unmittelbar erreicht. Viele Veranstaltungen richteten sich an Jugendliche sowie an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, insbesondere aus den Bereichen Polizei, Justiz, Feuerwehr, Schule und soziale Arbeit.

Präventionsarbeit mit Schülerinnen und Schülern

Ein Schwerpunkt der primären Rechtsextremismus-Prävention sind Vorträge, Workshops und Expertengespräche im Bereich Schule. Im Blickpunkt steht dabei vor allem die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Angeboten, die auf ein modernes Gewand setzen und menschenverachtende Botschaften mit Gemeinschaftserleben verbinden, um Jugendliche gezielt ansprechen zu können (Erlebniswelt Rechts-

extremismus). In diesem Zusammenhang spielen insbesondere rechtsextremistische Angebote auf Social-Media-Plattformen eine zentrale Rolle.

Die Präventionsformate in Schulen bieten die Möglichkeit, Schülerinnen und Schülern

frühzeitig über die Gefahren und Strategien rechtsextremistischer Ideologien aufzuklären, kritisches Denken zu fördern und sie für demokratische Werte zu sensibilisieren. Interaktive Workshops vermitteln die Grundlagen von Rechtsextremismus, und ermöglichen eine Auseinandersetzung mit seinen Erscheinungsformen sowie der von rechtsextremistischen Akteuren kreierten Erlebniswelt, die Freizeitaktivitäten mit politischen Inhalten verknüpft, anhand von Videos und Gruppenarbeiten. Im November 2024 beteiligte sich der NRW-Verfassungsschutz mit einem ganztägigen Workshop zum Thema „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ an der Landesdelegiertenkonferenz der Landes-schülervertretung in Münster.



Vortrag des NRW-Verfassungsschutzes auf der Tagung der Vereinigung Schulaufsicht NRW e.V. in Essen

Lehrkräfte als Multiplikatoren

Beschäftigte in der Bildungsarbeit spielen ebenfalls eine bedeutende Rolle im Bereich der Extremismus-Prävention. Sie zählen zu den wichtigsten Zielgruppen von Informationsveranstaltungen des NRW-Verfassungsschutzes. Dies gilt vor allem für Lehrkräfte weiterführender Schulen. Aus diesem Grund werden vermehrt Vorträge und Fortbildungen zum Thema Rechtsextremismus für diese Personengruppe angeboten. Hierbei finden für ganze Kollegien oder auch für bestimmte Fachbereiche entsprechende Veranstaltungen statt. Vielfach bringt der Verfassungsschutz seine Erkenntnisse auch in pädagogische Tage ein, bei denen Workshops aus unterschiedlichen Perspektiven zu Themenfeldern wie Demokratie, Extremismus und Gewalt kombiniert werden. Zudem ist der NRW-Verfassungsschutz regelmäßig an Informationsveranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus an Zentren für schulpraktische Lehrerbildung (ZfSL) beteiligt.

Veranstaltungen unterschiedlicher Art für Lehrkräfte fanden 2024 unter anderem in Bochum, Dorsten, Dortmund, Duisburg, Essen, Geilenkirchen, Hagen, Hennef, Münster, Odenthal und Recklinghausen statt. Die ganztägigen Fortbildungen in Dorsten wurden durch die Volkshochschule für Kollegien zweier Schulen vor Ort veranstaltet. Die größte Veranstaltung für Lehrkräfte im Berichtsjahr war der Studientag zum

Thema Rechtsextremismus, den das ZfsL Hamm im Februar gemeinsam mit dem Medienzentrum der Stadt Hamm und dem NRW-Verfassungsschutz veranstaltete. Der Studientag fand zum zehnten Mal statt, erstmals beteiligte sich neben dem Seminar für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen auch das Seminar für das Lehramt für sonderpädagogische Förderung. Rund 200 Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter sowie Leitungskräfte aus der Lehrerbildung gingen modernisierten Formen des Rechtsextremismus, unter anderem Videos aus Social-Media-Plattformen, nach und vertieften Inhalte und pädagogische Fragen in elf Workshops. Den Schlusspunkt setzte das intensive Gespräch mit einem Aussteiger aus dem Rechtsextremismus.

Moderierte Aussteigergespräche - PRISMA

Seit zehn Jahren bietet der Verfassungsschutz moderierte Aussteigergespräche an. Unter fachkundiger Moderation berichten Ausgestiegene über ihren Weg in den Extremismus, die Radikalisierung innerhalb der Szene und die Gründe, die sie zum Ausstieg geführt haben. Dabei stehen eine authentische Wiedergabe und die Reflexion über begangenes Unrecht und die Faktoren, die eine Radikalisierung befördern, ebenso im Mittelpunkt, wie die Möglichkeiten des Umfelds, Personen vom Weg in den Extremismus abzuhalten. Eine besondere Wirkung erzielen die moderierten Gespräche aufgrund des möglichen unmittelbaren Bezugs zur Lebenswelt der Teilnehmenden. Im Schnitt finden mit steigender Tendenz 50 Termine pro Jahr statt. Zur weiteren Fortentwicklung ist für das Jahr 2025 die Einführung zusätzlicher evaluativer Standards geplant.

Austausch mit Polizei und Kampfsport-Szene

Gespräche mit zwei Aussteigern aus dem Rechtsextremismus, die das Prisma-Programm ermöglicht hatte, standen im Zentrum des Fachworkshops „Rechtsextremismus und Kampfsport“ im Oktober 2024 in Siegen. Er fand in Kooperation mit dem Extremismusbeauftragten der Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein statt. Die beiden Aussteiger berichteten von Gewaltdynamiken, die ihre Beteiligung am Rechtsextremismus geprägt hatten. In einem Fall trugen auch rechtsextremistische Kampfsporttrainings dazu bei. Die Ideologie dieser Szene verstärkte die Gewalt, rahmte sie als angeblich notwendigen Teil eines Kampfes gegen bestimmte Feindbilder und gab ihr eine scheinbare Legitimität. Den Workshop eröffnete ein Fachvortrag aus dem NRW-Verfassungsschutz. Er nahm aktuelle Entwicklungen und Ereignisse zum Thema Rechtsextremismus und Kampfsport in den Blick. Dazu zählt das Entstehen von sogenannten „Active Clubs“. Rechtsextremistische Aktivisten propagieren sie als eine

Struktur, die informell organisiert, rechtsextremistisch aufgeladen, aber eher unschwerflich politisch sein soll. Kampfsport steht in ihrem Zentrum. An dem Fachworkshop nahmen Kampfsportlerinnen und Kampfsportler sowie Polizeikräfte aus Siegen-Wittgenstein teil.

Darüber hinaus hat der Verfassungsschutz seine Erkenntnisse 2024 in zahlreichen Fortbildungen für Polizeikräfte eingebracht. Die Veranstaltungen fanden in den Einrichtungen des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei (LAFP) sowie in den Polizeipräsidien und Kreispolizeibehörden vor Ort statt.

Verfassungsschutz-Stand auf der Gamescom

Wie in den Jahren zuvor war der Verfassungsschutz auch in 2024 mit einem eigenen Stand auf der Computer- und Videospiele-Messe Gamescom in Köln vertreten. Er nutzte damit die Möglichkeit, unmittelbar mit der jungen und internetaffinen Zielgruppe ins Gespräch zu kommen. Thema des Messestands war unter dem Schlagwort „FDGO“ die freiheitlich demokratische Grundordnung. In zahlreichen Gesprächen und über ein Quiz wurde vermittelt, warum es wichtig ist, sich für die Demokratie und ihre Kernelemente einzusetzen, und welche Entwicklungen im Bereich des Extremismus



Stand des NRW-Verfassungsschutzes auf der Computer- und Videospiele-Messe Gamescom

diese aktuell bedrohen. Mit rund 2.500 direkten Kontakten an den fünf Messetagen war die Teilnahme an der Messe erneut ein großer Erfolg.

Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern beim NRW-Tag

Ein sehr gemischtes Publikum erreichte der Stand des Verfassungsschutzes beim NRW-Tag 2024 in Köln. Das Fest anlässlich des Landesgeburtstags lud die Bürgerinnen und Bürger in den Kölner Rheinauhafen ein. Sie hatten die Möglichkeit, sich über die Arbeit der Extremismus-Prävention zu informieren sowie das Videospiel „Leons Identität“, den YouTube-Kanal „Jihadi fool“ und insbesondere das Programm Wegweiser mit seiner neuen Chat-Funktion kennenzulernen.

Video-Kampagne „Jihadi fool“

Die 75 Videos der Kampagne „Jihadi fool“ erklären, woran man Extremismus erkennt, was genau am extremistischen Salafismus beziehungsweise Islamismus problematisch und warum die Demokratie schützenswert ist.

Die Videos und weitere Inhalte sind online abrufbar bei YouTube (www.youtube.com/c/jihadifool) und Instagram (www.instagram.com/jihadifool/).

Vernetzung mit anderen Präventionsakteuren

Der NRW-Verfassungsschutz war mit einem Stand beim 29. Deutschen Präventionstag vertreten, der am 10. und 11. Juni 2024 im brandenburgischen Cottbus stattgefunden hat. Die Besucherinnen und Besucher konnten sich dort über die vielfältige Präventionsarbeit informieren. Insbesondere die Angebote im Bereich Rechtsextremismus wie das Programm VIR und das Computerspiel „Leons Identität“ sind auf ein großes Interesse gestoßen. Ein Mitarbeiter des NRW-Verfassungsschutzes hat zudem an einem Panel zum Thema „Präventionsarbeit in schwer zugänglichen Personengruppen“ mitgewirkt und über Präventionsansätze im Hinblick auf die Neue Rechte, eine akademisch und bürgerlich gewandte Strömung im Rechtsextremismus, berichtet.

Videospiel „Leons Identität“

Der Verfassungsschutz NRW will mit dem Videospiel „Leons Identität“ Jugendliche und junge Erwachsene zum Thema Rechtsextremismus sensibilisieren. Das Spiel kann über die Website leon.nrw.de für alle gängigen Betriebssysteme (Windows, MacOS, Linux) und die Spieleplattform Steam

heruntergeladen werden. Außerdem ist das Spiel im Apple App Store für das iPad kostenlos erhältlich. Pädagogisches Begleitmaterial kann über einen Link auf der genannten Website heruntergeladen werden..

VIR – Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen



Das VIR-Programm bietet Qualifizierungen für Personen an, die mit rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kontakt sind. Diese Veranstaltungen vermitteln Hintergrundinformationen. In praxisnahen Übungen wird die Kommunikation mit jungen Menschen trainiert, die sich dem Rechtsextremismus annähern, aber noch nicht fest in dieser Szene verankert sind. Das Ziel der Qualifizierungen ist, in Alltagssituationen Impulse zu setzen, die zur Reflexion und Veränderung des eigenen Verhaltens ermutigen und diesen Prozess unterstützen.

VIR im Überblick

Das Qualifizierungskonzept VIR (Veränderungsimpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen) umfasst zehn Bausteine, darunter Übungen zur motivierenden Gesprächsführung, ein Modell, das Veränderungsphasen aufzeigt (Transtheoretisches Modell der Veränderung), und Grundlagen zum Thema Rechtsextremismus (Rechtslage, „Erlebniswelt Rechtsextremismus“, Ein- und Ausstiegsprozesse). Weitere Informationen zum VIR-Projekt und Kontaktmöglichkeiten zu Trainerinnen und Trainern sind unter www.vir.nrw.de abrufbar.

Im Zentrum des VIR-Jahresprogramms standen die viertägige Trainerinnen- und Trainerausbildung, die im Juni 2024 in Bielefeld zum zwölften Mal stattfand. Die Teilnehmenden sind anschließend lizenziert, in Zweierteams eigene Fortbildungen nach dem VIR-Konzept anzubieten. Zu VIR-Trainerinnen und -Trainern ausgebildet wurden 2024 beispielsweise Fachkräfte aus Programmen der Rechtsextremismus-Prävention, aus Fußballfanprojekten, schulpсихologischen Beratungsstellen oder der Kriminalprävention.

Präventionsansatz und Akteure

Bei VIR-Qualifizierungen geht es um die Kommunikation mit Zielgruppen, bei denen man in Alltagssituationen Impulse setzt, die zur Veränderung motivieren und den Veränderungsprozess fördern. VIR setzt auf Kurzinterventionen wie „Tür und Angel“-Gespräche oder Kurzberatungen mit einer Dauer von zehn Minuten bis zu einer Stunde. Typische Situationen sind Pausengespräche in der Schule, Gespräche im Jugendzentrum oder zwischen Strafgefangenen und Beschäftigten in einer Justizvollzugsanstalt. Im VIR-Projekt arbeiten staatliche und zivilgesellschaftliche Stellen eng zusammen. Es wird gemeinsam getragen vom Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (AK-Ruhr), von der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW und dem Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen (Aussteigerprogramm Spurwechsel). VIR wird fachlich begleitet durch das LWL-Landesjugendamt Westfalen. .

Insgesamt wurden bis zum Ende des Berichtsjahres rund 210 Personen aus Nordrhein-Westfalen und zwölf weiteren Bundesländern als VIR-Trainerinnen und -Trainer lizenziert. Darüber hinaus bot der VIR-Steuerungskreis im Herbst 2024 eine dreitägige Fortbildung in Attendorn an. VIR-Fortbildungen umfassen alle Elemente des Konzepts zur Anwendung in der eigenen Praxis, schließen aber nicht mit der Trainerinnen- beziehungsweise Trainer-Lizenz ab. Ein Aufbaulehrgang, über den im Nachgang die Lizenz erworben werden konnte, fand im Januar 2025 in Dortmund zum zweiten Mal statt.

Vernetzungstagung: „Jugend in Deutschland 2024“ im Blick

Das Schwerpunktthema „Kindheit und Jugend. Entwicklungsphasen – Lebenslagen – Radikalisierung“ stand im Mittelpunkt der Vernetzungstagung für VIR-Trainerinnen und -Trainer am 23. August 2024 in Dortmund. Dazu zählte ein Vortrag des Organisations- und Jugendforschers Dr. Kilian Hampel aus Konstanz. Als Teil eines Forschungsteams hatte Hampel im April 2024 die Trendstudie „Jugend in Deutschland“ vorgelegt, die auch in den Medien eine starke Resonanz fand. Sie basiert auf der Befragung von mehr als 2.000 Personen im Alter zwischen 14 und 29 Jahren und vergleicht diese mit den ebenfalls erhobenen Antworten der Altersgruppen 30 bis 49 Jahre und 50 bis 69 Jahre. Die Studie stellt fest, dass das Wertegerüst über die Generationengrenzen hinweg ähnlich ist. Den jungen Menschen sind beispielsweise Freiheit und Gerechtigkeit sehr wichtig sowie Tugenden wie Ehrlichkeit und Hilfsbereitschaft. Zugleich macht die Untersuchung zunehmende Ängste und Verunsicherungen bei den Befragten deutlich und ein wachsendes Potenzial rechtspopulistischer Einstellungsmuster.

Veranstaltungsreihe „Islam von Islamismus unterscheiden - Antimuslimischem Rassismus begegnen!“

Die langjährige Reihe der Landeszentrale für politische Bildung NRW „Islam von Islamismus unterscheiden - Antimuslimischem Rassismus begegnen!“ wurde in 2024 erfolgreich fortgeführt. So fand am 8. Oktober 2024 in Rheda-Wiedenbrück und am 14. November 2024 in Wesel jeweils eine Kooperationsveranstaltung des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration und dem Ministerium für Schule und Bildung und statt.

Im Mittelpunkt standen die Themenbereiche muslimische Vielfalt und gelebter Islam, Antimuslimischer Rassismus sowie Islamismus und Radikalisierungswege von Jugendlichen. Der NRW-Verfassungsschutz hat sich mit einem Vortrag zum Lagebild Islamismus eingebracht. Abgerundet wurden die Veranstaltungen mit der Vorstellung von Präventions- und Interventionsmöglichkeiten. Unter anderem haben die örtlichen Beratungsstellen des Präventionsprogramms „Wegweiser - Stark ohne islamistischen Extremismus“ Einblicke in ihre Arbeit gegeben.

Fachtag „Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus und Islamismus“

Motive und Prozesse der Hinwendung zum Rechtsextremismus und zum Islamismus nahm ein Fachtag am 12. November 2024 in Oberhausen in den Blick. Die Veranstaltung ging Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Prozesse in beiden Phänomenbereichen sowie demokratischen Gegenangeboten nach. Sie wurde gemeinsam von der Landeszentrale für politische Bildung, der Wegweiser-Beratungsstelle für Oberhausen und Mülheim/Ruhr, der Gedenkhalle Oberhausen und dem Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen konzipiert und durchgeführt. Sie fand mit rund 140 Teilnehmenden, überwiegend Fachkräfte aus der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit, ein sehr großes Interesse. Zwei Vorträge nahmen jeweils den Einstiegsprozess in den Rechtsextremismus und den Islamismus in den Blick. Sie stellten heraus, dass im Einstiegsprozess noch unklar ist, ob sich eine dauerhafte Einbindung in diese Szenen vollzieht. Die Personen seien noch offen für Kommunikation und Beziehung außerhalb des extremistischen Umfeldes. Insofern sei der Einstiegsprozess eine neuralgische Phase für die Prävention. Vier Workshops vertieften Einzelaspekte, zum Beispiel die Agitation auf Social Media, die Bedeutung von Israelfeindschaft und Juden Hass sowie Erfahrungen aus der Fußball-Fanarbeit. Den Abschluss bildete das Gespräch mit einem Aussteiger aus dem Rechtsextremismus, in dem Hinwendungsmotive zu dieser Szene, Radikalisierungs- und Verrohungsdynamiken sowie die Aneignung ideologischer Muster anhand persönlicher Erinnerungen im Mittelpunkt standen.



Auf dem Fachtag in Oberhausen nahmen die Landeszentrale für politische Bildung, der NRW-Verfassungsschutz und weitere Kooperationspartner Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus und Islamismus in den Blick

Veranstaltungen im Bereich der Feuerwehr

Das Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen (IdF NRW), die Landeszentrale für politische Bildung und der NRW-Verfassungsschutz haben auch 2024 gemeinsam landesweite Informationsveranstaltungen zur Extremismus-Prävention für Führungskräfte der Feuerwehr durchgeführt. Hierzu zählten drei ganztägige Tagungen am Hauptsitz des IdF NRW in Münster und an der Außenstelle Düren. Der NRW-Verfassungsschutz beteiligte sich zudem an zwei Fortbildungen für Einheitsleiterinnen und -leiter der Freiwilligen Feuerwehr sowie an zwei IdF-Seminaren zum Thema „Umgang mit Stammtischparolen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, die am NS-Erinnerungsort Vogelsang in der Eifel stattfanden. In diese Informationsveranstaltungen brachte der Verfassungsschutz Fachvorträge zum Thema Rechtsextremismus und Gelegenheiten zum Gespräch mit einem Aussteiger aus der rechtsextremistischen Szene ein. Solche Aussteigergespräche ermöglicht das Prisma-Projekt im Präventionsreferat des Verfassungsschutzes. Zudem luden mehrere kommunale Feuerwehren den Verfassungsschutz zu Vorträgen ein.

Angebote für die Justiz

Seit 2021 finden regelmäßig Fortbildungen für Angehörige der Justiz statt. Neben der Beteiligung an der Ausbildung der Justiz-Wachtmeister und der Gerichtsvollzieher am Ausbildungszentrum der Justiz NRW in Monschau wird jährlich ein Seminar für Justizbedienstete angeboten. In 2024 wurde zu einer zweitägigen Veranstaltung in die Wewelsburg eingeladen. Neben einer Auseinandersetzung mit aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus wurde durch eine Führung in der Gedenk- und Erinnerungsstätte der Bogen zu historischen Bezügen gespannt.

Index

A			
		Aussteigerprogramme	330, 352
		Aussteigerprogramm Islamismus	340
Aachen Inferno	116	Autonome	32, 176 f
AC Niederrhein	117	autonomes Spektrum	158 f
AC Nordrhein	117	autonome Szene	159, 181
AC Ostwestfalen	117	Azatro	123
Active Club	24, 83, 119, 137, 357		
Active Club Germania	117		
ADÜTDF	33, 190, 191, 192, 193		
Advanced Persistent Threat	310		
Ahl al-Bait-Versammlung	238		
Aktion Hermannsland	83, 116		
Alhambra Gesellschaft	79		
Alliance Earth IGO	143		
Al Mahdi Kulturverein Bad			
Oeynhausen e.V.	238		
Al-Qaida	56, 57		
Alternativer Kulturkongress			
Deutschland	99, 101		
alternativ, unabhängig, fortschrittlich (AUF)	164		
ANF	33, 190, 191, 193		
Antaios Verlag	101, 112 f		
Antisemitismus	67 ff		
API	330, 340, 352		
APT	310, 312		
APT-Gruppierungen	316		
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	186, 298		
ar-Rahman-Moschee	252		
ATIB	33, 190, 191, 193		
Atomwaffen Division (AWD)	137		
Attribution	313		
Aufbruch Leverkusen	82		

Combat 18 (C18)	121	E	
Connecting Research on Extremism in North Rhine-Westphalia	343	Einflussnahme	281, 287 ff, 300, 307
CoRE NRW	343, 350	E-Mail-Spoofing	319
Cyberangriffe	309, 318, 320, 322	EMT	302
Cybersabotage	309	<i>Ende Gelände</i>	179
D		Erbengemeinschaft Jakob e.V./ Nation Ephraim	142
Data Security Law	317	Erlebniswelt Rechtsextremismus	355
ddbradio (Deutsche Depeschen Bild- und Tonagentur)	143	Ethnopluralismus	111
DDoS-Angriffe	274 f, 312	Ewige Eiche	106
Delegitimierer	63, 84, 131 f, 151 f, 154	Ewiger Bund	144
Deradikalisierung	330, 340, 353	Extremismusprävention	340, 343
Der III. Weg	71, 104 ff, 115, 118 f, 123	F	
Der Störtrupp	83, 116	Fachstelle Islamismusprävention	349
Vereinigung Geeinte Deutsche Völker und Stämme	143	Federalnaja Slushba Besopasnosti	283
Desinformation	281, 287, 308, 325	Federasyona Civaken Azad yen	
Deutsche Jugend voran	83, 116, 137	Mezopotamy li NRW – FED-MED e.V.	200
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	159, 164	Feuerkriegsdivision	137
Deutsche Stimme	90, 93	FKO	173
<i>Deutsch-libanesische Kulturaustausch-Zentrum e.V.</i>	238, 242	<i>Flügel</i>	98, 99 ff
Deutschsprachige Muslimische Gemeinschaft e.V. (DMG)	216, 227	<i>Föderation der demokratischen Aleviten e.V. (FEDA)</i>	201
DHKP-C	26, 33, 168, 186 f, 196 ff	Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereinen in Europa e.V. (Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu – ADÜTDF)	190
Die Barmherzigen Hände e.V.	232, 235	Föderation der Weltordnung in Europa (Avrupa Nizam-ı Alem Federasyonu – ANF)	186, 190
Die Heimat	32, 64, 71, 82 f, 87, 90 ff, 115, 119, 136	Föderation Klassenkämpferischer Organisationen (FKO)	170 ff
Die Heimat Dortmund	94, 124	Frauenkollektiv	172
Die Rechte	82, 94, 96, 115, 136	Freie Düsseldorf	153
DIGITAL.SICHER.NRW	325	Freie Nordrhein-Westfalen	72, 152
Distributed Denial of Service	274	Freie Sachsen	152
DKP	32, 75, 159, 164 ff		
Doppelgänger-Kampagne	315		
Dual-Use	291, 302		

freie Szene der Ülkücü-Bewegung	33, 76, 187, 190, 193	Hack and Leak	281, 288, 308
Freischar Westfalen	116, 152	Hack and Publish	282
Freundeskreis Rade	63	Hackergruppierungen	273, 310
Freundeskreis Westerwald	115	Hackivismus	273, 275, 312
FSB	268, 283, 313	Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS)	217
Furkan-Bewegung	33, 73, 258, 259, 260, 261	HAMAS	33, 36, 46 ff, 64, 73 ff, 186 ff, 210 f, 217, 232 ff, 252 ff, 261, 265, 296, 304, 349
Furkan Kultur- und Bildungszentrum	258	Hammerskins	118, 121 f
Furkan Nesli Dergisi (Magazin der Generation Furkan)	258	Hassan Nasrallah	241
Furkan Stiftung für Bildung und Dienst (Furkan Eğitim ve Hizmet Vakfı)	258	Heimatjugend	95
FurkanTV	258	Heimatjugend Dortmund	82, 94 ff, 118
Furkan Vakfı (Furkan Stiftung)	258	Hizb Allah	33, 218, 238 ff,
		Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungs-	
		partei – HuT)	33, 73, 218, 246
		HPG	205
		HuT	218, 246 ff
		Hybride Bedrohungen	267, 324

G

Geheimsschutzbetreute Wirt-	
schaft	322, 326
Gemeinschaft der Gesellschaften	
Kurdistan (KCK)	200
Gemeinschaft Libanesischer Emigran-	
ten e.V.	238
Generation Islam (GI)	246, 248
<i>Gerila TV</i>	202
Gesellschaft für Christlich Jüdische	
Zusammenarbeit Düsseldorf e.V.	78
Glawnoje Raswedywatelnoje	
Uprawlenije	283
Graue Wölfe	186, 332, 341, 349
Grenzen des Sagbaren	78
GRU	268, 276, 283, 313, 315
GRU-Einheit 29155	270
<i>Grup Yorum</i>	168, 198 f
Gülen-Bewegung	298

H

IBD	110 ff
IDCPC	294
Identitäre Bewegung	63, 83, 136, 160
Identitäre Bewegung Deutschland	
e.V. (IBD)	110
III. Weg	106
IL	158
Illegitime Einflussnahme	300
Imam Mahdi Zentrum (IMZ)	243
Imam Rida-Zentrum	238
Indigenes Volk Germaniten (IVG)	143
Institut für Staatspolitik	101
International Department of the Cen-	
tral Committee of the Communist Party	
of China	294
Internationale Jugend	172 ff
Internationale Organisation Völker-	
recht (IOV)	143

Internationale Jugend, Solidaritäts-		Kavalier	106, 123 f
netzwerk, Frauenkollektiv	170	KDN	118
Interventionistische Linke	158, 160, 161	KillINET	275
IOV	144	KLK	162
Iran	278, 302 f, 319	Kommunen gegen Extremismus	341
IS	57 ff, 65, 216	Kommunistischer Aufbau (KA)	170 ff
<i>Islamische Gemeinde</i>		Kommunistische Jugend	170, 172
<i>Kurdistan (CİK)</i>	201	Kommunistische Frauen	170, 172
Islamisches Kulturzentrum in		kommunistische Kleingruppen	25
Münster e.V.	252	Kommunistische Linke Köln	162
Islamischer Staat (IS)	27, 56, 216, 340	Kommunistische Organisation	170, 171
Islamischer Staat Provinz Khorasan		Kommunistische Partei	170 f
(ISPK)	27, 57, 216	<i>Konfederasyona Civakên Kurdistanîyên</i>	
Islamisches Zentrum Hamburg		<i>li Almanyay – KON-MED</i>	200
e.V. (IZH)	217, 242	KONGRA-GEL	33, 202
Islamismusprävention	342	Kongress der kurdisch-demokratischen	
Ismail Haniya	234	Gesellschaft Kurdistan in Europa	
ISPK	57 ff, 62	(KCDK-E)	200
IVG	143	Königreich Deutschland (KRD)	144
IZH	217 f, 242 ff	KRD	144
Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden	233	Krefelder Forum	71
JA Bundesverband	98, 102	KRITIS	265, 268, 276, 316
<i>JA NRW</i>	83, 98 ff, 112	kritische Infrastrukturen	273 f, 314
Jihadi fool	358	<i>Kurdische Frauenbewegung in Europa</i>	
JN	94 ff, 116, 119	<i>(AKKH / TJKE)</i>	201
JN Landesverband West	96	<i>Kurdistan-Report</i>	202
jüdische Weltverschwörung	71	Kuytul	258 ff
<i>Junge Alternative Landesverband Nord-</i>			
<i>rhein-Westfalen (JA NRW)</i>	63, 99		
Junge Nationalisten (JN)	32, 83, 90, 93 f		
Jung & Stark	83, 116, 137		

K

KA	173 f	Leucht-Turm	144
Kaiserreichsgruppe	131 f	LIES! DWR (Die Wahre Religion)	57, 229
Kameraden Trupp	137	Linksautonome	158, 176 f
Kampf der Nibelungen (KDN)	94, 118	Linksjugend [´solid]	159, 164 ff
Kampfsport	356	Linksjugend [´solid] NRW	166 ff
		Low-Level-Agents	276

L

<i>Lukreta</i>	83, 112 f	<i>Newaya Jin</i>	202
Unikoff	124, 136	Nihal Atsız	76
M		NOBELIUM	314
		NoName057(16)	274
		Nordkorea	302, 320
Makss Damage	123	NPD	82, 90 f
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	159, 164, 180	NSDAP	91, 104
MB	33, 232 f, 246, 252 ff	N.S. Heute (Nationaler Sozialismus Heute)	94, 126
MIA	300	O	
MID	294		
MIIT	317		
Military Intelligence Directorate	294	Oberhausener Freundeskreis UN e.V.	127
Millî İstihbarat Akademisi (MIA)	300	Odessa	106
Millî İstihbarat Teşkilâtı	298	Oidoxie	122
Mindener Jungs	122	P	
Ministry of Industry and Information Technology	317		
Ministry of Information and Security	295	Pakistan	302
Ministry of Public Security	294	Palästina Solidarität Duisburg (PSDU)	33, 47, 26, 186 ff, 210 ff
Ministry of State Security (MSS)	294	Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (PGD)	232, 235
MIT	298	Perspektive Kommunismus	170 f
MLPD	32, 159, 164 ff, 168	PGD	232
MOIS	295, 298	PKK	26, 33, 186, 201 ff, 298
MPS	294	PLA	316
MSS	294, 303, 316	Postkolonialisten	74
Muslimbruderschaft	33, 232 f, 246, 252 ff	Prepositioning	273
Muslim Interaktiv (MI)	246, 248 f	PRISMA	330
Muslimische Gemeinschaft (DMG)	252	Proliferation	278
MuslimStudentsNRW	258, 260	Propaganda	281
N		Proto	106, 123
		Proxies	280, 296
Nasrallah	218, 239	PSDU	33, 47, 26, 186 ff, 210 ff
Nationale Geheimdienstakademie	300		
Neonazi-Szene	63, 86 ff, 90, 94, 96, 114 f, 117 ff		
Neue Rechte	99, 103, 111, 113		
Neuer Deutscher Standard (NDS)	71, 123		

Q		SDA	316
		Selbstverwalter	25, 32, 72, 84, 131, 140 ff, 341
Quds Force	239, 295	<i>Serxwebûn</i>	202
R		S.H.A.E.F	142
		Sicherheitspartnerschaft	325
Ransomware-Angriffe	309	Skinhead-Szene	121
Realität Islam (RI)	246, 248	Sleipnir	122
Rebell	164	Slushba Wneschnej Raswedki	283
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS e.V.)	79	Smart Violence	122
rechtsextremistische Mischszene	83	SNAKE	314
rechtsextremistische Skinheads	120 f	Social Design Agency	316
Reichsbürger	25, 32, 72, 84, 131, 140 ff, 341	Social Engineering	306, 310, 319
Reichsbürger-Gruppierung um Heinrich XIII Prinz R.	131 f	Social Media Bots	308
Respekt und Mut	78	Solidaritätsnetzwerk	172
Revolte Rheinland	64, 83, 111 ff, 136	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	164
Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi – DHKP-C)	186, 196	Spear-Phishing	319
Revolutionsgarde	239	Spionage	273, 307
Rheinlandbande	83, 95, 115 f	Spurwechsel	330, 352, 360
Rock Hate	122, 126 f	Staatsterrorismus	286
Rote Jugend Deutschland	170 ff	Steeler Jungs	63, 83
Rotfüchse	164	<i>Stërka Ciwan</i>	202
Rückkehrkoordination	340	<i>Stêrk TV</i>	202
Russland	278, 302 f, 313, 315	STRUCTURA	316
S		Structura National Technologies	316
		Sturmwehr	122
Sabotage	268, 270, 272, 276, 280	Sturmzeichen Verlag	71, 127
SABRA	78	subkulturell geprägte Rechts-extremismus	120 ff
Salafismus	33, 220, 226 f, 228, 343	SWR	268, 283, 313
salafistischer Jihadismus	254	Syrien	217, 302
SAMIDOUN - Palestinian Prisoner Solidarity Network.	211 f	T	
SANDWORM	314		
		Taurus-Leak	288
		Tertiärprävention	352
		<i>Tevgera Ciwanên</i>	201
		Thematik 25	106

Trollfarmen	308	Volkskongress Kurdistan (KONG-RA-GEL)	200
TTP	312	Volt Typhoon	311
Türkei	298ff	VV	143
Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF)	186		
		W	
U		Wahlkommissionen (WK)	145
Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe)	76, 186 f, 191 ff	Website-Defacements	312
Unabhängige Nachrichten (UN)	126 f	Wegweiser	330, 346
Union der Türkisch-islamischen Kulturvereine in Europa e.V. (Avrupa Islam Kültür Dernekleri Birliği – ATIB)	186, 190	Westfalen Erben	111, 113
unsere Zeit	165	Wirtschaftsschutz	8, 322, 326
		Y	
V		<i>Yeni Özgür Politika (Neue Freie Politik) (täglich)</i>	202
Vaterländischer Hilfsdienst (VHD)	144	Z	
<i>Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK)</i>	201	<i>Zentralverband der Êzidischen Vereine e. V. (NAV-YEK)</i>	201
Verband Deutscher Wahlkommissionen (VDWK)	145	Zero-Day-Exploits	310, 313, 317
Vereinte Nation Wenea	143		
Vereinte Patrioten	131		
Verfassunggebende Versammlung (VV)	143		
Verschwörungsmythen	68		
VGN	115		
VHD	144		
Voice of Europe	281, 288		
Voice of Khorasan	60, 62		
<i>völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss innerhalb der Alternative für Deutschland (AfD), ehemals „Flügel“</i>	32, 98 ff, 103		
Volksgemeinschaft Niederrhein (VGN)	115		

Impressum

Herausgeber

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62-80
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 871-2821
Telefax: 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de

Redaktion

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

Telefon: 0211 871-2821
Telefax: 0211 871-2980
info.verfassungsschutz@im1.nrw.de
www.im.nrw.de/verfassungsschutz

Bestellservice

bestellung.verfassungsschutz@im1.nrw.de
www.im.nrw.de/publikationen

Stand: März 2025
Druck: Silber Druck GmbH & co. KG
Fotos: picture alliance/ dpa, Stefan Uhlmann, Polizei NRW, Verfassungsschutz
Nordrhein-Westfalen

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für die Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Ministeriums des Innern Nordrhein-Westfalen zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Der Inhalt dieser Broschüre wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62 - 80
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 871-01
Telefax: 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de

